

Filbinger, Wyhl und die RAF

Die Siebzigerjahre in Baden-Württemberg

Herausgegeben von
Philipp Gassert und Reinhold Weber



lpb

Landeszentrale für politische Bildung
Baden-Württemberg

Schriften zur politischen Landeskunde
Baden-Württembergs

Band 42

Herausgegeben von der Landeszentrale
für politische Bildung Baden-Württemberg

Philipp Gassert und Reinhold Weber (Hrsg.)
unter Mitarbeit von Maike Hausen

Filbinger, Wyhl und die RAF

Die Siebzigerjahre in Baden-Württemberg

Landeszentrale für politische Bildung
Baden-Württemberg

Diese Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg dar. Für die inhaltlichen Aussagen tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung.

1. Auflage 2015

Verlag W. Kohlhammer
in Verbindung mit der Landeszentrale
für politische Bildung Baden-Württemberg
Alle Rechte vorbehalten
© 2014 Verlag W. Kohlhammer GmbH, Stuttgart

Umschlagfotos (v. l. o. n. r. u.): Bild 1, 2 und 4: picture alliance/dpa,
Bild 3: Stadtarchiv Karlsruhe (8/BA Schlesiger A33_110_6_16)

Gesamtherstellung: W. Kohlhammer GmbH, Stuttgart

Print:

ISBN: 978-3-945414-06-4

E-Book-Formate:

epub: 978-3-945414-07-1

mobi: 978-3-945414-05-7

Zeitgeschichte, das ist diejenige Geschichte, die nach dem fast schon geflügelten Wort der Historikerin Barbara Tuchman „noch qualmt“. Sie ist gegenwartsnahe Geschichte und damit in vielerlei Hinsicht nicht nur eine methodische Herausforderung, sondern oft auch eine tagespolitische. Einerseits leben noch viele der Akteure und arbeiten engagiert an ihrem eigenen Denkmal. Gerade hier wird oftmals der Kern des Bonmots deutlich, wonach der Zeitzeuge der größte Feind des Historikers sei. Viele der Zeitzeugen werden außerdem – je nach Perspektive – in der Forschung und in der öffentlichen Debatte kontrovers diskutiert und bisweilen auch heroisiert. Darüber hinaus wirken viele der Konflikte nach, die die Zeitgenossen ausgetragen haben. Sie haben Spuren hinterlassen und sind teilweise noch immer Gegenstand juristischer Auseinandersetzungen. Andererseits wissen wir, dass Zeitzeugenschaft das Salz in der Suppe sein kann und dass die Erinnerungen von Miterlebenden viel zu wertvoll sind, um von Historikern unterschlagen zu werden. Denn der Zeitzeuge hat Anekdotisches und Atmosphärisches zu bieten – und beides kann Zusammenhänge erschließen, die aus den Akten nicht dechiffrierbar sind.

Wer die 1970er-Jahre selbst bewusst miterlebt hat, mag das Bedürfnis verspüren, seine eigenen Erinnerungen in einen größeren und auch wissenschaftlich fundierten Zusammenhang einordnen zu können. Das ist sicherlich eine der grundlegenden Aufgaben der Zeitgeschichte: Orientierung zu bieten. Darüber hinaus hat sich in den letzten Jahren eine gegenwartsnahe Zeitgeschichte etabliert, die problemorientiert und kritisch arbeitet. Sie ist konzipiert als eine „Problemgeschichte der Gegenwart“ (Hans Günther Hockerts), die sich Themen zuwendet, die uns heute in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft beschäftigen und deren Wurzeln in der jüngsten Zeitgeschichte zu suchen sind. Und genau hier findet sich der innere Konnex von Zeitgeschichte und politischer Bildung, denn zu einer kritischen politisch-historischen Bildung gehört zweifellos das Aufgreifen aktueller und kontroverser Themen mit historischem Tiefgang.

Die drei im Titel dieses Buches genannten Stichwörter „Filbinger, Wyhl und die RAF“ mögen das schlaglichtartig beleuchten. Hans Filbinger gilt nicht nur als einer der umstrittensten Politiker der bundesdeutschen Nachkriegsgeschichte, sondern er ist eben – zumindest ganz neutral gemessen an seinen Wahlerfolgen – gleichzeitig und unzweifelhaft auch einer der erfolgreichsten Ministerpräsidenten der Bundesrepublik. Darüber hinaus steht er für Politikfelder, die er über lange Jahre hinweg und mit großer Nachhaltigkeit geprägt hat, aber auch für die kontroversen Themenkomplexe „Vergangenheitspolitik“ und Generationenkonflikt in Deutschland. Das kleine badi-sche Wyhl am Kaiserstuhl gilt allgemein als der bedeutendste Symbolort der Anti-Atomkraft-Bewegung in Deutschland. Er symbolisiert damit eine rund 50 Jahre anhaltende Auseinandersetzung über die zivile Nutzung der Atomkraft in Deutschland, die den Bogen spannt zwischen der Fortschrittseuphorie der 1960er-Jahre und dem mit großer Mehrheit im Deutschen Bundestag beschlossenen Atomausstieg nach der Reaktorkatastrophe von Fukushima im Jahr 2011, der das Thema Atomkraft aber noch lange nicht beendet hat. Wyhl steht darüber hinaus aber auch für eine Protestgeschichte der Bundesrepublik und für neue zivilgesellschaftliche Impulse, die die bundesdeutsche Demokratie nachhaltig verändert haben. Schließlich der Terror der Roten Armee Fraktion (RAF), der gemeinhin als die größte innenpolitische Herausforderung der „alten“ Bonner Republik gilt. Die Geschichte der RAF wird so lange nicht abgeschlossen sein, solange einige Verbrechen nicht vollständig aufgeklärt sind, Täter nicht bekannt sind und vor allem solange Anschlagsoffer und ihre nächsten Angehörigen noch leben.

Die drei genannten Themen finden ausführliche Behandlung in diesem Band und werden ergänzt durch die nicht weniger wichtigen Themen Veränderung der Parteienlandschaft, Wertewandel, Neue Soziale Bewegungen (vor allem Frauenbewegung), innenpolitische Reformen (z. B. Verwaltungsreform), Bildung, Wirtschaft, Migration und Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus. Der größte Teil der Beiträge des Buches geht auf eine öffentliche Tagung zurück, die die Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (Sibylle Thelen und Prof. Dr. Reinhold Weber) in Kooperation mit Prof. Dr. Philipp Gassert (Universität Mannheim) im Juli 2013 abgehalten hat. Der Anlass zur Auseinandersetzung mit den 1970er-Jahren war der damalige 100. Geburtstag des ehemaligen Ministerpräsidenten Hans Filbinger. Die Vorträge der Tagung finden sich hier in überarbeiteter Form, ergänzt um weitere Beiträge.

Unser herzlicher Dank gilt den Autorinnen und Autoren, die uns unterstützt haben. Mit ihrer Hilfe hat sich gezeigt, dass eine der Stärken der politischen Landeskunde darin liegt, teilweise recht kontroversen Themen und

Diskussionen einen öffentlichen Raum zu geben und diese ausgewogen und überparteilich zu moderieren. Unser Dank gilt auch Dr. Daniel Kuhn vom Verlag W. Kohlhammer für die gewohnt umsichtige Betreuung des Bandes sowie Maïke Hausen (Tübingen), die kompetent, aufmerksam und mit viel Fingerspitzengefühl die Texte erfasst, bearbeitet und vor allem auch bebildert hat. Nicht zuletzt geht unser herzlicher Dank an Prof. Dr. Philipp Gassert für die Mitarbeit an der Konzeption der Tagung und die Mitherausgabe des Bandes.

Stuttgart, im Januar 2015

Lothar Frick
*Direktor der Landeszentrale
für politische Bildung Baden-Württemberg*

Prof. Dr. Reinhold Weber
*Leitung der „Schriften zur politischen
Landeskunde Baden-Württembergs“*

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
 <i>Philipp Gassert und Reinhold Weber</i>	
Filbinger, Wyhl und die RAF. Die Siebzigerjahre in Baden-Württemberg.....	11
 <i>Philipp Gassert</i>	
Ein „rotes“ oder „schwarzes“ Jahrzehnt? Parteienlandschaft und politische Milieus in Baden-Württemberg in den 1970er-Jahren	21
 <i>Erik Lommatzsch</i>	
Hans Filbinger (1913 – 2007). Ein Mann in seiner Zeit	47
 <i>Maike Hausen und Reinhold Weber</i>	
Eine Zeitenwende? Wertewandel und Krisenbewusstsein in den 1970er-Jahren.....	71
 <i>Anne Bieschke</i>	
Frauenträume werden Wirklichkeit?! – Die Neue Frauenbewegung in Baden-Württemberg in den 1970er-Jahren	93
 <i>Ulrich Eith</i>	
Von Wyhl bis Karlsruhe – Bürgerproteste, Neue Soziale Bewegungen und die Gründung der Grünen	113
 <i>Hans-Georg Wehling</i>	
Die kommunale Gebietsreform der 1970er-Jahre in Baden-Württemberg.....	137

<i>Stefan Paulus</i> „Konservativ und fortschrittlich zugleich“: Baden-württembergische Bildungspolitik in den 1960er- und 1970er-Jahren	157
<i>Nicole Waidlein</i> Die wirtschaftliche Entwicklung Baden-Württembergs in den 1970er-Jahren.....	179
<i>Karl-Heinz Meier-Braun</i> Ausländerpolitik in den 1970er-Jahren: „freiwillige Rotation“ und „Rückkehrprinzip“	199
<i>Sabrina Müller</i> Terroristische Gewalt und demokratische Gesellschaft – die Rote Armee Fraktion (RAF).....	217
<i>Peter Steinbach</i> Vergangenheit, die nicht vergeht...? Überlegungen zur Auseinandersetzung mit dem individuellen Verhalten in der NS-Zeit in der Bundesrepublik Deutschland	245
Bildnachweis	283
Die Autorinnen und Autoren	285

Filbinger, Wyhl und die RAF. Die Siebzigerjahre in Baden-Württemberg

Die 1970er-Jahre waren im deutschen Südwesten ein Jahrzehnt außerordentlicher Polarisierung. Daher lässt sich das von der Landespolitik so gern kolportierte Wort des früheren Bundespräsidenten Theodor Heuss, Baden-Württemberg sei ein Modell deutscher Möglichkeiten (was der liberale Politiker nach der Revolution 1918/19 auf die Vision einer Oberrheinischen Republik gemünzt hatte), in Bezug auf die 1970er-Jahre in Baden-Württemberg ironisch brechen, wenn mit der RAF-Terroristin Gudrun Ensslin und Ministerpräsident Hans Filbinger gleich zwei der wichtigsten antagonistischen politischen Projektionsfiguren der 1970er-Jahre aus Baden-Württemberg stammten. Auch war es in dem sich gern als liberal verstehenden Bundesland möglich, dass mit Filbinger und dem zweimaligen Gegenkandidaten der SPD, Erhard Eppler, zwei Politiker an der Spitze von Regierung und Opposition im Landtag standen, die innerhalb ihrer jeweiligen Bundespartei den eher konservativen bzw. progressiven Flügel repräsentierten, also gerade nicht zur Mitte tendierten. Im Bund hingegen standen mit Helmut Kohl und Helmut Schmidt zwei gemäßigte Exponenten ihrer Parteien an der Spitze, die konsequent Pragmatik über Ideologie stellten und sich daher der Kritik der prinzipienfesten südwestdeutschen Politiker Filbinger und Eppler ausgesetzt sahen.

In Baden-Württemberg lässt sich nicht nur die scharfe politische Polarisierung der 1970er-Jahre nachvollziehen,¹ sondern das Land bietet auch in kultureller und gesellschaftlicher Hinsicht ein eindruckliches Bild der Janusköpfigkeit dieses Jahrzehnts. Schon zeitgenössisch wurden die Tendenzen der damaligen Gegenwart als widersprüchlich empfunden. Utopieverlust und Unregierbarkeit gehörten zu den geistigen Stichworten der Zeit.² Denn

1 Klaus-Jürgen Matz spricht mit Bezug auf Baden-Württemberg sogar von einer „vergifteten politischen Atmosphäre“, vgl. Klaus-Jürgen Matz: *Kleine Geschichte des Landes Baden-Württemberg*, Leinfelden-Echterdingen 2010, S. 125.

2 Jürgen Habermas (Hrsg.): *Stichworte zur „Geistigen Situation der Zeit“*, 2 Bde., Frankfurt a. M. 1979, darin vor allem die Beiträge von Peter Glotz und Claus Offe.

einerseits stand die Bundesrepublik seit dem Ölpreisschock von 1973 im Banne der wirtschaftlichen Krisen und der sich begrenzenden Horizonte planerisch eingreifender Politik.³ Andererseits setzten sich ungeachtet des seit Anfang der 1970er-Jahre verbreitet festzustellenden Krisengefühls die Aufbrüche nicht nur der sozialen Bewegungen in eine „andere Gesellschaft“ fort.⁴ Der gesellschaftliche Wandel, der in den 1950er- und 1960er-Jahren eingesetzt hatte, wurde nun für weitere Kreise spürbar. Das zeigte sich unter anderem im Bereich der Geschlechterverhältnisse und der Familie. Neue Lebensformen, die zehn Jahre zuvor kaum in den Städten zaghaft ausprobiert werden konnten, verbreiteten sich nun auch in ländlichen Gebieten.⁵ Die „Provinz“ geriet in Bewegung.⁶

Während die Stuttgarter Landesregierung ihre, von 1966 bis 1972 von einer großen Koalition der beiden Volksparteien getragene Modernisierungspolitik konsequent fortsetzte, wurde der Südwesten gleichzeitig zum Zentrum neuer Protestbewegungen. Diese lagen oft außerhalb der großen Städte, wie z. B. der Pershing-II-Stationierungsort Mutlangen (bei Schwäbisch Gmünd) als weltweites Symbol der Friedensbewegung, oder Boxberg im nordbadischen Main-Tauber-Kreis, das in den 1980er-Jahren deutschlandweit bekannt wurde, als sich eine nach der historischen Bundschuh-Bewegung benannte Protestinitiative erfolgreich gegen den Bau einer Teststrecke des Daimler-Benz-Konzernes wehrte. Wichtigster Symbolort des Widerstandes gegen technokratische Modernisierungspolitik war aber das geplante Kernkraftwerk bei Wyhl am Kaiserstuhl.⁷ Doch während sich die südbadi-

3 Rüdiger Graf: Öl und Souveränität. Petroknowledge und Energiepolitik in den USA und Westeuropa in den 1970er Jahren, München 2014.

4 Karl-Werner Brand/Detlef Büsser/Dieter Rucht: Aufbruch in eine andere Gesellschaft. Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik, Frankfurt a. M. 1983.

5 Vgl. Monika Mattes: Ambivalente Aufbrüche. Frauen, Familie und Arbeitsmarkt zwischen Konjunktur und Krise, in: Konrad Jarausch (Hrsg.): Das Ende der Zuversicht? Die siebziger Jahre als Geschichte, Göttingen 2008, S. 215–228.

6 Reinhold Weber (Hrsg.): Aufbruch, Protest und Provokation. Die bewegten 70er- und 80er-Jahre in Baden-Württemberg, Darmstadt 2013; Katja Nagel: Die Provinz in Bewegung. Studentenunruhen in Heidelberg 1967–1973, Heidelberg 2009, behandelt ungeachtet des Titels eines der lokalen Zentren der Neuen Sozialen Bewegungen im Südwesten. Vgl. auch Sven Reichardt: Authentizität und Gemeinschaft. Linksalternatives Leben in den siebziger und achtziger Jahren, Berlin 2014.

7 Bernd-A. Rusinek: Wyhl, in: Etienne François/Hagen Schulze (Hrsg.): Deutsche Erinnerungsorte, Bd. II, München 2001, S. 652–666 sowie Ulrich Eith: Wyhl. „Nai hämmer gsait!“ – Stilbildender ziviler Widerstand am Kaiserstuhl, in: Reinhold Weber/Peter Steinbach/Hans-Georg Wehling (Hrsg.): Baden-württembergische Erinnerungsorte, Stuttgart 2012, S. 572–581.

schen Widerständler in die Tradition der Bauernkriege und des Hecker-Zuges stellten,⁸ so punktete auch der als erzkonservativ geltende Ministerpräsident Filbinger im „Stammland des Liberalismus“ mit Reminiszenzen an Südwestdeutschlands freiheitliche Traditionen. Im Landtagswahlkampf 1976 warb er mit dem regionalen Stolz „auf unsere Freiheitskämpfer und Dichter: Schiller, Hecker, Uhland“.⁹ In diesem von zahlreichen Protestbewegungen geprägten Bundesland holte Filbinger gleich zweimal die absolute Mehrheit für die CDU (1972 und 1976), die sein Nachfolger Lothar Späth 1980 verteidigen konnte. Indes zogen 1980 auch die Grünen – darunter der spätere Ministerpräsident Winfried Kretschmann – erstmals in das Parlament eines deutschen Flächenlandes ein. Der ursprünglich außerparlamentarische Protest hatte nun auch eine Stimme im Parlament.¹⁰

Was also ist die Signatur der 1970er-Jahre? Der Journalist und Alt-68er Gerd Koenen hat die Dekade von 1967 bis 1977 als das „rote Jahrzehnt“ charakterisiert. Der Historiker Bernd Faulenbach spricht vor dem Hintergrund der sozialliberalen Ära Brandt/Schmidt in Bonn von einem „sozialdemokratischen Jahrzehnt“.¹¹ Nicht zuletzt konservative Christdemokraten wie Filbinger waren felsenfest davon überzeugt, dass die politische Kultur nach links gerückt sei und dass davon Ungemach drohe. Doch wie passt dies mit dem gleichzeitigen Durchbruch der CDU zur Hegemonie im Südwesten, das heißt zur „Landespartei“, zusammen? Ähnlich wie die CSU in Bayern konnte die CDU in Baden-Württemberg ihre Machtposition erst jetzt konsolidieren. Auch im Bund ging es mit der Union wieder bergauf. Helmut Kohl verpasste die absolute Mehrheit 1976 nur knapp. Der Historiker Frank Bösch

8 Johann Volmer: Vom „Denkmal des mündigen Bürgers“ zur Besetzungsromantik. Die Grenzen symbolischer Politik in der frühen AKW-Bewegung, in: Habbo Knoch (Hrsg.): Bürgersinn und Weltgefühl. Politische Moral und solidarischer Protest in den 1960er und 1970er Jahren, Göttingen 2007, S. 271–293, hier S. 276 f.

9 Siehe das Wahlplakat „Mit uns für Freiheit – Mit uns für Baden-Württemberg“, Badische Zeitung vom 19.3.1976. Bekannt wurde die Parole „Freiheit oder Sozialismus“, siehe hierzu die Beiträge von Erik Lommatzsch und Philipp Gassert in diesem Band.

10 Ulrich Eith: Das Parteiensystem Baden-Württembergs, in: Uwe Jun/Melanie Hass/Oskar Niedermayer (Hrsg.): Parteien und Parteiensysteme in den deutschen Ländern, Wiesbaden 2008, S. 103–123, hier S. 115 f.; Silke Mende: Asterix im Musterlände? Zur Entstehung und Geschichte der baden-württembergischen Grünen, in: Weber, Aufbruch, Protest und Provokation (wie Anm. 6), S. 75–96.

11 Bernd Faulenbach: Das sozialdemokratische Jahrzehnt. Von der Reform euphorie zur neuen Unübersichtlichkeit. Die SPD 1969–1982, Bonn 2011.

hat in diesem Zusammenhang auch darauf aufmerksam gemacht, dass, von dem recht liberalen Kohl als Bonner Fraktionsvorsitzendem einmal abgesehen, konservativ profilierte Politiker an die Spitze der Landesverbände drängten, von Filbinger über Gerhard Stoltenberg (Schleswig-Holstein), Alfred Dregger (Hessen) bis hin zu Franz Josef Strauß (Bayern).¹² Waren die 1970er-Jahre also auch ein „schwarzes Jahrzehnt“, wie *Philipp Gassert* in seinem Beitrag fragt?

Die 1970er-Jahren erscheinen, jedenfalls im Rückblick, vor allem als ein Jahrzehnt starker Gegensätze und heftiger Polarisierung – sowohl kulturell als auch politisch. Ohne Frage wurde die baden-württembergische Politik in dieser Dekade von Hans Filbinger dominiert, und damit, wie gesagt, von einem konservativen Exponenten der Union. Sein besonderer Stil prägte die Landespolitik. Sein Einfluss sei immens gewesen, so *Erik Lommatzsch* in seiner biographischen Studie zum vierten Ministerpräsidenten des Landes Baden-Württemberg. Filbinger rieb sich am „Zeitgeist“. Dies wird auch in den Beiträgen zur Bildungs- und Gastarbeiterpolitik sowie in Filbingers Auseinandersetzung mit den Neuen Sozialen Bewegungen und dem Wertewandel deutlich. Auch war er einer der Protagonisten einer lautstarken Opposition gegen Willy Brandts Ostpolitik und aufgrund seiner prononcierten Stellungnahmen gegen die „68er“ und innerhalb des „Sympathisantendiskurses“ rund um den Terrorismus der RAF eine der Hassfiguren der (radikalen) Linken. Doch zugleich modernisierte er kräftig die Parteistrukturen der CDU, machte aus der Honoratiorenpartei ein schlagkräftige Wahlorganisation, setzte weiter auf Bildungsexpansion und entwickelte in der Umweltpolitik eigene Akzente – wenn auch der von ihm als praktischer Umweltschutz propagierte Ausbau der Kernkraftwerke bei den Umweltbewegungen selbst auf keinerlei Glaubwürdigkeit stieß.¹³

Die gesellschaftlichen Umbrüche in den 1970er-Jahren werden häufig unter der analytischen Perspektive des Wertewandels diskutiert,¹⁴ womit sich der Beitrag von *Maike Hausen* und *Reinhold Weber* befasst. Dass sich dieser Wertewandel im linksalternativen Milieu besonders auskristallisierte, liegt

12 Frank Bösch: Die Krise als Chance. Die Neuformierung der Christdemokraten in den siebziger Jahren, in: Jarausch, Das Ende der Zuversicht? (wie Anm. 5), S. 296–309.

13 Vgl. Erik Lommatzsch: Umweltpolitische Positionen Hans Filbingers, in: Historisch-politische Mitteilungen 19, 2012, S. 253–268.

14 Hierzu Andreas Rödder: Werte und Wertewandel. Historisch-politische Perspektiven, in: Ders./Wolfgang Elz (Hrsg.): Alte Werte – Neue Werte. Schlaglichter des Wertewandels, Göttingen 2008, S. 9–25.

auf der Hand, aber er war auch gesamtgesellschaftlich anhand zahlreicher Faktoren zu messen. Für viele Beobachter ging er einher mit einem manifesten Krisenbewusstsein und der Furcht vor der Unregierbarkeit der Republik. Für neokonservative Kritiker war er der Anlass zum Projekt „geistig-moralische Wende“ der Ära Helmut Kohl in den 1980er-Jahren.

Ein Seismograph sozialen Wandels sind in aller Regel die Geschlechterverhältnisse, wobei in Baden-Württemberg, so *Anne Bieschke*, die Neue Frauenbewegung sich in einer Situation befand, in der es stärker als in anderen Regionen zahlreiche Überlappungen mit anderen sozialen Bewegungen gab wie z. B. der Frauenfriedensbewegung. Indes zeigt der Beitrag über die Neue Frauenbewegung der 1970er-Jahre auch, dass trotz der Fortschritte auf der rechtlichen Ebene, trotz der Sensibilisierung selbst konservativer politischer Parteien für das Anliegen von Frauen und trotz der enormen organisatorischen Fortschritte, die die Frauenbewegung bis hinunter auf die lokale und ländliche Ebene gemacht hatte, um 1980 die ersten konkreten Erfolge zwar sichtbar wurden, doch mit dem Verwehen der Aufbruchsstimmung breite gesellschaftliche Durchbrüche noch wenig greifbar erschienen.¹⁵

Nicht ganz zufällig steht mit Wyhl ein Symbolort des Widerstandes gegen „technokratischen Modernisierungswahn“ auf dem Titel dieses Bandes. Dort demonstrierten nicht allein die *usual suspects* gegen einen Plan der Landesregierung. Vielmehr taten sich Mitglieder großstädtischer Neuer Sozialer Bewegungen mit lokalen Akteuren wie Bauern und Winzern (darunter nicht wenige CDU-Mitglieder) in der Abwehr des „Stuttgarter Zentralismus“ zusammen, so der Beitrag von *Ulrich Eith*.¹⁶ In den 1970er-Jahren formierten sich in Baden-Württemberg in einem politischen Spektrum, das von Filbinger und der CDU einerseits bis zu den sozialen Bewegungen andererseits reichte, gleichzeitig zwei Gegenpositionen gegen das keynesianische, sozialplanerische Konsensmodell der 1960er-Jahre, für das die Große Koalition bzw. Willy Brandt und Helmut Schmidt als Kanzler stan-

15 Vgl. den Beitrag von Anne Bieschke in diesem Band; siehe auch Reinhild Kreis: „Wir sind Frauen. Wir sind viele. Wir haben die Schnauze voll!“ Die Neue Frauenbewegung, in: Weber, *Aufbruch, Protest und Provokation* (wie Anm. 6), S. 75–96.

16 Vgl. den Beitrag von Ulrich Eith in diesem Band sowie Jens Ivo Engels: *Geschichte und Heimat. Der Widerstand gegen das Kernkraftwerk Wyhl*, in: Kerstin Kretschmer (Hrsg.): *Wahrnehmung, Bewusstsein, Identifikation. Umweltprobleme und Umweltschutz als Triebfeder regionaler Entwicklung*, Freiburg 2003, S. 103–130.

den.¹⁷ Die Ära Filbinger war ein Jahrzehnt, in dem technokratische Globalsteuerung und planerische Lösungsansätze von allen Seiten unter Druck kamen, wobei sowohl Umwelt- und Anti-AKW-Bewegung als auch konservative Kritik ein Unbehagen gegen „politische Entscheidungen nach Maßgabe staatlicher, technischer und sozialplanerischer Problemwahrnehmung“ formulierten.¹⁸

Wie tief diese Fortschrittsskepsis aber wirklich drang, lässt sich anhand der Gebietsreform der frühen 1970er-Jahre dann wiederum skeptisch fragen. Diese war das zentrale Projekt der baden-württembergischen Großen Koalition von 1966 bis 1972, so *Hans-Georg Wehling* in diesem Band. Eine derartige Reform lag an sich nahe, denn Baden-Württemberg verfügte über eine vergleichsweise kleinteilige Verwaltungsstruktur. Jedoch lagen bis zur endgültigen Abstimmung über den Südweststaat am 7. Juni 1970 alle Gebietsveränderungen auf Eis.¹⁹ Daher war die Gebietsreform auch Teil der politischen und identitären Konsolidierung des 1952 aus der Taufe gehobenen südwestdeutschen Bindestrich-Landes. Diese angestrebte „zweite Gründung“ des Landes sei anfangs noch ganz im Banne des „Mythos des Machbaren“ gestanden, so Hans-Georg Wehling. Größe war gut. Doch damit wurden emotionale Bindungen an den jeweiligen Landkreis oder die Gemeinde unterschätzt. Dennoch hielt sich trotz einiger zum Teil wenig geglückter Verbindungen wie Villingen-Schwenningen, so Wehling, der Widerstand „in Grenzen“. Er war vor allem dort heftig, wo einzelne Amtsträger um ihr Amt fürchten mussten und dem Widerstand Rückhalt gaben. Andererseits war die Gebietsreform auch nicht so einschneidend wie beispielsweise in Nordrhein-Westfalen.²⁰ Baden-Württemberg blieb auch nach der grundlegenden Reform „ein Land der mittleren und kleineren Gemeinden“.

„Konservativ und fortschrittlich zugleich“ – auf diese paradoxe und im Südwesten mit Stolz und Verve vorgetragene Formel brachte Kultusminister Wilhelm Hahn die Reformen in der Bildungspolitik in den 1960er- und

17 Vgl. Gabriele Metzler: Konzeptionen politischen Handelns von Adenauer bis Brandt. Politische Planung in der pluralistischen Gesellschaft, Paderborn 2005.

18 Anselm Doering-Manteuffel/Lutz Raphael: Nach dem Boom. Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970, Göttingen 2008, S. 32.

19 Vgl. Paul Feuchte: Verfassungsgeschichte von Baden-Württemberg, Stuttgart 1983, S. 390 f.

20 Sabine Mecking: Bürgerwille und Gebietsreform. Demokratieentwicklung und Neuordnung von Staat und Gesellschaft in Nordrhein-Westfalen 1965–2000, München 2012.

1970er-Jahren, so *Stefan Paulus*. Einerseits stellte sich das Land in den 1960er-Jahren unter Kurt Georg Kiesinger an die Spitze der Hochschulreformbewegung und hatte vor allem mit der Neugründung der Universität Konstanz bundesweite Aufmerksamkeit erregt.²¹ Hahn setzte auch in der schulischen Entwicklung ein umfassendes Planungskonzept durch, beraten von prominenten Reformern wie Georg Picht und Ralf Dahrendorf. Auch wurde die südwestdeutsche Konfessionsschule 1966 der Bildung der Stuttgarter Großen Koalition geopfert.²² In eine konservative Richtung hingegen deutete die Einrichtung der Berufsakademien seit 1974, die Hans Filbinger und Wilhelm Hahn als Mittel der Korrektur der „Überakademisierung der Gesellschaft“ verstanden. Dies entsprach auch den Wünschen der Wirtschaft. Die Berufsakademien (heute Duale Hochschule Baden-Württemberg) seien „eine der nachhaltigsten und zugleich erfolgreichsten institutionellen Gründungen der Ära Filbinger/Hahn“ gewesen.²³ Mit einem Sparprogramm wurden unter Filbinger – durchaus gegen Hahn gerichtet, der seinen Abschied nehmen musste – öffentlichkeitswirksam die Signale in Richtung Konsolidierung gestellt. Dem Wahlerfolg Filbingers scheint dies nicht geschadet zu haben.

Der in der Bildungspolitik deutlich spürbar werdende Sparkurs war auch der Wahrnehmung der wirtschaftlichen Lage geschuldet, mit dem Ende von „Wirtschaftswunder“ und „Nachkriegszeit“ in den späten 1960er-Jahren.²⁴ Dabei entwickelte sich das wirtschaftliche Wachstum in Baden-Württemberg in der Krise insgesamt günstiger als im restlichen Bundesgebiet. Wie *Nicole Waidlein* unterstreicht, wurde der Südwesten weniger stark von der Ölpreiskrise in Mitleidenschaft gezogen. Die Arbeitslosigkeit stieg hier weniger an als im übrigen Bundesgebiet, auch das Wachstum ging weniger stark zurück. Zwar war Baden-Württemberg deutlich abhängiger von Mineralöl als andere Bundesländer, nicht zuletzt weil der Benzinpreis ein Faktor für den Absatz der Automobilindustrie war. Jedoch war die hiesige Industrie mit der Dominanz von Maschinenbau und Elektroindustrie weniger energieintensiv. Ein dominanter Konzern wie Daimler-Benz unterlag aufgrund seiner

21 Vgl. Thomas Schnabel: Bildungspolitik in der Ära Kiesinger, in: Günter Buchstab/Philipp Gassert/Peter Thaddäus Lang (Hrsg.): Kurt Georg Kiesinger 1904–1988. Von Ebingen ins Kanzleramt, Freiburg 2005, S. 341–358.

22 Vgl. Matz, *Kleine Geschichte* (wie Anm. 1), S. 106 f.; Feuchte, *Verfassungsgeschichte* (wie Anm. 19), S. 466 ff.

23 Vgl. den Beitrag von Stefan Paulus in diesem Band.

24 Werner Abelshauser: *Deutsche Wirtschaftsgeschichte seit 1945*, München 2004, S. 288 ff.

Produktpalette und langfristigen Planungen deutlich weniger konjunkturellen Schwankungen als andere Automobilproduzenten. Daher wirkte Daimler „stabilisierend auf die Wirtschaft Baden-Württembergs in den 1970er-Jahren“. Die hohe Produktivität der südwestdeutschen Industrie und ihre Innovationskraft dämpften darüber hinaus die Effekte der massiven Lohnerhöhungsrunden der 1970er-Jahre.²⁵

Die Wirtschaftskrise der 1970er-Jahre läutete einen scharfen Kurswechsel in der Einwanderungspolitik rund um die bisherigen „Gastarbeiterprogramme“ ein. Auch hier nutzte Ministerpräsident Hans Filbinger die Krise als Chance, um sein konservatives Profil zu schärfen, wie *Karl-Heinz Meier-Braun* argumentiert. Mit seinem Vorschlag einer „freiwilligen Rotation“, wonach „Gastarbeiter“ nach einigen Jahren von neuen Arbeitnehmern aus dem jeweiligen Herkunftsland abgelöst werden sollten, machte er sich zwar im Ausland keine Freunde. Doch 1975 führte die Landesregierung trotz knapper Kassen Rückkehrprämien ein, was die Opposition als „teuren Wahlkampfspeck“ kritisierte. Günstig wirkte sich das auf das Landtagswahlergebnis der CDU 1976 aus, ohne dass nun das angestrebte Ziel erreicht worden wäre, die Anzahl der ausländischen Arbeitnehmer entscheidend zu verringern. Baden-Württemberg blieb das Bundesland mit dem höchsten Anteil ausländischer Beschäftigter und zugleich mit der geringsten Arbeitslosigkeit.²⁶ Lothar Späth liquidierte Filbingers Ausländerpolitik 1979 offiziell, als er Baden-Württemberg nun zum „Einwanderungsland“ erklärte, was es ja de facto immer auch gewesen war. Filbingers Idee der „rollierenden Migration“ wirkte aber durchaus weiter und wird beispielsweise in modernen Konzepten etwa der Vereinten Nationen wieder aufgegriffen.

Punkten konnten Konservative in den 1970er-Jahren vor allem auch im Bereich der Inneren Sicherheit. Die Chance hierzu eröffnete ihnen die RAF, die gerade im Südwesten eine besondere Herausforderung darstellte, so *Sabrina Müller* in diesem Band. Da Baden-Württemberg ein Zentrum der amerikanischen Militärpräsenz war, wurden US-Einrichtungen und ihr Personal mehrfach Ziele und Opfer von Anschlägen der RAF. Auch aufgrund der Tatsache, dass Karlsruhe, die „Hauptstadt des Rechts“, in Baden-Württemberg liegt und dort die Bundesanwaltschaft ihren Sitz hat, boten sich der RAF zahlreiche Angriffspunkte. Schließlich wurde direkt neben der Justizvollzugsanstalt Stammheim der Gerichtssaal für den Prozess gegen die RAF-Hauptverdächtigen Andreas Baader, Ulrike Meinhof, Gudrun Ensslin und Jan-Carl Raspe gebaut. Damit liegt im Nachhinein der zentrale Erinnerungs-

25 Vgl. den Beitrag von Nicole Waidlein in diesem Band.

26 Vgl. hierzu die Tabelle bei Nicole Waidlein (S. 185 und 194 in diesem Band).

ort an die terroristischen Gewalttaten der 1970er-Jahre auf baden-württembergischem Territorium.²⁷ Ministerpräsident Filbinger war hier mehrfach zu öffentlichen Äußerungen aufgerufen, auch etwa aus Anlass der Trauerfeier für die drei bei der Entführung von Hanns Martin Schleyer getöteten baden-württembergischen Polizeibeamten. Filbinger verband sein Eintreten für einen wehrhaften Staat mit Kritik an der Regierung in Bonn – und dies ausgerechnet unter Helmut Schmidt, der sich seinerseits einen Namen als Kämpfer gegen den Terrorismus machte.

Hans Filbinger war bei allen großen Erfolgen seiner Amtszeit eine weniger konsensuale Figur als sein Vorgänger Kurt Georg Kiesinger und sein Nachfolger Lothar Späth. Er war zeitgenössisch eine hoch umstrittene Figur und er ist dies auch in der kollektiven Erinnerung geblieben. Doch dass Filbinger in der Erinnerung sehr viel stärker polarisiert als Kiesinger oder Späth, hängt vor allem mit den Debatten um seine Tätigkeit bei der Marinejustiz im Zweiten Weltkrieg zusammen, die schließlich 1978 zu seinem Rücktritt führte. Diese hätten „schnell und durch das Zutun beider Seiten die Sachebene“ überschritten, so Erik Lommatzsch. *Peter Steinbach* ordnet mit seinem Beitrag die vergangenheitspolitischen Kontroversen um Filbinger in die Geschichte der Auseinandersetzung um individuelles Verhalten in der NS-Zeit seit 1945 ein. In den 1970er-Jahren waren die Kriegserfahrungen in den Hintergrund gerückt. Es hatten sich aufgrund der in den 1960er-Jahren an Fahrt gewinnenden Strategie der Skandalisierung die Bedingungen des Redens über die NS-Zeit geändert. „Schlussstrich“ und „Schweigen“ wurden von den Medien konterkariert, Schuld und Verantwortung wurden zu zentralen Aufgaben, nicht zuletzt auch der politischen Bildung. Filbinger sei „zu einem guten Teil durch die Angriffe zu dem [geworden], als der er wahrgenommen wurde, von einer Gesellschaft, die umso sicherer urteilte, je weiter das Kriegsende, das Datum 8. Mai 1945, im Zug der Generationen durch die Zeit in die Ferne gerückt schien“.

Es ist die Aufgabe von Zeithistorikern, im viele Reibungsflächen bietenden Gespräch mit den Zeitzeugen eine noch nicht so lange zurückliegende Epoche auf ihre Konturen zu befragen und damit auch ihr historisches Bild in einem ersten Anlauf zu festigen. Die jüngere Zeitgeschichte Baden-Württembergs entsteht gerade erst in ihren Konturen. In den 1970er-Jahren schürzte sich ein Knoten, tauchten Problemkonstellationen auf, die bis in die Gegenwart reichen.²⁸ einerseits Ölpreisschock 1973, Energiekrise, die

27 Vgl. Matz, *Kleine Geschichte* (wie Anm. 1), S. 126.

28 Peter Steinbach/Reinhold Weber (Hrsg.): *Wege in die Moderne. Eine Vorgeschichte der Gegenwart im deutschen Südwesten*, Stuttgart 2014.

Grenzen des Wachstums, die Verschuldung des Staates, die Globalisierung und Tertiärisierung der Wirtschaft, den Abbau von ganzen Industrien, daraus folgend unsicheren Arbeitsbiographien, andererseits der Durchbruch zur Konsumgesellschaft, die Auflösung der Milieus, der weitere Rückgang z. B. der Kirchenbindung, aber auch international stand die Welt zunehmend weniger unter dem Eindruck des Ost-West-Konflikts als etwa der Krisen im Nahen Osten.

Dieser Band stellt daher auch einen Versuch dar, in Bezug auf den südwestdeutschen Partikularfall der größeren Nachkriegsgeschichte mehr Nüchternheit in die teils heftigen und emotional geführten Debatten zu bringen, die sich an den Gegensätzen der 1970er-Jahre bis heute entzünden. Daher geht unser Dank an die Autorinnen und Autoren dieses Bandes. Sie haben sich, größtenteils auch auf dem diesem Band zugrunde liegenden Symposium im Sommer 2013, dessen ursprünglicher Anlass der 100. Geburtstag von Hans Filbinger war, diese Zeitgeschichte der 1970er-Jahre vorgenommen und dabei das Risiko nicht gescheut, auch „heiße Eisen“ anzufassen. Wir hoffen, dass dies das Interesse an der neueren Landesgeschichte zu verstärken hilft und es gelingt, die Mythen der Epoche zu durchbrechen und zu hinterfragen.

Ein „rotes“ oder „schwarzes“ Jahrzehnt? Parteienlandschaft und politische Milieus in Baden- Württemberg in den 1970er-Jahren

Die Grünen meinen Helmut Schmidt und bestrafen mich.“¹ So brachte ein enttäuschter Erhard Eppler als Spitzenkandidat der SPD das Ergebnis der Landtagswahlen von 1980 auf den Punkt. Obwohl die SPD mit einem Rückgang von 0,8 Prozent gegenüber 1976 nur leicht verloren hatte, war ihr mäßiges Abschneiden bei der Landtagswahl 1980 die eigentliche Sensation. Denn gleichzeitig hatten die Grünen mit 5,3 Prozent der Stimmen die alles entscheidende Hürde übersprungen. Sie zogen mit sechs Abgeordneten, darunter der spätere Ministerpräsident Winfried Kretschmann, zum ersten Mal ins Stuttgarter Parlament ein und damit zum ersten Mal in den Landtag eines deutschen Flächenlandes (wenn auch seit 1979 die Grüne Liste in der Bremer Bürgerschaft saß).²

Über dieser sensationellen Entwicklung wurde fast vergessen, dass der seit 1978 amtierende Lothar Späth in seiner ersten Wahl als Ministerpräsident nicht nur ein Achtungsergebnis erzielt hatte, sondern die absolute Mehrheit deutlicher als erwartet hatte verteidigen können. Trotz des hoch umstrittenen und von manchem als unrühmlich empfundenen Abgangs Hans Filbingers weniger als zwei Jahre zuvor hatte Späth nur 2,5 Prozent gegenüber dem Bestergebnis der CDU von 1976 eingebüßt – als die Christdemokraten auf dem Zenit ihrer Popularität angekommen waren. Mit 54,2 Prozent fuhr Späth das zweitbeste Ergebnis der CDU ein – Werte, die heute völlig außerhalb der Reichweite dieser Partei liegen, im Bund und in Baden-Württemberg.³

1 „Eppler: Die Grünen bestrafen mich. Bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg war die SPD der einzige Verlierer“, in: Der Spiegel Nr. 13 vom 24.3.1980, S. 33–36.

2 Die Wahlergebnisse u. a. in Thomas Schwarz: Landtags- und Bundestagswahlen in Baden-Württemberg, in: Michael Eilfort (Hrsg.): Parteien in Baden-Württemberg, Stuttgart 2004, S. 230–243.

3 Schwarz, Landtags- und Bundestagswahlen in Baden-Württemberg (wie Anm. 2), S. 238.



Wahlplakat mit dem SPD-Spitzenkandidaten Erhard Eppler zur Landtagswahl 1980.

Im Rückblick lässt sich erkennen, dass die Landtagswahl 1980 eine Scharnier- und Wendewahl war. Denn seither hat sich in Baden-Württemberg wie auch im Bund das Parteiensystem wieder ausdifferenziert. Indes war 1980 noch nicht absehbar, dass sich die Grünen auf Dauer etablieren, geschweige denn zur dritt- und schließlich zweitstärksten Partei mausern würden. Dagegen sprach die historische Erfahrung. Auch zuvor hatte es immer wieder Erfolge vierter Parteien gegeben. So hatte die NPD 1968 auf Anhieb knapp 10 Prozent gewonnen; vier Jahre später spielte sie jedoch schon keine Rolle mehr. Ähnlich erging es den Republikanern in den 1990er-Jahren, während die in den Anfangsjahren wichtige Vertriebenenpartei BHE (Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten) seit Mitte der 1960er-Jahre von der Union aufgesaugt worden war.⁴

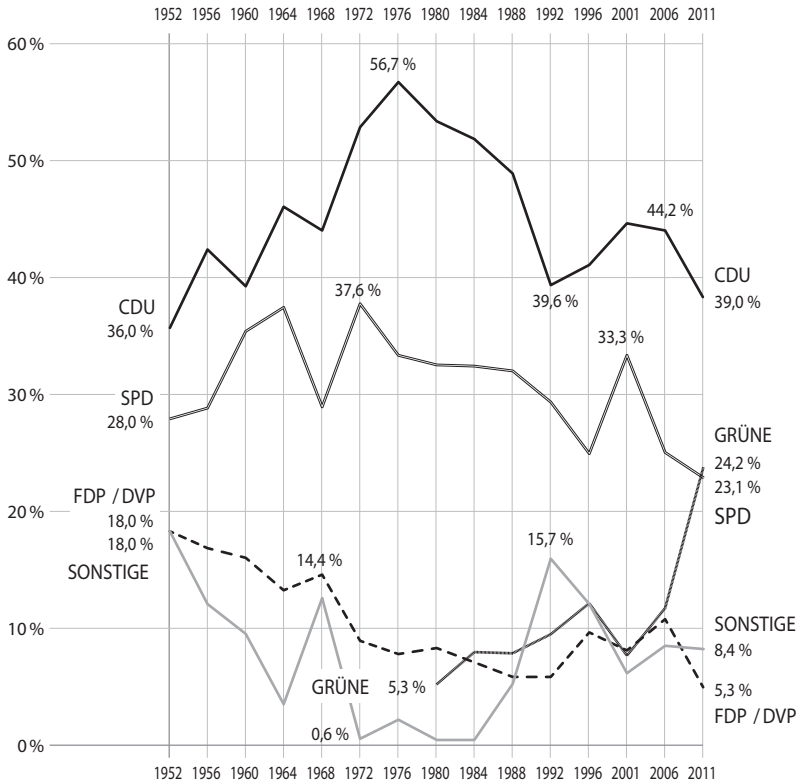
Die 1960er- und 1970er-Jahre sind in der Geschichte der alten Bundesrepublik Jahrzehnte, in denen die Konzentration auf die beiden großen Volksparteien in Bund und Ländern ihren Höhepunkt erreichte. Gleichzeitig bereitete sich unter der Oberfläche die heutige breite Ausdifferenzierung des Parteienspektrums vor, mit dem „Ende der Volksparteien“ und dem Verlust an gesellschaftlicher Relevanz und Deutungsmacht, den die Parteien seither erlebten.⁵ In den Landtagswahlen von 1972 und 1976 erreichten SPD und CDU gemeinsam 90 Prozent der Wählerstimmen, womit der Konzentrationsprozess im Südwesten weniger prägnant ausfiel als im Bund. Das hängt mit der regionalen Stärke der FDP zusammen, deren Anteil in den 1970er-Jahren zwar unter 10 Prozent abschnitzte, aber alles in allem im Südwesten regelmäßig über den Ergebnissen im Bund lag (vor allem auch bei den Bundestagswahlen).

Vor dem Hintergrund des Wahlergebnisses von 1980 lässt sich im Hinblick auf die hier im Fokus stehenden 1970er-Jahre eine Paradoxie konstatieren. Einerseits: Die späten 1960er- und die 1970er-Jahre sind das Jahrzehnt der am stärksten ausgeprägten parteipolitischen Konzentration in

4 Schwarz, Landtags- und Bundestagswahlen in Baden-Württemberg (wie Anm. 2), siehe auch die Beiträge von Reinhold Weber: Parteien und Parteiensystem in Baden-Württemberg: Funktionen – Genese – Wettbewerb, in: Siegfried Frech/Reinhold Weber/Hans-Georg Wehling (Hrsg.): Handbuch Landespolitik, Stuttgart 2011, S. 85–117; Reinhold Weber: Politische Kultur, Parteiensystem und Wählertraditionen im deutschen Südwesten, in: Reinhold Weber/Hans-Georg Wehling (Hrsg.): Baden-Württemberg. Gesellschaft, Geschichte, Politik, Stuttgart 2006, S. 56–89; sowie Monika Hin: Vor der Landtagswahl 2011. Rückblick auf die Wahlergebnisse von 1946 bis 2006, in: Siegfried Frech/Reinhold Weber/Hans-Georg Wehling (Hrsg.): Handbuch Landespolitik, Stuttgart 2011, S. 163–189.

5 Peter Lösche: Ende der Volksparteien, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ) 51, 2009, S. 6–12.

Ergebnisse der Landtagswahlen in Baden-Württemberg 1952–2011



Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

© 8421medien.de

Bund und Land. Niemals war die Attraktivität der beiden großen Volksparteien größer als in dieser Zeit. Der in den 1960er-Jahren noch unter Kurt Georg Kiesinger einsetzende Aufstieg der CDU zur „Landespartei“ kam unter Hans Filbinger 1976 eindrucksvoll zum Abschluss. Zugleich erzielte auch die SPD in dieser Phase ihre besten Wahlergebnisse, obwohl der in den 1960er-Jahren viel beschworene „Genosse Trend“ sich seit Mitte der 1970er-Jahre als rückläufig erweisen sollte.⁶ Indes büßte auch die CDU ihre schein-

⁶ Ulrich Eith: Das Parteiensystem Baden-Württembergs, in: Uwe Jun/Melanie Haas/Oskar Niedermayer (Hrsg.): Parteien und Parteiensystem in den deutschen Ländern, Wiesbaden 2008, S. 103–123.

bar uneinholbare Dominanz der Ära Filbinger-Späth in den 1990er-Jahren ein, um sie 2011 in einer epochalen Landtagswahl ganz zu verlieren. Andererseits: Just in diesem Moment der Dominanz der beiden Volksparteien machte sich der gesellschaftliche Wandel bemerkbar, der sich symbolisch mit dem Datum „1968“ verbinden lässt und der zur erneuten Ausdifferenzierung des Parteiensystems führte. Die politischen Milieus verflüssigten sich. Ein Wandel in der politischen Kultur und im Wahlverhalten war zu beobachten.⁷ Das bekam in Baden-Württemberg zuerst die SPD zu spüren, während die CDU diesen Wandel zunächst besser verkraftete. Ausdruck eines hin zu postmateriellen Einstellungen verlaufenden Wertewandels⁸ wurde in den 1970er-Jahren die Baden-Württemberg stark prägende Auseinandersetzung um das Kernkraftwerk Wyhl. Mit diesem Ereignis verknüpft ist auch der langsame Aufstieg der alternativen Parteien, vor allem der Grünen.⁹ Unter die Räder geriet die SPD. Sie konnte ihren traditionellen Rückstand trotz ihrer von Anfang an südweststaatfreundlichen Haltung auch dann nicht wettmachen, als sie in anderen Ländern wie Nordrhein-Westfalen an Boden gewann.¹⁰

In diesem Beitrag sollen diese Entwicklungen der 1970er-Jahre in ihren längerfristigen historischen Kontext eingeordnet und gefragt werden: *Erstens*: Warum glückte es der CDU (ähnlich wie der CSU in Bayern), sich zur Landespartei aufzuschwingen, während die SPD von der Konzentration im Parteienspektrum der 1960er- und 1970er-Jahre langfristig in Baden-Württemberg nicht so stark profitieren konnte? Diese Entwicklung war 1952 keineswegs absehbar. Am Ende steht die genannte Paradoxie, dass sowohl CDU als auch Grüne und FDP im Südwesten Hochburgen ausgebildet hatten und vor allem die beiden kleinen Parteien Baden-Württemberg als ihr Stamm-land betrachteten. Das wiederum ging auf Kosten des Wählerpotenzials der SPD.

7 Vgl. Michael Ruck: Tanker in der rauen See des Struktur- und Wertewandels. Repräsentation, Partizipation und Administration während der 1980er Jahre – eine Problemskizze, in: Archiv für Sozialgeschichte (AfS) 52, 2012, S. 253–271, hier S. 256 ff.

8 Vgl. Andreas Rödter: Werte und Wertewandel. Historisch-politische Perspektiven, in: Ders./Wolfgang Elz (Hrsg.): Alte Werte – Neue Werte. Schlaglichter des Wertewandels, Göttingen 2008, S. 9–25.

9 Silke Mende: „Nicht rechts, nicht links, sondern vorn“: Eine Geschichte der Gründungsgrünen, München 2011.

10 Vgl. Horst Glück: Politische Traditionen und Wahlverhalten. Ein Beitrag zur regionalen politischen Kultur, in: Hans-Georg Wehling (Red.): Wahlverhalten, Stuttgart 1991, S. 194–207.



Gewinner der gesellschaftlichen Entwicklungen der 1970er-Jahre: Die Grünen profitierten bei ihrer Gründung (hier ein Plakat aus dem Jahr 1980) von den zuvor geführten Auseinandersetzungen um Räume politischer Mitbestimmung.

Zweitens soll insbesondere die Rolle Filbingers beleuchtet werden, der die historisch besten Wahlergebnisse für die CDU im Südwesten erzielte. Dies glückte – auf den ersten Blick: erstaunlicherweise – mit einem klar konservativ konturierten Profil, bei gleichzeitiger Fortsetzung der Modernisierungspolitik und dem Setzen auf eine „baden-württembergische Identität“. Filbinger erscheint als janusköpfige Persönlichkeit und als eine Art südwestdeutscher Ronald Reagan. (Aus amerikanistischer Perspektive ist das durchaus nicht abwertend gemeint, war Reagan doch, wie die Historiographie inzwischen herausgearbeitet hat, eine ambivalente, aber doch gravierend unterschätzte Persönlichkeit, der sich z. B. intensiv Gedanken über die Abschaffung von Atomwaffen machte).¹¹

Abschließend wird gefragt, was sich aus der Entwicklung in Baden-Württemberg für die bundesdeutsche Geschichte der 1960er- bis 1980er-Jahre ableiten lässt. Die hier vertretene These lautet, dass die 1970er-Jahre nicht allein ein „rotes Jahrzehnt“ waren (wie landläufig gerne gesagt wird),¹² sondern auch ein „schwarzes“ Jahrzehnt, mit einer im Südwesten bzw. im Süden überhaupt durchaus erfolgreichen Gegenbewegung gegen den vermeintlich „links“ stehenden Zeitgeist. Hier sind ein Wiedererstarken und eine Rekonstruktion des Konservatismus zu beobachten, zu dessen führenden Protagonisten und Gesichtern der damalige baden-württembergische Ministerpräsident Hans Filbinger zählte.

Warum stieg die CDU zur Landespartei auf, nicht aber die SPD?

Das ist eine zentrale Frage, denn der CDU haftete ja anfangs der Makel an, dass sie vor allem im ehemals vorderösterreichischen (Süd-)Baden alles andere als treu zum Südweststaat stand und auch die Bundespartei unter Adenauer alles andere als eine enthusiastische Südweststaatsbefürworterin war.¹³ Das zeigte sich in Landtagswahlen, bei denen die CDU in großen Teilen Badens in den 1950er-Jahren durchweg schlechter abschnitt als in den Bundestagswahlen. Noch 1960 wurde die CDU unter Kiesinger in Südbaden

11 James Mann: *The Rebellion of Ronald Reagan. A History of the End of the Cold War*, London 2009; Beth A. Fischer: *The Reagan Reversal. Foreign Policy and the End of the Cold War*, Columbia 2000.

12 Vgl. Gerd Koenen: *Das rote Jahrzehnt. Unsere kleine deutsche Kulturrevolution 1967–1977*, Köln 2001; Bernd Faulenbach: *Das sozialdemokratische Jahrzehnt. Von der Reformeuphorie zur neuen Unübersichtlichkeit, 1969–1982*, Bonn 2011.

13 Vgl. Paul Feuchte: *Verfassungsgeschichte von Baden-Württemberg*, Stuttgart 1983, S. 129 f.

dafür abgestraft, dass sie eine neuerliche Volksabstimmung über die „Baden-Frage“ verschleppt hatte. Daher rutschte sie landesweit wieder unter die 40-Prozent-Marke. Christlich-konservative Südbadener enthielten sich in Landtagswahlen schlicht der Stimme.¹⁴

Die CDU war stark von der katholischen Milieupartei des Zentrums geprägt. Das war eine solide Basis, aber auch ein Handicap. Denn obwohl sich evangelische Christen früh in ihr engagierten und mit Ludwig Erhard seit 1963 ein (fränkischer) Protestant im Bundeskanzleramt saß, der seinen Wahlkreis überdies in Ulm hatte, blieben Teile des evangelischen Bürgertums auf Distanz zur Union im Südwesten (zum Teil bis heute). Die Unionshochburgen liegen nach wie vor im katholischen Süden bzw. im äußersten, ebenfalls katholischen Nordosten (Tauberfranken und Hohenlohe). Bürgerlich-protestantische Wähler tendierten lange Zeit zur FDP; evangelische Vertriebene und Arbeiter wählten mit stärkerer Präferenz BHE.¹⁵

Hier war ein Vorteil, dass in der Umbruchphase der 1960er-Jahre mit Kiesinger zeitweilig ein Mann an der Spitze stand, der zwar eine katholische Prägung besaß, aber sich habituell als anschlussfähig an den Protestantismus erwies.¹⁶ Kiesinger und sein profiliert evangelischer Kultusminister, der Heidelberger Theologieprofessor Wilhelm Hahn, setzten eine für die protestantische Bildungselite attraktive Politik in Szene und brachten Intellektualität in die Villa Reitzenstein.¹⁷ Das machte die CDU für bürgerlich-protestantische FDP-Wähler zur Alternative. Dieser Trend setzte sich unter Filbinger fort, der als badischer Katholik nicht nur das „Ende der Südweststaatsfrage“ herbeiführte,¹⁸ sondern auch die leidige Frage der Konfessionschule löste (ein Dorn im Auge der protestantischen Bildungsbürger) und

14 Vgl. Statistisches Landesamt: Wahl zum Landtag 15. Mai 1960, Stuttgart 1960, S. 15 ff.; Aufzeichnung von Hans Filbinger: „Die südbadische CDU: Im Anschluss an den Parteitag am 18.10.1991 in Rottweil“, Archiv für Christlich-Demokratische Politik (ACDP), NL Filbinger, 01-688-283.

15 Vgl. Eith, Parteiensystem Baden-Württembergs (wie Anm. 6), S. 111 ff.

16 Philipp Gassert: Kurt Georg Kiesinger. Kanzler zwischen den Zeiten, München 2006, S. 432 ff.

17 Vgl. Ralf Dahrendorf: Zur Entstehungsgeschichte des Hochschulgesamtplans für Baden-Württemberg 1966/67. Auch ein Beitrag zum Thema des Verhältnisses von Wissenschaft und Politik in Deutschland, in: Bildungspolitik mit Ziel und Maß. Wilhelm Hahn zu seinem zehnjährigen Wirken gewidmet, Stuttgart 1974, S. 138–163, hier S. 158; ders.: Liberale und Andere. Porträts, Stuttgart 1994.

18 Paul Feuchte: Baumeister der Einheit, in: Fred Ludwig Sepaintner (Hrsg.): Hans Filbinger. Aus neun Jahrzehnten, Leinfelden-Echterdingen 2003, S. 81–152, hier S. 113 ff.



Durchweg stärkste Partei bei den Landtagswahlen der 1960er-Jahre: die CDU in Baden-Württemberg, hier mit einem Wahlplakat zur Landtagswahl 1964, auf dem Ministerpräsident Kiesinger gemeinsam mit Bundeskanzler Erhard um Wählerstimmen wirbt.

bildungspolitische Kontinuität repräsentierte — zumal sein Konkurrent Hahn weiter das Kultusministerium leitete.¹⁹

Die Ausgangssituation der SPD war dennoch nicht hoffnungslos, da sie sich wie auch FDP und BHE ohne jedes „Wenn und Aber“ hinter den Südweststaat gestellt hatte und in den nördlichen Landesteilen sogar stärkste Partei war (bei den letzten Landtagswahlen vor der Landesgründung erzielte die SPD in Württemberg-Baden 33 Prozent der Stimmen gegenüber 25,3 Prozent CDU und 21 Prozent FDP). Aus Gründen der Parteiräson hätte die SPD gegen den Südweststaat stimmen müssen. Denn machtpolitisch war die Vereinigung für sie nachteilig, holten doch die Sozialdemokraten in den Wahlen zur Verfassungsgebenden Landesversammlung 1952 mit 28 Prozent deut-

¹⁹ Vgl. Thomas Schnabel: Bildungspolitik in der Ära Kiesinger, in: Günter Buchstab/Philipp Gassert/Peter Thaddäus Lang (Hrsg.): Kurt Georg Kiesinger 1904 – 1988. Von Ebingen ins Kanzleramt, Freiburg 2005, S. 341 – 369; sowie den Beitrag von Stefan Paulus in diesem Band.

lich weniger als die CDU mit 36 Prozent. Das heißt, die Stimmenverhältnisse waren im Vergleich zu Württemberg-Baden umgekehrt.²⁰ Die ehemaligen Zentrumshochburgen im katholischen Süden drückten auf ihr gesamtstaatliches Wahlergebnis.

Zwar legte die SPD im Laufe der 1950er- und 1960er-Jahre kontinuierlich zu. Aber die CDU wuchs schneller. Man wusste um das protestantische Defizit der CDU. Die dominierende Figur der SPD in den 1950er- und 1960er-Jahren, der „Genosse Generaldirektor“ Alex Möller, unternahm daher große Anstrengungen, kirchlich gebundene Protestanten offensiv anzusprechen.²¹ Er trieb direkt Wahlwerbung bei evangelischen Pfarren, sprach systematisch Vertriebene und Frauen an – ohne durchschlagenden Erfolg, zumal in puncto Frauenanteil die SPD-Fraktion kein besseres Bild abgab als die CDU. Diese „Tragik der SPD“²² erklärt sich dadurch, dass die politische Milieubindung des Protestantismus geringer war. Unzufriedene Evangelische tendierten zu den klassischen Protestparteien wie der NDP 1968, den Republikanern, oder in den 1980er-Jahren zu den Grünen. Auch fehlten außerhalb von Mannheim, Heilbronn, Stuttgart und Karlsruhe weitgehend geschlossene Arbeitermilieus.²³

Für die CDU hingegen waren die 1960er- und 1970er-Jahre ein goldenes Zeitalter in Baden-Württemberg. 1964 brach sie aus dem 40-Prozent-Ghetto aus und behauptete für die Zeit von 1972 bis 1992 sogar die absolute Mehrheit – zwei Jahrzehnte kürzer als die CSU in Bayern (von 1962 bis 2008, sowie erneut seit 2013). Die parteipolitisch konservative Dominanz ist im Südwesten demnach weniger stark ausgeprägt als in Bayern und ist an den kommunalen *grassroots* aufgrund der Rolle der Freien Wähler ohnehin gebrochen.²⁴ Dennoch konnte sich die südwestdeutsche CDU, vergleichbar der CSU, zur Landespartei stilisieren, auch weil sie seit 1953 durchgängig den Ministerpräsidenten stellte. Inzwischen machen ihr die Grünen diese Rolle streitig.

20 Michael Glück: Die SPD, in: Michael Eilfort (Hrsg.): Parteien in Baden-Württemberg, S. 75–104, hier S. 75.

21 Vgl. Michael Kitzing: Alex Möller (1903–1985). Eine politische Biografie (Manuskript, Stuttgart 2013), Kap. VI.

22 Michael Eilfort: Die Baden-Württemberg Partei(en), in: Reinhold Weber (Red.): Der deutsche Südwesten. Regionale Traditionen und historische Identitäten. Hans-Georg Wehling zum Siebzigsten, Stuttgart 2008, S. 105–122, hier S. 118.

23 Vgl. Glück, Die SPD (wie Anm. 20), S. 96 ff.; Singen und Friedrichshafen verfügten wie auch Ulm und andere Mittelstädte über größere Konzentrationen von Arbeitern, die jedoch im Wesentlichen keine geschlossenen Milieus ausbildeten.

24 Zur Situation in Bayern vgl. Alf Mintzel: Die CSU-Hegemonie in Bayern. Strategie und Erfolg. Gewinner und Verlierer, Passau 1999.



Der NPD-Landesvorsitzende Wilhelm Gutmann (l.) und der NDP-Bundesvorsitzende Adolf von Thadden (r.) bei der Landtagswahl 1968, kurz nachdem bekannt wurde, dass die NPD mit zwölf Sitzen im neuen Landtag von Baden-Württemberg vertreten war.

Dieser Wandel ist in den 1970er-Jahren angelegt, als der Widerstand gegen das Kernkraftwerk Wyhl von Liedermachern wie Walter Mossmann als im Sinne der besten liberalen und revolutionären Traditionen des Landes unterlegt wurde.²⁵

Die SPD setzte trotz ihrer Regierungsbeteiligung 1966 bis 1972 den Aufwärtstrend nach 1972 nicht mehr fort. Gerade weil das Übergewicht der CDU lange nicht so erdrückend war wie in Bayern, war es eventuell ein Fehler, 1966 nicht für eine „kleine“ Koalition unter einem SPD-Ministerpräsidenten gekämpft zu haben. Indes tat sich die FDP mit einem solchen Schritt zu diesem Zeitpunkt noch schwer. Hätte die CDU 1966 die Villa Reitzenstein verloren (wie es zeitgleich kurz zuvor in Nordrhein-Westfalen passierte oder später 1991 in Rheinland-Pfalz), wäre langfristig eine andere Entwicklung möglich gewesen. Hier liegt in der rückblickenden Betrachtung

²⁵ Walter Mossmann/Peter Schleunig: Alte und neue politische Lieder. Entstehung und Gebrauch, Texte und Noten, Reinbek bei Hamburg 1978.



Der gut gelaunte Hans Filbinger nach den Koalitionsverhandlungen mit der SPD im Jahr 1966.

ein klarer Fall „politischer Führung“ vor. Es war seitens der CDU wesentlich Hans Filbinger zu verdanken, dass 1966 die Große Koalition zustande kam und damit das landespolitisch alles entscheidende Amt des Ministerpräsidenten in der Hand der CDU blieb.²⁶

Wie reagierte die Landes-SPD auf die Herausforderungen der 1970er-Jahre? Erhard Eppler wollte sich als klare Alternative zu Helmut Schmidt empfehlen und vom Land her die Bundes-SPD auf neuen Kurs bringen. „Mit Schmidt und Eppler für und gegen Kernenergie“ — dieses 1980 gern zitierte und seither immer wieder kolportierte Bonmot²⁷ charakterisierte die unklare Haltung der SPD in einer zentralen Frage und wurde vom Wahlvolk

26 Hierzu Fred Ludwig Sepaintner: Die Lebensgeschichte, in: Ders. (Hrsg.): Hans Filbinger (wie Anm. 18), S. 21–68, hier S. 43; siehe auch den Beitrag von Erik Lommatzsch in diesem Band.

27 Vgl. u. a. Edgar Wolfrum: Die Bundesrepublik Deutschland 1949–1990 (Gebhardt, Bd. 23), Stuttgart 2005, S. 506.

Nostalgie ist noch lange kein Grund CDU zu wählen

Klaus Staeck 1976, 189 Handlungsauff. 1000/43 Druck: David Göttinger



Der Künstler Klaus Staeck entwarf dieses Wahlplakat der Jusos zur Landtagswahl 1976, das sich gegen die Wahl der CDU aus einer baden-württembergischen „Tradition“ heraus positioniert.

nicht honoriert. Dabei war Eppler unter den führenden SPD-Politikern seiner Zeit klar voraus. Viele seiner Positionen (vor allem auch zur Kernenergie und zum Ost-West-Verhältnis) wurden von der Bonner SPD ab 1982 übernommen.²⁸ An und für sich repräsentierte Eppler gut jene postmaterialistischen Einstellungen, die in städtischen und akademischen Milieus verfin- gen, von denen nun aber die Grünen profitierten – und eben nicht die SPD. Die in den 1970er-Jahren einsetzende Ausdifferenzierung des Partei- spektrums ging daher zunächst einseitig auf Kosten der SPD.

Demgegenüber schien die CDU schlafwandlerisch alles richtig zu ma- chen, auch weil sie strukturell im Vorteil war. Zunächst wurden die über- wiegend evangelischen ehemaligen Anhänger des BHE schon unter Kiesin- ger gewonnen und die BHE-Funktionäre im wahrsten Sinne des Wortes eingekauft.²⁹ Dann wurden 1972 unter Filbinger in den agrarisch geprägten evangelischen Gebieten des Nordens und Nordostens ehemalige NPD-Wäh- ler integriert. 1976 erreichte Filbinger den Einbruch in die SPD-Hochburgen, als die CDU in der Landeshauptstadt erstmals mehr Stimmen erreichte als die SPD und auch in den anderen städtischen Zentren zulegen konnte, ob- wohl Filbinger persönlich den Kampf um das Freiburger Direktmandat ver- lor. Vor allem gewann die CDU in Kreisen in der Nähe großer Städte. Nun war sie auch eine Partei der industriellen Kerne, wenn auch ihre Wähler überwiegend nicht den klassischen Arbeitermilieus entstammten, sondern starke regionale Milieuwurzeln aufwiesen.³⁰

Und was war die Rolle Hans Filbingers?

Welchen Anteil am Erfolg der CDU hatte Hans Filbinger? Ein wesentlicher Garant der Erfolge der CDU war sicherlich ihre kontinuierliche Präsenz im Amt des Ministerpräsidenten. Durchweg wird in Umfragen (unabhängig von Partei und Epoche bzw. Bund oder Land) der Amtsinhaber kompetenter ein- geschätzt als der Herausforderer.³¹ Besonders deutlich ausgeprägt war dieser

28 Vgl. Jan Hansen: Zwischen Staat und Straße. Der Nachrüstungsstreit in der deut- schen Sozialdemokratie (1979–1983), in: AfS 52, 2012, S. 517–553.

29 Gassert, Kiesinger (wie Anm. 16), S. 369.

30 Vgl. hierzu detailliert Gerd Mielke: Sozialer Wandel und politische Dominanz in Baden-Württemberg. Eine politikwissenschaftlich-statistische Analyse des Zusam- menhangs von Sozialstruktur und Wahlverhalten in einer ländlichen Region, Berlin 1987, S. 142.

31 Peter März: Ministerpräsidenten, in: Herbert Schneider/Hans-Georg Wehling (Hrsg.): Landespolitik in Deutschland. Grundlagen – Strukturen – Arbeitsfelder, Wiesbaden 2006, S. 148–184, hier S. 167 ff.

Amtsbonus in den 1970er-Jahren. Auch dies motivierte Filbinger, 1966/1968 eine Große Koalition einzugehen. Die Partei wäre angesichts ihrer stark fragmentierten Struktur ohne die Kontrolle über die propagandistisch-publizistischen Möglichkeiten, die das Amt des Ministerpräsidenten nun einmal bietet, im Wahlkampf in schwere Seenot geraten.³²

Dass der Ministerpräsident von der CDU gestellt wurde, war auch deshalb wichtig, weil die CDU vor der Gründung des einheitlichen Landesverbandes am 15. Januar 1972 nur über schwache Strukturen verfügte.³³ Die Konferenz der vier Landesvorsitzenden war ein unhandliches Gremium, das zum Verdruss der „jungen Wilden“ der Jungen Union der 1960er-Jahre, wie Heiner Geißler, Anton Pfeifer oder Erwin Teufel, sich nicht zur schlagkräftigen Organisation eines Wahlkampfes eignete.³⁴ Die SPD war hier besser aufgestellt, wenn auch, was nicht unterschlagen werden sollte, die finanziellen Möglichkeiten der CDU die der SPD im Land bei Weitem überragt haben dürften.³⁵

Hans Filbinger war innerhalb seiner Partei kein Liberaler, sondern positionierte sich klar auf dem rechtskonservativen Flügel der CDU, in Opposition zum damaligen Bundesvorsitzenden Helmut Kohl.³⁶ Zwar gilt die Südwest-CDU traditionell als konservativer Landesverband, doch immerhin konnte der – bezeichnenderweise aus Baden stammende Filbinger – die Schulfrage dadurch lösen, dass er taktisch geschickt die Konfessionsschule dem Machterhalt in der Großen Koalition opferte.³⁷ Mit diesem Schritt hatte

32 Zur problematischen Struktur der CDU vor der Schaffung des einheitlichen Landesverbandes vgl. Fred Ludwig Sepaintner: Von der Koordination der vier Landesverbände zur Gründung des Landesverbandes Baden-Württemberg, in: Paul-Ludwig Weinacht (Hrsg.): Die CDU in Baden-Württemberg und ihre Geschichte, Stuttgart 1978, S. 247–256.

33 „Konsequenz aus dem Bundestagswahlkampf und dessen Ergebnis: Filbinger betreibt Reform der CDU“, Schwäbische Zeitung vom 2.10.1969.

34 Gassert, Kiesinger (wie Anm. 16), S. 387 ff.

35 Dieser Aspekt ist für die Bundespartei inzwischen aufgearbeitet, jedoch nicht für den Landesverband, vgl. Frank Bösch: Macht und Machtverlust. Die Geschichte der CDU, Stuttgart 2002, S. 156 ff.

36 Dies wird deutlich in den Bundesvorstandsprotokollen der CDU, vgl. Barzel: „Unsere Alternativen für die Zeit der Opposition“. Die Protokolle des CDU-Bundesvorstandes 1969–1973, bearb. von Günter Buchstab und Denise Lindsay, Düsseldorf 2009.

37 Uwe Dietrich Adam: Die Union in der Landesregierung, in: Weinacht, CDU in Baden-Württemberg (wie Anm. 32), S. 279–292, hier S. 287 f.; Feuchte, Verfassungsgeschichte (wie Anm. 13), S. 465 ff.; siehe auch den Beitrag von Stefan Paulus in diesem Band.

sich der liberale Südwürttemberger Kiesinger schwer getan. Filbinger schnitt rasch alte Zöpfe ab, wie auch die Gebietsreform bewusst wenig Rücksicht auf Traditionen nahm,³⁸ so dass 1973 der waschechte Schwabe Erwin Teufel zum Vorsitzenden des CDU-Bezirksverbands Südbaden gewählt werden konnte.³⁹

Filbinger wirkt als janusköpfige Figur, denn auf der einen Seite setzte er die Reform- und Modernisierungspolitik seines Vorgängers fort, wenn auch mit – aus Rücksicht aufs Budget – gebremsten Investitionen in die Bildung, doch unter Förderung großer Infrastrukturprojekte, die in den 1970er-Jahren ein gewichtiger Faktor der Landespolitik blieben. Diese waren aber auch ein permanenter Stein des Anstoßes, wenn es z. B. um Autobahnen durch den Hochschwarzwald oder entlang des Bodensees ging oder um den Ausbau der Kernenergie. Filbinger griff mit dem Schutz der Landschaft, von Wasser, Luft und Boden als Ministerpräsident wie schon zuvor als Innenminister umweltpolitische Fragen auf und setzte sich gleichzeitig für die Entwicklung des ländlichen Raumes ein. Hier sah er sich im Nachhinein als ein wertkonservativer Vorläufer der Grünen.⁴⁰

Andererseits stand Filbinger in sozialen Fragen für eine stark konservative Agenda. Er forderte ein traditionelles Staatsbewusstsein mit Achtung vor den staatlichen Institutionen und Autoritäten; er sprach von einer „geistigen Erneuerung der CDU“.⁴¹ Im privaten Bereich trat er für scheinbar Althergebrachtes ein – für Ehe und Familienwerte. Hier positionierte er sich gegen die Abtreibung und war auch in Bezug auf die Rolle der Frau in der Gesellschaft zwar kein Reaktionär, aber doch ein höchstens gebremster Konservativer, mit deutlich patriarchalischen Zügen.⁴² Trotz seines durch Pragmatik abgemilderten Konservatismus überwogen bei ihm in den gesellschaftlichen Themen, wie in der von ihm wesentlich geprägten,

38 Vgl. hierzu den Beitrag von Hans-Georg Wehling in diesem Band.

39 „CDU-Parteitag in Villingen-Schwenningen: Teufels Triumph in Südbaden“, Mannheimer Morgen vom 7.5.1973, siehe auch Paul-Ludwig Weinacht: CDU Südbaden, in: Ders. (Hrsg.), CDU in Baden-Württemberg (wie Anm. 32), S. 301–307, hier S. 302.

40 Wie Erik Lommatzsch herausgearbeitet hat, galt für Filbinger der Einsatz für die Atomenergie zugleich als ein praktischer Beitrag zum Umweltschutz, vgl. Erik Lommatzsch: Umweltpolitische Positionen Hans Filbingers, in: Historisch-Politische Mitteilungen. Archiv für Christlich-Demokratische Politik 19, 2012, S. 253–268.

41 „Filbinger: Geistige Erneuerung der CDU“, Süddeutsche Zeitung vom 22.6.1973.

42 Hans Filbinger: Frau und Gesellschaft, in: Ders.: Entscheidung zur Freiheit. Eine Auslese, Stuttgart 1976, 35 ff.

Mit uns für Freiheit



Bei uns in Baden-Württemberg sind Bürgerfreiheit und Liberalität zu Hause. Liberal sein heißt nicht: Die Dinge treiben lassen, liberal sein heißt: Entschlossen für die Freiheit der Mitbürger eintreten. Helfen Sie mit, daß wir auch künftig frei von Angst und Bevormundung leben können.

Mit uns für Baden-Württemberg

Wir Baden-Württemberger sind freie und selbstbewußte Bürger:
■ Wir haben als erste in deutschen Landen eine freiheitliche Verfassung erkämpft.
■ Wir sind stolz auf unsere Freiheitskämpfer und Dichter: Schiller, Hecker, Uhland.
■ Wir haben selbstbewußte Stämme, die alle ihren eigenen Kopf haben: Alemannen, Schwaben, Pfälzer, Franken nicht zu vergessen die Heimatvertriebenen.

Heute können wir frei leben:
■ Reisen, wohin wir wollen, ■ lesen, was uns gefällt, ■ sagen, was wir denken.

Diese Freiheit ist nicht selbstverständlich. Sie muß geschützt werden:
■ gegen Radikalismus und Kriminalität,
■ gegen sozialistische Bevormundung und Besserwisserei,
■ gegen Funktionäre und Verplanung.



 **CDU**

Printkampagne der CDU Baden-Württemberg zur Landtagswahl 1976, mit der sie ihre liberale Seite betonte, abgedruckt in der „Badischen Zeitung“ vom 19. März 1976.

polarisierenden Formel „Freiheit oder Sozialismus“ erkennbar wird, der konservative Grundzug. Dieser kam auch im Bild des Landesvaters zum Ausdruck.⁴³

Filbinger tritt programmatisch als harter Kämpfer für die Rechtsstaatlichkeit, fand in der Auseinandersetzungen mit der Neuen Linken, den Alt-68ern, den K-Gruppen sowie dem Linksterrorismus der RAF ein Thema, das ihn befeuerte und mit dem er Wahlen gewann.⁴⁴ Daher wurde er zu einer heiß umkämpften und hoch angefeindeten Galionsfigur einer neokonservativen Gegenbewegung. Diese verstand er gemeinsam mit Wilhelm Hahn als eine geistig-moralische Wende, die in den Tendenzwende-Kongressen der 1970er-Jahre auch eine gewisse Intellektualität erhielt.⁴⁵ Diese Konzepte

43 Vgl. vor allem die Werbekampagne „Mit uns für Freiheit – Mit uns für Baden-Württemberg“, im Landtagswahlkampf 1976 (Pressedokumentation, Landtagsarchiv Baden-Württemberg). Zur Popularität und zum landesväterlichen Duktus Filbingers siehe auch Feuchte, Verfassungsgeschichte (wie Anm. 13), S. 250.

44 Vgl. etwa Hans Filbinger: Demokratie – Demokratieverständnis, in: Ders., Entscheidung (wie Anm. 42), S. 15 – 21; „Filbinger: Allein die CDU ist liberal. Wirbel um Stuttgarter Positionspapier“, Süddeutsche Zeitung vom 2.10.1973.

45 Axel Schildt: „Die Kräfte der Gegenreform sind auf breiter Front angetreten“: Zur konservativen Tendenzwende in den Siebzigerjahren, in: AfS 44, 2004, S. 449 – 479; siehe auch Wilhelm Hahn: Ich stehe dazu. Erinnerungen eines Kultusministers, Stuttgart 1981, S. 221 ff.



Kurz nach der Bundestagswahl 1976 kommt es zwischen den Schwesterparteien CDU und CSU zu Differenzen, die unter anderem durch Auseinandersetzungen zwischen den Flügeln beider Parteien ausgelöst worden waren. Die „Liberalen“ unter Helmut Kohl (l.) geben schließlich den „Konservativen“ unter Franz Josef Strauß (M.) und Hans Filbinger (r.) nach.

waren aber auf CDU-Bundesebene nicht konsensfähig und wurden unter Helmut Kohl abgemildert. Nicht zuletzt profilierte sich Hans Filbinger als ein Gegner der Ostpolitik, musste aber auch hier aus der Bundesparteiräson heraus Kohl am Ende innerparteilich nachgeben.⁴⁶

Kohl und Filbinger standen in den 1970er-Jahren für unterschiedliche Ansätze in der CDU: Der Slogan „Freiheit oder Sozialismus“ im baden-württembergischen Wahlkampf 1976 wurde im Bundestagswahlkampf kurz darauf zu „Freiheit statt Sozialismus“ verwässert. Auch dies wurde von Helmut Kohl nur zähneknirschend akzeptiert, weil es angesichts der Stuttgarter Wahlergebnisse eine Erfolgsformel bot. Insgesamt positionierte sich Hans Filbinger deutlich an der Seite von Alfons Goppel bzw. Franz Josef Strauß und der Münchener CSU, die um diese Zeit mit ihrem Kreuther Beschluss Furore machte.⁴⁷ Während Helmut Kohl in der Bonner Oppositionsphase den liberalen Parteiflügel repräsentierte und weiter stark auf eine sozial-

46 Hans-Peter Schwarz: Helmut Kohl. Eine politische Biographie. München 2012, S. 206.

47 Ebd., S. 222.

staatliche Einhegung des freien Marktes setzte, sah sich Filbinger als Vor-
mann der Gegenrevolution gegen „1968“ und den wohlfahrtsstaatlichen
Konsensliberalismus der 1960er-Jahre.⁴⁸

In dem landläufig als liberal geltenden Baden-Württemberg war diese ei-
genartige Mischung aus pragmatischer, administrativer, auch wirtschafts-
freundlicher Reform- und Modernisierungspolitik bei gleichzeitiger Beto-
nung von „traditionellen“ Grundwerten und südweststaatlicher Identität
eine elektorale *winning combination*. Dadurch ließ sich einerseits die Opposi-
tion gegen Bonn (wie 1976) mobilisieren. Die Kombination von fortgesetzter
Modernisierungspolitik bei gleichzeitigem „Widerstand“ gegenüber dem
von „1968“ postulierten „Zeitgeist“ mit der Hinterfragung von Autoritäten,
auch die klare Abwehrhaltung gegenüber der RAF, scheint sich ausgezahlt
zu haben. So punktete die CDU in den 1970er-Jahren gerade in altliberalen
und ehemals sozialdemokratischen Milieus. Auch scheint die Warnung vor
einer allzu großzügigen Verschuldungspolitik von dem neuen Mittelstand
und den gut bezahlten Facharbeitern des Südwestens goutiert worden zu
sein, wenn gleichzeitig die konsequente Modernisierung des Landes fortge-
setzt wurde.

Mit dieser Mischung aus gesellschaftlichem Konservatismus, baden-würt-
tembergischem Eigensinn im Zeichen von „Bürgerfreiheit und Liberalität“
sowie gleichzeitig nachhaltiger Modernisierungspolitik haben Hans Filbin-
ger und die CDU in den 1970er-Jahren in Baden-Württemberg reüssiert. Es
glückte, von einer ländlich-katholisch-konservativen Partei zu einer Partei
auch mit wesentlich protestantisch und städtisch-industriell geprägter Klien-
tel zu wachsen.⁴⁹ Sinnfällig wurde dies auch in der Wahl von Lothar Späth
zum Nachfolger Hans Filbingers. Dieser setzte als erster evangelischer Mini-
sterpräsident von Baden-Württemberg die Politik der Modernisierung offen-
siv und medienwirksam fort, bei gleichzeitiger Betonung liberaler und
konservativer Grundwerte. Auch Späth spielte stark die modernisierungs-
freudige Karte, ohne dass dabei die katholische Basis im Süden des Landes
verloren ging. Die modernisierungsskeptische Haltung der SPD hingegen
zahlte sich in den 1970er-Jahren nicht aus, zumal der SPD-Kanzler Helmut

48 Vgl. neben Filbinger, Entscheidung (wie Anm. 42) und Hahn, Ich stehe dazu
(wie Anm. 45) auch die retrospektive, durch den Rücktritt stark gefärbte kämp-
ferische Abwehrhaltung gegen den „Zeitgeist“ in Hans Filbinger: Die geschmähte
Generation. Politische Erinnerungen, 3. Aufl. Esslingen 1994, S. 93 ff.

49 Vgl. Mielke, Sozialer Wandel (wie Anm. 30), S. 193 ff.; Eith, Parteiensystem Ba-
den-Württembergs (wie Anm. 6), S. 114.



Die CDU unterstreicht in den Wahlkämpfen 1976 ihre Verbindung von Konservatismus und Modernität, indem sie linke Positionen mit dem Bild einer kessenen jungen Frau herausfordert.

Schmidt weiter als pragmatischer Macher galt, aber seine Partei immer weniger hinter sich hatte.⁵⁰

In diesem Sinn kann Hans Filbinger als ein kontinentales bzw. südwestdeutsches Pendant zu einem Neokonservatismus gedeutet werden, wie er sich bei den britischen *Tories* unter Margret Thatcher in den späten 1970er-Jahren und dann in den 1980er-Jahren in den USA unter Reagan durchzusetzen begann. *Cum grano salis* war Filbinger ein baden-württembergischer Ronald Reagan, wenn er auch deutlich intellektueller daherkam und über substanziell mehr klassische Bildung verfügte. Viele Parallelen ergeben sich: Die Betonung konservativer Werte, die Popularität, die Fähigkeit, die Dinge glaubwürdig für das Volk auf den Punkt zu bringen, der pragmatische Sinn – anders übrigens als Margaret Thatcher, die im Vergleich zu Reagan und Filbinger stärker ideologisch agierte. Auch zog Filbinger, wie Reagan, aufgrund seines Habitus Kritik geradezu an. Bezeichnenderweise verfiel dieser Neokonservatismus in Deutschland nur in Bayern und Baden-Württemberg, zwei Ländern ohne flächendeckende Industriekultur, aber mit postmodernen industriellen Clustern und einer entsprechenden Arbeitnehmerschaft. Außerhalb des Südens war Filbinger (wie Strauß) schwer vermittelbar.

Ausblick auf die allgemeine bundesrepublikanische Geschichte

Der Journalist und Alt-68er Gerd Koenen hat in seiner in Teilen durchaus (selbst-)kritischen Darstellung der Folgen von „1968“ die 1970er-Jahre als das „rote Jahrzehnt“ bezeichnet. Der Historiker Bernd Faulenbach spricht von einem „sozialdemokratischen Jahrzehnt“.⁵¹ Denn der Geist wehte in dieser Zeit „links“, die Sozialdemokratie war auf dem Gipfel ihrer Macht und ihres gesellschaftlichen Einflusses in Deutschland. Aber wie „links“ waren die 1970er-Jahre? Zwar waren in diesem Jahrzehnt viele konservative Christdemokraten wie Filbinger der festen Überzeugung, dass die politische Kultur nach links rückte und davon Ungemach drohte. Aus ihrer Sicht hatte die Idee eines linken Zeitgeistes, den es mit kritischer Spitze gegen die in Bonn herrschende sozialliberale Koalition zu bekämpfen gelte, viel Plausibilität. Sie machten sich eine Formel zu eigen, die bei ihrem Publikum stach, obwohl doch der Aufschwung der Union an den Wahlurnen durch die 1970er-Jahre praktisch ungebremst weiterging.

50 Vgl. Glück, Die SPD (wie Anm. 20), S. 82.

51 Vgl. Koenen, Das rote Jahrzehnt (wie Anm. 12); Faulenbach, Das sozialdemokratische Jahrzehnt (wie Anm. 12).

Gegen diese weit verbreitete und viel zitierte Idee des „roten Jahrzehntes“ lässt sich die These des „konservativen“ oder „schwarzen Jahrzehntes“ stellen, das diese 1970er-Jahre ebenfalls waren. Das gilt ganz offensichtlich in Baden-Württemberg, wo trotz (oder gerade wegen?) Wyhl als Kristallisations- und Symbolort der Neuen Sozialen Bewegungen die CDU praktisch unangefochten dominierte. Denn im Südwesten hatte sich erst jetzt unzweideutig die Hegemonie der CDU durchgesetzt. Zugleich war diese CDU der 1970er-Jahre aber auch weit von der Honoratiorenpartei der 1950er-Jahre entfernt. Sie war eine rasch wachsende Mitgliederpartei (mit 81 000 Mitgliedern im Jahr 1979, d. h. einer Verdoppelung innerhalb des Jahrzehnts, in dem Filbinger an der Spitze stand); sie modernisierte sich in ihren Strukturen massiv; sie hatte sich eine schlagkräftige Wahlmaschinerie zugelegt.⁵²

Andererseits barg die wenig abgemilderte Modernisierungspolitik gerade auf dem Lande auch die Gefahr eines Abschmelzens konservativer Positionen in sich, wie es seit den 1990er-Jahren deutlicher erkennbar wird. Nicht ganz zufällig steht mit Wyhl ein Symbolort des Widerstandes gegen die technokratischen Modernisierungen der 1970er-Jahre auf dem Titel dieses Bandes. Wyhl war ein so bezeichnend wichtiger politischer Ort, weil dort ja nicht nur die *usual suspects* gegen einen Plan der Landesregierung demonstrierten. Vielmehr taten sich die großstädtischen Neuen Sozialen Bewegungen mit lokalen Akteuren wie Bauern und Winzern (darunter nicht wenige CDU-Mitglieder) in der Abwehr des „Stuttgarter Zentralismus“ zusammen.⁵³ Ähnliche Kombinationen fanden sich auch in Nordbaden beim Widerstand gegen die Daimler-Benz-Teststrecke in Boxberg.

In den 1970er-Jahren in Baden-Württemberg formierten sich zwischen Filbinger und der CDU auf der einen Seite und den Neuen Sozialen Bewegungen auf der anderen Seite gleichzeitig zwei Gegenpositionen gegen das

52 Vgl. neben der bereits zitierten Literatur zur Geschichte der Landespartei die Aufzeichnung im NL Filbinger, „Landtagswahlen und politische Grundströmungen“, 13. September 1991, sowie der Vortrag von Filbinger, „40 Jahre CDU“, ACDP, 01-688-283; sowie die allgemeine Forschung zur CDU-Parteireform in den 1960er- und 1970er-Jahren, z.B. Wulf Schönbohm: Die CDU wird moderne Volkspartei. Selbstverständnis, Mitglieder, Organisation und Apparat 1950–1980, Düsseldorf 1985; Josef Schmid: Die CDU. Organisationsstrukturen, Politiken und Funktionsweisen einer Partei im Föderalismus, Opladen 1990; Hans-Otto Kleinmann: Geschichte der CDU 1945–1982, Stuttgart 1993; Bösch, CDU (wie Anm. 35).

53 Vgl. den Beitrag von Ulrich Eith in diesem Band sowie allgemein Reinhold Weber (Hrsg.): Aufbruch, Protest und Provokation. Die bewegten 70er- und 80er-Jahre in Baden-Württemberg, Darmstadt 2013.

keynesianische, sozialplanerische Konsensmodell der 1960er-Jahre, für das Kiesinger als Ministerpräsident gestanden hatte sowie die Große Koalition bzw. Brandt und Schmidt als Kanzler.⁵⁴ Beide stellten den Begriff der Freiheit ins Zentrum. Filbinger machte sich im Anschluss an die ordoliberalen Freiburger Schule, die auch die angelsächsischen Neokonservativen inspirierte, die Kritik an wachsender Reglementierung durch den Staat zu eigen: „Es muss wieder jener Politik zum Durchbruch verholfen werden, in deren Mittelpunkt Freiheit, Eigentum und Selbstbestimmung ebenso wie soziale Sicherheit und Chancengleichheit stehen.“ Das sind neoliberale Positionen, die hier christdemokratisch abgemildert wurden durch den unvermeidlichen Hinweis auf den Sozialstaat.⁵⁵

Von dem vielfach postulierten Krisengefühl der 1970er- und 1980er-Jahre profitierten sowohl konservative Kritiker einer wohlfahrtsstaatlichen Überdehnung der staatlichen Strukturen als auch die Umwelt- und Anti-AKW-Bewegung, die, so Anselm Doering-Manteuffel und Lutz Raphael, ebenfalls „politische Entscheidungen nach Maßgabe staatlicher, technischer und sozialplanerischer Problemwahrnehmung nicht mehr selbstverständlich“ akzeptierte.⁵⁶ Die Wahrnehmung gesellschaftlicher Problemkonstellationen seitens konservativer Christdemokraten wie Filbinger und späterer Grüner, die u. a. auch in Wyhl demonstrierten, war nicht so unterschiedlich, wenn auch die Feindbilder diametral entgegengesetzt waren. In der Idee der „Freiheit“ dürften sich beide getroffen haben, wenn auch mit unterschiedlichen Lösungsansätzen: einmal antikapitalistisch gewendet, das andere Mal antikommunistisch und neoliberal aufgefasst. Vielleicht war daher die Polemik umso stärker und vielleicht wurde auch deshalb Filbinger zur Zielscheibe, weil er seinerseits eine Deutungshoheit über das „freiheitliche Erbe“ des Landes für sich beanspruchte. Das könnte auch die Heftigkeit der Kontroversen um seine Person selbst ein Stück weit miterklären.

54 Vgl. Gabriele Metzler: Konzeptionen politischen Handelns von Adenauer bis Brandt. Politische Planung in der pluralistischen Gesellschaft, Paderborn 2005.

55 Hans Filbinger: Freie Berufe, Kunst und Künstler, in: Ders., Entscheidung (wie Anm. 42), S. 82. Vgl. hierzu auch die kritische Retrospektive des damaligen Oppositionsführers Erhard Eppler in: Renate Faerber-Husemann: Der Querdenker: Erhard Eppler. Eine Biographie, Bonn 2010, S. 105–124 (Kap. 9: „Im Filbingerland“).

56 Anselm Doering-Manteuffel/Lutz Raphael: Nach dem Boom. Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970, Göttingen 2008, S. 32; sowie Frank Bösch: Die Krise als Chance. Die Neuformierung der Christdemokraten in den siebziger Jahren, in: Konrad Jarausch (Hrsg.): Das Ende der Zuversicht? Die siebziger Jahre als Geschichte. Göttingen 2008, S. 296–309.



Hans Filbinger wird 1976 bei einer Demonstration gegen das AKW Wyhl derart von Protestierenden bedrängt, dass er von Polizisten aus dem Gedränge gebracht werden muss.

Die Ära Filbinger und die 1970er-Jahre in Baden-Württemberg waren ein Jahrzehnt, in dem technokratische Globalsteuerung und planerische Lösungsansätze von allen Seiten unter Druck kamen, wenn auch die Fortschrittsskepsis keine flächendeckende Erscheinung gewesen sein dürfte. Das zeigt auch der Erfolg von Hans Filbingers oft betont technokratisch auftretenden und sich zum Modernisierer stilisierenden Nachfolger Lothar Späth. In der CDU Baden-Württemberg war in den 1970er-Jahren eine Aufbruchstimmung zu spüren, mit öffentlich forcierter Verteidigung vermeintlich konservativer Positionen bei gleichzeitig vehementer innerparteilicher Modernisierung und „rationaler“ Umgestaltung der Organisationsstrukturen des von der CDU politisch dominierten Landes.

Es ist eine wichtige Aufgabe von Zeitgeschichte, im Gespräch mit den Zeitzeugen die Mythen der Epoche zu hinterfragen und auf ihren historischen Gehalt abzuklopfen – und dabei auch aus der Zeit selbst tradierte Frontstellungen zu hinterfragen. Ein genauer Blick auf die 1970er-Jahre in Baden-Württemberg kann etwas zur Relativierung der Idee vom „roten Jahrzehnt“ beitragen, da diese Jahre im Südwesten Deutschland durchaus auch im Gewand eines „schwarzen bzw. konservativen Jahrzehntes“ daherkamen.

Nicht übersehen werden sollte, dass der viel beschworene „linke“ Zeitgeist auch eine beliebte Formel der „Rechten“ war, um die eigenen Anhänger zu mobilisieren. Denn der Zeitgeist stand vielleicht gar nicht so weit links, wie Konservative vom Schlage Filbingers immer wieder behaupteten und sicher auch ehrlich befürchteten. Hans Filbinger, dieser südwestdeutsche Ronald Reagan, hat diese Stimmung und Gemengelage wie nur wenige andere politische Persönlichkeiten seiner Zeit repräsentiert.

Hans Filbinger (1913–2007). Ein Mann in seiner Zeit

Auch unterlassene Würdigungen fallen auf. Reinhold Maier 1989, Gebhard Müller 2000 und Kurt Georg Kiesinger 2004 – den ersten drei Ministerpräsidenten des Landes Baden-Württemberg wurde vom Hauptstaatsarchiv Stuttgart im Jahre ihres 100. Geburtstages jeweils eine große Ausstellung gewidmet.¹ Der Geburtstag Hans Filbingers, des vierten Regierungschefs des Südweststaates, der seine Vorgänger bezüglich der Amtsdauer deutlich übertroffen hat, hat sich am 15. September 2013 zum 100. Mal geöhrt. Eine Ausstellung, die ihn in den Mittelpunkt gerückt hätte, wurde nicht auf den Weg gebracht. Auch hielten sich die selbst bei weniger bedeutsamen Persönlichkeiten der Zeitgeschichte üblichen Veranstaltungen und Publikationen zur Erinnerung an ihn in engen Grenzen.

Zweifelsfrei war Hans Filbinger als Landespolitiker und langjähriger Ministerpräsident prägend für Baden-Württemberg. Durch seine Tätigkeit im Bundesrat und seine Funktionen in der CDU war er auch bundespolitisch von Bedeutung. Der Nestor der deutschen Zeitgeschichte und Politikwissenschaft, der Tübinger Politikprofessor Theodor Eschenburg, sprach seinerzeit davon, dass es sich bei Filbinger um den „ertragreichsten aller bisherigen Ministerpräsidenten des Landes“² handle – ein Urteil, dem auch heute noch etwas abzugewinnen sein dürfte. Zwölf Jahre lang, von 1966 bis

1 Vgl. Reinhold Maier (1889–1971). Katalog zur Ausstellung des Hauptstaatsarchivs Stuttgart zum 100. Geburtstag des ersten Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg im Rathaus Schorndorf, hrsg. v. Wolfgang Schmierer, bearb. v. Wilfried Braunn, Stuttgart 1989; Gebhard Müller (1900–1990). Christ – Jurist – Politiker. Katalog zur Wanderausstellung des Hauptstaatsarchivs Stuttgart in Zusammenarbeit mit der Landesbildstelle Württemberg und der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, bearb. von Kurt Hochstuhl und Peter Bohl, Stuttgart 2000; Kurt Georg Kiesinger (1904–1988). Rechtslehrer – Ministerpräsident – Bundeskanzler. Begleitbuch zur Ausstellung des Hauptstaatsarchivs Stuttgart, bearb. von Albrecht Ernst mit einem Beitrag von Philipp Gassert, Stuttgart 2004.

2 Zitiert nach: Fred Sepaintner: Baden-Württemberg 1960–1992, in: Hansmartin Schwarzmaier/Meinrad Schaab (Hrsg.): Handbuch der baden-württembergischen

1978, führte Hans Filbinger den Südweststaat als Regierungschef. Bei der Landtagswahl von 1972 konnte er für seine Partei die absolute Mehrheit erringen, und vier Jahre später gelang es ihm sogar, dieses gute Ergebnis noch auszubauen. Ausweislich der Allensbacher Umfragen spielte dabei die Persönlichkeit des Ministerpräsidenten die entscheidende Rolle.³ Filbinger erfreute sich landesväterlicher Beliebtheit, wusste aber auch vielfach mit seinen konservativen Standpunkten zu polarisieren. Er selbst empfand sich als Hüter von Positionen, die seiner Meinung nach dem „Zeitgeist“ oder der Politik der Bonner sozialliberalen Koalition unter Willy Brandt bzw. Helmut Schmidt zum Opfer fielen – seien es die Veränderungen an den Universitäten in der Folge von „1968“ oder sei es die neue Gangart in der Ostpolitik.



Hans Filbinger 1966 bei der Vereidigung zum Ministerpräsidenten im Landtag von Baden-Württemberg. Rechts auf dem Foto Landtagspräsident Franz Gurk (CDU).

Geschichte. Vierter Band: Die Länder seit 1918, Stuttgart 2003, S. 591–895, hier S. 712.

3 Fred Ludwig Sepaintner: Die Lebensgeschichte, in: Fred Ludwig Sepaintner (Hrsg.): Hans Filbinger. Aus neun Jahrzehnten, Leinfelden-Echterdingen 2003, S. 21–68, hier S. 47.

Aus der jüngeren Geschichte Baden-Württembergs ist Hans Filbinger aufgrund seines immensen Einflusses auf die Entwicklung des Landes kaum wegzudenken. Vergegenwärtigt man sich zudem die überregionale Bedeutung Filbingers – unabhängig davon, wie man die von ihm vertretenen politischen Überzeugungen beurteilen mag –, so müsste die eingangs angeführte Zurückhaltung in der öffentlichen Erinnerung an ihn eigentlich überraschen. Die Ursache ist natürlich schnell benannt. Fällt heute der Name Filbinger, so wird er vor allem auch außerhalb Baden-Württembergs mit den Debatten in Verbindung gebracht, die im August 1978 zu seinem Rücktritt führten. Filbinger hatte in der Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft als Marinerichter gewirkt. Die Auseinandersetzungen um seine Vergangenheit überstiegen jedoch schnell die Sachebene – und das durch das Zutun beider Seiten des Konflikts. Dies wirkt bis zur unmittelbaren Gegenwart. Die CDU tut sich schwer mit einem ihrer einst einflussreichsten „Landesfürsten“ – im Falle Filbingers eine vielleicht gar nicht so ironische Beschreibung. Und selbst sein Tod im Jahr 2007 bot noch Anlass für Positionierungen und Verstimmungen – die Rede des damaligen Ministerpräsidenten Günther H. Oettinger ist nur ein besonders prominentes Beispiel.⁴

Benannt ist damit auch die Hauptschwierigkeit jeglichen biographischen Zugriffs auf Hans Filbinger: Die Gefahr der Dominanz der Vergangenheitsdiskussion über die Betrachtung des Landespolitikers Filbinger. Diese Diskussion war zwar 1978 nicht das erste Mal aufgekommen, allerdings entfaltete sie ab diesem Zeitpunkt greifbare Wirkung. Die tatsächlichen Vorgänge während der Zeit des Zweiten Weltkrieges und in der Zeit unmittelbar nach Kriegsende sind – interessanterweise – weitgehend dokumentiert und veröffentlicht, die Diskussion hierüber stößt jedoch schnell an prinzipielle Grenzen. Die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der Person und dem Wirken Filbingers steht hingegen noch am Anfang.⁵

4 Exemplarisch aus der Vielzahl der Presseveröffentlichungen: Ansgar Graw: Filbinger und die Fakten, in: Die Welt vom 16.4.2007. Ein weiteres Beispiel für die Polarisierung, für die die Person Hans Filbinger aus Anlass seines Todes noch einmal sorgte, ist, dass dem Berliner Domkapitular Wolfgang Knauff seitens des Erzbischofs ein gedenkender Gottesdienst untersagt wurde: „Erzbistum sagt Gottesdienst für Filbinger ab“, in: Der Tagesspiegel vom 17.4.2007.

5 Bisherige Veröffentlichungen, die Hans Filbinger zum Gegenstand haben, tragen entweder den Charakter von Memoiren bzw. sind als Bestandteil der Debatte um Filbingers Verhalten in der Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft sowie der daraus entstandenen Diskussion zu betrachten. Sie sind somit eher Quellen für eine weitergehende wissenschaftliche Auseinandersetzung, vgl. u. a. Hans Filbinger: Die geschmähte Generation. Politische Erinnerungen, 3. Aufl. Esslingen 1994;



Kontrovers diskutiert auch über den Tod hinaus: Die Aussage des Ministerpräsidenten Günther H. Oettinger 2007 bei der Beisetzung Filbingers, dieser sei kein Nationalsozialist gewesen, löst erneut eine mediale Debatte um Filbingers Rolle im „Dritten Reich“ aus.

Zu seinem 70. Geburtstag im Jahr 1983 wurde Hans Filbinger eine Festschrift gewidmet, für die neben engen politischen Weggefährten auch Helmut Kohl einen Beitrag verfasste. Als Titel für das umfangreiche Werk wurde *Hans Filbinger. Ein Mann in unserer Zeit* gewählt.⁶ Dies als Reminiszenz aufgreifend, ist die hier vorliegende biographische Skizze mit *Ein Mann in*

Bruno Heck (Hrsg.): *Hans Filbinger. Der „Fall“ und die Fakten. Eine historische und politologische Analyse* von Heinz Hürten, Wolfgang Jäger, Hugo Ott, Mainz 1980; Franz Neubauer: *Das öffentliche Fehlurteil. Der Fall Filbinger als ein Fall der Meinungsmacher*. 2. Aufl. Regensburg 2007; Sepaintner, Hans Filbinger (wie Anm. 3); Susanna Filbinger-Riggert: *Kein weißes Blatt. Eine Vater-Tochter-Biographie*, Frankfurt/M. 2013; Rosemarie von dem Knesebeck (Hrsg.): *In Sachen Filbinger gegen Hochhuth. Die Geschichte einer Vergangenheitsbewältigung*, Reinbek 1980; Wolfram Wette (Hrsg.): *Filbinger. Eine deutsche Karriere*, Springe 2006. Darstellungen zu Themen der baden-württembergischen Zeitgeschichte widmen Filbinger natürlich entsprechend Raum, jedoch steht hier die Person nicht im Vordergrund. Zu nennen wären etwa Paul-Ludwig Weinacht (Hrsg.): *Die CDU in Baden-Württemberg und ihre Geschichte*, Stuttgart 1978; Paul Feuchte: *Verfassungsgeschichte von Baden-Württemberg*, Stuttgart 1983; Sepaintner, *Baden-Württemberg 1960 – 1992* (wie Anm. 2).

seiner Zeit überschrieben.⁷ Der zeitliche Abstand für eine wissenschaftliche Auseinandersetzung mit Hans Filbinger erscheint gering. Sein Rücktritt liegt fast 40 Jahre zurück, sein Tod noch keine zehn. Und doch ist gerade bei der Betrachtung seiner Person, seines Denkens und seines Handelns immer wieder in Erinnerung zu rufen, dass Maßstäbe einer Zeit und eines Umfeldes in Rechnung zu stellen sind, die Filbinger als prägend erfahren hat, die sich aber auch schon während seiner Amtszeit als Ministerpräsident mehr als rasant gewandelt haben. Auch wenn Widersprüche nach wie vor bestehen bleiben – das zu zeichnende Bild sollte den historischen Dimensionen angemessen sein. Mag dies für den historisch Interessierten und erst recht für den professionellen Historiker eine Selbstverständlichkeit sein – im Fall einer Beschäftigung mit Hans Filbinger ist es besonders zu unterstreichen.

Jugend, Studium, Krieg und Neuanfang

Geboren wurde Hans Filbinger am 15. September 1913 in Mannheim.⁸ Sein Vater war Bankangestellter und erreichte mit 93 Jahren ein ähnlich bibliisches Alter wie später sein Sohn. Hans Filbingers Mutter hingegen starb bereits 1918. Er besuchte das Realgymnasium; breite kulturelle, vor allem historisch-literarische und philosophisch-theologische Interessen haben sich wohl bereits damals ausgebildet. In Form einer umfangreichen Materialsammlung zu verschiedensten Themen ist dieses Interesse noch im Nachlass

6 Lothar Bossle (Hrsg.): Hans Filbinger. Ein Mann in unserer Zeit. Festschrift zum 70. Geburtstag, Drießen 1983.

7 Es handelt sich hier um einen skizzenhaften, keinen Anspruch auf Vollständigkeit erhebenden Überblick. Im Entstehen begriffen ist eine wissenschaftliche Biographie Hans Filbingers, die die hier nur angerissenen Komplexe ausführlich behandeln wird. Zum Teil identisch im Wortlaut, sowohl untereinander als auch bezüglich dieser Skizze, aber entsprechend der Anlage der Sammelwerke ohne Nachweise und wesentlich kürzer, wurden bereits veröffentlicht: Erik Lommatzsch: Hans Filbinger (1913–2007). Der Landesvater und die Vergangenheit, in: Reinhold Weber/Ines Mayer (Hrsg.): Menschen, die uns bewegten. 20 deutsche Biografien im 20. Jahrhundert, Köln 2014, S. 158–165, sowie Erik Lommatzsch: Zum 100. Geburtstag von Hans Filbinger (1913–2007). Aspekte einer Biographie, in: Michael Stahl (Hrsg.): Deutschland 1813–2013. Deutsche Identität am Beginn der Moderne und in der Gegenwart, Nürnberg 2013, S. 134–143.

8 Zur Jugend bzw. zur Lebensgeschichte insgesamt: Jörg Schadt/Bruno Schwalbach: Die Mannheimer Jugend, in: Sepaintner, Hans Filbinger (wie Anm. 3), S. 69–79 sowie Sepaintner, Lebensgeschichte (wie Anm. 3), S. 21–68. Eine biographische Übersicht bietet ebenfalls Sepaintner, Die Lebensgeschichte (wie Anm. 3).

Filbingers sichtbar.⁹ Filbingers Katholizismus dürften ebenfalls in der frühen Jugend geprägt worden sein. In seiner überlieferten Korrespondenz finden religiöse Fragen vielfach Niederschlag. Seit 1928 war Filbinger innerhalb der katholischen Jugendbewegung im „Bund Neudeutschland“ aktiv, der sich „mit dem Ziel einer Elitenbildung vor allem der Seelsorge für die Schüler höherer Lehranstalten widmete“.¹⁰ Politisch galt der „Bund Neudeutschland“ als der katholischen Zentrumsparterie nahe stehend.

Von 1933 bis 1937 studierte Hans Filbinger Rechtswissenschaften und Volkswirtschaft in Freiburg, 1934/35 verbrachte er zwei Semester in München. 1938/39 war er in der Pariser Niederlassung einer Mannheimer Firma tätig,¹¹ 1940 legte er das zweite Staatsexamen ab. Bereits ein Jahr zuvor war er bei Hans Großmann-Doerth in Freiburg mit der Arbeit *Die Schranken der Mehrheitsherrschaft im Aktienrecht und Konzernrecht*¹² promoviert worden. Über den „Bund Neudeutschland“ war Filbinger in Kontakt mit dem einige Jahre älteren Philosophen Max Müller gekommen, mit dem ihn eine lebenslange, intensive Freundschaft verbinden sollte. Müller war es auch, der den Kontakt mit dem Publizisten Karl Färber und dem Schriftsteller Reinhold Schneider herstellte. Beide verhielten sich im „Dritten Reich“ nicht systemkonform – eine Tatsache, mit deren Hilfe Filbinger später gern seine eigene Nähe zum Widerstand plausibel darzustellen bemüht war.¹³

Es ist versucht worden, sich Filbingers politische Vorstellungen dieser Zeit über sein Umfeld zu erschließen.¹⁴ Zentrale Person ist neben dem gerade genannten katholischen Max Müller der Freiburger Strafrechtsordina- rius Erik Wolf, der stark in der evangelischen Kirche engagiert war. Beide waren anfangs bestrebt, politisch-philosophische Verbindungen zwischen völkischem Nationalismus und Christentum herzustellen. Der autoritäre Staat wirkte auf beide attraktiv – der in seinen Wirkungen selbst erfahre-

9 Nachlass Hans Filbinger: ACDP, 01-688.

10 Hans-Otto Kleinmann/Christopher Beckmann: Einleitung, in: Ernst Majonica: Das politische Tagebuch 1958–1962, bearb. v. Hans-Otto Kleinmann und Christopher Beckmann, Düsseldorf 2011, S. XI.

11 Filbinger, Die geschmähte Generation (wie Anm. 5), S. 51–55.

12 Hans Filbinger: *Die Schranken der Mehrheitsherrschaft im Aktienrecht und im Konzernrecht*, Berlin 1942.

13 U. a. Filbinger, Die geschmähte Generation (wie Anm. 5), S. 28–32.

14 Hugo Ott: Hans Filbinger 1933–1940. Studium und Referendariat unter den Bedingungen des Dritten Reiches, in: Heck, Hans Filbinger (wie Anm. 5), S. 13–46, danach auch das Folgende. Zu Filbingers Jugend vgl.: Schadt/Schwalbach, Die Mannheimer Jugend (wie Anm. 8), zu Äußerungen innerhalb des Bundes Neudeutschland insbes. S. 74–79.

ne totalitäre Staat trieb sie jedoch wieder auf Distanz. Fest steht, dass Filbinger beiden Mentoren eng verbunden war und – als der Jüngere – entsprechende Probleme mit ihnen erörterte. Der Gedanke, dass Filbinger weitgehend ähnlich dachte, ist erwägenswert, muss letztlich aber Hypothese sein bleiben.

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
München / Braunes Haus

Gen.: Baden

Ortsgruppe: Unterwieshre

Stützpunkt: 16

Antrag
00117

Dieser Raum darf nicht befüllt werden
Mitgl.-Nr. 4026789

auf Aufnahme in die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei

Hiermit stelle ich Antrag auf Aufnahme in die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei. Ich bin deutscher Abstammung und frei von jüdischem oder sadistischem Rasseerbschaft, gehöre keinem Geheimbund, noch einer sonstigen verbotenen Gemeinschaft oder Vereinigung an und werde einer solchen während meiner Zugehörigkeit zur Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei nicht beitreten. Ich verspreche, als treuer Gefolgsmann des Führers die Partei mit allen meinen Kräften zu fördern.

Ich verpflichte mich zur Zahlung der festgesetzten Aufnahmegebühr und des monatlichen, im voraus zahlbaren Mitgliedsbeitrages, der sich für mich aus der Beitragsordnung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei ergibt. Außerdem bin ich zur Zahlung eines einmaligen freiwilligen Förderungsbeitrages von X Reichsmark bereit. X unterschreiben im vorausgesetzten Referendum!

Lebhaft Schreiben!

Vor- und Nachname: Hans Filbinger (Filbinger)

Beruf oder Art der Tätigkeit: juristischer Referent (freiwilliger Kampfbund)

Geburtsort: Freiburg i. Br.

Geburtsdatum: 15. September 1913

Wohnung: Stühli

Strasse: 20

Platz: 5

Postleitzahl: 78

Ort und Datum: Freiburg i. Br. 10. 5. 37

Unterschrift: Hans Filbinger

Eigenhändige Unterschrift

Ortsgruppenleiter – Stützpunktleiter: M. M.

Stützpunkt: Unterwieshre

Mitgliedsantrag Hans Filbingers in die NSDAP aus dem Jahr 1937.

1937, nach Aufhebung der 1933 verhängten Aufnahmesperre, war Hans Filbinger der NSDAP beigetreten. Seinen eigenen Angaben zufolge war dieser Schritt erfolgt, um seine juristische Ausbildung abschließen zu können. Dies gilt auch als Erklärung für die Mitgliedschaft in anderen NS-Vereinigungen wie etwa dem Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbund (NSDStB). Seine SA-Mitgliedschaft war – Filbinger zufolge – der Tatsache geschuldet, dass eine studentische Sportgruppe, der er ebenfalls zwangsweise beigetreten war, nach dem sogenannten Röhm-Putsch *en bloc* in die SA überführt wurde.¹⁵

1940 wurde Filbinger zur Marine eingezogen, ab 1943 war er bei der Marinejustiz tätig. Nach eigenen Angaben war es zu dieser Berufung gegen

¹⁵ Aussage Filbingers, zit. bei Ott, Hans Filbinger (wie Anm. 14), S. 18.

seinen Willen gekommen. Von August 1943 bis zum Kriegsende wirkte er im besetzten Norwegen, zuletzt im Rang eines Marinestabsrichters. Nach der Kapitulation wurden in Norwegen stationierte deutsche Truppen interniert. Die deutsche Militärgerichtsbarkeit blieb auf britischen Wunsch aufrechterhalten, Filbinger fungierte weiter als Richter. Nach seiner Rückkehr nach Freiburg 1946 arbeitete er als Wirtschaftsanwalt sowie Fachanwalt für Steuerrecht und war Assistent an der Universität. Eine ursprünglich beabsichtigte Habilitation schloss er nicht ab. Die „Entnazifizierung“ führte letztendlich zu dem Urteil „entlastet“. Hans Filbinger begann, sich in der Kommunalpolitik zu betätigen. Der CDU war er 1951 beigetreten. 1950 hatte er geheiratet; aus der Ehe sollten fünf Kinder hervorgehen.

Landespolitik: Innenminister und Ministerpräsident

Die späte, aber rasant verlaufende politische Karriere des nicht mehr ganzen jungen Hans Filbinger, der sich auch über Freiburg hinaus einen Namen gemacht hatte, begann 1958. Am Anfang dieser Karriere stand der baden-württembergische Ministerpräsident Gebhard Müller, der Filbinger als Vertreter Südbadens zum ehrenamtlichen Staatsrat berief.¹⁶ 1960 errang Filbinger ein Landtagsmandat, unter Müllers Nachfolger Kurt Georg Kiesinger wurde er im selben Jahr Innenminister in dessen CDU-FDP-Kabinett. Als Kiesinger 1966 Bundeskanzler wurde, setzte sich Filbinger parteiintern gegen Kultusminister Wilhelm Hahn durch, wechselte handstreichartig den Koalitionspartner und führte ab 16. Dezember 1966 eine CDU-SPD-Regierung.¹⁷ Nachdem diese Koalition 1968 noch einmal bestätigt wurde, hatte Filbinger 1972 für die CDU allein einen Stimmenanteil von 52,9 Prozent, der 1976 sogar noch auf 56,7 Prozent ausgebaut werden konnte. Als im Jahr 1971 die vier bis dahin noch immer eigenständigen Landesverbände der südwestdeutschen CDU zum einheitlichen Landesverband Baden-Württemberg vereinigt wurden, übernahm er auch hier den Vorsitz; ab 1973 war er zudem einer der stellvertretenden Bundesvorsitzenden der CDU.

16 Vgl. u. a. „Hans Filbinger heißt der neue Staatsrat in Stuttgart“, in: Mannheimer Morgen vom 7.5.1958, sowie Feuchte, Verfassungsgeschichte (wie Anm. 5), S. 178.

17 U. a. „Filbinger populärer als Brandt und Scheel. Beliebtheitsskala in Baden-Württemberg/Wenig Punkte für Eppler und Bangemann“, in: Schwarzwälder Bote vom 16.2.1974; Sepaintner, Lebensgeschichte (wie Anm. 3), S. 43.



Hans Filbinger (r.) 1964 als baden-württembergischer Innenminister im Kabinett von Kurt Georg Kiesinger (oben auf der Treppe stehend).

Auch wenn die Presse ihm wiederholt bescheinigte, dass er es an Brillanz und Eleganz nicht mit seinem Amtsvorgänger Kiesinger aufnehmen könne,¹⁸ war Filbinger persönlich beliebt.¹⁹ Allerdings ließ er sein Image auch erfolgreich pflegen. Die Stuttgarter Staatskanzlei gab zum Beispiel ein Büchlein mit wohlwollenden Karikaturen über den Ministerpräsidenten sowie einen Bildband *Der Mensch Filbinger* heraus.²⁰ Filbinger galt als extrem fleißig und arbeitete bis spät in die Nacht. Manfred Rommel berichtet, dass er niemanden kannte, der auch im reiferen Alter bezüglich seiner wenigen starken Seiten, etwa der Rednergabe, so stark an sich gearbeitet habe.²¹ Wie im Privaten, so gerierte sich Filbinger auch als Politiker patriarchalisch, zuweilen autoritär. Zu fragen wäre, ob gerade dies von der Wählerschaft erwartet und mit entsprechend hoher Zustimmung honoriert wurde. Der breite Rückhalt in der Bevölkerung ermöglichte es Filbinger jedenfalls, Prioritäten zu setzen.

Bereits zu Beginn seiner landespolitischen Laufbahn hatte sich Filbinger dem Bemühen um den Erhalt dezentralisierter Strukturen gewidmet, um die fortschreitende Verstädterung auf ein „Normalmaß“ zurückzuschrauben.²² Diesem Thema schenkte er auch weiterhin besondere Aufmerksamkeit. In Filbingers Amtszeit als Ministerpräsident fiel die große Gebiets- und Verwaltungsreform. Bis 1972 wirkte er hier eng mit seinem Innenminister und Stellvertreter, dem SPD-Politiker Walter Krause zusammen, nach Filbingers Worten der „Innenarchitekt“ Baden-Württembergs.²³ Zudem kam es unter Filbinger 1970 zur zweiten Volksabstimmung nach 1951 und damit zur endgültigen Regelung der Badenfrage. Der junge Südweststaat war damit in seinem Bestand gesichert und wurde nun auch finanzwirtschaftlich konsolidiert. Bezüglich eines weiteren Politikbereichs konnte der Ministerpräsident 1976 mit Fug und Recht ausführen: „Und wer im Besonderen

18 Z. B. Rolf Zundel: Der Landesvater und die Ostpolitik. Ministerpräsident hat bei der Ratifizierung eine Schlüsselrolle, in: Die ZEIT vom 26.11.1971; Die Formulierung „... daß er nicht so brillant und elegant wirkte wie sein Vorgänger“ findet sich auch bei Feuchte, Verfassungsgeschichte (wie Anm. 5), S. 250.

19 Sepaintner, Lebensgeschichte (wie Anm. 3), S. 47.

20 Journalisten-Zitate und ein halbes hundert Filbinger-Karikaturen aus sieben Stuttgarter Regierungsjahren, hrsg. v. Staatsministerium Baden-Württemberg, Pressestelle der Landesregierung, Stuttgart 1973, sowie: *Der Mensch Filbinger. Eine Impression*, Stuttgart 1976.

21 Josef Schunder: Manfred Rommel. Die Biographie, Stuttgart 2012, S. 78 und 84.

22 U. a. Sepaintner, Lebensgeschichte (wie Anm. 3), S. 39.

23 Andrea Hoffend: Walter Krause, in: *Baden-württembergische Biographien*, hrsg. v. Fred L. Sepaintner und Bernd Otnad, Stuttgart 2007, S. 190–193. Vgl. zu Krause auch Georg Müller: *Walter Krause. Ein Mannheimer für Baden-Württemberg*, Heidelberg 2003.



Als Landesvater muss man sich volksnah geben: Ministerpräsident Hans Filbinger mit seiner Frau Ingeborg und Innenminister Walter Krause (SPD) auf einem Kinderkarussell auf dem Cannstatter Wasen 1969.

die Verhältnisse in Baden-Württemberg unter die Lupe nimmt, wird einräumen müssen, daß hier schon frühzeitig und mit beachtlicher Tatkraft für den Umweltschutz gearbeitet worden ist. Die baden-württembergische Landespolitik hat die elementare Bedeutung des Umweltschutzes erkannt und hiernach gehandelt, längst ehe dieser Begriff geboren war. Sie kann heute auf einem breiten Fundament bereits erbrachter Leistungen ihre Anstrengungen fortsetzen und intensivieren.“²⁴

Aktive Umweltpolitik hatte von Anfang an einen hohen Stellenwert in Filbingers Wirken.²⁵ Bereits in seine Zeit als Innenminister, der damals auch für den Umweltschutzbereich zuständig war, fielen Probleme wie der verunreinigte, vom „Umkippen“ bedrohte Bodensee, die Öltrassenführung

²⁴ Hans Filbinger: Entscheidung zur Freiheit. Eine Auslese, Stuttgart 1976, S. 70.

²⁵ Ausführlicher dazu: Erik Lommatzsch: Umweltpolitische Positionen Hans Filbingers, in: Historisch-Politische Mitteilungen 19 (2012), S. 253–268; zur Umweltpolitik insgesamt: Sepaintner, Baden-Württemberg 1960–1992 (wie Anm. 2), S. 771–787.

der Firma ENI, ebenfalls eine Bedrohung für den Bodensee, oder das Problem der Einzelmüllkippen. 1972 begründete Hans Filbinger die noch heute existente Bodenseekonferenz.²⁶ Unter seiner Ministerpräsidentenschaft wurden die Umweltthemen in der Regierung gebündelt, eine Reihe von Einrichtungen und Foren wurde geschaffen.²⁷

Die Energiepolitik war ein weiterer Schwerpunkt. Filbinger setzte sich stark für die Kernenergie ein, die nach seinem Verständnis die umweltfreundlichste Lösung in einer ressourcenknappen Welt war. Die Nutzung der Kernenergie verteidigte er beispielsweise beim CDU-Kongress *Energie und Umwelt* am 10. Oktober 1977 mit folgenden Worten: „So hat die Internationale Atomenergie-Agentur in Wien in ihrem jüngsten Jahresbericht Ende September diesen Jahres festgestellt, daß es seit der Inbetriebnahme des ersten Kernkraftwerkes vor mehr als 20 Jahren in keinem Werk auf der ganzen Welt einen von der nuklearen Seite verursachten tödlichen oder auch nur ernststen Unfall gegeben hat.“ Und noch einmal ganz klar: „[...] gerade weil wir alle sinnvoll nutzbaren Energieressourcen heranziehen [...], wissen wir: Ohne die Nutzung der Kernenergie kann unsere Energieversorgung in der Zukunft nicht sichergestellt werden.“²⁸ Gegenwehr gegen den Bau von Atomkraftwerken galt Filbinger als „Egoismus unter dem Mantel des Umweltschutzes“,²⁹ auf den keine Rücksicht genommen werden sollte. Entsprechend fest – oder je nach Sichtweise: engstirnig – sollte Filbinger dann auch an den Plänen zum Bau des Kernkraftwerkes Wyhl festhalten, die nie realisiert wurden.

In der Bildungspolitik war Filbinger der Erhalt und Ausbau eines differenzierten Bildungssystems ein Anliegen. Gemeinsam mit Kultusminister Wilhelm Hahn versuchte er der „Überproduktion“ von Akademikern entgegenzuwirken. Alternativen zum Hochschulstudium sollten angeboten werden. In studentischer Mitbestimmung oder Drittelparitäten in den Hochschulgremien konnten beide keinen Fortschritt erkennen.³⁰ Deutlich nahm

26 Vgl. u. a.: „Initiative Filbingers. Vor 25 Jahren Internationale Bodensee-Konferenz gegründet“, in: Südkurier vom 14.1.1997.

27 Am 1. Oktober 1972 wurde das Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Umwelt neu errichtet. Ein eigenständiges Umweltministerium gibt es jedoch erst seit 1987.

28 CDU-Kongress Energie und Umwelt, Hannover, 10.–11. Oktober 1977, Plenum, Montag, 10.10.1977, Begrüßung Ministerpräsident Dr. Hans Filbinger, ACDP, 01-688-046/2.

29 So eine Schlagzeile in der Stuttgarter Zeitung vom 29.11.1973.

30 Zur Bildungspolitik: Wilhelm Hahn: Ich stehe dazu. Erinnerungen eines Kultusministers, Stuttgart 1981, S. 110–258, explizit zur Drittelparität S. 190, sowie Sepaintner, Lebensgeschichte (wie Anm. 3), S. 48.

Filbinger auch Stellung gegen die „1968er“. Die terroristischen Auswüchse in Form der RAF waren für ihn logische Folge des Umbruchs an den Universitäten.³¹ Als Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg kam er mehrfach in unmittelbare Berührung mit den Vorgängen, so bei der Ermordung des Generalbundesanwalts Siegfried Buback in Karlsruhe im April 1977. Infolge der Schleyer-Entführung gehörte er im Herbst desselben Jahres dem Großen Krisenstab an.³² Von der RAF soll ursprünglich erwogen worden sein, Filbinger statt Schleyer zu entführen.³³ Die Terroristenselbstmorde in der Justizvollzugsanstalt Stuttgart-Stammheim im Oktober 1977 zogen eine schwere Krise der von Filbinger geführten Regierung nach sich. Justizminister Traugott Bender verlor sein Amt und der Ministerpräsident musste sich nachsagen lassen, ihn „geopfert“ zu haben.³⁴

Kennzeichnend für Filbinger war seine hohe Wertschätzung der Inneren Sicherheit. Entsprechend konsequent erfolgte in Baden-Württemberg die Umsetzung des „Radikalenerlasses“ von 1972.³⁵ Ein wenig konträr war dem gegenüber das Schlagwort „Freiheit“ im Wahlkampf von 1976, das erfolgreich gegen den Begriff „Sozialismus“ ins Feld geführt wurde. Axel Springer würdigte den Wahlausgang mit einem spontanen Telegramm an den Ministerpräsidenten: „Sozialismus oder Freiheit war die rechte Parole.“³⁶ Die Ostpolitik der Regierung Brandt hatte Filbinger, wohl auch in Hinblick auf den 1972 bevorstehenden Wahlkampf, als „riskante Verzichtspolitik gegenüber Moskau“ bezeichnet, eine Formulierung, die er später, trotz aufrechterhaltener Kritik, abschwächte. Seine gewandelte Meinung dazu war nun, die entsprechenden Verträge sollten „weder in den Himmel gehoben, noch in die Hölle verdammt werden“.³⁷ Mehrfach wurde Filbinger in den 1970er-Jahren als Kandidat für das Amt des Bundespräsidenten genannt bzw. er brachte

31 U. a. Filbinger, Die geschmähte Generation (wie Anm. 5), S. 108–114.

32 Sepaintner, Baden-Württemberg 1960–1992 (wie Anm. 2), S. 812–827 zum RAF-Terrorismus insgesamt, zu Buback und Schleyer insbes. S. 820–824.

33 Interview mit dem ehemaligen RAF-Terroristen Stefan Wisniewski: „Wir waren so unheimlich konsequent“, in: die tageszeitung vom 11.10.1997. Die Entführung Filbingers sei vor allem daran gescheitert, dass sie praktisch nicht umsetzbar war. Aufgegriffen und entsprechend popularisiert wird diese Behauptung bei www.wikipedia.org/wiki/Hans_Filbinger (zuletzt geprüft: 7.7.2014).

34 U. a. „Wann geht Filbinger?“, in: Frankfurter Rundschau vom 22.10.1977.

35 Sepaintner, Lebensgeschichte (wie Anm. 3), S. 48.

36 Zitiert bei Hans-Peter Schwarz: Axel Springer. Die Biographie, Berlin 2008, S. 557.

37 Nach Zundel, Der Landesvater und die Ostpolitik (wie Anm. 18), hier auch die Filbinger-Zitate.



Nachdem im Sommer 1970 die studentischen Proteste in Heidelberg eskalieren, setzt sich die Landesregierung mit der Problematik gewalttätiger Demonstranten auseinander. Hier begutachten Ministerpräsident Hans Filbinger (2. v. r.) und Innenminister Walter Krause (r.) mitgeführte Waffen der Demonstrierenden.

sich selbst ins Spiel, aber auch in der eigenen Partei war er nicht konsensfähig.³⁸

Die ökonomische Wohlfahrtsbilanz für das Land Baden-Württemberg war im Landtagswahlkampf von 1976 mehr als vorzeigbar: Der Südwesten konnte die größte Industriedichte und zugleich die niedrigste Arbeitslosenrate in der Bundesrepublik vorweisen.³⁹ Darüber hinaus bedeuteten dem historisch umfassend gebildeten Ministerpräsidenten Patriotismus und deutsche Identität viel. Als Beispiel mag der Verweis auf die große Staufer-Ausstellung des Jahres 1977 stehen, die er stark förderte.⁴⁰ Europäer war er im Sinne eines Europas der Vaterländer. Ein besonderes Augenmerk lag dabei auf der deutsch-französischen Freundschaft, an der er als Kulturbefehlshaber

38 U. a. „Filbinger will für die CDU gegen Scheel kandidieren. Beschluß der Unionsparteien steht noch aus“, in: Hannoversche Allgemeine Zeitung vom 17.4.1974.

39 Sepaintner, Die Lebensgeschichte (wie Anm. 3), S. 50.

40 Ebd.

Aus Liebe zu Deutschland:
Freiheit
statt
Sozialismus
CDU
sicher
sozial
und frei

Mit dem Slogan „Freiheit oder Sozialismus“ kann Filbinger 1976 die Landtagswahl für sich entscheiden. Fast gleichlautend plakatierte die CDU bei der Bundestagswahl im selben Jahr.

der Bundesregierung mitwirkte.⁴¹ Auch wenn Filbinger mit seinen konservativen Positionen kaum auf ungeteilten Zuspruch stieß – sowohl als Vorsitzender der Südwest-CDU, die im Begriff stand, die Baden-Württemberg-Partei zu werden, als auch als Ministerpräsident saß er bis zum Frühsommer des Jahres 1978 fest im Sattel.

Die Schatten der Vergangenheit

Kritik im Zusammenhang mit Filbingers Tätigkeit als Marinerichter während des Zweiten Weltkrieges sowie in der unmittelbaren Folgezeit hatte es schon vor 1978 gegeben. So war bereits 1972 im *Spiegel* der „Fall Petzold“ zur Sprache gekommen, der unter dem Vorsitz Filbingers verhandelt worden war. Besonders hervorgehoben wurde dabei, dass das Urteil wegen „Erregung von Missvergnügen, Gehorsamsverweigerung und Widersetzung“ am 29. Mai 1945, also nach Kriegsende, ergangen war. Filbinger war zwar auf Weisung der Briten regulär weiter als Marinerichter tätig, diese Konstellation stieß jedoch im Nachhinein in der Öffentlichkeit auf Unverständnis. Petzold, der zu einer sechsmonatigen Gefängnisstrafe verurteilt worden war, behauptete später, Filbinger habe zudem „unseren geliebten Führer“ gerühmt. Bei diesem Ausspruch handelte es sich tatsächlich um eine Verwechslung. Der Ministerpräsident klagte erfolgreich auf Unterlassung.⁴²

Als Ministerpräsident fiel es Filbinger von Amts wegen zu, Gedenkreden für NS-Opfer zu halten. Dies blieb nicht immer unwidersprochen. Am 19. Juli 1974, dem Vortag des 30. Jahrestages des Attentats auf Hitler, hielt er in seiner Funktion als Bundesratspräsident die offizielle Ansprache. Obwohl er den Widerstand ausdrücklich würdigte, gab es unter Verweis auf die Biographie des Redners Proteste.⁴³

Bemerkenswerterweise war bereits frühzeitig der „Fall Möbius“ publiziert worden. Der katholische Militärpfarrer Karl Heinz Möbius war im Oktober 1944 wegen „Wehrkraftzersetzung“ zum Tode verurteilt worden. Filbinger hatte durch eine Reihe von Interventionen erreicht, dass dieses Urteil aufge-

41 Filbinger-Riggert, Kein weißes Blatt (wie Anm. 5), 13 f.

42 U. a. „Spiegel darf Filbinger-Zitat nicht wiederholen. Der Ministerpräsident ist rehabilitiert – Die Urteilsbegründung ist noch nicht bekannt“, in: Stuttgarter Zeitung vom 4.8.1972; insgesamt dazu: Knesebeck, In Sachen Filbinger gegen Hochhuth (wie Anm. 5), S. 22 – 25, Zit. S. 22 und 23.

43 Siehe u. a.: „Demonstranten stören Gedenkfeier mit Zwischenrufen. Tumulte bei Filbingers Rede zum 20. Juli“, in: Die Welt vom 20.7.1974.



Hans Filbinger 1975 gemeinsam mit Landtagspräsident Camill Wurz (4. v. l.) und dem Stuttgarter Oberbürgermeister Manfred Rommel (5. v. l.) bei einer Kranzniederlegung am Grab des Zentrums-politikers und Widerständlers Eugen Bolz.

hoben wurde.⁴⁴ Als wirklich folgenreich sollte sich Filbingers juristisches Vorgehen gegen Rolf Hochhuth im Frühjahr 1978 erweisen.⁴⁵ Der Schriftsteller hatte die Petzold-Geschichte für den Vorsatz seines Romans *Eine Liebe in Deutschland* wieder aufgegriffen. Über Filbinger wurde gesagt, er sei ein „furchtbarer ‚Jurist‘“ gewesen. Einfügen könnte man nun: Nicht nur am Anfang der Karriere Filbingers stand Gebhard Müller, sondern auch an deren Ende. Der nun im Ruhestand befindliche Müller, der bis 1971 als Präsident des Bundesverfassungsgerichts gewirkt hatte, drängte Filbinger, Hochhuths Anwürfe nicht auf sich beruhen zu lassen. Filbinger klagte erneut. Inwieweit es sich wirklich um zufällige Funde im Zusammenhang mit dem zunächst allein in Frage stehenden „Fall Petzold“ handelte, sei dahingestellt – in der Folge tauchten jedenfalls weitere Urteile auf, an denen Filbinger als Richter oder Anklagevertreter beteiligt war. Insgesamt

44 Arthur Heinrichs: „Stabsrichter contra Oberstabsrichter“, Leserbrief, in: Rheinischer Merkur vom 13.1.1967.

45 Knesebeck, In Sachen Filbinger gegen Hochhuth (wie Anm. 5), S. 18.



Der Schriftsteller Rolf Hochhuth (l.) im Gespräch mit seinem Anwalt Heinrich Senfft kurz vor der Urteilsverkündung am 13. Juli 1978.

vier Todesstrafen kamen nun ans Licht der Öffentlichkeit. Am prominentesten sollte der Fall des Matrosen Walter Gröger werden, der einzige Fall, bei dem das Urteil vollstreckt worden war.⁴⁶

Aufgrund der Vorwürfe entstand eine mediale Einheitsfront. Filbinger selbst sollte bis zum Schluss von einer gegen ihn geführten Kampagne bzw. Rufmordkampagne sprechen.⁴⁷ Auf der einen Seite standen stark verzerrende Darstellungen, die fälschlicherweise immer wieder die Nähe Grögers zum Widerstand suggerierten⁴⁸ und damit dem Prozess eine zusätzlich mo-

46 Insgesamt dazu: Heinz Hürten: Die Tätigkeit Hans Filbingers als Marinerichter, in: Heck, Hans Filbinger (wie Anm. 5), S. 47–102 sowie Neubauer, Das öffentliche Fehlurteil (wie Anm. 5), insbes. S. 35–128.

47 U. a. Kapitelüberschrift S. 141 in: Filbinger, Die geschmähte Generation (wie Anm. 5) oder: „Filbinger sieht eine Kampagne der extremen Linken. Ministerpräsident weist alle Vorwürfe zurück/Ehmke fordert Rücktritt“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 23.5.1978.

48 So z. B. Hans Mayer in seinem Essay „Hochhuth und Filbinger“ vom Mai 1978: „Der Blick Grögers fiel auf diesen Mann [Filbinger], bevor man die Augen verband. Nun ist der Tote wieder Gegenstand eines Gerichtsverfahrens geworden. Aber die Rollen scheinen vertauscht zu sein. Anna Seghers fand einen – übli-

ralische Dimension geben wollten. Auf der anderen Seite stand ein Ministerpräsident, der zunächst bestritt, dann Erinnerungslücken ins Feld führte und schließlich am 7. August 1978 zurücktreten musste,⁴⁹ da er auch in den eigenen Reihen keinen Rückhalt mehr fand.⁵⁰ Allerdings gab es durchaus eine Anzahl von Verteidigern. Neben dem bereits erwähnten Pfarrer Möbius bezog der ehemalige Oberleutnant Guido Forstmeier bis zu seinem Tod 2009 immer wieder öffentlich Stellung zugunsten Filbingers, der ihm ebenfalls in seiner Funktion als Marinerichter das Leben gerettet hatte.⁵¹



Hans Filbinger, hier bei einer Pressekonferenz am 8. Juli 1978 mit Innenminister Lothar Späth, weist zu seinem Rücktritt im August 1978 Vorwürfe im Zusammenhang mit seiner Tätigkeit als Marinerichter zurück.

gens ähnlichen – Fall, worin es auch um Widerstand ging,...“, abgedruckt in: Knesebeck, In Sachen Filbinger gegen Hochhuth (wie Anm. 5), S. 7–11, Zit. S. 7.

49 Eine Auswahl von entsprechenden Presseveröffentlichungen bei Knesebeck, In Sachen Filbinger gegen Hochhuth (wie Anm. 5).

50 Z.B. „Druck der CDU wächst, aber Filbinger denkt nicht an Rücktritt“, in: Die Welt vom 5.8.1978.

51 Z.B. bereits im Zusammenhang mit dem Petzold-Prozess: Walter Pfuhl: „Ein während des Krieges wegen Wehrkraftzersetzung Angeklagter berichtet: ‚Filbinger hat mir das Leben gerettet‘“, in: Die Welt vom 15.4.1972.



Hans Filbinger (r.) gibt am 7. August 1978 seinen Rücktritt bekannt. Links von ihm sitzt Manfred Wörner, der Vorsitzende der CDU-Landesgruppe Baden-Württemberg in Bonn.

Es gibt Zeugnisse, die Filbinger Distanz zum NS-Regime bescheinigen. So habe Generalstabsrichter Karl Sack gegenüber Paul von Hase Filbinger als zuverlässig bezeichnet, als es um Staatstreichplanungen und vor allem um Personalüberlegungen für die Zeit nach einem geglückten Attentat ging.⁵² Sack und Hase zählten zum Widerstand und wurden in der Folge des gescheiterten Staatsstreichs vom 20. Juli 1944 hingerichtet. Andererseits: Als Filbinger den bereits erwähnten, ihm freundschaftlich verbundenen und durchaus gewogenen Schriftsteller Reinhold Schneider, dessen Opposition gegenüber dem NS-System nicht in Frage stand, nach Kriegsende um ein „weltanschauliches Zeugnis“ bat, verweigerte Schneider dies – was Filbinger laut seiner Tochter „sehr getroffen“ hat.⁵³

52 Filbinger, *Die geschmähte Generation* (wie Anm. 5), S. 88–90. Der Sohn Paul von Hases, Alexander von Hase, setzte sich mit dieser Aussage mehrfach für Filbinger ein.

53 Filbinger-Riggert, *Kein weißes Blatt* (wie Anm. 5), S. 280.

Bemerkenswerterweise wird der Grund für Filbingers Scheitern im Sommer 1978 kaum in den Vorgängen der Jahre 1943 bis 1945 an sich gesehen, sondern darin, dass er nicht zur leisesten selbstkritischen öffentlichen Reflexion über die Marinejustiz im „Dritten Reich“ und schon gar nicht über sich selbst in der Lage war. Exemplarisch sei aus einem Schreiben Josef Augsteins, Anwalt Filbingers und Bruder des *Spiegel*-Herausgebers, an Filbinger vom 9. Juni 1980 zitiert: „Ich bin nach wie vor der Meinung, dass Sie sich während des Krieges nichts zuschulden kommen ließen. Sie kennen aber auch meine Meinung, dass Sie taktisch sehr unklug waren und deshalb Ihren Posten verloren. [...] Mein Bruder [Rudolf Augstein] beurteilte Ihre Tätigkeit während des Krieges fast so wie ich. Mein Bruder nahm Ihnen übel, dass Sie sich als Widerstandskämpfer bezeichneten und nicht voll zu Ihrer Tätigkeit während des Krieges standen. Ich bin nach wie vor überzeugt, dass Sie noch in Amt und Würden wären, wenn Sie damals meinen Rat befolgt hätten. Das ist aber leider verbrannter Schnee.“⁵⁴

Filbinger zog sich nach seinem Rücktritt als Ministerpräsident von fast allen Ämtern zurück bzw. es wurde ihm ein entsprechender Rückzug nahe gelegt. Bis an sein Lebensende verwandte er viel Zeit und Energie darauf, vermeintlich Schuldige an seinem von ihm so empfundenen Sturz auszumachen. Auf der Suche nach Rechtfertigung wurde so mancher Strohalm ergriffen: Der DDR-Staatssicherheitsdienst wurde beschuldigt, maßgeblich gegen ihn gearbeitet zu haben,⁵⁵ prominente Politiker bat er immer wieder, zu seinen Gunsten Stellung zu beziehen. Eifrig und relativ erfolglos war er darum bemüht, das Ganze publizistisch voranzutreiben. Tragische Blüten kommen zu Tage, wenn in derselben, maßgeblich von Filbinger vorangetriebenen Publikation⁵⁶ an einer Stelle – Filbinger folgend – bestritten wird, er habe den ihm zugeschrieben Satz „Was damals Rechtsens war, ... das kann heute nicht Unrecht sein“ gesagt, als er mit dem Urteil gegen Gröger konfrontiert wurde, an einer anderen Stelle der Satz jedoch wohlwollend ausgelegt wird.⁵⁷

54 ACDP, 01-688-131/5, Joseph Augstein an Hans Filbinger, 9.6.1980.

55 Insbes.: Vorwort zur 3. Auflage von Filbinger, *Die geschmähte Generation* (wie Anm. 5), S. I-X.

56 Schriftwechsel Hans Filbinger – Konrad-Adenauer-Stiftung 1979/80 bezüglich Heck, Hans Filbinger, ACDP, 01-688-010/1.

57 Heck, Hans Filbinger, Widersprüche zwischen S. 109 und S. 8. Das Ganze geht zurück auf ein Interview Filbingers mit *Spiegel*-Journalisten am 4.5.1978, „Affäre Filbinger: Was Rechtsens war...“, in: *Der Spiegel* vom 15.5.1978, S. 23–27, Zitat S. 26.

In der Öffentlichkeit und nicht in eigener Sache wirkte Filbinger nach seinem Rücktritt vor allem durch das von ihm 1979 begründete Studienzentrum Weikersheim. Als „Hüter“ konservativer Positionen bzw. konservativer Vordenker innerhalb der CDU hatte er sich schon immer verstanden. Helmut Kohl hatte bei der Übernahme seiner Kanzlerschaft eine „geistig-moralische Wende“ angekündigt.⁵⁸ Entsprechende Erwartungshaltungen wurden jedoch enttäuscht. Hier sah Filbinger einen Ansatzpunkt. Das Ganze fand durchaus Resonanz, eine spürbare Breitenwirkung blieb jedoch aus.

Hans Filbinger starb am 1. April 2007.

Fazit: Ein Mann in seiner Zeit

Hans Filbinger war auf der einen Seite ein äußerst erfolgreicher Ministerpräsident, der sich als Bildungsreformer einen Namen machte und der aktive Umweltpolitik zu einer Zeit betrieb, als dies noch nicht dem Trend folgte, sondern ihm voranging. Auch seine Energiepolitik und sein Einsatz für die Atomkraft verstand er selbst als Beitrag zur Umwelt(schutz-)politik. Filbingers Politik wies insgesamt eine Vielzahl moderner Elemente auf. Dies gilt auch für die organisatorische Modernisierung der CDU. Andererseits gerierte er sich als konservativer Exponent, der gegen die entstehenden Protestbewegungen und gegen die Anliegen der „1968er“ klar Stellung bezog. Auch bundespolitisch wirkte er in seiner Partei als konservatives Gegengewicht jeglicher Dynamik, beispielsweise in der Diskussion um die Ostpolitik. In zahlreichen gesellschaftspolitischen Fragen zeigte er sich beharrend. Einzuordnen ist dies auch in Bestrebungen einer – letztlich ausgebliebenen – „konservativen Tendenzwende“ in der Zeit der Ministerpräsidentenschaft Filbingers.⁵⁹ Seine Positionen versuchte Filbinger bis ins hohe Alter mittels Korrespondenz, umfänglicher Reisetätigkeit sowie des von ihm begründeten Studienzentrums zu befördern. Sie sind durch ein hohes Maß von Statik gekennzeichnet, jegliche Konzession an den „Zeitgeist“ von vorn herein ausschließend.

58 Vgl. Helmut Kohl, Zur geistig moralischen Herausforderung unserer Zeit, in: Bossle, Hans Filbinger (wie Anm. 6), S. 34–42.

59 Dazu: Axel Schildt: „Die Kräfte der Gegenreform sind auf breiter Front angetreten“. Zur konservativen Tendenzwende in den Siebzigerjahren, in: Archiv für Sozialgeschichte (AfS) 44, 2004, S. 449–478.



Vier Ministerpräsidenten treffen sich 1978 im Landtag von Baden-Württemberg (v. l. n. r.): Kurt Georg Kiesinger, Lothar Späth, Hans Filbinger und Gebhard Müller.

Vor diesem Hintergrund ist auch seine Unbeweglichkeit bezüglich der Vorwürfe im Zusammenhang mit seiner Tätigkeit als Marinerichter zu sehen. Kritische Reflexionen waren für Filbinger von vornherein ausgeschlossen, was dazu beitrug, dass eine von ihm angestrebte Rehabilitierung trotz prominenter Unterstützer wie beispielsweise Golo Mann⁶⁰ oder Elisabeth Noelle-Neumann⁶¹ und trotz auch offensichtlich falscher bzw. verzerrter Darstellungen seitens seiner Gegner nahezu völlig erfolglos blieb. Allerdings war auch nicht jeder, von dem sich Filbinger Unterstützung versprach, bereit, für ihn öffentlich Stellung zu beziehen, so etwa Sebastian Haffner.⁶²

60 Z. B.: Golo Mann: „Ich las das Buch in fünf Stunden in der Nacht“, Rezension zu: Filbinger, Die geschmähte Generation, in: Welt am Sonntag vom 26.7.1987.

61 U. a. Elisabeth Noelle-Neumann, Die Erinnerungen, München 2006, S. 131.

62 Filbinger an Haffner, 12.9.1979 sowie 4.7.1980, ACDP, 01-688-010/1; Jürgen Peter Schmied, Sebastian Haffner. Eine Biographie, München 2010, S. 457.

Die ambivalente Stellung Filbingers gegenüber dem Nationalsozialismus ist zweifelsfrei einer Diskussion wert. Der eigentlich wichtige Punkt in der Debatte, die zu Filbingers Rücktritt führte und danach vor allem durch ihn selbst verlängert wurde, war jedoch die Frage nach dem Umgang mit den Anschuldigungen. Sichtbar wird somit auch eine zum Ende der 1970er-Jahre veränderte politische Kultur, deren Wandlungen Filbinger nicht mitvollzogen hatte. Symptomatisch dafür steht vielleicht die folgende Anekdote aus Hans Filbingers Leben: 1932 hatte sich der 19-Jährige von einem Graphologen einschätzen lassen. Beeindruckt teilte er das Ergebnis, das er offensichtlich selbst gar nicht so unzutreffend fand, einem Korrespondenzpartner mit: „Was er [der Graphologe] sagte, hat tiefen Eindruck auf mich gemacht. Ich will Ihnen doch mal einiges davon sagen: Ich bin eine Herrschernatur, habe Geltungsbedürfnis, Führereigenschaften. Aber ich bilde meine Meinung zum Dogma aus, neige zum Diktator und dulde keine Opposition.“⁶³ Mit Blick auf den politischen Lebensweg Filbingers ist dem Graphologen kaum zu widersprechen. Hinzuzufügen wäre, dass gerade diese Eigenschaften maßgeblich zum Erfolg wie auch zum Fall Filbingers beigetragen haben.

63 Hans Filbinger an Pater Ulrich, 16.10.[1932], ACDP, 01-688-136/2.

Eine Zeitenwende? Wertewandel und Krisenbewusstsein in den 1970er-Jahren

Auf dem Höhepunkt des „Deutschen Herbstes“ nutzte der baden-württembergische Ministerpräsident Hans Filbinger am 30. September 1977 die bundespolitische Bühne, um während einer Bundesratsdebatte über eine Strafrechtsverschärfung angesichts des RAF-Terrors in einem Rundumschlag gegen die „Fehlentwicklungen“ der letzten Jahre auszuholen. Schuld seien, so Filbinger, die „teilweise von amtlicher Seite geförderte Ausbreitung der Konfliktpädagogik, die Fehlinterpretationen unseres gesellschaftlichen und staatlichen Zusammenlebens durch führende Schriftsteller, die feinsinnigen Unterscheidungen zwischen Gewalt gegen Sachen und Gewalt gegen Personen, die Philosophen und Theologen angestellt haben, das Verständnis gegenüber Gewalttätern, das in manchen Medien und willfähigen Zeitschriften zu finden“ sei. Nach einer heftigen Kritik an „sympathisierenden“ Parteien und Verbänden suchte Filbinger am Ende seiner Rede noch nach den „geistigen Ursachen des Terrorismus“ und fragte, ob es nicht der „Verlust an Wertbewußtsein und geistiger Orientierung“ sei, ob nicht eine „geistige und moralische Krise“ den „terroristischen Wahnsinn“ habe mitentstehen lassen. Für ihn aber gelte: „Autorität, Recht und Ordnung sind keine repressiven Phänomene; Respekt, Verantwortung und Vertrauen keine fossilen Tugenden; Erfahrung, Unterordnung und Verzicht keine bürgerlichen Relikte.“¹

Hans Filbinger war zweifelsohne einer der profiliertesten Konservativen der Republik, der sich am „Zeitgeist“ der 1970er-Jahre rieb. Seine Rede liest sich wie der Inbegriff der Reaktionen auf den gesellschaftlichen Umbruch seit den 1960er-Jahren, der sich unter dem Diktum des „Wertewandels“ vollzogen hatte. Vielen Zeitgenossen schien es, als habe nie zuvor eine ähnliche Sensibilität gegenüber gesellschaftlichen Veränderungen bestanden. Unter Schlagwörtern wie Liberalisierung einerseits und Werteverfall andererseits

1 Protokoll der 449. Sitzung des Bundesrats, 30.09.1977, S. 229 ff.

wurde die bundesdeutsche Gesellschaft der 1970er-Jahre als fundamental anders als die unmittelbare Nachkriegsgesellschaft wahrgenommen. Im Zuge von politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Umbrüchen waren die hier von Filbinger verteidigten Werte von Gehorsam, Pflicht und Respekt in der Öffentlichkeit zunehmend kritisiert und durch positiv konnotierte „Gegenwerte“ wie Autonomie und Selbstverwirklichung ersetzt worden.

Wertewandelforschung seit den 1970er-Jahren

Die Debatte um diesen Wertewandel² fügte sich bereits zeitgenössisch in eine allgemeine Bewertung der 1970er-Jahre als postindustrielle Epoche mit tiefgreifenden Umbrüchen ein.³ Schon 1971 veröffentlichte der US-amerikanische Soziologe Ronald Inglehart einen vergleichenden Forschungsbericht, in dem er auf Werteverstärkungen in allen westlichen Industrienationen aufmerksam machte. Die wirtschaftliche und soziale Sicherheit der späten Nachkriegszeit habe die Herausbildung einer „post-bourgeois“ bzw. „post-modernen“ Werterhaltung begünstigt, die, so Ingleharts Prognose, zunehmend den traditionellen „erwerbsorientierten“ Wertekomplex ersetzen würde. Besonders unter jungen und gebildeten Menschen sei die Neigung zu solchen „post-bourgeois“ Werten wie Redefreiheit und politische Partizipation stark ausgeprägt.⁴ Im Jahr 1977 erschien schließlich seine wegweisende Studie mit dem thesenartigen Titel *Silent Revolution*, in der er den

2 Vgl. zur Forschungsdiskussion vor allem Andreas Rödter: Wertewandel in historischer Perspektive. Ein Forschungskonzept, in: Bernhard Dietz/Christoph Neumaier/Andreas Rödter (Hrsg.): *Gab es den Wertewandel? Neue Forschungen zum gesellschaftlich-kulturellen Wandel seit den 1960er-Jahren*, München 2014, S. 17–39; Andreas Rödter: *Werte und Wertewandel: Historisch-politische Perspektiven*, in: Ders./Wolfgang Elz (Hrsg.): *Alte Werte – Neue Werte. Schlaglichter des Wertewandels*, Göttingen 2008, S. 9–25; Andreas Rödter: *Wertewandel im geteilten und vereinten Deutschland*, in: *Historisches Jahrbuch* 130, 2010, S. 421–433.

3 Vgl. Konrad H. Jarausch: *Verkannter Strukturwandel. Die siebziger Jahre als Vorgeschichte der Probleme der Gegenwart*, in: Ders. (Hrsg.): *Ende der Zuversicht? Die siebziger Jahre als Geschichte*, Göttingen 2008, S. 9–26; Anselm Doering-Manteuffel/Lutz Raphael: *Nach dem Boom. Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970*, 3. Aufl., Göttingen 2012, S. 79 f. Einer der ersten, der die postindustrielle Gesellschaft umfassend thematisierte, war Daniel Bell: *The Coming of Post-Industrial Society. A Venture in Social Forecasting*, New York 1973.

4 Ronald Inglehart: *The Silent Revolution in Europe: Intergenerational Change in Post-Industrial Societies*; in: *The American Political Science Review* 65, 4, 1971, S. 991–1017.

grundlegenden Wandel von materiellen Werten hin zu postmateriellen Werten ausführte.⁵

Inglehart stellte darüber hinaus auch ein verändertes Verhältnis zu Politik und Religion fest. In beiden Sphären hätten etablierte Institutionen und Hierarchien wie Parteien, Gewerkschaften und Kirchen an Bedeutung eingebüßt. Seine Befunde verknüpfte er mit der sogenannten Sozialisationsthese, die die Lebensphase von Jugendlichen als entscheidend für die politische Ausrichtung ansieht, sowie mit der Knappheitsthese, nach der die existenziellen Erfahrungen des Krieges den Auftrieb materieller Werte begünstigt hätten.⁶ So sei mit der sozialen und materiellen Sicherheit der 1960er- und 1970er-Jahre der Zuspruch einer jungen Generation zu postmateriellen Werten gestiegen. Diese Werte seien zwar nicht neu, verändert habe sich aber ihr Bedeutungszuwachs im Politischen wie im Privaten: Naturschutz, Lebensqualität, die Rolle der Frau, eine „neue Moral“ sowie vor allem ein neues Verständnis von politischer und gesellschaftlicher Partizipation.

In Deutschland wurden die Forschungen Ingleharts vor allem von dem Soziologen Helmut Klages flankiert, der durch seine Untersuchung von Erziehungsprinzipien eine Werteverchiebung von Pflicht- und Akzeptanzwerten hin zu Freiheits- und Selbstentfaltungswerten feststellte.⁷ Elisabeth Noelle-Neumann, als CDU-nahe Gründerin des Instituts für Demoskopie in Allensbach auch die „Pythia vom Bodensee“ genannt, diagnostizierte hingegen die wahrgenommenen Veränderungen als Werteverfall, kulturellen Niedergang und als „Verfall der Arbeitsfreude“.⁸ Trotz der recht unterschiedlichen weltanschaulichen Hintergründe war allen diesen Forschungen gemeinsam, dass sie eine Veränderung im bundesdeutschen Wertekanon beobachteten, der sich besonders in den Bereichen von Familie, Geschlechterbeziehungen, Arbeit, Freizeit und Konsum vollzogen habe.⁹

5 Ronald Inglehart: *The Silent Revolution. Changing Values and Political Styles among Western Publics*, Princeton 1977. Deutsche Ausgabe: Ronald Inglehart: *Die stille Revolution. Vom Wandel der Werte*, Frankfurt a. M. 1982.

6 Vgl. Helmut Thome: Wertewandel in Europa aus der Sicht der empirischen Sozialforschung, in: Hans Joas/Klaus Wiegant (Hrsg.): *Die kulturellen Werte Europas*, Frankfurt a. M. 2005, S. 386–443, hier S. 392 f.

7 Helmut Klages: *Werteorientierungen im Wandel. Rückblick, Gegenwartsanalyse, Prognosen*, Frankfurt a. M. 1984; vgl. Rödder, *Wertewandel im geteilten und vereinten Deutschland* (wie Anm. 2), S. 422 f.

8 Elisabeth Noelle-Neumann: *Werden wir alle Proletarier?* in: *Die ZEIT* vom 13. Juni 1975; dies.: *Werden wir alle Proletarier? Wertewandel in unserer Gesellschaft*, Zürich 1978.

9 Vgl. Christian Duncker: *Verlust der Werte? Wertewandel zwischen Meinungen und Tatsachen*, Wiesbaden 2000, S. 5–7.



Zwei, die sich verstehen: Elisabeth Noelle-Neumann erhält am 23. Dezember 1976 das Bundesverdienstkreuz 1. Klasse aus der Hand des baden-württembergischen Ministerpräsidenten Hans Filbinger.

In der Tat war der Wertewandel ein in vielerlei Hinsicht messbares Faktum und das Ergebnis der gesellschaftlichen und politischen Liberalisierung seit etwa Mitte der 1960er-Jahre. Dominierten bis dato in der „Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen“ von Tradition und Moderne noch die „traditionellen“ Werthaltungen, setzten sich nun schrittweise die „modernen“ durch. Festzumachen war dies vor allem in der Auflösung kirchlicher Bindungen, im einsetzenden demografischen Wandel mit weniger (und späteren) Eheschließungen sowie sinkender Geburtenrate, nicht zuletzt auch in steigenden Scheidungsziffern und der Zunahme der Erwerbstätigkeit von Frauen, vor allem auch von Müttern.¹⁰ In historischer Perspektive war der Wertewandel weder ein „Werteverfall“ noch ein groß angelegter Befreiungsschlag einer postmateriellen (und verwöhnten) Jugend, sondern vielmehr ein „Gestaltwandel von Wertordnungen“.¹¹ Parallel zum Massenwohlstand und dem durch-

10 Zur Liberalisierung seit den 1960er-Jahren vgl. Ulrich Herbert (Hrsg.): Wandlungsprozesse in Westdeutschland. Belastung, Integration, Liberalisierung, 1945 – 1980, Göttingen 2003; ders.: Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert, München 2014, S. 783 ff.

11 Andreas Rödder/Wolfgang Elz: Vorwort, in: Dies. (Hrsg.): Alte Werte – Neue Werte (wie Anm. 2), S. 7–8, hier S. 7.

greifenden Trend zur Konsumgesellschaft kam es auch in der Bundesrepublik zur Pluralisierung und Individualisierung von Lebensformen, was den Wandel von sozialer Praxis in den Bereichen Geschlechterbeziehungen, Sexualmoral, Freizeit und Entkirchlichung mit einbezog. In weiten Teilen ging es aber vielmehr um gesellschaftliche Akzeptanz und rechtliche Anerkennung dieser neuen Lebensformen und Verhaltensweisen, die nun vollzogen wurden.

Der wahrgenommene Werte- und Bewusstseinswandel wurde bereits zeitgenössisch in vielfältiger Weise analysiert. So beschäftigte sich etwa der Politologe Kurt Sontheimer 1979 mit der Frage nach einer *Zeitenwende?*, die er im Aufkommen der beiden Pole „alter“ gegenüber „alternativer“ Politik verwirklicht sah.¹² Sontheimer personalisierte diesen Wandel anhand von fünf Repräsentanten der veränderten politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse. Neben dem Schriftsteller Michael Ende als zivilisationskritischem Autor, dem Politologen Iring Fetscher mit seinem Konzept einer ökologisch-sozialistischen Alternativzivilisation und dem Reformpädagogen Hartmut von Hentig waren es für ihn vor allem zwei in Baden-Württemberg aktive Politiker, die die neuen Verhältnisse repräsentierten: der Sozialdemokrat Erhard Eppler und der Liberale Ralf Dahrendorf. Dahrendorf stand für Sontheimer für den vollzogenen Bewusstseinswechsel vom Modernitätsoptimismus der 1960er-Jahre hin zum Fortschrittsskeptizismus seit der Mitte der 1970er-Jahre, auch weil er außergewöhnlich schnell Veränderungen in der gesellschaftlichen Stimmung wahrgenommen habe. Eppler hingegen verkörpere einen neuen Typus des Politikers, der vor allem durch die äußeren Umbrüche sensibilisiert und zu einer Überzeugung gelangt sei, die er notfalls auch gegen seine eigene Partei durchzusetzen versuche. Vor allem Epplers Kritik an der Technologie- und Fortschrittsgläubigkeit lasse ihn, so Sontheimer, als authentischen und integren Politiker erscheinen.

Nicht zuletzt schlug sich Epplers Engagement auch im Vorsitz der Grundwertekommission der SPD nieder, die bis Mitte der 1980er-Jahre versuchte, auf die gesellschaftlichen Veränderungen zu reagieren. Wie nahe sich dabei mittlerweile auch Positionen der Parteien an veränderten Werten orientierten, zeigen Auszüge des Grundwertepapiers vom 5. Oktober 1977, in dem unter anderem partnerschaftliche Eheverhältnisse, die Aufhebung des Zwangs zur klassischen Rollenverteilung der Geschlechter sowie Solidarität mit „Suchtkranken und straffällig Gewordenen“ gefordert wurden.¹³ Gerade damit standen der Chef-Reformer Eppler und seine innerparteilichen An-

12 Kurt Sontheimer: *Zeitenwende? Die Bundesrepublik Deutschland zwischen alter und alternativer Politik*, Hamburg 1983, S. 81–120.

13 *Grundwerte in einer gefährdeten Welt*, 5.10.1977, in: *Grundwerte für ein neues Godesberger Programm*, hrsg. von Erhard Eppler, Reinbek 1984, S. 15–42, hier S. 38.



Der Soziologe Ralf Dahrendorf als Spitzenkandidat der FDP für die Landtagswahl in Baden-Württemberg im Jahr 1968.

hänger diametral zur eingangs zitierten Position Filbingers. Sie offenbarten damit auch die tiefe Polarisierung der 1970er-Jahre über die Frage von politischer und kultureller Liberalisierung, die auch parteiintern eine Herausforderung für die SPD war, denn Eppler und große Teile der Jungsozialisten standen mit diesen Positionen konträr zu zentralen Elementen der Politik des SPD-Bundeskanzlers Helmut Schmidt.¹⁴

Wo liegen die Ursachen des Wertewandels?

Die Bildungspolitik war eines der Kernfelder der Reformpolitik der Großen Koalition von 1966 bis 1969 und der sozialliberalen Koalition unter Willy Brandt. Sie wurde in erster Linie als ein Instrument zur Verbesserung der sozialen Chancengleichheit gesehen und zielte vor allem auf bildungsferne Schichten und Frauen, denen eine formal höhere Bildung zugänglich gemacht werden sollte.¹⁵ Vor allem auch durch politische Bildung – inner-

¹⁴ Vgl. Bernd Faulenbach: Die Siebziger Jahre – ein sozialdemokratisches Jahrzehnt?; in: Archiv für Sozialgeschichte (AfS) 44, 2004, S. 1–37, hier S. 25–30.

schulisch und außerschulisch – sollten die Lernziele Selbst- und Mitbestimmung vermittelt werden, um gesellschaftliche Veränderungen voranzubringen. Ralf Dahrendorf hatte bereits 1965 in einem wegweisenden Buch mit dem Titel *Bildung ist Bürgerrecht* angemahnt, Bildung dürfe nicht zur „Magd der Wirtschaft“ werden. Die Fakten sprechen dabei eine deutliche Sprache: Obwohl die Zahl der 20-Jährigen zwischen 1965 und 1975 leicht abnahm, verdoppelte sich im gleichen Zeitraum die Zahl der Studienanfänger. Besonders junge Frauen profitierten davon, während sich der Anteil der Arbeiterkinder an den bundesdeutschen Hochschulen bis in die 1980er-Jahre nur langsam steigerte. Dennoch kam es auch auf diesem Politikfeld zur parteipolitischen Polarisierung, denn für viele schienen nun auch Abitur und Hochschulabschluss als Symbol bürgerlicher Abgrenzung in Gefahr. Waren Reformen wie die Neuordnung der gymnasialen Oberstufe 1972 von der Kultusministerkonferenz noch im Konsens beschlossen worden, sollten in den folgenden Jahren die Schul- und Bildungspolitik die am stärksten umstrittenen und auch ideologisierten innenpolitischen Themen bleiben.

Begleitet wurden diese bildungspolitischen Reformimpulse der sozialliberalen Koalition durch den massiven Ausbau des Sozialstaats und durch grundlegende Reformen des Ehe-, Familien- und Strafrechts.¹⁶ Zentral war dabei sicherlich die „Große Strafrechtsreform“ von 1969, die die bislang dominierenden Kriterien von Schuld und Strafe durch die Hervorhebung von Resozialisierung und Reintegration ersetzte. Reformen im Familien- und Sexualstrafrecht leiteten den „seit langem überfälligen Rückzug des Staates aus dem Privatleben seiner Bürger“ ein.¹⁷ Allerdings waren viele dieser gesetzlichen Maßnahmen im Vergleich der westeuropäischen Gesellschaften eher ein Nachholprozess als eine Innovation, so der Soziologe M. Rainer Lepsius.¹⁸ Und der Konsens war brüchig, denn schon die rechtliche Gleichstellung unehelich und ehelich geborener Kindern musste im Januar 1969 durch ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts erzwungen werden.

15 Reinhild Kreis: „Wir sind Frauen. Wir sind viele. Wir haben die Schnauze voll!“ Die Neue Frauenbewegung, in: Reinhold Weber (Hrsg.): Aufbruch, Protest und Provokation. Die bewegten 70er- und 80er-Jahre in Baden-Württemberg, Darmstadt 2013, S. 75–93, hier S. 80.

16 Vgl. Sven Reichardt: Authentizität und Gemeinschaft. Linksalternatives Leben in den siebziger und frühen achtziger Jahren, Berlin 2014, S. 77–80.

17 Vgl. Herbert, Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert (wie Anm. 10), S. 839.

18 M. Rainer Lepsius: Zur Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland 1972–1977, in: Ders.: Demokratie in Deutschland. Soziologisch-historische Konstellationsanalysen, Göttingen 1993, S. 175–195, hier S. 179.

„Wir wollen mehr Demokratie wagen“ – der Kernsatz der Brandt'schen Regierungserklärung von 1969 stand programmatisch für eine gesamtgesellschaftliche Veränderung, die den Einzelnen zum emanzipierten und selbstbestimmten Bürger werden lassen sollte. Die Aufbruchsstimmung der Reformära von 1969 bis 1974 schlug sich auch in einem politisch-ethischen Anspruch nieder, soziale Ungleichheiten abzubauen und Politik für alle Bürger zugänglich zu machen – wenn auch nicht im Rahmen von Elementen direkter Demokratie, sondern streng innerhalb der Spielregeln der repräsentativen Demokratie, wie Brandt in seiner Regierungserklärung betont hatte.¹⁹

Die Politik hatte damit nicht zuletzt auch Forderungen der Studentenbewegung aufgegriffen. Vor allem die SPD konnte sich dabei bis Mitte der 1970er-Jahre als integrative Kraft profilieren. Zwischen 1964 und 1973 erlebte sie einen fast sagenhaft klingenden Zuwachs von rund 700 000 neuen Mitgliedern. Ein nicht unerheblicher Teil der 68er-Protestbewegung strömte damit zur Sozialdemokratie und bildete dort mit den „Jungsozialisten“ einen einflussreichen linken Flügel. Auch wenn umstritten ist, inwieweit die gesellschaftlichen Veränderungen der 1970er-Jahre auf die Jugend- und Studentenproteste der „68er“ zurückzuführen sind, so müssen diese zumindest als Ausdruck eines veränderten Selbstverständnisses einer jungen Generation verstanden werden.²⁰ Die von den „68ern“ auf vielfältige Art erprobte und gelebte Experimentierfreudigkeit begünstigte Umdenkprozesse und Kritik an bisherigen Formen zahlreicher gesellschaftlicher Teilbereiche: von der Möglichkeit der politischen Partizipation des einzelnen Bürgers über die traditionellen Geschlechterrollen und Familienkonzepte bis hin zu veränderten Sexualnormen und Toleranz gegenüber gesellschaftlichen Randgruppen.²¹ Neue Protestformen, das Leben in Wohngemeinschaften und Drogenkonsum veränderten nicht nur für die direkt Beteiligten den Horizont des bisher Gekannten und Erfahrenen, sondern sie erfuhren durch die starke Verbreitung über die Massenmedien auch eine bis dato nie gekannte Rezeption in der bundesdeutschen Öffentlichkeit. Allein von 1971 bis 1974 war die Zahl der Fernsehteilnehmer von 16,7 auf 17,1 Millionen gestiegen.²² Kampagnen in den Printmedien wie

19 Vgl. Faulenbach, Die Siebziger Jahre (wie Anm. 14), S. 14–17.

20 Reichardt, Authentizität und Gemeinschaft (wie Anm. 16), S. 75.

21 Vgl. exemplarisch die Bedeutung für die Enttabuisierung der Sexualität bei Dagmar Herzog: Die Politisierung der Lust. Sexualität in der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts, München 2005, S. 187 f.; Reichardt, Authentizität und Gemeinschaft (wie Anm. 16), S. 719.

22 Statistisches Bundesamt: Statistisches Jahrbuch 1975, zit. bei Michael Schwartz: Abtreibung und Wertewandel im doppelten Deutschland. Individualisierung

die *Wir-haben-abgetrieben*-Kampagne (1971) und die *Wir-sind-schwul*-Kampagne (1978) ähnlicher Machart im *Stern* erreichten Millionen Leser. So wurden Werteveränderungen vorangetrieben, die vor allem Toleranz- und Selbstbestimmungsprinzipien in den Vordergrund stellten. Fanden es 1967 nur 24 Prozent der befragten Frauen in Ordnung, ohne Trauschein mit einem Partner zusammenzuleben, so waren es wenige Jahre später schon 76 Prozent.²³

Befördert wurden diese Umdenkprozesse auch durch Initiativen der sozialliberalen Regierung, die unter anderem durch Strafrechtsreformen auf die Emanzipationswünsche sozial benachteiligter Gruppen reagierte und so eine breite öffentliche Akzeptanz weiter vorantrieb. Exemplarisch lässt sich dies an der Entkriminalisierung der Homosexualität zeigen. Bereits 1969 war noch unter der Großen Koalition der § 175 des deutschen Strafgesetzbuches entschärft worden, indem einvernehmliche homosexuelle Handlungen zwischen Männern über 21 Jahren legalisiert wurden.²⁴ Im Zuge der Frauenbewegung und der Infragestellung der Geschlechterrollen wurde auch die sexuelle Orientierung in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt. Von der Heterosexualität abweichende Formen konnten damit weiter entstigmatisiert werden.²⁵ Die sozialliberale Regierung reagierte dann 1972/73 auf die sich wandelnden Verhältnisse mit einer erneuten liberalisierenden Reform des § 175, so dass letztlich nur noch sexuelle Handlungen mit Minderjährigen als qualifizierendes Merkmal blieben, wobei das „Schutzalter“ auf 18 Jahre heruntergesetzt wurde.

Daneben führte die wirtschaftliche Stabilisierung der Nachkriegszeit zur Herausbildung von neuen Freizeit- und Konsumverhaltensweisen, die den Wertewandel vorantrieben.²⁶ Die Bedeutung der Berufstätigkeit, die zuvor etwa durch die Milieuzugehörigkeit des klassischen Arbeiters in vielfältiger Weise den sozialen Raum bestimmt hatte, verlor nun zunehmend an Bedeutung zugunsten neuer Freizeitpraktiken. Dies ermöglichte eine Wahlfreiheit, die bisherige Bindungen an Schichten oder Milieus zusehends auf-

und Strafrechtsreformen in der DDR und in der Bundesrepublik in den 1960er und 1970er Jahren, in: Raithel/Rödder/Wirsching (Hrsg.): Auf dem Weg in eine neue Moderne? Die Bundesrepublik Deutschland in den siebziger und achtziger Jahren, München 2009, S. 113–128, hier S. 116.

23 Thome, Wertewandel in Europa (wie Anm. 6), S. 413.

24 Herzog, Politisierung der Lust (wie Anm. 21), S. 271 f.

25 Vgl. Kreis, Neue Frauenbewegung (wie Anm. 15), S. 85 f.; Reichardt, Authentizität und Gemeinschaft (wie Anm. 16), S. 150 f.

26 Stefan Hradil: Arbeit, Freizeit, Konsum. Von der Klassengesellschaft zu neuen Milieus?; in: Raithel/Rödder/Wirsching (Hrsg.), Auf dem Weg in eine neue Moderne? (wie Anm. 22), S. 69–82, hier S. 73.



Die Bundesrepublik ist zur Konsumgesellschaft geworden, das Einkaufen wird zum Freizeiterlebnis. Das Foto zeigt die autofreie und als „Oase für Fußgänger“ beworbene Stuttgarter Schulstraße an einem Wochentag im November 1969.

hob.²⁷ Immer mehr Menschen konnten sich nun über den Kauf eines Autos, über den Urlaub oder die Sportart sozial selbst definieren. Der bundesdeutsche Nachkriegswohlstand erlaubte ein Streben nach „Selbstverwirklichung, Individualisierung und Selbstbezüglichkeit“, das es in dieser Form zuvor nicht gegeben hatte.²⁸ So stieg allein zwischen 1970 und 1979 die Zahl bundesdeutscher Urlauber um 50 Prozent.²⁹ Nicht zuletzt wirkte sich der Bedeutungszuwachs von Freizeit und Urlaub auch auf die Bewertung von Arbeit allgemein aus: Der Wunsch nach mehr Freizeit führte beispielsweise dazu, dass die zunehmend an Bedeutung verlierenden Gewerkschaften zahlreiche ihrer alten Kernforderungen aufgaben und sich – nicht zuletzt auch angesichts des neuen Phänomens der Massenarbeitslosigkeit – immer mehr auf die Verkürzung der Wochenarbeitszeit konzentrierten. Nach einer harten Tarifauseinandersetzung wurde 1984 so die 35-Stunden-Woche durchgesetzt.³⁰

Neue Werte – neue Partizipationsformen

Nach einem einzigartigen Wirtschaftswachstum schwand spätestens seit dem (Öl-)Krisenjahr 1973 in weiten Teilen der Bevölkerung der Glaube an die Planbarkeit von Fortschritt und immerwährendem Wohlstand. Nicht zuletzt nachdem der *Club of Rome* 1972 medienwirksam an die *Grenzen des Wachstums* erinnert hatte, sah man in Umfragen das herrschende Fortschritts- und Wachstumsparadigma infrage gestellt. Hatten 1972 rund 60 Prozent der Bevölkerung den technologischen Fortschritt als Konzept zur Verbesserung der Situation der Menschheit bejaht, waren es 1980 nur noch 30 Prozent.³¹ Symbolisiert wurde dieser Umschwung auch durch den Kanzlerwechsel von Willy Brandt zu Helmut Schmidt im Jahr 1974. War es Brandt noch gelungen, einen Großteil der rebellierenden Jugend der 1960er-Jahre der SPD zuzuführen, profilierte sich Schmidt als rationaler Krisenmanager. Der anschwellenden Industriekritik und dem Politikziel „Lebensqualität“, das Brandt noch in seiner Regierungserklärung von 1969 propagiert hatte, stellte Schmidt in seiner Grundsatzrede als Regierungschef Realismus, Nüchternheit und Sicherheit gegenüber. Und wer eine Vision

27 Doering-Manteuffel/Raphael, *Nach dem Boom* (wie Anm. 3), S. 56.

28 Hradil, *Arbeit, Freizeit, Konsum* (wie Anm. 26), S. 74.

29 Doering-Manteuffel/Raphael, *Nach dem Boom* (wie Anm. 3), S. 62.

30 Faulenbach, *Die Siebziger Jahre* (wie Anm. 14), S. 23.

31 Klaus-Jürgen Scherer: Politische Kultur und neue soziale Bewegungen, in: Gert-Joachim Glaesner/Jürgen Holz/Thomas Schlüter (Hrsg.): *Die Bundesrepublik in den siebziger Jahren. Versuch einer Bilanz*, Opladen 1984, S. 71–91, hier S. 71.

habe, so der neue Kanzler in einem Interview Mitte der 1970er-Jahre, solle zum Arzt gehen. Kein Wunder, dass sich später rasch das Bonmot verbreitete, der eigentliche Gründer der Grünen sei Helmut Schmidt, weil es ihm nicht gelungen war, die postmaterialistischen und visionären „abtrünnigen Kinder“ unter dem Dach der Sozialdemokratie zu halten.



Regierungserklärung Helmut Kohls 1983 im Bundestag: Die Grünen sind erstmals im Bundesparlament vertreten (vorne rechts Marieluise Beck und Petra Kelly). Die beiden Altkanzler der SPD, Helmut Schmidt und Willy Brandt, haben sich in ihrer Fraktion eingereiht.

Die neuen postmaterialistischen Werte und visionären (Fern-)Ziele wie Naturschutz, globale Verantwortung oder die Forderungen nach Selbstbestimmung und Geschlechtergerechtigkeit verlangten auch nach neuen Formen der Teilhabe. Zum partizipatorischen Signum der 1970er-Jahre wurden dabei die Bürgerinitiativen und die sogenannten Neuen Sozialen Bewegungen. Mit ihren Vorstellungen einer Demokratie „von unten“ waren sie eine Herausforderung an die als zunehmend starr empfundenen gesellschaftlichen und politischen Normen der Bundesrepublik. In Bürger- und Basisinitiativen äußerte sich zunächst meist auf lokaler Ebene Protest gegen Straßenbauvorhaben, gegen den Ausbau von Flughäfen, die „Sanierung“ historischer Stadtviertel oder gegen die Verschmutzung von Flüssen. Mitte der 1970er-Jahre gab es in der Bundesrepublik tausende Bürgerinitiativen – und fast täglich



Die Friedensbewegung mobilisiert: Am 10. Oktober 1981 nehmen etwa 300 000 Menschen an der ersten großen Friedensdemonstration gegen den NATO-Doppelbeschluss im Bonner Hofgarten teil.

kamen neue grün-bunte Initiativgruppen hinzu. Sie wurden zu einer viel beachteten politischen Kraft und forderten die repräsentativen Partizipationsmodelle der Bundesrepublik heraus, so dass einzelne Beobachter (und konservative Kritiker) bereits von der drohenden Unregierbarkeit der Republik sprachen.

Rasch fanden sich die Aktionsbündnisse zu überregional agierenden „Bewegungen“ zusammen, die die Protestierenden über das gemeinsame Selbstbewusstsein hinaus vor allem durch drei Prinzipien verband: erstens die Kritik an der Industriegesellschaft und die Frage nach dem „guten Leben“, zweitens die gemeinsame soziale Basis der gebildeten Mittelschichten und drittens die dezentrale und basisdemokratische Organisationsform. In den 1970er-Jahren engagierten sich so Hunderttausende gegen atomare Waffen, Umweltverschmutzung und Atomkraft sowie für die Rechte der Frauen, die Anliegen der „Dritten Welt“ sowie für Bürger- und Minderheitenrechte. Ende der 1970er-Jahre, im Zeichen des NATO-Doppelbeschlusses und einer erneuten Verschärfung des Kalten Krieges, konnte die Friedensbewegung einen guten Teil dieser Neuen Sozialen Bewegungen bündeln und über mehrere Jahre hinweg in einem bis dato nie gesehenen Ausmaß mobilisieren.

Diese neu entstandenen Protestmilieus orientierten sich jenseits der etablierten Parteien und wurden Ende der 1970er-Jahre zumindest zu großen

Teilen im Sammelbecken der sich selbst als Anti-Parteien-Partei verstehenden Grünen aufgefangen.³² Vor dem Hintergrund von Terrorismusdebatte und Protestbewegung war es so zu einer Ausdifferenzierung des bislang vorherrschenden „Zweieinhalbparteiensystems“ gekommen, zu einem deutlichen Abbau der Demokratiedefizite und zu einer neuen Vision von staatsbürgerlicher Partizipation. Die gesellschaftliche Selbstorganisation boomte, die Republik wurde bunter und bewegter denn je.

Den Wertewandel leben? – Das linksalternative Milieu

Praktisch gelebt wurde der Wertewandel der 1970er-Jahre vor allem in denjenigen Teilen der bundesdeutschen Gesellschaft, die in jüngster Zeit als „linksalternatives Milieu“ Gegenstand mehrerer Untersuchungen geworden sind.³³ Wenngleich die Grenzen nicht genau abzustecken sind, so hatte sich neben den dogmatischen marxistisch-leninistischen K-Gruppen, neben einer terroristischen Szene um die Kerngruppen *Rote Armee Fraktion* (RAF), *Bewegung 2. Juni* und *Revolutionäre Zellen* sowie neben mehreren linken gewerkschafts- und SPD-nahen Gruppierungen als weiteres „Entmischungsprodukt“³⁴ der „68er-Bewegung“ dieses linksalternative Milieu gebildet, das eng mit den Neuen Sozialen Bewegungen verbunden war, inhaltlich aber undogmatisch und parteilich nicht oder nur schwach gebunden war. Von dem Zeithistoriker Sven Reichardt wird der Kern der Linksalternativen auf rund 300 000 bis 600 000 Aktivisten beziffert, wobei schon zeitgenössische Untersuchungen von Meinungsforschungsinstituten den größeren Kreis dieses linksalternativen Milieus auf bis zu 5,6 Millionen Menschen schätzten.³⁵

32 Vgl. hierzu den Beitrag von Ulrich Eith in diesem Band.

33 Sven Reichardt/Detlef Siegfried (Hrsg.): *Das alternative Milieu. Antibürgerlicher Lebensstil und linke Politik in der Bundesrepublik Deutschland und Europa 1968–1983*, Göttingen 2010; Cordia Baumann/Sebastian Gehrig/Nicolas Büchse (Hrsg.): *Linksalternative Milieus und Neue Soziale Bewegungen in den 1970er Jahren*, Heidelberg 2011; Reichardt, *Authentizität und Gemeinschaft* (wie Anm. 16).

34 Vgl. Wolfgang Kraushaar: *Thesen zum Verhältnis von Alternativ- und Fluchtbewegung. Am Beispiel der Frankfurter Scene*; in: Ders. (Hrsg.): *Autonomie oder Getto? Kontroversen über die Alternativbewegung*, Frankfurt a. M. 1978, S. 8–67, hier S. 14–16.

35 Reichardt, *Authentizität und Gemeinschaft* (wie Anm. 16), S. 13; Sven Reichardt: *Authentizität und Gemeinschaftsbindung. Überlegungen zu Politik und Lebensstil im linksalternativen Milieu vom Ende der 1960er bis zum Anfang der 1980er Jahre*, in: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen* 21, 3, 2008, S. 118–130, hier S. 118.

Nachdem ein großer Teil der früheren Studentenbewegung den Klassenkampf als gescheitert ansah, verlagerte er seine Tätigkeit nun in das private Umfeld oder suchte den „Marsch durch die Institutionen“, um seine politische Überzeugung über den Weg der traditionellen Politik durchzusetzen. Die dogmatischen Ansätze der „alten“ Linken wurden vor allem von der „Sponti-Bewegung“ infrage gestellt, die stattdessen die eigene (emotionale) Betroffenheit in den Mittelpunkt ihres politischen Engagements stellte und damit zum Vorbild des linksalternativen Milieus wurde. Aufsehen erregte die Bewegung bereits in der zweiten Hälfte der 1970er-Jahre durch unkonventionelle Protestmittel, aber auch durch die teilweise Akzeptanz von Gewalt bei Demonstrationen. Bekannt ist bis heute vor allem die Frankfurter Szene um Joschka Fischer und Daniel Cohn-Bendit. In Baden-Württemberg entstand vor allem in den traditionellen Universitätsstädten Heidelberg, Freiburg und Tübingen ein linksalternatives Milieu, aber auch andere große Städte des Landes wie Stuttgart, Karlsruhe, Mannheim oder Ulm waren Zentren der „Szene“.

Das linksalternative Milieu hatte sich auch deshalb etablieren können, weil der Reformwille und die „Mehr-Demokratie-wagen“-Programmatik der sozialliberalen Koalition zu einer Fundamentalpolitisierung beigetragen hatte, die sich zunehmend in einer breiten gesellschaftlichen Sensibilität gegenüber politischen Themen zeigte. Aus dem Wunsch nach politischer Partizipation und aus der Einsicht in das Scheitern der älteren, dogmatischen Ansätze entstanden im Lauf der 1970er-Jahre Formen individuellen Politikengagements, die, abgeleitet aus der „68er“-Formel, wonach das Private politisch sei, zunehmend auf die „Politik der ersten Person“ zugespitzt wurden. Die Loslösung von den etablierten Parteien und der bisherigen Politik erfolgte dabei unter den Prinzipien von „Autonomie (= Selbsttätigkeit), Enthierarchisierung (Kontrolle von unten), Orientierung an der eigenen Lebenssituation (Dezentralität) und Bruch mit den Formen des bürgerlichen Milieus“.³⁶ Das bedeutete, dass nicht nur im politischen Raum, sondern auch im Alltag alternative Lebensformen gelebt werden sollten.³⁷ So entstand in vielen größeren Städten, aber auch auf dem Land, eine Infrastruk-

36 Peter Brückner, Thesen zur Diskussion der „Alternativen“, in: Kraushaar (Hrsg.), *Autonomie oder Getto* (wie Anm. 34), S. 68–85, hier S. 80.

37 Vgl. Dieter Rucht: *Linksalternatives Milieu und Neue Soziale Bewegungen in der Bundesrepublik: Selbstverständnis und gesellschaftlicher Kontext*, in: Baumann/Büchse/Gehrig (Hrsg.), *Linksalternative Milieus* (wie Anm. 33), S. 35–59, hier S. 39 f.; Reichhardt, *Authentizität und Gemeinschaftsbindung* (wie Anm. 35), S. 121.

tur alternativen Lebens, das von „Kinderläden“ und Buchhandlungen über Kooperativen und Kneipen bis hin zu Verlagen und Therapiegruppen eine alternative Gegenkultur und damit ein eigenständiges Milieu etablieren konnte. Selbstverwaltung und Selbstverwirklichung, Kooperation und Gemeinschaft entwickelten sich dabei zu den Paradigmen der einzelnen Projekte und Lebensformen. Im Milieu verdichtete sich eine Kritik am „traditionellen“ Konsumverhalten, aber auch an althergebrachten Gesellschafts-, Rollen- und Familienbildern.³⁸ Auch weil sich das linksalternative Milieu durch die Aufnahme von Hausbesetzern, Umweltschützern, Antiautoritären und Feministinnen als sehr heterogen darstellte,³⁹ bedeutete die Kritik am herrschenden System, seinen etablierten Parteien und der als „bürgerlich“ wahrgenommenen Kultur in vielerlei Hinsicht eine negative Integration.⁴⁰

Wie sehr das linksalternative Milieu als Lebensraum für den Wertewandel stand, verdeutlichen einzelne Segmente. So etablierte sich etwa in der Form der Wohngemeinschaft ein zur klassischen Familie alternatives Konzept des Zusammenlebens, in denen die Rollenzuweisungen wie Haushaltsführung, Unterhalt und Kindererziehung – zumindest in der Theorie – nicht klar geregelt waren.⁴¹ 1973 gaben bereits 17 Prozent der Bevölkerung an, in einer Wohngemeinschaft leben zu wollen. Noch wenige Jahre zuvor hatte es in ganz Westdeutschland nur knapp 1000 Wohngemeinschaften gegeben, Mitte der 1970er-Jahre waren es bereits über 30 000.⁴² In der „Szene“ gelesene Bücher wie etwa die ursprüngliche Dissertationsschrift *Männerphantasien* des Freiburger Literaturwissenschaftlers Klaus Theweleit waren auch deswegen so populär, weil sie neben Themen wie der Geschlechterdebatte auch die eigene Betroffenheit und damit das Subjekt thematisierten.⁴³ Vielerorts wurden in Selbsthilfegruppen Rollenzuweisungen und Sexualität thematisiert sowie in Kinderläden antiautoritäre Erziehungsprinzipien erprobt, wobei immer auch die persönliche Befindlichkeit im Fokus stand.

38 Christoph Conti: Abschied vom Bürgertum. Alternative Bewegungen in Deutschland von 1890 bis heute, Hamburg 1984, S. 164 f.

39 Lebendig vor Augen geführt etwa durch die unterschiedlichen Beiträge in Kraushaar (Hrsg.), Autonomie oder Getto? (wie Anm. 34).

40 Reichardt, Authentizität und Gemeinschaftsbindung (wie Anm. 35), S. 122.

41 Conti, Abschied vom Bürgertum (wie Anm. 38), S. 167.

42 Vgl. Reichardt, Authentizität und Gemeinschaft (wie Anm. 16), S. 361.

43 Vgl. Sven Reichardt: Klaus Theweleits „Männerphantasien“ – ein Erfolgsbuch der 1970er-Jahre, in: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History 3, H. 3, 2006, S. 401–421; Herzog, Politisierung der Lust (wie Anm. 21), S. 294 f.

Ebenso bedeutet die hohe gesellschaftliche Akzeptanz des linksalternativen Milieus einen Ausdruck des gewandelten Bewusstseins. Um 1980 wiesen verschiedene Studien Zustimmung und Sympathie von über 60 Prozent der Jugendlichen für das alternative Milieu nach.⁴⁴ Die noch zu Beginn der 1970er-Jahre als Zivilisationsflucht stigmatisierte Ablehnung des technologischen Fortschritts wurde durch die pessimistischen Wirtschaftsprognosen seit 1973 und neue Umweltgefährdungen massen- und gesellschaftsfähig. Dieser gesamtgesellschaftliche Bewusstseinswandel und ein gewisser Wissensvorsprung in Sachen „gutes Leben“ verschaffte dem linksalternativen Milieu eine Deutungshoheit.⁴⁵ In der Krisenstimmung dieser Jahre interessierte sich eine zunehmend größer werdende Öffentlichkeit für alternative Politik- und Lebensformen, die einen Ausweg aus der Problematik von „Atomtod“ und „Unregierbarkeit“ zumindest theoretisch aufzeigten.

Gegenkräfte der Liberalisierung

Ganz typisch für die Janusköpfigkeit der 1970er-Jahre und die politische Polarisierung in diesem Jahrzehnt wurden Schlagwörter wie „Wertewandel“ und „Liberalisierung“ jedoch auch kontrastiert von Termini wie „Krise“ und „Unregierbarkeit“, die zu politischen Schlüsselbegriffen avancierten.⁴⁶ Durch die Erosion der traditionellen gesellschaftlichen (Groß-)Institutionen wie der Kirchen oder der traditionellen Bildungsanstalten erodierte auch der zentrale gesellschaftliche Konsens. Am Ende dieser Entwicklung stünden dann, so die neokonservativen Mahner, eine schwindende Staatsautorität, ein untergrabenes staatliches Gewaltmonopol und letztlich die Gefährdung des Staates insgesamt.

Besonders das Allensbacher Institut sah die bundesdeutsche Gesellschaft einer „Erosion der bürgerlichen Tugenden“ ausgesetzt.⁴⁷ Diese kulturpessimistische Deutung der Veränderungen unterfütterte den Krisen- und Unregierbarkeitsdiskurs vor allem der zweiten Hälfte der 1970er-Jahre unter dem Eindruck von Wirtschaftskrisen, Strukturwandel, Arbeitslosigkeit, Globalisierung, Terrorismus und den Herausforderungen angesichts eines vermeintlichen Zuviels an Demokratie durch Bürgerinitiativen und Neue Soziale Bewegungen. Erstmals passte der „gemessene“ gesellschaftliche Wandel

44 Vgl. Reichardt, Authentizität und Gemeinschaftsbindung (wie Anm. 35), S. 119 f.

45 Kraushaar, Thesen zum Verhältnis von Alternativ- und Fluchtbewegung (wie Anm. 34), S. 16.

46 Vgl. Gabriele Metzler: Staatsversagen und Unregierbarkeit in den siebziger Jahren?, in: Jarausch (Hrsg.), Ende der Zuversicht (wie Anm. 3), S. 243–260.

47 Vgl. Noelle-Neumann, Werden wir alle Proletarier? (wie Anm. 8).

nicht mehr in das lange Jahre gewohnte und argumentativ eintrainierte modernisierungstheoretische Paradigma, sondern er stand – im Gleichklang mit wirtschaftlichen und sozialen Umbrüchen – für das Ende der allgemeinen Fortschritts- und Machbarkeitsgläubigkeit.

Immer öfter und immer intensiver wurde nun auf konservativer Seite nach den gesellschaftlichen und politischen „Kosten“ von Autoritätsverlust und Laissez-faire gefragt und damit die klassischen weltanschaulichen und politischen Konflikte aufgeladen. Vor allem vor dem Hintergrund des „Deutschen Herbstes“ von 1977 setzte eine anhaltende Diskussion über ein neues Staatsverständnis und eine Reaktivierung autoritärer Deutungsmuster ein. Für viele Beobachter zeigte sich darin bereits das Ende des sozialliberalen Aufbruchs in der westdeutschen Gesellschaft und die „konservative Tendenzwende“⁴⁸ hin zur angestrebten, aber letztlich ausgebliebenen „geistig-moralischen Erneuerung“ der Ära Helmut Kohl, die ein neues Bewusstsein für verbindliche Werte wie Familie und Nation bringen sollte. Das Brandt'sche Diktum „kritisch mitdenken, mitentscheiden und mitverantworten“ aus seiner Regierungserklärung vom Oktober 1969 hatte an Strahlkraft verloren. Im Gegenzug hatte der Topos vom „loyalen“ Staatsbürger Konjunktur. Statt sozialliberaler Kritikfähigkeit und Konfliktbereitschaft als Haupttugenden des Staatsbürgers ging es nun um die Restauration neuer Bürgerlichkeitsideale: Bürgerpflicht statt Bürgerfreiheit, Loyalität statt Emanzipation. Vor dem Hintergrund dieser Verstärkung vorhandener autoritärer Tendenzen hatte Ralf Dahrendorf schon 1975 von einer drohenden „formierten Gesellschaft“ gesprochen und eindrücklich auf die immer prekärer werdende Aufgabe verwiesen, die „offene Gesellschaft“ zu erhalten.⁴⁹

Die Frage, wie mit dem Terrorismus umzugehen sei, setzte nicht nur einen gesellschaftlichen Diskurs über ein neues Staats- und Sicherheitsverständnis in Gang, sondern auch eine Diskussion über neue Gesellschafts-, Öffentlichkeits- und Partizipationsformen, die wohl weitaus stärker in die 1980er-Jahre hineingewirkt hat als die „geistig-moralische Wende“ der Ära Kohl. Zwar war es der CDU gelungen, über die Terrorismusdebatte das sozialliberale Projekt zu delegitimieren, und gleichzeitig hatte sich bei der SPD erst spät die Einsicht durchgesetzt, dass man diese Dynamik nur stoppen könne, wenn man sich selbst wieder liberaler positionierte und aufhörte, die konservativen Staatskonzeptionen zu kopieren. Aber im Rückblick ist dieses

48 Axel Schildt: „Die Kräfte der Gegenreform sind auf breiter Front angetreten“. Zur konservativen Tendenzwende in den Siebzigerjahren, in: Archiv für Sozialgeschichte (AfS) 44, 2004, S. 449–478.

49 Ralf Dahrendorf: Nach dem Überfluss: formierte oder offene Gesellschaft?, Gütersloh 1975.

sozialdemokratische Erwachen aus der Lethargie viel zu spät erfolgt, denn schon länger orientierten sich die neu entstehenden Protestmilieus und Emanzipationsbewegungen jenseits der etablierten Parteien und vor allem jenseits der SPD. Dennoch gilt es mit Axel Schildt zu betonen, dass die populären Charakterisierungen der 1970er-Jahre als „sozialdemokratisches“ oder „rotes“ Jahrzehnt einerseits und andererseits als „konservatives“ Jahrzehnt kaum zu halten sind, sondern das vielmehr von einer „komplizierten Gemengelage von Lebensstil- und Wertewandel, gesellschaftlicher Modernisierung, partieller Liberalisierung sowie politischen Interessen- und Deutungskämpfen“ zu reden ist.⁵⁰

Das Ende der Zuversicht? – Punks und Autonome

Vielschichtig war auch der zu Beginn der 1980er-Jahre einsetzende Prozess der Auflösung des alternativen Milieus, das zusehends an Bindekraft verlor.⁵¹ Zum einen war die Heterogenität des Milieus zu groß und die homogenisierenden Protestanliegen oft von zu kurzer Dauer. Daneben war ein guter Teil der linksalternativen Lebensformen „salonfähig“ geworden und im *mainstream* von Politik und Kultur aufgegangen. Hausbesetzungen wurden beispielsweise aufgrund der Akzeptanz der allgemeinen Wohnnotlage in vielen Städten bagatellisiert, basisnahe und gleichberechtigende Politikkonzepte zumindest theoretisch durch die Gründung der Grünen institutionalisiert. Daneben war die Kritik am herrschenden gesellschaftlichen und ökonomischen System durch das Aufzeigen alternativer Formen nur punktuell erfolgreich. Besonders wirtschaftliche Betriebe des linksalternativen Milieus hatten von Beginn an Schwierigkeiten, über einen begrenzten Kreis – meist die lokale Szene selbst – hinaus und unter Ablehnung hierarchischer Prinzipien erfolgreich zu wirtschaften. Viele Projekte konnten sich daher nicht selbst finanzieren, sondern lebten von Spenden, Zuschüssen von „Genossen“ oder von der „Staatsknete“, die man eigentlich immer abgelehnt hatte.⁵²

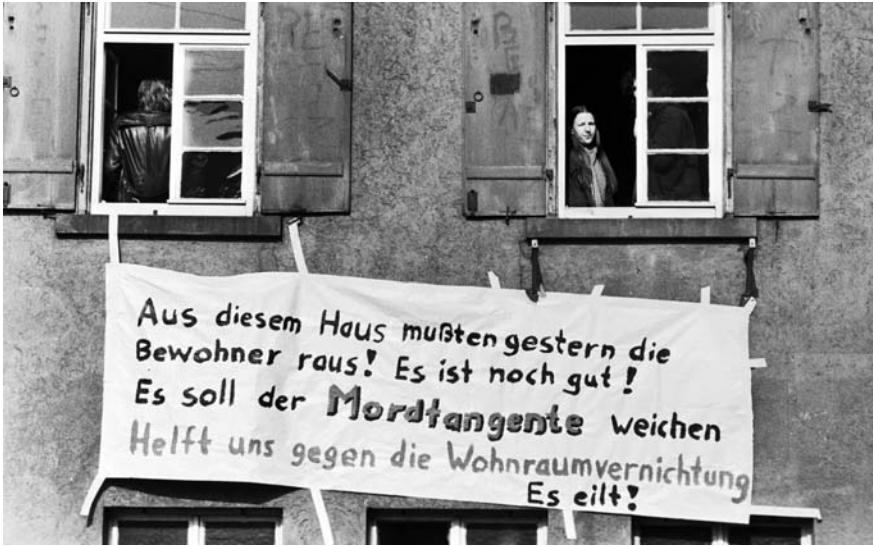
Das verbliebene Protestpotenzial des Milieus, das sich nicht mit den neuen Strukturen arrangieren wollte, ging zum einen in der Subkultur der Punks auf, die sich bereits seit der zweiten Hälfte der 1970er-Jahre gebildet hatte.⁵³ Hier wurde eine dezidiert pessimistische Abkehr vom politischen

50 Schildt, „Die Kräfte der Gegenreform“ (wie Anm. 48), S. 478.

51 Rucht, Linksalternatives Milieu (wie Anm. 37), S. 38.

52 Vgl. Kraushaar, Thesen zum Verhältnis von Alternativ- und Fluchtbewegung (wie Anm. 34), S. 16–18.

53 Heiko Geiling: Punk als politische Provokation. Mit den Chaos-Tagen in Hannover zur Politik des „gesunden Volksempfindens“, in: Roland Roth/Dieter Rucht



Hausbesetzung in Tübingen im Mai 1977. Auch hier ging es um Stadtsanierung und den Verlust von bezahlbarem Wohnraum für Studierende und gesellschaftliche Randgruppen.

und gesellschaftlichen Leben unter der Prämisse *No Future* praktiziert.⁵⁴ Ein anderer Teil des Milieus radikalisierte sich auch in der diffusen Szene der Autonomen, die ihren politischen Protest als gewalttätige Begleiterscheinungen vieler Bürgerproteste kanalisieren.

Die von Ronald Inglehart prognostizierte Zunahme vom Typ des „Postmaterialisten“ hielt nur bis Mitte der 1980er-Jahre. Vielmehr nahmen nun hedonistische und liberalisierende Tendenzen zu, sodass spätere Untersuchungen häufig von Mischtypen sprechen.⁵⁵ Der Fortschritts- und Wachs-

(Hrsg.): Jugendkulturen, Politik und Protest. Vom Widerstand zum Kommerz?, Opladen 2000, S. 165–182, hier S. 169. Vgl. auch die ersten zeitgenössischen Medienberichterstattungen, etwa der Titel „Punk. Kultur aus den Slums: brutal und hässlich“ in: Der Spiegel vom 23.1.1978.

54 Vgl. Fernando Esposito: *No Future* – Symptome eines Zeit-Geists im Wandel, in: Morten Reitmayer/Thomas Schlemmer (Hrsg.): Die Anfänge der Gegenwart. Umbrüche in Westeuropa nach dem Boom, S. 95–108; Philipp Meinert/Martin Seeliger (Hrsg.): Punk in Deutschland. Sozial- und kulturwissenschaftliche Perspektiven, Bielefeld 2013.

55 So etwa Helmut Klages in seinen späteren Untersuchungen, wenn er zwischen Konventionalisten, Idealisten, Hedonisten, aktive Realisten und Resignierten unterscheidet. Vgl. Helmut Klages: Brauchen wir eine Rückkehr zu traditionellen

tumsoptimismus, der den Beginn der 1970er-Jahre noch geprägt hatte, war jedenfalls am Ende des Jahrzehnts verflogen. Schon in der ersten Hälfte der 1970er-Jahre hatte sich in der bundesdeutschen Gesellschaft das Bewusstsein verbreitet, dass man einen historischen Umbruch erlebe. Zwar hatte die Bundesrepublik die Wirtschaftskrise der Mittsiebziger Jahre besser bewältigt als viele andere westliche Industrienationen, aber der anhaltenden Krisenstimmung und Sorge vor den Konsequenzen der Industrialisierung entsprechend avancierte nun die Analyse Ulrich Becks einer *Risikogesellschaft* zur vorherrschenden Charakterisierung der Gesellschaft der 1980er-Jahre.⁵⁶

Werten?, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte (APUZ)* 29, 2001, S. 7–14; vgl. auch Thome, *Wertewandel in Europa* (wie Anm. 6), S. 415–417.

56 Ulrich Beck: *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne*, Frankfurt a. M. 1986; Doering-Manteuffel/Lutz Raphael, *Nach dem Boom* (wie Anm. 3), S. 85–90.

Fraenträume werden Wirklichkeit?! – Die Neue Frauenbewegung in Baden-Württemberg in den 1970er-Jahren

Eine der wichtigsten Erfahrungen aus der Frauenbewegung: gemeinsam haben wir Frauen neue Kräfte freigesetzt – wir sind dabei, in vielem umzudenken und um neue Lebensmöglichkeiten zu kämpfen.“¹ Zu diesem Ergebnis kamen Tübinger Frauen 1980 in der Rückschau auf das erste Jahrzehnt Neue Frauenbewegung. Und tatsächlich war seit Beginn der 1970er-Jahre einiges in Bewegung gekommen. An vielen Orten in der Bundesrepublik hatten sich Frauengruppen gegründet, die sich für Gleichberechtigung und Selbstbestimmung von Frauen einsetzten. Und Frauen begannen für ihre Rechte zu kämpfen: Sie gingen auf die Straße, protestierten mit Unterschriften- und Flugblattaktionen, schufen sich eigene Räume wie Frauenzentren, -cafés oder -buchläden und organisierten Möglichkeiten zur Selbsthilfe für Frauen in Notlagen.

In diesen ersten zehn Jahren bis etwa 1980 durchlief die Neue Frauenbewegung zwei Entwicklungsphasen. Zunächst mussten die Frauen sich überhaupt ihrer selbst bewusst werden, Problemlagen diskutieren und Forderungen und Ziele formulieren, um sie dann nach außen artikulieren zu können. In einem zweiten Schritt fingen die Aktivistinnen an, diese Ziele auszudifferenzieren, wodurch es zu einer Pluralisierung der Frauenbewegung kam.² Zu Beginn der 1980er-Jahre kamen nach und nach immer weitere, auch nicht frauenspezifische Themen hinzu. Teile der Frauenbewegung verbanden sich personell und thematisch mit anderen sozialen Bewegungen und bildeten neue Gruppen. Jedoch lassen sich regionale Unterschiede in dieser Entwicklung feststellen. In Baden-Württemberg erfolgte die Entstehung der Neuen Frauenbewegung in der Anfangsphase zunächst ähnlich wie in der übrigen Bundesrepublik. Jedoch waren die baden-württembergischen Frauengruppen tendenziell früher bereit, sich in Richtung

1 Informationsblatt des Vereins zur Förderung der Frauenakademie e. V. Tübingen, Frauen gemeinsam sind stark, 1979/80, BAF Tübingen, FA 05.

2 Vgl. Ilse Lenz (Hrsg.): Die neue Frauenbewegung in Deutschland. Abschied vom kleinen Unterschied. Ausgewählte Quellen, Wiesbaden 2009, S. 10.

anderer Bewegungen zu öffnen und deren Anliegen zu adaptieren. Die thematische Aufgeschlossenheit lässt sich mit der spezifischen gesellschaftspolitischen Lage im Baden-Württemberg der 1970er-Jahre und dem Entstehen von Zentren des Protests anderer Neuer Sozialen Bewegungen in Baden-Württemberg begründen.

Um dies zu zeigen, werden zunächst die Anfänge der Neuen Frauenbewegung in der Bundesrepublik und in Baden-Württemberg dargestellt und miteinander verglichen. Zudem wird der Frage nachgegangen, wer die Akteurinnen der Frauenbewegung in Baden-Württemberg waren und wie diese sich untereinander organisierten. In Baden-Württemberg zeigt sich, dass sich neben der autonomen Neuen Frauenbewegung mit dem Landesfrauenrat eine weitere Kraft etablierte, die sich, zunächst konkurrierend mit der autonomen Neuen Frauenbewegung, für die Verbesserung der gesellschaftlichen und politischen Lage von Frauen einsetzte. In einem weiteren Kapitel werden die Themen und die Aktionsformen der Neuen Frauenbewegung in den Blick genommen. Gerade hier wird deutlich, dass die Entwicklung in Baden-Württemberg im Vergleich zu der in der gesamten Bundesrepublik zeitlich leicht versetzt verlief. Neben diesen Charakteristiken, die die Neue Frauenbewegung einen, sollen jedoch auch die Konfliktlinien aufgezeigt werden, die sich durch die Bewegung zogen und diese sogar zu spalten drohten.

„Frauen gemeinsam sind stark!“ – Anfänge der Neuen Frauenbewegung

Die Frage nach dem Startpunkt der Neuen Frauenbewegung ist nicht ganz leicht zu beantworten. Um überhaupt von einer Bewegung sprechen zu können, müssen mehrere Faktoren zusammenkommen. Die Neue Frauenbewegung wird zu den Neuen Sozialen Bewegungen der 1970er- und 1980er-Jahre gezählt. Folgende Punkte sind für sie konstituierend: Vorhandensein eines kollektiven Akteurs mit einem hohen Mobilisierungspotenzial über eine bestimmte Dauer, hohe symbolische Bindungskraft, fluide Organisations- und Aktionsstrukturen und eine geringe Rollenspezifikation. Ziel einer sozialen Bewegung ist gesellschaftlicher Wandel, der mit dem Mittel des Protests herbeigeführt werden soll.³ Zwei Ereignisse können genannt werden,⁴ wenn es darum geht, den Beginn der Neuen Frauenbewegung in der Bundesrepublik

3 Vgl. Dieter Rucht: Modernisierung und neue soziale Bewegungen. Deutschland, Frankreich und USA im Vergleich, Frankfurt a. M./New York 1994, S. 76 f.; Eva-Maria Silies: Ein, zwei, viele Bewegungen? Die Diversität der Neuen Frauenbewegungen in den 1970er Jahren der Bundesrepublik, in: Cordia Baumann/Sebastian

zu bestimmen. Zum einen der berühmt gewordene Tomatenwurf Sigrid Rügers auf der 23. Delegiertenkonferenz des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS), die im September 1968 in Frankfurt stattfand. Rüger bewarf das Rednerpodium der Konferenz, auf dem sich die Vorsitzenden des SDS befanden, mit drei Tomaten und protestierte mit dieser Aktion gegen das ignorante Verhalten des SDS-Präsidiums gegenüber der Rede von Helke Sander, die kurz zuvor gesprochen hatte. Sander, die Sprecherin des „Aktionsrates zur Befreiung der Frau“, hatte hier eben dieses Verhalten der männlichen Mitglieder des SDS gegenüber Frauenfragen angeprangert und forderte die Einbeziehung von frauenspezifischen Themen in die politische Debatte des SDS. Das zu diesem Zweck entwickelte Konzept des Aktionsrats beinhaltete unter anderem die Forderung, das Privatleben zu politisieren. In ihren Schlussworten forderte sie die Vorsitzenden des SDS auf, diese Aspekte mit in die Diskussion aufzunehmen. Sollten sie dies verweigern, seien sie nichts weiter als ein „aufgeblasener konterrevolutionärer Hefeteig“.⁵ Beides, der Tomatenwurf Sigrid Rügers und die Rede Helke Sanders, gelten als der symbolische Auftakt der Neuen Frauenbewegung.

Bis man jedoch tatsächlich von einer Bewegung sprechen konnte, dauerte es noch einige Jahre, und es bedurfte eines zweiten öffentlichkeitswirksamen Ereignisses, das zu einer weiteren Mobilisierung von Frauen und zur Zusammenarbeit schon bestehender Frauengruppen führte. Dies gelang 1971 mit der Selbstbezeichnungskampagne im *Stern*, bei der sich über 300 Frauen, darunter auch viele Prominente, dazu bekannten, abgetrieben zu haben.⁶ Initiiert hat diese Kampagne Alice Schwarzer, die diese Form des Protests in Frankreich kennengelernt hatte. Schon im Vorfeld dieser Aktion kam es zu Zusammenschlüssen verschiedener Frauengruppen unter dem Namen „Aktion 218“. In diesem übergreifenden Netzwerk konnten erstmals gemeinsame Aktionen koordiniert werden. Dies führte nicht nur dazu, dass immer mehr Menschen angesprochen und über die Anliegen der Aktion informiert werden konnten, sondern auch zu einer systematischeren Zusam-

Gehring/Nicolas Büchse (Hrsg.): Linksalternative Milieus und Neue Soziale Bewegungen in den 1970er Jahren, Heidelberg 2011, S. 87 f.

4 Vgl. Ute Gerhard: Frauenbewegung und Feminismus. Eine Geschichte seit 1789, München 2012, S. 110 ff.; Reinhild Kreis: „Wir sind Frauen. Wir sind viele. Wir haben die Schnauze voll!“. Die Neue Frauenbewegung, in: Reinhold Weber (Hrsg.): Aufbruch, Protest und Provokation. Die bewegten 70er- und 80er-Jahre in Baden-Württemberg, Darmstadt 2013, S. 76 f.

5 Zitiert nach: Lenz, Die neue Frauenbewegung in Deutschland (wie Anm. 2), S. 43.

6 Vgl. Alice Schwarzer: Wir haben abgetrieben, in: *Stern* Nr. 24 vom 6.6.1971, S. 16–24.



Der „Aktionsrat zur Emanzipation der Frau“ des SDS stürmt 1968 eine SPD-Veranstaltung in der Frankfurter Paulskirche und fordert die gesellschaftliche Umsetzung der Gleichberechtigung.

menarbeit unter den einzelnen Frauengruppen. Ab diesem Zeitpunkt ist es möglich, von der Neuen Frauenbewegung als sozialer Bewegung zu sprechen, da sie die oben genannten Kriterien erfüllt.⁷

In Baden-Württemberg entwickelte sich die Frauenbewegung zunächst ähnlich wie auch andernorts in der Bundesrepublik. In den baden-württembergischen Universitätsstädten wurden die Ereignisse auf der Delegiertenkonferenz in Frankfurt 1968 wahrgenommen und diskutiert. Wie in anderen Städten und Universitäten in der Bundesrepublik gründete sich zum Beispiel auch in Tübingen ein Arbeitskreis „Emanzipation“, der sich mit psychologischen und marxistischen Texten zum Thema auseinandersetzte. An diesem beteiligten sich zunächst Frauen und Männer gleichermaßen, allerdings blieb er nicht lange bestehen. 1969 entschloss man sich, den Arbeitskreis wiederzubeleben, dieses Mal als reine Frauengruppe. Hier beschäftigte man sich unter anderem mit dem § 218 und der Rolle der Frau in der Familie.

7 Vgl. Silies, Ein, zwei, viele Bewegungen (wie Anm. 3), S. 88.



Am 7. April 1976 klären verschiedene Fraueninitiativen mit der Veranstaltung „Tribunal – Frauen klagen an“ im Audimax der Universität Freiburg über die Auswirkungen des §218 auf.

Ebenso wie für die Bundesebene zeigt sich auch in Baden-Württemberg, dass sich mit der Selbstbeziehungsaktion im *Stern* die Arbeitsweise der Frauengruppen änderte. Die vormals stark lokal ausgerichteten Frauengruppen begannen, sich miteinander zu vernetzen und sich auf Bundesebene auszutauschen. Beispielsweise nahmen Frauen aus Tübingen und anderen Städten Baden-Württembergs am ersten Bundesfrauenkongress zur „Aktion § 218“ im Jahr 1972 teil. Auf diesem Kongress wurde nicht nur die Einrichtung von Beratungszentren für schwangere Frauen organisiert, sondern auch Busfahrten zu holländischen Abtreibungskliniken.⁸ Daneben zeigte sich in Freiburg – hier waren die Frauengruppen zu Beginn besonders stark studentisch geprägt – das in den frühen 1970er-Jahren aufkommende Bewusstsein der Frauen für die überregionale Dimension der Neuen Frauenbewegung. So konstatierten einige Freiburgerinnen, nachdem sie im April 1973 an einem nationalen Frauentreffen in Frankfurt teilgenommen hatten, dass sie dort angefangen hatten, sich „als Teil einer größeren Bewegung zu begreifen“.⁹ Auch wenn die thematische und ideologische Distanz zwischen autonomen und parteilich organisierten Gruppen teilweise sehr groß war, deuteten sich – meist noch lokal begrenzt – bereits in dieser Frühphase Möglichkeiten der Zusammenarbeit an. So schlossen sich 1971/72 die autonome Frauengruppe Tübingen und die SPD-Frauen zur „Initiative Tübinger Frauen“ zusammen.

Von „lila Latzhosen“ und „männermordenden“ Feministinnen – Akteurinnen der Frauenbewegung in Baden-Württemberg

Obwohl sich die autonome Frauenbewegung vor allem aus dem studentischen Milieu entwickelte, wurde sie spätestens mit der *Stern*-Kampagne anschlussfähig für Frauen aller Schichten, Milieus, Altersstufen und Konfessionen.¹⁰ So vielfältig die Anliegen und Forderungen von Frauen waren, so unterschiedlich war auch die Zusammensetzung der jeweiligen Frauengruppen. Die bewusste Entscheidung für unorganisierte, lockere Strukturen erleichterte vielen Frauen den Zugang zu den Gruppen. So war es möglich, dass unterschiedlichste Ziele und Aktionsformen innerhalb der Frauenbewegung koexistieren konnten. Autonomie war den Aktivistinnen gleich in

8 Vgl. In Bewegung. 30 Jahre Neue Frauenbewegung in Tübingen, bearb. v. Roswitha Degenhard u. a., Tübingen 1999, S. 173 f.

9 Zitiert nach: Margot Poppenhusen: Viel bewegt – nichts verrückt? 20 Jahre Frauenbewegung in Freiburg 1972–1992, Freiburg 1992, S. 16.

10 Vgl. Ute Gerhard: Frauenbewegung und Feminismus (wie Anm. 4), S. 111.

mehrerlei Hinsicht wichtig: Zum einen strebten die Frauen nach individueller Autonomie, d. h. nach Selbstbestimmung auf körperlicher, emotionaler und ökonomischer Ebene. Zum anderen sollte die Bewegung selbst autonom bleiben. Feste Organisationsstrukturen waren ebenso verpönt wie „Führungsaktivistinnen“. Innerhalb einer Gruppe sollten nicht einzelne Frauen das Sagen haben, sondern alle sollten sich gleichermaßen einbringen können. Gleiches galt für die Außenwirkung. Die jeweilige Gruppe sollte durch alle Teilnehmerinnen repräsentiert werden. Jedoch sorgte diese Art der Zusammenarbeit immer wieder für Schwierigkeiten, vor allem wenn es darum ging, eine gemeinsame Position zu entwickeln oder effizient zu agieren. Lange Debatten und die Aufsplitterung von Gruppen aufgrund unüberwindbarer Interessenkonflikte waren deshalb häufig die Folge. Umso bemerkenswerter ist es, dass die Aktivistinnen es schafften, sich dieser Dynamiken in den Gruppen zu bedienen und immer neue Projekte in wechselnden Gruppenkonstellationen zu initiieren und öffentlichkeitswirksam umzusetzen.

Die politische Entwicklung in Baden-Württemberg führte zudem dazu, dass neben der autonomen Neuen Frauenbewegung auch Frauen, die etablierten und meist gemischten Organisationen angehörten, vermehrt begannen sich zu formieren und an einem gesellschaftspolitischen Wandel zu arbeiten. Denn im 1968 neu gewählten Landtag sank der Frauenanteil stark ab. In der vorausgegangenen Legislaturperiode waren noch vier weibliche Abgeordnete im Landtag vertreten gewesen, was einem Anteil von 4,4 Prozent entsprochen hatte. 1968 jedoch war es nur noch eine Frau, die Sozialdemokratin Hanne Landgraf, die es in den Landtag schaffte. In vielen etablierten Frauenverbänden wurde dieses Wahlergebnis als Bestätigung dafür gedeutet, dass die im Grundgesetz festgeschriebene Gleichberechtigung der Geschlechter keine spürbaren Veränderungen für Frauen in Gesellschaft und Politik gebracht hatte. Ein erster Schritt, mit dem die Verbände diesem Zustand entgegentraten, war der Zusammenschluss der baden-württembergischen Frauenverbände zum Landesfrauenrat (bis 1972 nur „Frauenrat“) im Jahr 1969, der sich als unabhängige, überkonfessionelle und überparteiliche Dachorganisation verstand, die Kräfte bündeln und die Arbeit der einzelnen Frauenverbände effektiver machen sollte. Ziel des Landesfrauenrates war es in erster Linie, dem politischen Trend entgegenzuwirken und eine größere, dem weiblichen Bevölkerungsanteil entsprechende Frauenrepräsentanz in den Parlamenten (auf kommunaler, Landes- und Bundesebene) und in wichtigen Gremien zu erreichen. Zudem befasste sich der Landesfrauenrat im ersten Jahrzehnt seines Bestehens vor allem mit sozialpolitischen Themen, wie sich an den Titeln von Tagungen, die vom Landesfrauenrat organisiert

wurden, ablesen lässt. Hier ging es zum Beispiel um *Ausländische Arbeitnehmerinnen bei uns* (1972), *Recht und Verantwortung von Eltern und Kindern* (1978), aber auch *Umweltschutz* (1972) und *Die Frau in der Werbung* (1977) wurden diskutiert.¹¹

Landesfrauenrat und autonome Frauengruppen hatten zunächst ein eher distanziertes Verhältnis zueinander, sieht man von einigen Ausnahmen ab wie zum Beispiel die schon genannte Zusammenarbeit der autonomen Tübinger Frauengruppe mit Frauen der SPD. Viele Frauen des Landesfrauenrates standen den „lila Latzhosen“, also den autonomen Feministinnen, eher skeptisch gegenüber und hielten sie für zu extrem in ihren Forderungen und Zielen. Die autonomen Frauengruppen wurden oft als laut, militant, fanatisch oder gar „männermordend“ empfunden.¹² Diese Vorbehalte wurden erst nach und nach abgebaut. Im Laufe der Jahre arbeiteten beide Seiten bei immer mehr Themen zusammen. Vor allem in den 1980er-Jahren konnten einige Ziele gemeinsam erreicht werden, so beispielsweise bei der Forderung nach Gleichstellungsstellen oder für eine größere politische Partizipation von Frauen in der Kommunal- und Landespolitik. 1980 richtete das Ministerium für Arbeit, Gesundheit, Familie und Sozialordnung ein Frauenreferat zu Angelegenheiten der Frau in Familie, Beruf und Gesellschaft sowie einen Beirat für Frauenfragen zur Beratung der Landesregierung ein. Dieses Ministerium gab in diesem Zusammenhang eine Repräsentativuntersuchung in Auftrag, die die Situation der Frau im Spannungsfeld von Beruf und Familie¹³ in Baden-Württemberg prüfen sollte.

Wie in der gesamten Bundesrepublik kämpften in Baden-Württemberg Frauen also auf unterschiedlichen Ebenen für mehr Gleichberechtigung und Teilhabe in Gesellschaft und Politik. Vergleicht man die Entwicklung der autonomen Frauenbewegung mit der der etablierten Frauengruppen, fallen vor allem zeitliche Parallelen ins Auge. Der Beginn der 1970er-Jahre bildete für beide Ebenen des Engagements von Frauen für Frauen den Startpunkt. Die Auslöser mögen unterschiedliche gewesen sein, gemeinsam war jedoch all diesen Frauen das verstärkte Bewusstsein, dass sich ohne aktives

11 Vgl. Bea Dörr/Ulla Siebert: *Wer sich engagiert, verändert! Die Geschichte des Landesfrauenrates Baden-Württemberg*, Tübingen 1997.

12 Vgl. Ebd., S. 68.

13 Institut für Demoskopie Allensbach: *Die Situation der Frau in Baden-Württemberg. Eine Repräsentativuntersuchung unter Frauen, ihren Partnern und Kindern über die Situation im Spannungsfeld von Beruf und Familie*, hrsg. v. Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Sozialordnung Baden-Württemberg, Karlsruhe 1983.

Handeln nichts an der Situation von Frauen in Gesellschaft und Politik ändern würde.

„Nur gemeinsam können wir uns wehren!“ Themen und Protestformen der Neuen Frauenbewegung

Entsprechend ihrer unterschiedlichen Organisationsformen unterschied sich auch die Arbeitsweise von Landesfrauenrat und Neuer Frauenbewegung. Während sich die Frauen des Landesfrauenrates bemühten, innerhalb etablierter, meist gemischter Organisationen Einfluss auf Gesellschaft und Politik zu nehmen, waren die Aktionsformen der Neuen Frauenbewegung sehr vielfältig und gleichzeitig typisch für die Neuen Sozialen Bewegungen der 1970er- und 1980er-Jahre.

Da die ersten Impulse der Neuen Frauenbewegung aus dem studentischen Milieu kamen, waren auch die Themen der sich bildenden Frauenaktionsgruppen stark von diesem geprägt. Zunächst ging es also darum, sich innerhalb der Studentenbewegung Gehör zu verschaffen und die Position der weiblichen Mitglieder zu stärken. Unter dem Motto *Das Private ist politisch!* begannen Frauen, sich in Gruppen zu organisieren und eigene Forderungen und Ziele zu formulieren. Darum ist es nicht verwunderlich, dass sich gerade in den baden-württembergischen Universitätsstädten wie Heidelberg, Freiburg oder Tübingen der Protest von Frauen früh formierte und auf eine breite Basis bauen konnte.

Eine personelle und thematische Erweiterung erfuhr die Neue Frauenbewegung dann zu Beginn der 1970er-Jahre, als die Diskussion um das Thema Abtreibung in den Fokus rückte. Der Protest gegen den sogenannten „Abtreibungsparagraphen“ 218 des Strafgesetzbuches sollte eines der wichtigsten Themen der Neuen Frauenbewegung bleiben. Jedoch war das Thema nicht neu. Seit der Einführung des § 218 im Jahr 1871 forderten Frauen immer wieder seine ersatzlose Streichung. In den frühen 1970er-Jahren kochte diese Debatte nun erneut hoch und fand einen ersten Höhepunkt in der schon erwähnten Selbstbeziehungskampagne 1971. Die Proteste gegen den Abtreibungsparagraphen sollten die Arbeit der Neuen Frauenbewegung die gesamten 1970er-Jahre hindurch prägen. Auch in vielen baden-württembergischen Städten, unter anderem in Tübingen und Stuttgart, gründeten sich Gruppen, die sich am bundesweiten Netzwerk „Aktion § 218“ beteiligten. Neben der gemeinsamen Arbeit auf Bundesebene sahen diese Gruppen es explizit als ihre Aufgabe an, ihre Anliegen auf regionaler Ebene bekannt zu machen und hier eine breitere Basis für die Forderung der Streichung des Paragraphen zu schaffen. So schlossen sich beispielsweise in Tübingen ver-



Proteste im Mai 1975 gegen den § 218 in Karlsruhe. Der Bundesgerichtshof hatte zuvor die Fristenlösung als Teil des Strafrechtsparagrafen für verfassungswidrig erklärt.

schiedene Frauengruppen zu einem „Aktionsbündnis § 218“ zusammen, das in der Universitätsstadt Protestaktionen organisierte, die sich gegen die Haltung der Landesregierung zum Thema Abtreibung richteten.

Daneben war Gewalt gegen Frauen ein weiteres wichtiges Thema der Neuen Frauenbewegung, wobei vor allem Aktionen gegen Gewalt und Vergewaltigung bzw. alle Formen sexueller Gewalt im Fokus standen. Eine der bis heute wichtigsten Errungenschaften der Neuen Frauenbewegung ist die flächendeckende Etablierung von Frauenhäusern in der Bundesrepublik. Die Idee war es, einen sicheren und vor allem geheimen Zufluchtsort für misshandelte Frauen und ihre Kinder zu schaffen, an dem sie nicht nur Schutz vor dem gewalttätigen Partner erhielten, sondern zudem psychische und praktische Hilfe. Auch in Baden-Württemberg engagierten sich Frauen für die Einrichtung von Frauenhäusern. 1978 – zwei Jahre nach dem Frauenhaus in West-Berlin, dem ersten in der Bundesrepublik überhaupt – eröffnete das erste baden-württembergische Frauenhaus in Reutlingen.¹⁴ Die Zusammenarbeit auf regionaler Ebene war besonders wichtig, um den Frauen ein gut vernetztes und möglichst flächendeckendes Schutzangebot

¹⁴ Vgl. Kreis, *Wir sind Frauen* (wie Anm. 4), S. 87.



Die Vorsitzende des baden-württembergischen Landesfrauenausschuss der SPD, Herta Däubler-Gmelin, überreicht Bundesjustizminister Gerhard Jahn 1971 eine Unterschriftenliste, auf der sich mehr als 30 000 Menschen für eine Reform des § 218 stark machen.

geben zu können. So standen die Frauenhausinitiativen der Städte Tübingen, Reutlingen und Stuttgart in engem Kontakt und unterstützten sich gegenseitig bei der Planung und Durchführung ihrer Projekte. 1979 wurde in Stuttgart ebenfalls ein Frauenhaus eingerichtet. Noch ein Jahr später begannen dann auch Frauen in Tübingen mit den ersten organisatorischen Maßnahmen für ein eigenes Frauenhaus. Als wichtigstes Argument für seine Errichtung führte die Tübinger Initiative die ständige Raumnot in den umliegenden Frauenhäusern an. So sei „das seit 2 Jahren bestehende Frauenhaus Reutlingen ständig überfüllt“.¹⁵ Zudem hätten dort auch schon Frauen aus dem Kreis Tübingen Hilfe gesucht, was die Notwendigkeit eines weiteren Frauenhauses im Raum Tübingen-Reutlingen-Stuttgart umso deutlicher mache.¹⁶ Jedoch bedurfte es noch einiger Diskussionen und viel Ar-

15 Informationsblatt des Frauen helfen Frauen e. V., Warum braucht Tübingen ein Haus für misshandelte Frauen?, BAF Tübingen, FZ 029.

16 Ebd.

beit des Vereins, bis das Projekt umgesetzt werden konnte. Erst weitere zwei Jahre später wurden dann sogar zwei Frauenhäuser in Tübingen eröffnet: eines durch den autonomen Verein „Frauen helfen Frauen“, ein weiteres durch „Frauenhaus Tübingen“, einem Verein mit städtischer Beteiligung.

Eine Besonderheit der Frauenbewegung in Baden-Württemberg ist deren verhältnismäßig frühe Öffnung gegenüber Gegenständen, die nicht in erster Linie „Frauenthemen“ waren. Während sich die Pluralisierung der Neuen Frauenbewegung aus gesamtdeutscher Sicht erst Ende der 1970er-Jahre vollzog,¹⁷ partizipierten Frauen in Baden-Württemberg schon zu Beginn dieses Jahrzehnts an verschiedenen Aktionen anderer Neuer Sozialer Bewegungen, die in diesem Zeitraum gerade dabei waren, sich zu etablieren.

Wesentlichen Anteil nahm die Frauenbewegung in Baden-Württemberg unter anderem am Widerstand gegen die Pläne zum Bau eines Kernkraftwerkes bei Wyhl am Kaiserstuhl. Nach Bekanntwerden des Bauvorhabens 1973 begannen die Anwohner aus den umliegenden Dörfern, vor allem Landwirte und Winzer, massiv gegen das Projekt zu protestieren. In kürzester Zeit wurde Wyhl als Symbol der neu entstehenden Anti-Atomkraft-Bewegung in Baden-Württemberg und in der Bundesrepublik berühmt.¹⁸ Immer mehr Menschen zeigten sich solidarisch mit den Anwohnern und beteiligten sich an den Protestaktionen. Die Neue Frauenbewegung war vor allem in der heißen Phase des Protestes von Herbst 1974 bis Sommer 1975 vor Ort. So waren Teile der Freiburger Frauengruppe Mitinitiatorinnen der „Badischen Fraueninitiative“, einer Gruppe, die sich aus Frauen aus den Dörfern rund um Wyhl und den Freiburgerinnen zusammensetzte. Gemeinsam beteiligten sie sich an Nachtwachen, Bauplatzbesetzungen und anderen Protestformen. Diese sollten prägend für den Proteststil der Neuen Sozialen Bewegungen in den 1970er- und 1980er-Jahren werden, der sich wiederum auf die Frauenbewegung auswirkte.

Ende der 1970er-Jahre trat mit der Friedensbewegung eine weitere Neue Soziale Bewegung auf den Plan, die Einfluss auf die thematische Ausrichtung von Teilen der Frauenbewegung nahm. Tatsächlich entstand in dieser Zeit eine Teilbewegung, die dezidiert die Friedensthematik mit feministischen Ansätzen verknüpfte. Die Aktivistinnen dieser Frauenfriedensbewegung kamen häufig aus der Friedens- oder der Frauenbewegung und empfanden gerade die Verbindung der beiden Themenkomplexe als sinnvolle Weiterentwicklung der beiden Protestbewegungen. Zusammenfassend las-

17 Vgl. Gerhard, Frauenbewegung und Feminismus (wie Anm. 4), S. 117; Lenz, Die neue Frauenbewegung in Deutschland (wie Anm. 2), S. 378.

18 Hierzu ausführlich Ulrich Eith in diesem Band.



Protest der Badischen Fraueninitiative gegen das Atomkraftwerk Wyhl 1974.

sen sich einige große Themen und Ziele der Frauenfriedensbewegung festhalten. Zum einen die Verhinderung der Aufrüstung und einer befürchteten Militarisierung der Gesellschaft und damit die Beendigung des Wettrüstens der Supermächte USA und Sowjetunion. Ein weiteres wichtiges Thema war das Verhältnis von Frauen zum Militär. Dabei wurde auch innerhalb der Bewegung kontrovers diskutiert, ob ein eventueller verpflichtender Wehrdienst für Frauen abgelehnt oder aus emanzipatorischen Gründen befürwortet werden sollte. Erörtert wurde auch die Bedeutung von Krieg und Gewalt gerade für das weibliche Geschlecht. Die Mehrfachbedrohung von Frauen sollte herausgestellt werden. Das Ziel war ein Ende der Gewalt gegen Frauen in allen Lebensbereichen. Nach dem Motto *Frieden im Patriarchat ist Krieg für Frauen*¹⁹ wollten die Aktivistinnen deutlich machen, dass Frieden für Frauen mehr bedeutete als die bloße Abwesenheit von Krieg. Nicht zuletzt schlossen sich je nach Nähe der Akteurinnen zur Frauenbewegung wei-

¹⁹ Rede von Kasseler Frauen am 10. Juni 1982 in Bonn, *Frieden im Patriarchat ist Krieg für Frauen*, in: Eva Quistorp (Hrsg): *Frauen für den Frieden. Analysen, Dokumente und Aktionen aus der Friedensbewegung*, Bensheim 1982, S. 98.

tere feministische Ziele an. Die Protestformen, mit denen Frauen versuchten ihre Ziele durchzusetzen, unterschieden sich nicht wesentlich von denen der Friedensbewegung. Dies waren unter anderem Demonstrationen, Unterschriftenaktionen, Blockaden und Menschenketten. Der eigentliche Unterschied bestand darin, dass auch Aktionen organisiert wurden, die sich nur an Frauen richteten. Als besondere Protestformen von Frauen wurden zum Beispiel Frauenfriedensmärsche und Verweigerungsaktionen initiiert, bei denen Frauen vorsorglich bei der zuständigen Behörde schriftlich jede Form des Kriegseinsatzes, von einem möglichen Wehrdienst bis hin zu medizinischen Hilfen, verweigerten.²⁰ Auch in Baden-Württemberg schlossen sich viele Frauen der Frauenfriedensbewegung an. So unterstützten sie in Stuttgart die Internationale Unterschriftenaktion der „Frauen für den Frieden“ aus Dänemark und gründeten eine gleichnamige Gruppe.²¹ In Freiburg gab es gleich zwei Initiativen, die zur Frauenfriedensbewegung zu rechnen sind. Einmal die hiesige Gruppe „Frauen für den Frieden“, die wie die Stuttgarter Friedensfrauen aus der Internationalen Aktion heraus entstanden, und zum anderen die Gruppe „Feministischer Widerstand“, die in erster Linie die Möglichkeit einer Wehrpflicht auch für Frauen thematisierte.

In Baden-Württemberg förderte gerade die räumliche Nähe zu den Brennpunkten anderer Neuer Sozialer Bewegungen die verstärkte Anbindung der Frauenbewegung an diese. Neben Wyhl, dem „Geburtsort“ der Anti-Atomkraft-Bewegung, lag mit Mutlangen auch einer der symbolträchtigsten Orte der Friedensbewegung in Baden-Württemberg. Der kleine schwäbische Ort wurde zu einem Sinnbild der Auseinandersetzung um den NATO-Doppelbeschluss und die Stationierung neuer atomarer Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik. Die Zufahrt eines dort befindlichen amerikanischen Raketendepots wurde in den 1980er-Jahren, vor allem zwischen 1983 und 1987, regelmäßig von Demonstranten blockiert, woran auch regelmäßig Frauengruppen beteiligt waren. Diese starke Präsenz der Anti-Atomkraft-Bewegung und der Friedensbewegung in der baden-württembergischen Öffentlichkeit führte dazu, dass auch in den Gruppen der Neuen Frauenbewegung diese Themen immer mitdiskutiert wurden und sie sich, im Vergleich zu Frauengruppen in anderen Bundesländern, verhältnismäßig früh zu einer Zusammenarbeit entschlossen.

20 Vgl. Karola Maltry: Die Neue Frauenfriedensbewegung. Entstehung, Entwicklung, Bedeutung, Frankfurt a. M./New York 1993, S. 115.

21 Dokumentation „„Erste Schritte“. Erfahrungen in einer Gruppe“ der Frauen für Frieden Stuttgart, Stuttgart 1980, Archiv Aktiv Hamburg.



Kinderwagen bei einer Demonstration gegen die Raketenstationierung in Mutlangen 1983.

„Die Frauenbewegung bewegt sich so schnell wie eine Frau mit einem Kind an der Hand“ – Konfliktlinien innerhalb der Neuen Frauenbewegung

Die Haltung verschiedener Frauengruppen zu bestimmten Themen unterschied sich nicht nur regional, sondern auch bei der Frage, ob die Ziele anderer Neuer Sozialer Bewegungen unterstützt werden sollten oder nicht. Innerhalb der Neuen Frauenbewegung kam es im Verlauf der 1970er-Jahre zu immer stärkeren theoretischen Ausdifferenzierungen entlang der Frage, was die Frauenbewegung überhaupt ausmache und für welche Ziele sie stehe.

So war gerade der Begriff „Feminismus“ stark umstritten. Hier standen sich der sogenannte Gleichheitsfeminismus und der Differenzfeminismus gegenüber. Verfechterinnen des Gleichheitsfeminismus gingen davon aus, dass kein Unterschied zwischen Mann und Frau gemacht werden dürfe und die Frau grundsätzlich dazu befähigt sei, die gleichen Rechte, aber auch die gleichen Pflichten wie der Mann in der Gesellschaft zu tragen. Befürworterinnen des Differenzfeminismus hingegen argumentierten mit einem dualis-

tischen Emanzipationskonzept, das durchaus von Unterschieden zwischen den Geschlechtern ausgeht und davon, dass Frauen in manchen Dingen tatsächlich mehr oder eben weniger befähigt seien als Männer. Bei Gleichheitsfeministinnen stand das herrschende Gesellschaftsbild selbst in der Kritik, weil dieses ausschließlich für Männer konzipiert und damit nicht oder nur teilweise für eine Integration weiblicher Fähigkeiten gemacht sei.²² Daneben entstanden eine ganze Reihe weiterer „Feminismen“, die sich in Gruppenneugründungen manifestierten. Dies führte dazu, dass an vielen Orten in der Bundesrepublik radikalfeministische, lesbische, sozialistisch-feministische und viele weitere Gruppen nebeneinander existierten, oft miteinander kooperierten, sich aber auch teilweise sehr kritisch gegenüberstanden. In Freiburg beispielsweise differenzierten sich die Frauengruppen stark aus. Vor allem das 1974 entstandene „Frauen-Kollektiv“ versuchte sich bewusst von der Arbeitsweise des Freiburger Frauenzentrums zu lösen und eine Gruppe mit besser ausgebildeten Organisationsstrukturen zu etablieren. Die Kollektiv-Frauen wollten so die Effizienz ihrer Aktionen steigern. Daneben entstanden in Freiburg bis 1980 zahlreiche weitere Initiativen mit unterschiedlichen Zielsetzungen: unter anderem eine Uni-Frauengruppe, das Projekt „Frauen lernen gemeinsam“, eine Beratungsstelle für Frauen (BIFF) und die bereits erwähnten gemischten Gruppen, die sich mit der Anti-Atomkraft-Bewegung und der Friedensbewegung solidarisierten.²³

Ein häufig diskutiertes Problem der Frauenbewegung war auch die Frage nach dem Umgang mit Müttern. Frauen mit Kindern beklagten häufig, dass ihnen Betreuungsmöglichkeiten für ihre Kinder fehlten und sie deshalb an vielen Aktionen nicht teilnehmen konnten. Teilweise ging dies so weit, dass der Frauenbewegung von ihren eigenen Mitgliedern eine latente Mütterfeindlichkeit vorgeworfen wurde. In vielen Frauengruppen gab es zudem Konflikte um den Stellenwert des Mutterseins. Eine ganze Reihe Fragen wurden diskutiert: Sollte man sich praktische Gedanken darüber machen, wie man Frauen mit Kindern den Zugang zu Frauengruppen erleichtern könnte? Oder ist das Muttersein insgesamt kritisch zu sehen? Kommt es nicht einer Anerkennung des Gewaltverhältnisses, in dem Frauen sich angeblich befinden, gleich, wenn sie Kinder bekommen? Und sollten Frauen sich deshalb der Pflicht, Mutter zu sein, ganz verweigern, als eine Art des Protests? Auch die Frauengruppen in Baden-Württemberg kämpften mit diesen Fragen. In Tübingen beispielsweise gründete sich bald eine eigene Grup-

22 Zum Feminismus in der Frauenfriedensbewegung vgl. Maltry, Frauenfriedensbewegung (wie Anm. 20), S. 32–49.

23 Vgl. Poppenhusen, Viel bewegt (wie Anm. 9), S. 19 f. sowie S. 43–45.

pe innerhalb der Frauenakademie, die sich mit diesen Problemen auseinandersetzen wollte. Es ging ihnen um konkrete Verbesserung der „Situation der Mütter in der Frauenbewegung“.²⁴ Diese sollten durch Angebote wie Babysitting, Hausaufgabenbetreuung und gemeinsame Wochenendausflüge von ihren Mutterpflichten entlastet werden und so die Möglichkeit bekommen, ihre eigenen Interessen innerhalb der Frauenbewegung ohne Schuldgefühle zu realisieren. Gleichzeitig sollten Vorbehalte, die zahlreiche kinderlose Frauen gegenüber Müttern und ihren Kindern hatten, abgebaut werden. War es früher selbstverständlich gewesen, Kinder zu haben, so war es für viele Frauen inzwischen zu einer Selbstverständlichkeit geworden, überhaupt keine Kinder zu wollen. Unter dem Motto „Mütter gehören auch zur Frauenbewegung“ sollten diese Ressentiments auf beiden Seiten abgebaut werden.²⁵



Walpurgis-Umzug 1980 in Freiburg. Mit den seit 1976 in vielen deutschen Großstädten stattfindenden Umzügen protestieren Frauen gegen Gewalt gegen Frauen.

24 Informationsblatt der Frauenakademie Tübingen, „Die Frauenbewegung bewegt sich so schnell wie eine Frau mit einem Kind an der Hand“, 1979/80, BAF FA 05.

25 Vgl. ebd.

„Raum für Frauen ist in dieser Gesellschaft, in diesem Staat, in dieser Stadt nicht vorgesehen“ – Was bleibt von der Neuen Frauenbewegung in Baden-Württemberg?

Wie schon 1980 reflektierten die Tübinger Frauen auch zehn Jahre später die Entwicklung ihrer Bewegung. Im Gegensatz zu ihrem Fazit im Jahr 1980 wirkten die Tübingerinnen nun wesentlich ernüchterter, enttäuschter. Ihr Fazit „Raum für Frauen ist in dieser Gesellschaft [...] nicht vorgesehen und es soll ihn auch nicht geben, wenn es nach den Männern ginge“²⁶ lässt die Schwierigkeiten erahnen, mit der die Frauenbewegung auch zwanzig Jahre nach ihrer Entstehung zu kämpfen hat. Und doch: Die von den Aktivistinnen 1980 beschriebenen Erfahrungen sind kennzeichnend für das erste Jahrzehnt der Bewegung. Die 1970er-Jahre waren für die Neue Frauenbewegung eine Zeit der Selbstfindung und des Aufbruchs. Zwar waren bei weitem noch nicht alle Ziele der Neuen Frauenbewegung erreicht, doch wurden durchaus „erste Kräfte“ freigesetzt. Die Frauenbewegung konnte sich Ende der 1970er-Jahre auf eine breite Basis stützen, die vor allem auf lokaler Ebene verankert war. Orte von Frauen für Frauen waren aus fast keinem Stadtbild mehr wegzudenken, was die Forderungen der Bewegung allgegenwärtig machte. Auch die einzelnen Protestaktionen erlangten immer wieder breite mediale Aufmerksamkeit. Dies führte zu einer fortschreitenden Sensibilisierung der Gesellschaft für die Themen der Frauenbewegung, welche im kommenden Jahrzehnt noch an Dynamik gewinnen sollte.

Gleichzeitig bedeutete das Voranschreiten der Debatten über die Theorien und Ziele des Feminismus auch eine immer stärkere Ausdifferenzierung der einzelnen Strömungen innerhalb der Frauenbewegung. Die Anliegen der einzelnen Frauengruppen wurden immer kleinteiliger. Diese unterschiedlichen Richtungen innerhalb der Bewegung weiterhin für gemeinsame Aktionen zu mobilisieren wurde in den 1980er-Jahren immer mehr zur Herausforderung. In Baden Württemberg war der Einfluss anderer Neuer Sozialer Bewegungen in den 1970er-Jahren besonders spürbar. Wichtige Fragen der Anti-Atomkraft-Bewegung und später der Friedensbewegung wurden in den baden-württembergischen Frauengruppen regelmäßig reflektiert. Während in weiten Teilen der Frauenbewegung eine Beteiligung an Aktionen anderer Bewegungen noch skeptisch gesehen wurde, engagierten sich die Baden-Württembergerinnen relativ früh und vorbehaltlos auch für nicht frauenspezifische Anliegen. Zu Beginn der 1980er-Jahre setzte sich

26 Flugblatt der „Initiative Fraueneigene Räume“, Der Kampf um Frauenräume – „A Never Ending Story“, 1990, abgedruckt in: In Bewegung (wie Anm. 8), S. 63 f.

dieser Trend vor allem mit der Entstehung der Frauenfriedensbewegung auch in der übrigen Bundesrepublik langsam durch. Diese Ausdifferenzierung der Strömungen innerhalb der Frauenbewegung bedeutete jedoch keine Schwächung der Bewegung insgesamt. Vielmehr führte die Ausweitung des Themenspektrums dazu, dass die Neue Frauenbewegung innerhalb der Gesellschaft immer breitere Akzeptanz erlangte.

Literaturhinweise

- Dörr, Bea/Siebert, Ulla: Wer sich engagiert, verändert! Die Geschichte des Landesfrauenrates Baden-Württemberg, Tübingen 1997.
- Gerhard, Ute: Frauenbewegung und Feminismus. Eine Geschichte seit 1789, München 2012.
- Kreis, Reinhild: „Wir sind Frauen. Wir sind viele. Wir haben die Schnauze voll!“. Die Neue Frauenbewegung, in: Reinhold Weber (Hrsg.): Aufbruch, Protest und Provokation. Die bewegten 70er- und 80er-Jahre in Baden-Württemberg, Darmstadt 2013, S. 75–96.
- Lenz, Ilse (Hrsg.): Die neue Frauenbewegung in Deutschland. Abschied vom kleinen Unterschied. Ausgewählte Quellen, Wiesbaden 2009.
- Lenz, Ilse: Das Private ist politisch!? Zum Verhältnis von Frauenbewegung und alternativem Milieu, in: Sven Reichardt/Detlef Siegfried (Hrsg.), Das alternative Milieu: antibürgerlicher Lebensstil und linke Politik in der Bundesrepublik Deutschland und Europa 1968–1983, Göttingen 2010, S. 375–404.
- Maltry, Karola: Die neue Frauenfriedensbewegung. Entstehung, Entwicklung, Bedeutung, Frankfurt a. M./New York 1993.
- Poppenhusen, Margot: Viel bewegt – nichts verrückt? 20 Jahre Frauenbewegung in Freiburg 1972–1992, Freiburg 1992.
- Rucht, Dieter: Modernisierung und neue soziale Bewegungen. Deutschland, Frankreich und USA im Vergleich, Frankfurt a. M./New York 1994.
- Schulz, Kristina: Der lange Atem der Provokation. Die Frauenbewegung in der Bundesrepublik und in Frankreich 1968–1976, Frankfurt a. M. 2002.
- Silies, Eva-Maria: Ein, zwei, viele Bewegungen? Die Diversität der Neuen Frauenbewegung in den 1970er Jahren der Bundesrepublik, in: Cordia Baumann/Sebastian Gehring/Nicolas Büchse (Hrsg.): Linksalternative Milieus und Neue Soziale Bewegungen in den 1970er Jahren, Heidelberg 2011.

Von Wuhl bis Karlsruhe – Bürgerproteste, Neue Soziale Bewegungen und die Gründung der Grünen

Rückblickend lassen sich die 1970er-Jahre als Jahrzehnt der politischen Umbrüche charakterisieren. Auf der bundespolitischen Ebene markieren die Bundestagswahl vom September 1969 und die daraufhin mit knapper Mehrheit gebildete sozialliberale Koalition unter Willy Brandt eine Zäsur. Seine innenpolitische Reformpolitik und die Neue Ostpolitik gegenüber der DDR und den Staaten des Warschauer Paktes stellten im Vergleich zu den vorangegangenen Jahrzehnten eine grundlegende Neuausrichtung des Koordinatensystems deutscher Innen- und Außenpolitik dar.

Einschneidende Umbrüche zeigten sich in den 1970er-Jahren aber auch auf der Ebene der politischen Kultur. Mit dem Protest am traditionellen Politikbetrieb waren gerade in den jüngeren Generationen häufig neue Wert- und Politikvorstellungen verbunden. Ob Anti-Atomkraft-Bewegung, Umwelt-, Dritte-Welt-, Friedens- oder Frauenbewegung – das Aufkommen und der Zulauf der sogenannten Neuen Sozialen Bewegungen verdeutlichten die gravierenden Repräsentationsdefizite der etablierten Parteien. Dies galt sowohl inhaltlich-thematisch als auch hinsichtlich eines neuen Politikstils aktiver Einmischung und Beteiligung, der konträr zur obrigkeitsstaatlichen und strikt repräsentativen Politikausrichtung der 1950er- und 1960er-Jahre stand. Politische Protestformen und ziviler Widerstand auch jenseits der Legalität gehörten ebenso zum Handlungsrepertoire der Neuen Sozialen Bewegungen wie Demonstrationen oder die Bildung von Bürgerinitiativen.

Mit dem Rücktritt von Willy Brandt und dem Regierungswechsel zu Helmut Schmidt 1974 verschärfte sich das Auseinanderklaffen von etabliertem Politikbetrieb einerseits und den neuen Politikvorstellungen vor allem der Nachkriegsgenerationen andererseits. Zudem verstanden sich die Neuen Sozialen Bewegungen in der Regel als außerparlamentarische Opposition in Abgrenzung zu den Bonner Parteien CDU/CSU, SPD und FDP.

Bundesweite Aufmerksamkeit erlangte dann der erfolgreiche Widerstand der Bevölkerung gegen den Bau des geplanten Atomkraftwerks in Wuhl 1975/76. Gerade an diesem Beispiel lassen sich nachfolgend exemplarisch zentrale Merkmale des politisch-gesellschaftlichen Umbruchs der 1970er-



Symbolfigur für Aufbruch und Reformen: Willy Brandt bei seiner Regierungserklärung am 28. Oktober 1969 im Bundestag.

Jahre im Südwesten zeigen, etwa die Herausbildung einer Protestbewegung in einem weitgehend ländlich-konservativen Umfeld, das Mobilisierungspotenzial der neuen Protestthemen, das von der ortsansässigen, bis dato vielfach christdemokratisch orientierten Bevölkerung bis hin zu Gruppen und politischen Sekten im politisch weit linken Spektrum reichte, und nicht zuletzt auch die Einübung neuer Formen der politischen Beteiligung und des zivilen Widerstands. Der Erfolg dieser außerparlamentarischen Bewegungen und die damit einhergehende zunehmende Gefahr gewalttätiger Eskalationen beförderten gegen Ende der 1970er-Jahre eine dezentrale, breit gefächerte Wahlbewegung, die die politischen Auseinandersetzungen durch die Gründung von grünen, bunten oder alternativen Listen zunächst zurück in die Kommunalparlamente trug. Die Grünen gründeten sich dann als baden-württembergische Landespartei am 30. September 1979 in Sindelfingen und als Bundespartei im Januar 1980 in Karlsruhe. Ihrem eigenen Selbstverständnis nach sahen sie sich als Protestpartei, als parteipolitische parlamentarische Vertretung der vielfältigen außerparlamentarischen Protestbewegungen, auch wenn sich keineswegs alle Teile der Neuen Sozialen Bewegungen parteipolitisch bei den Grünen organisierten.

Als Hintergrundfolie und zur besseren Verortung der dann noch breiter zu untersuchenden Ereignisse in und um Wyhl erfolgt zunächst ein kurzer Überblick über die zentralen Erklärungsansätze der Forschungen zum Wertewandel sowie über die inhaltlich-thematische Bandbreite der Gruppierungen der Neuen Sozialen Bewegungen. Eine Einordnung der Protestbewegungen aus demokratietheoretischer Perspektive sowie aus dem Blickwinkel des Parteiensystems beschließt dann diesen Beitrag.

Wertewandel und „unkonventionelle“ politische Beteiligung

Umfangreiche international vergleichende Studien zum Wertewandel in den 1970er-Jahren zeigen, dass diese Werte- und Einstellungsänderungen bei den jüngeren Generationen in praktisch allen entwickelten Industrienationen der westlichen Welt durchaus vergleichbar verlaufen sind. Als zentrale Ursache gilt letztlich der sprunghafte Anstieg des formalen Bildungsniveaus in den jüngeren Generationen in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, was auf der individuellen Ebene zu einer größeren Varianz bei der persönlichen Entscheidung für eigene Wertepositionen, auf der gesellschaftlichen Ebene unter anderem zu veränderten Berufsstrukturen und einer stärkeren Repräsentanz von Frauen in Berufs- und Ausbildungskontexten geführt hat.

Die wohl prominenteste Charakterisierung dieses Wertewandels der 1970er-Jahre als „Postmaterialismus“ stammt von Ronald Inglehart. Nach seiner Theorie erklären sich diese Prozesse des Wandels fundamentaler Werte – die „Stille Revolution“ – durch die Tatsache, dass die Nachkriegsgenerationen anders als die Generationen ihrer Eltern oder Großeltern in wirtschaftlich gesicherten und politisch stabilen Zeiten aufwachsen und ihre politische Sozialisation durchlaufen konnten. Während nach Inglehart das Erleben von Mangelwirtschaft die Ausprägung von „materialistischen“ Werten der direkten Lebenssicherung und politisch konservativeren Positionen begünstigt, fördert steigender gesellschaftlicher Wohlstand das Eintreten für „postmaterialistische“ Werte wie individuelle Freiheit und Selbstentfaltung, Umweltschutz oder auch Frieden.

Demgegenüber betonten andere wie Elisabeth Noelle-Neumann die Gefahren dieses Wertewandels und warnten vor gesellschaftlichen Verfallserscheinungen. Das Vordringen der Selbstentfaltungswerte sieht Noelle-Neumann im direkten Zusammenhang mit dem Rückgang traditioneller bürgerlicher Tugenden, etwa der Abkehr von Religion und Kirchen, dem Rückgang von Pflicht- und Akzeptanzwerten oder auch der Ablösung der bürgerlichen Leistungsethik durch eine zunehmende Freizeitorientierung.

Helmut Klages und Thomas Gensicke wiederum können keinen unüberbrückbaren Gegensatz zwischen den traditionellen Pflicht- und Akzeptanzwerten einerseits und den neuen postmaterialistischen Selbstentfaltungswerten andererseits erkennen. Nach ihren Studien zeigen sich in der Realität vielfältige Mischtypen einer Wertesynthese, wobei die Kombination von alten und neuen Werten durchaus auch zu produktiven Wechselwirkungen führen kann.¹

Weitere Forschungen konzentrierten sich auf die Formate politischer Beteiligung und die Aktions- und Organisationsformen der Neuen Sozialen Bewegungen. Zentraler Bezugspunkt waren hierbei die frühen Studien von Samuel Barnes und Max Kaase Mitte der 1970er-Jahre, die zwischen konventioneller und unkonventioneller politischer Beteiligung unterschieden. Als „konventionell“ bezeichneten die Autoren Beteiligungsformen, deren Protestfunktion legal war, die in institutionalisierten Bahnen verliefen und die in der Bevölkerung weitgehend als legitim angesehen wurden. Im Wesentlichen handelte es sich hierbei um Formen des Wählens auf den unterschiedlichen Ebenen des politischen Systems. Zur „unkonventionellen“ politischen Beteiligung hingegen zählten sie Partizipations- und Protestformen, die in Teilen auch illegal waren, bestenfalls im Ansatz verfasst und zudem ausgestattet mit einem geringen Legitimitätsstatus. Das Spektrum der neuen, unkonventionellen Beteiligungsformen reichte von Unterschriftenaktionen über Demonstrationen, die Bildung von Bürgerinitiativen bis hin zu Boykotten und zivilem Widerstand. Allein schon die Bezeichnung „unkonventionell“ macht deutlich, dass diese Formen politischer Beteiligung zum damaligen Zeitpunkt neu waren und zudem lediglich von einem bestimmten politischen Spektrum, nämlich dem protestbereiten, weitgehend postmaterialistischen Umfeld der Neuen Sozialen Bewegungen, praktiziert wurden.

Die Neuen Sozialen Bewegungen – vielfältiger Protest gegen überkommene Strukturen

Unter inhaltlichen Gesichtspunkten umfassten die Neuen Sozialen Bewegungen ganz unterschiedliche politische Gruppierungen und ideologische Strömungen. Als gemeinsamen Nenner forderten sie über alle Unterschiede hinweg massive politische Veränderungen, die sie als außerparlamentarische Opposition gegebenenfalls auch gegen das etablierte Parteiensystem durchsetzen wollten.

1 Vgl. hierzu den Beitrag von Maike Hausen und Reinhold Weber in diesem Band.

Im Südwesten kam der Anti-Atomkraft-Bewegung und der damit eng verbundenen Umweltbewegung eine besondere Bedeutung zu. Das hatte eine zentrale Ursache im letztlich erfolgreichen Widerstand gegen das geplante Atomkraftwerk in Wyhl, der wie eine Initialzündung wirkte. Zudem fanden ökologische Denkansätze und die Positionen des Umweltschutzes gerade auch innerhalb des im Südwesten verbreiteten anthroposophischen Netzwerks, seit Beginn der 1970er-Jahre zusätzlich inspiriert durch das neu gegründete Internationale Kulturzentrum Achberg am Bodensee, große Resonanz. In der Öffentlichkeit breiter diskutiert wurde die 1972 vom *Club of Rome* in Auftrag gegebene Studie *Die Grenzen des Wachstums*. Die Ölkrise 1973 demonstrierte dann nachdrücklich die Abhängigkeit der westlichen Industriestaaten von Rohstoffen, was in Wirtschaft und Politik den Ruf nach einem konsequenteren Ausbau der Atomenergie eher stärkte.

Darüber hinaus kamen insbesondere auf Bundesebene der Friedensbewegung, der Dritte-Welt-Bewegung und der Neuen Frauenbewegung größere Bedeutung zu. Die Friedensbewegung hatte sich bereits Ende der 1950er-Jahre als Protestbewegung gegen die Stationierung nuklearer Waffen in Westdeutschland formiert. Die Ostermärsche gegen das atomare Wettrüsten in Ost und West fanden insbesondere zwischen 1960 und 1970 sowie nach dem NATO-Doppelbeschluss 1979 größere öffentliche Beachtung. Hinzu kamen bis zur endgültigen Niederlage Südvietnams 1975 die Proteste gegen den Vietnamkrieg und seine entsetzlichen Begleiterscheinungen, vor allem die chemische Kriegsführung bis 1971 und die massiven Kriegsverbrechen gegen die Zivilbevölkerung.

Die Dritte-Welt-Bewegung bestand aus Dritte-Welt- bzw. Eine-Welt-Initiativen, die sich vielfach aus antiimperialistischer Grundhaltung heraus oder auch aus christlicher Motivation mit Befreiungsbewegungen in Entwicklungsländern solidarisierten. In den 1970er-Jahren galt die Aufmerksamkeit vor allem den Ereignissen in Süd- und Mittelamerika, etwa dem Militärputsch 1973 in Chile oder der sandinistischen Revolution 1979 in Nicaragua.

Als Initialzündung der Neuen Frauenbewegung in den 1970er-Jahren – in Abgrenzung zur Frauenbewegung im Kaiserreich und in der Weimarer Republik – gelten die Auseinandersetzungen 1968 im Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS) über die Diskriminierung von Frauen in der eigenen Organisation sowie die von Alice Schwarzer 1971 initiierte Aktion *Wir haben abgetrieben* in der Zeitschrift *Stern*. Angesichts der starren Rollenmuster der Nachkriegsgesellschaft forderten die Aktivistinnen der Neuen Frauenbewegung zur Erlangung einer vollständigen Gleichberechtigung von



Am 30. März 1964 endet der Ostermarsch gegen Atomwaffen mit einer großen Kundgebung auf dem Schillerplatz in Stuttgart. Die Friedensbewegung der 1970er-Jahre knüpft inhaltlich, organisatorisch und auch personell an die Ostermärsche der 1960er-Jahre an.

Frauen die Ausweitung der Selbstbestimmungsrechte sowie größere Mitwirkungsmöglichkeiten in Gesellschaft, Wirtschaft und Politik.²

Wyhl – stilbildender Widerstand am Kaiserstuhl

Wie verlief nun der Widerstand gegen das geplante Atomkraftwerk in dem nur knapp 4000 Einwohner zählenden Ort Wyhl, tief im ländlich geprägten Südwesten der Republik, nur wenige Kilometer nördlich des Kaiserstuhls und unweit des Rheins? Den ortsunkundigen Besucher erinnert heute kaum etwas an die überregionale Bedeutung, die dieser Ort in den 1970er-Jahren erlangte. Damals erzwang die längerfristige Besetzung des Bauplatzes durch die einheimische Landbevölkerung und akademische Kreise aus Freiburg letztlich den Abbruch des gesamten Bauvorhabens. Dieser Erfolg fand auch

² Vgl. hierzu den Beitrag von Anne Bieschke in diesem Band.

überregional große Beachtung. Er belegte die Durchsetzungsmacht außerparlamentarischer politischer Einflussnahme und signalisierte den heraufziehenden gesellschaftlichen Wandel in der Bundesrepublik.

Die Verhinderung des Atomkraftwerks erlangte in kurzer Zeit gleich mehrfachen Symbolwert: Wyhl steht erstens für den Beginn der organisierten Anti-Atomkraft-Bewegung in der Bundesrepublik Deutschland. Zweitens war der Widerstand in Wyhl stilbildend für die politischen Aktionsformen der Neuen Sozialen Bewegungen. Drittens gelten bis heute die Ereignisse in Wyhl als eine entscheidende Wegmarke zur Gründung und Etablierung der Grünen im Südwesten, und viertens demonstrierte die enge, grenzüberschreitende Kooperation von badischen und elsässischen Aktivisten und Bürgerinitiativen den zwischenzeitlich erreichten Erfolg der deutsch-französischen Aussöhnung gerade auch auf der Ebene zivilgesellschaftlicher Aktivitäten.

Nachvollziehbar wird die überregionale, symbolgebende Bedeutung des Widerstands in Wyhl vor dem Hintergrund der damals vorherrschenden gesellschaftspolitischen Einstellungen und Regierungsplanungen. Aus heutiger Sicht gelten die 1960er- und frühen 1970er-Jahre als ausgesprochen technik- und fortschrittsgläubig. Noch ungebrochen war bei den Funktionseliten in Politik, Wirtschaft und Verwaltung die Überzeugung, wirtschaftliche und gesellschaftliche Prozesse präzise planen und umsetzen zu können. Entsprechend rückte auch die 1966 in Bonn gebildete Große Koalition die Gestaltung von gesellschaftspolitischen Reformen und ökonomischer Modernisierung ins Zentrum der politischen Aufmerksamkeit. Als Schlüsselgröße galt ein möglichst stabiles Wirtschaftswachstum, um damit den Ausbau des Sozialstaates und die Erreichung von mehr sozialer Gerechtigkeit realisieren zu können.

Dieselbe Geisteshaltung stand hinter den Plänen der Landesregierung von Baden-Württemberg in den 1960er-Jahren, den Oberrheingraben, der durch die Folgen des Versailler Vertrags noch weitgehend ländlich strukturiert war, umfänglich zu industrialisieren und massiv wirtschaftlich zu fördern. Vorbild war das Ruhrgebiet, Fernziel war die Schaffung einer europäischen Industrieachse entlang des Rheins von Basel bis Rotterdam. Die hierfür notwendige Stromversorgung sollten fünf neu zu errichtende Atomkraftwerke in Rheinnähe sicherstellen. Immerhin galt die Atomenergie in den 1960er-Jahren noch weithin als „saubere“, preisgünstige und sichere Energieform. Dass die Landesregierung an diesem Fortschrittsglauben noch ein weiteres Jahrzehnt festhielt, belegt in aller Klarheit die vielfach zitierte Bemerkung des damaligen baden-württembergischen Ministerpräsidenten Hans Filbinger aus einer Regierungserklärung von 1975, dass ohne das Kernkraftwerk Wyhl in Baden-Württemberg zum Ende des Jahrzehnts die ersten Lichter ausgehen würden.

Der Widerstand nimmt Strukturen an

Zunächst war Breisach als Standort für das neue Atomkraftwerk vorgesehen. Zugleich existierten Planungen für ein französisches Atomkraftwerk in Fessenheim auf der gegenüberliegenden Rheinseite sowie für ein schweizerisches Atomkraftwerk in Kaiseraugst. Bereits 1972 kam es auf beiden Seiten des Rheins zu massiven Protesten gegen die Bauvorhaben in Breisach und Fessenheim. Im Dezember 1973 erfolgte in Kaiseraugst als „letzte Warnung“ eine symbolische Besetzung des Bauplatzes. Schnell wurde den Atomkraftgegnern bewusst, dass der Widerstand grenzüberschreitend organisiert werden müsse. Zur Verhinderung eines geplanten Bleichemiewerks im elsässischen Marckolsheim und zur Intensivierung ihrer grenzüberschreitenden Kooperationen gründeten sie 1974 das „Internationale Komitee der 21 Badisch-Elsässischen Bürgerinitiativen“. Auf deutscher Seite beteiligten sich hieran etliche Winzer vom benachbarten Kaiserstuhl. Sie befürchteten eine Zunahme der Luftfeuchtigkeit und eine Abnahme der Sonneneinstrahlung durch den absehbaren Wasserdampf aus den geplanten großen Kühltürmen der deutschen Atomkraftanlage. Dies erhöhte die Bereitschaft zum Widerstand, zumal zeitgleich die umfangreiche, staatlich geförderte Rebumlegung und Flurbereinigung zur Schaffung von Großterrassen für einen effektiven Weinbau im vollen Gange war.

Der gut organisierte Protest gegen den Standort Breisach hatte Erfolg, zumal bei Wyhl bereits im Sommer 1973 ein alternativer Bauplatz zur Verfügung stand. Nachdrücklich befürwortet wurde der neue Standort vom Wyhler Bürgermeister, der sich zusammen mit weiteren örtlichen Unterstützern vom Bau des Atomkraftwerks wirtschaftliche Vorteile für die Gemeinde erhoffte. In den meisten Nachbargemeinden hingegen formierte sich schon bald der gemeinsame Widerstand von Bevölkerung und Rathäusern gegen dieses Bauvorhaben.

Das Rückgrat des Widerstands bildeten die neuen Bürgerinitiativen, eine damals in Deutschland noch wenig verbreitete zivilgesellschaftliche Organisationsform. Zur Durchsetzung ihrer Interessen entwickelten sie Strategien, die in den nachfolgenden Jahren und Jahrzehnten dann auch andernorts immer wieder zu beobachten waren. In einem ersten Schritt konzentrierten sie sich 1973/74 auf die Mobilisierung der Öffentlichkeit durch Informationsveranstaltungen über die Risiken der Nukleartechnik. Schon nach kurzer Zeit verfügten die Widerstandaktivisten hierbei über detailreichere Sachkenntnisse als die Experten der Landesregierung oder des regionalen Energieversorgers. Ziel dieser ersten Aktivitäten war es, die passive Mehrheit im näheren und weiteren Umkreis des Bauplatzes durch Sachaufklärung



Der Protest gegen das geplante Atomkraftwerk in Wyhl geht vor allem von den Nachbargemeinden aus. Hier geben die Kernkraftgegner aus Sasbach im Februar 1975 deutlich ihrer Meinung Ausdruck.

zur aktiven politischen Mitarbeit zu mobilisieren. Hinzu kamen Massendemonstrationen und bald auch Formen des zivilen Ungehorsams. Als im Herbst 1974 das Genehmigungsverfahren für den Bau des Atomkraftwerks eingeleitet wurde, zwangen die Gegner des Projekts Politiker zur Diskussion, etwa durch einen Besuch von 700 südbadischen Atomkraftgegnern im Stuttgarter Landtag oder durch die Blockade einer Fraktionssitzung der CDU-Landtagsfraktion in Kiechlingsbergen am Kaiserstuhl durch Winzer und Bauern mit ihren Traktoren.

Die Bauplatzbesetzung bringt den Erfolg

Mit Beginn der Bauarbeiten am 18. Februar 1975 besetzte dann eine Gruppe von Winzern und Bauern – zum Teil mit ihren Familien – spontan den Bauplatz. Die Besetzer gingen dabei ein hohes persönliches Risiko ein. Wegen Behinderung und Verzögerung des Baus des genehmigten Atomkraftwerks drohten Schadensersatzforderungen in Größenordnungen, die für etliche Bauern und Winzer den Verlust des häufig von den Eltern übernommenen Hofes – und somit der eigenen Existenzgrundlage – be-



Am 18. Februar 1975 besetzen Gegner des geplanten Atomkraftwerks in Wyhl den Bauplatz. Das Foto zeigt, dass an den Protesten die gesamte Breite der Bevölkerung beteiligt war: junge und ältere Menschen, vor allem aber auch Frauen.

deutet hätte. Niemand konnte zu Beginn der Aktionen deren positiven Ausgang voraussagen. Umso höher sind das persönliche Engagement und der Mut der Beteiligten einzuschätzen.

Am 20. Februar 1975 ließ die Landesregierung den Platz in Wyhl durch die Polizei zwischenzeitlich räumen. Nur kurze Zeit später erfolgte die erneute, nun jedoch gut neun Monate dauernde Besetzung des Bauplatzes. Die Klagen der Gemeinden Endingen, Forchheim, Lahr, Sasbach, Schwanau, Weisweil und einiger Privatpersonen gegen den Bau scheiterten am 14. Oktober 1975 vor dem Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg in Mannheim, nachdem das Freiburger Verwaltungsgericht zuvor einen Baustopp verfügt hatte. Die Landesregierung durfte den ersten Bauabschnitt auf eigenes Risiko weiterführen. Die grundsätzliche Entscheidung über den Bau des Atomkraftwerks stand allerdings noch aus und oblag weiterhin dem Verwaltungsgericht Freiburg.

Die Platzbesetzer richteten sich dauerhaft ein. Sie organisierten Kulturveranstaltungen und gaben eine Besetzerzeitung heraus. Die auf dem Bauplatz gegründete „Volkshochschule Wyhler Wald“ bot mit Expertenvorträ-

gen, Diskussionsveranstaltungen, kulturellen und geselligen Aktivitäten ein wichtiges integrierendes Forum des Widerstands. Schnell entwickelte die Besetzung eine Anziehungskraft weit über die Region hinaus. Entsprechend groß war auch das Interesse der überregionalen Medien. Aus ganz Deutschland kamen Sympathisanten zur Unterstützung, nicht immer nur zur Freude der regionalen Aktivisten aus Südbaden und dem Elsass. Dennoch gelang es den Atomkraftgegnern, ihre Protestaktionen gewaltfrei und friedlich durchzuführen.



Blick in das Zelt Dorf im Wyhler Wald im März 1975. Im Hintergrund ist das für Kulturveranstaltungen und die „Wyhler Volkshochschule“ errichtete „Freundschaftshaus“ zu sehen.

Der andauernde Widerstand brachte die Landesregierung schließlich dazu, Verhandlungen mit den Besetzern aufzunehmen. Den Atomkraftgegnern wurden ein vorläufiger Baustopp und die Einstellung sämtlicher juristischer Verfahren zugesichert, worauf die Bürgerinitiativen Anfang 1976 das Gelände räumten. Im März 1977 untersagte das Verwaltungsgericht Freiburg dann in nächster Instanz den Bau. 1982 erklärte ihn der Mannheimer Verwaltungsgerichtshof wieder für rechtens, worauf in Wyhl erneut 30 000 Atomkraftgegner demonstrierten. Auch in der breiteren Öffentlichkeit hatten inzwischen ein Umdenken und die kritische Auseinandersetzung mit der Atomenergie begonnen. Das gesamte Atomprogramm von Bund und Land stand in der Kritik, die Technik- und Planungseuphorie der

späten 1960er-Jahre war verfloren. 1983 verfügte Ministerpräsident Lothar Späth dann den vorläufigen Stopp des Bauvorhabens in Wyhl mit der Begründung, das geplante Atomkraftwerk sei für die wirtschaftliche Entwicklung der Region auf absehbare Zeit nicht notwendig.

Wyhl als ermutigendes Vorbild

Der mehrfache Symbolwert von Wyhl, die Bedeutung der Ereignisse für die Entwicklung der Anti-Atomkraft-Bewegung und die Neuen Sozialen Bewegungen in Deutschland beruht zunächst ganz einfach auf der Tatsache, dass der organisierte Widerstand letztlich erfolgreich war. David gegen Goliath – die lokale Bevölkerung hatte sich gegen die Landesregierung in Stuttgart durchgesetzt. Sicherlich gab es zeitgleich Proteste im elsässischen Fessenheim und im schweizerischen Kaiseraugst. In Wyhl jedoch hatten es die Aktivisten als Erste demonstriert: Der Widerstand von unten gegen staatliche Bevormundung konnte erfolgreich organisiert werden. Bezeichnend war der apodiktische, andernorts dann vielfach übernommene Slogan: „Nai hämmer gsait!“ (Nein haben wir gesagt!). Wohl millionenfach findet er sich auf Ansteckbuttons, Aufklebern und Flugblättern.

Darüber hinaus halfen die Auseinandersetzungen in Wyhl, die neuen Beteiligungs- und Protestformen als Mittel legitimer demokratischer Einflussnahme zu etablieren. Zum Einsatz kam nahezu das gesamte Repertoire der damals als unkonventionell bezeichneten Beteiligungs- und Aktionsformen – von der Aufklärung und Mobilisierung der Öffentlichkeit durch Druckserzeugnisse und Diskussionsveranstaltungen über die Durchführung von Protestdemonstrationen und Mahnwachen, den Einsatz juristischer Mittel wie Verfahrenseinsprüche oder Verfassungsbeschwerden bis hin zu Maßnahmen des zivilen Ungehorsams wie Blockaden, Boykotte und Besetzungen. Die Gewaltfreiheit gegen Personen und Sachen war hierbei für die Bürgerinitiativen vor Ort und den allergrößten Teil der Neuen Sozialen Bewegungen eine zentrale Voraussetzung, auch wenn die Grenzen nicht immer und überall strikt eingehalten wurden. Kurzum, in Wyhl wurden die neuen Instrumentarien des zivilgesellschaftlichen Protestes und der direkten, außerparlamentarischen politischen Einflussnahme erfolgreich praktiziert. Wyhl wirkte in dieser Hinsicht ermutigend und stilbildend. Wyhl galt als Vorbild für spätere Aktionen und Auseinandersetzungen in ganz Deutschland.

Bezeichnenderweise waren diese neuen Aktionsformen in der öffentlichen Wahrnehmung der 1970er-Jahren noch eng mit den politischen Zielen der Neuen Sozialen Bewegungen verbunden. Große Teile des bürgerlichen Lagers kritisierten nicht nur deren politische Forderungen und Inhalte, sie



Alemannisch-selbstbewusst: Das Plakat mit dem Spruch „Nai hämmer gsait!“ wurde rasch zum Symbol des erfolgreichen Widerstands gegen das geplante Kernkraftwerk in Wyhl.



Der erfolgreiche Protest in Wyhl wird an vielen anderen geplanten Standorten von Atomkraftwerken und Endlagern zum Vorbild, wie hier im Frühjahr 1979 im niedersächsischen Gorleben.

standen zudem auch den neuen Protest- und Organisationsformen zunächst äußerst skeptisch bis ablehnend gegenüber. Der Vergleich mit der Gegenwart verdeutlicht, dass die damals unkonventionellen Beteiligungsformen wie Unterschriftenaktionen, Demonstrationen, Mahnwachen oder auch Bürgerinitiativen heute längst zu den gängigen Aktionsformen des zivilgesellschaftlichen Protestes gehören, völlig unabhängig vom politischen Spektrum und den jeweiligen politisch-inhaltlichen Zielsetzungen.

Vom Protest zum zivilgesellschaftlichen Expertentum

Auch in inhaltlicher Hinsicht kam den Auseinandersetzungen in Wyhl eine Vorreiterrolle zu. Die Argumente und Argumentationsmuster von Befürwortern und Gegnern der Atomenergie waren durch die Konflikte in Breisach und Wyhl weitgehend bekannt und vielfach durchgespielt. Spätere Auseinandersetzungen an weiteren Standorten für Atomkraftwerke folgten fast immer demselben Muster von Argumenten und Gegenargumenten unter Berücksichtigung von regionalen Besonderheiten. Die Aktivisten der Anti-Atomkraft-Bewegung hatten schon bald die kleinsten techni-

schen Details wissenschaftlich durchgearbeitet und sich zu ausgewiesenen Fachleuten weiterentwickelt. In der Folge wurde dieses zivilgesellschaftliche Expertentum geradezu zum Kennzeichen der Neuen Sozialen Bewegungen und der Nichtregierungsorganisationen. Hinzu kommen regionale und überregionale Netzwerke von Umweltschützern und Institutsgründungen wie etwa das renommierte Freiburger Ökoinstitut, die alle aus der Zeit des Widerstands gegen den Bau von Atomkraftwerken stammen. Selbst Regierungen und öffentliche Verwaltungen greifen heute für Gutachten und zu Beratungszwecken immer wieder auf die Sachkenntnis dieser Organisationen zurück.

Die inhaltliche Professionalisierung der Anti-Atomkraft-Bewegung förderte zudem die Überwindung des jeweils lokalen Blickwinkels. Ob Wyhl, Grohnde oder Brokdorf – bis hin zur Wahl ihrer Slogans betonten lokale Initiativen ihre grundsätzliche, überregionale Ablehnung von Atomkraftwerken, etwa „Kein AKW in XY und anderswo“. Und nicht zuletzt rückte die Systematisierung der Argumente der Atomkraftgegner die vielfältigen Anknüpfungspunkte sowie die inhaltliche Nähe zur Umweltschutz- und auch zur Friedensbewegung stärker ins Bewusstsein.

Vielfältige Motive der Atomkraftgegner

Die Proteste in Wyhl verdeutlichten, dass der Widerstand gegen die Atomenergie eine breite gesellschaftliche Unterstützung mobilisieren konnte. Treibende Kraft bei der Bauplatzbesetzung waren Männer und Frauen aus der Region, motiviert zunächst durch die Sorge um die eigenen Lebensgrundlagen und enttäuscht von der ihnen bis dato häufig politisch nahestehenden, „eigenen“ christdemokratischen Landesregierung. Im Zuge der umfassenden Informations- und Aufklärungsarbeit seit Beginn der ersten Proteste gegen die Bauvorhaben in Breisach und Fessenheim gewannen dann auch die grundsätzlichen Gefahren und Risiken der Atomenergie stärker an Bedeutung. Unterstützt wurden die lokalen Aktivisten durch Akademiker und Studierende, zunächst vor allem aus Freiburg, die nach den Erfahrungen der Studentenunruhen sicherlich stärker auch aus politisch-ideologischen Motiven heraus handelten. Angesichts dieser regionalen Allianz waren jedoch sämtliche Versuche der Politik in Stuttgart, die Atomkraftgegner als zugereiste Radikale und prinzipielle Systemgegner zu diffamieren, nicht nur fehl am Platz. Sie waren gegenüber der einheimischen Bevölkerung geradezu kontraproduktiv, da sich die derart zu Unrecht Diffamierten nur noch entschiedener gegen die Landesregierung stellten.

Gerade in den Anfangsjahren beinhalteten die Aktionen der Anti-Atomkraft- und der Umweltschutzbewegung immer auch zivilisationskritische Aspekte. Unabhängig von den jeweils regionalen Anlässen richteten sich die Proteste häufig auch ganz grundsätzlich gegen die technik- und fortschrittsgläubige Grundeinstellung in den westlichen Industriegesellschaften. Dem verbreiteten Kult des Machens und Habens wurde eine Kultur des Seins, der umfassenden Reflexion und selbstbestimmten Beteiligung entgegengestellt. In diesem Punkt trafen sich linke, konservative und anthroposophische Umweltschützer, was die politisch-ideologische Spannweite der damaligen Umweltschutzbewegung erklärt. So trägt die Protestkultur der 1970er-Jahre in mancherlei Hinsicht auch Züge einer romantischen Gegenbewegung angesichts des damals noch vielfach ungebrochenen Vertrauens in stetiges Wachstum, technische Planbarkeit und automatischen Fortschritt in den modernen Industriegesellschaften. Und nicht zu leugnen ist, dass diese „romantische“ Technikskepsis der Anti-Atomkraft-Bewegung spätestens mit den Katastrophen von Tschernobyl 1986 und Fukushima 2011 ihre späte Rechtfertigung erhalten hat.



Der Protest in Wyhl hat auch eine Komponente, die den Konflikt von Zentrum und Peripherie beinhaltet und sich hier gegen die „Stuttgarter Herre“ wendet.

Auf einen weiteren Aspekt hat der Historiker Jens Ivo Engels aufmerksam gemacht. Als wirkungsvolles Antriebsmoment des Protests der Kaiserstühler Bevölkerung nennt er die Bedeutung von Heimat – ihre Bewahrung, Verteidigung und Selbstvergewisserung. Flugblätter, Kampflieder und frühe Bilanzen regionaler Aktivisten haben den Widerstand gegen das geplante Atomkraftwerk in Wyhl immer wieder in eine Reihe mit den Bauernkriegen im Südwesten und der vom Großherzogtum Baden ausgehenden Revolution von 1848 gestellt. Allerdings haben diese demonstrative Herausstellung des Alemannischen, die spielerische Verwendung von regionalen Identitäten und historischen Bezügen zur Mobilisierung des Widerstands am Oberrhein durchaus zwei Seiten. Zum einen kann die Aktivierung eines regionalbezogenen Wir-Gefühls die Verpflichtung zur Unterstützung und Solidarität stärken, zum anderen sind damit im vorliegenden Fall aber zugleich auch Sprachbarrieren überwunden und der grenzüberschreitende Schulterschluss mit den ebenfalls alemannisch sprechenden Elsässern in Frankreich und den Nordschweizern möglich. „Nai hämmer gsait!“ mag aus dieser Perspektive für Selbstbehauptung und Heimatsicherung stehen, im konkreten Fall aber zumindest eingebettet in ein grenzüberschreitendes alemannisches Zusammengehörigkeitsgefühl – sicherlich auch gegen die historisch häufig erfahrene Fremdbestimmung beiderseits des Rheins, im konkreten Falle Wyhls diesmal aus der schwäbischen Landeshauptstadt Stuttgart.

Sindelfingen und Karlsruhe – die Grünen als Anti-Parteien-Partei

Mit den ersten sichtbaren Erfolgen der Protestbewegung ab Mitte der 1970er-Jahre ging auch eine zunehmende Vernetzung der unterschiedlichen Aktivisten und Protestgruppen einher. Besondere Schubkraft entwickelten die Themen Umweltschutz und Anti-Atomkraft. Immer wieder traf man sich bei gemeinsamen Protestereignissen, begegnete sich zunächst in Wyhl – dem neuen Wallfahrtsort der bundesdeutschen Protestszenen – und später dann auch an den anderen Bauplätzen für Atomanlagen. Einige Gruppen schlossen sich dem bereits 1972 gegründeten Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz BBU an, 1975 wurde der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland BUND gegründet. Schrittweise verfestigte sich eine außerparlamentarische Protestszenen, die eine große Skepsis gegenüber den traditionellen Parteien und Institutionen teilte.

Gleichwohl führten diese Entwicklungen bei vielen Aktivisten auch zu Überlegungen, die politischen Konflikte wieder stärker zurück in die Parlamente zu bringen. Die gewalttätigen Konfrontationen in Grohnde, Brokdorf oder Kalkar verdeutlichten, wie verfahren die Situation war. Die Affäre um



Der Medienrummel ist groß, als 1980 zum ersten Mal in der bundesdeutschen Geschichte Abgeordnete der Grünen in ein Parlament eines deutschen Flächenlandes einziehen. Die neuen Abgeordneten im Stuttgarter Landtag sind (v.l.n.r.) Winfried Kretschmann, Hans-Dieter Erichsen, Elisabeth Moro, Wolf-Dieter Hasenclever, Holger Heimann und Helgo Bran.

Klaus Traube 1977, dem als Anti-AKW-Aktivist und ehemaligem Manager der Atomindustrie vom Verfassungsschutz fälschlicherweise Kontakte zum Terrorismus angelastet worden waren, verstärkte das Unbehagen. In Gemeinden und Kommunen fanden sich dezentral grüne, bunte und alternative Listen zusammen, die bei Regionalwahlen beachtliche Unterstützung bekamen und Abgeordnete in die kommunalen Parlamente entsandten.

Auf Landes- und Bundesebene gründeten sich dann 1979 in Sindelfingen bzw. 1980 in Karlsruhe die Grünen. Karlsruhe war als Gründungsort des Bundesverbands im Januar 1980 bewusst ausgewählt worden, da sich die baden-württembergischen Grünen gute Chancen für die im März 1980 anstehenden Landtagswahlen ausrechneten und dort dann auch auf Anhieb mit 5,3 Prozent in den Stuttgarter Landtag einziehen konnten.

Zuvor war am 30. September 1979 in Sindelfingen der bundesweit erste Landesverband der Grünen gegründet worden. Das Strömungsspektrum der Südwestgrünen war in der unmittelbaren Gründungsphase sicherlich etwas weniger heterogen und etwas stärker bürgerlich-ökologisch geprägt als auf Bundesebene oder in anderen Landesverbänden. Vor allem waren in Baden-Württemberg die Vertreter der dogmatischen Linken aus kommunistisch oder maoistisch ausgerichteten sogenannten K-Gruppen unterrepräsentiert. Auf die unmittelbare Parteigründung im Südwesten nahmen vor allem zwei Gruppierungen maßgeblichen Einfluss.

Eine größere Bedeutung kam zum einen den auch auf Bundesebene aktiven Kleinstparteien aus dem Bereich des bürgerlich-konservativen Umweltschutzes zu. Hierzu zählten etwa die ökologisch-konservative „Grüne Aktion Zukunft“ (GAZ) des ehemaligen CDU-Bundestagsabgeordneten Herbert Gruhl, die 1980 zunächst an der Gründung der Grünen und 1982 dann an der Gründung der „Ökologisch-Demokratischen Partei“ (ÖDP) mitwirkte. Eine vergleichbare programmatische Ausrichtung hatte die „Grüne Liste Umweltschutz“ (GLU), die vor allem in Niedersachsen und Hamburg Wählerstimmen mobilisieren konnte. Ebenfalls in Baden-Württemberg beteiligt war die bereits 1965 gegründete „Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher“ (AUD), die nationalistisch-neutralistische Vorstellungen eines „Dritten Weges“ vor allem in der Außenpolitik, in Ansätzen auch in der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik mit ökologischen Positionen verband. Gerade in diesem Punkt ergaben sich inhaltlich-programmatische Überschneidungen zur zweiten bedeutsamen Strömung bei der Parteigründung, dem Achberger Kreis um Wilfried Heidt, der zum anthroposophischen Netzwerk im Südwesten zählte. Die Ideen eines „Dritten Weges“ zwischen Kommunismus und Kapitalismus waren hier bereits seit dem Prager Frühling 1968 detailliert vorgedacht und ausgearbeitet worden. Hinzu kamen Forderungen nach einer strikten Orientierung am Prinzip der Volksgesetzgebung. Von dieser Seite kam auch die Anregung für das erste Markenzeichen der neuen grünen Partei angesichts der Vielfalt der beteiligten Gruppierungen: „Einheit in der Vielfalt“. Den ersten Landesvorstand bildeten von 1979 bis 1982 Wolf-Dieter Hasenclever (AUD) als Vorsitzender, Gisela von Canal (AUD) und Michael Bade (Achberger Kreis) als Stellvertreter.

Studentisch geprägte linke Gruppierungen stießen in Baden-Württemberg mehrheitlich erst kurz nach der Gründungsphase zum Landesverband der Grünen. In den Universitätsstädten Freiburg, Heidelberg und Tübingen sowie in Karlsruhe verdichteten sich die linksalternativen Milieus. Hier erzielten nun grüne und bunte Listen bei Kommunalwahlen zum Teil bereits zweistellige Stimmenanteile. Mit dieser Verbreiterung der grünen Basis ge-

wannen neben den ökologisch-wertkonservativen Positionen zunehmend auch die eher linken Themen der Frauen-, Dritte-Welt- und Friedensbewegung an Gewicht, ebenso die zentralen Prinzipien des grün-alternativen, strikt basisdemokratisch ausgerichteten Demokratie- und Politikverständnisses wie imperatives Mandat und Rotationsprinzip. Die Fundi-Realo-Kontroverse, wie sie auch bundesweit das Erscheinungsbild der Grünen in den 1980er-Jahren prägen sollte, hatte damit auch den baden-württembergischen Landesverband erreicht. Während sich die realpolitische Landtagsfraktion bereits in kurzer Zeit den Respekt selbst der etablierten Parteien erwerben konnte, kritisierte der stärker basisdemokratisch orientierte Landesvorstand genau dieses und betonte den Charakter der Grünen als Anti-Parteien-Partei. Als Konsequenz dieser inhaltlich-thematischen Verschiebungen zogen sich verschiedene Aktivisten der ersten Stunde zurück. Teile der Wertkonservativen gründete die ÖDP, die Mitglieder der Achberger Kreises engagierten sich fortan stärker für ihre Vorstellungen von direkter Demokratie und halfen 1988 mit, die Organisation „Mehr Demokratie e. V.“ ins Leben zu rufen.

Ein Schritt Richtung Bürgergesellschaft

Wie lassen sich nun aus heutiger Sicht der zivile Widerstand in Wyhl und an anderen AKW-Standorten sowie die sich daran anschließende Parteineugründung demokratietheoretisch einordnen und bewerten? Mit der Gründung der Grünen hatte sich das westdeutsche Parteiensystem dauerhaft erweitert und seine integrativen Fähigkeiten unter Beweis gestellt. Die außerparlamentarische Opposition besaß ab diesem Zeitpunkt eine Stimme in den Parlamenten, auch wenn verschiedene Gruppierungen dies nach wie vor ablehnten.

In sozialdemokratischen Kreisen wird bis heute immer wieder die Frage gestellt, ob diese Parteineugründung wirklich unumgänglich war, ob die Grünen nicht vielmehr als „Betriebsunfall“ einer damals ungeschickt agierenden SPD angesehen werden müssen, ob eine in der Opposition sich befindende SPD den Protest nicht hätte integrieren können. Immerhin fand der Werte- und Einstellungswandel in den 1970er-Jahren auch unter Sozialdemokraten einen gewissen Widerhall. Als prominentester Vertreter und politischer Vordenker gilt Erhard Eppler, von 1973 bis 1992 Vorsitzender der Grundwertekommission der SPD, von 1973 bis 1981 auch Landesvorsitzender der SPD in Baden-Württemberg. Eine solche Einordnung vernachlässigt aber zu einem gewissen Grade, dass sich in der bundesdeutschen Gesellschaft über ein Jahrzehnt hinweg ein alternatives, postmaterialistisches



Die Grünen als „abtrünnige Kinder“ der SPD? Bei einer ARD-Talkrunde zur Landtagswahl 1980 diskutiert Erhard Eppler (l.) mit Wolf-Dieter Hasenclever (r.).

Milieu verfestigt hatte, das zwar inhaltliche Schnittmengen zu Teilen der Sozialdemokratie aufwies, vom grundsätzlichen Politikverständnis her zunächst aber in großer Distanz zum etablierten Politikbetrieb stand. Hinzu kommt, dass dieses neue Bevölkerungssegment hauptsächlich von den jüngeren Generationen der damals maximal 35-jährigen getragen wurde. Bis zum heutigen Tag belegen die Wahlergebnisse der Grünen diesen Generationeneffekt. Die ganz überwiegende Mehrheit der grünen Wählerschaft gehört regelmäßig den Nachkriegsgenerationen an. Diese waren 1980 höchstens 35 Jahre alt, inzwischen sind sie knapp 70. Bei den älteren Generationen hingegen konnten die Grünen nie im vergleichbaren Ausmaß Wahlerfolge erzielen.

Aus inhaltlicher Sicht bedeutete die dauerhafte Erweiterung des Parteiensystems eine Pluralisierung des politischen Spektrums mit der Chance, die Responsivität des etablierten Politikbetriebs wieder zu steigern. Immerhin waren die zentralen Themen der Neuen Sozialen Bewegungen wie Ökologie, Friedenssicherung oder auch Gleichberechtigung nun auch institutionell innerhalb der Parlamente vertreten. Ganz ohne Zweifel repräsentierten die Grünen mit ihren postmaterialistischen Positionen zunächst nur eine Minderheitenmeinung. Erst aus heutiger Sicht wird die Wirkungsmacht dieser

Themen deutlich: Ausstieg aus der Atomenergie, Abschaffung der Wehrpflicht, flächendeckender Ausbau von Kindertagesstätten, um Frauen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu ermöglichen, und nicht zuletzt die Einführung einer Börsentransaktionssteuer – all diese Forderungen der Neuen Sozialen Bewegungen und der Grünen aus den 1980er-Jahren sind heute Bestandteil der Politik der christdemokratischen Kanzlerin Angela Merkel.

Aus der Perspektive der politischen Kultur bedeutet die Protestbewegung der 1970er-Jahre letztlich einen Demokratisierungsschub, einen Schritt auf dem Weg zu einer Bürgergesellschaft. Die neuen, damals noch unkonventionellen Beteiligungsformen trugen entscheidend dazu bei, das strikt repräsentative und stark obrigkeitsorientierte Politikverständnis der Nachkriegsjahrzehnte aufzubrechen. Der Erfolg der grünen Anti-Parteien-Partei veränderte den etablierten Politikbetrieb – wenn auch nur schrittweise, begleitet von harten ideologischen Auseinandersetzungen und um den Preis, dass auch die Grünen einen keineswegs konfliktfreien parlamentarischen Anpassungsprozess zu durchlaufen hatten. Solange sich – wie in dieser historischen Situation – die Offenheit für neue Beteiligungsformen und Politikmodelle und die Gravitationskräfte des Parlamentarismus in etwa die Waage halten, kann das immer wieder aufs Neue zu wagende Experiment Demokratie gelingen.

Literaturhinweise

- Barnes, Samuel H./Kaase, Max u. a.: *Political Action – Mass Participation in Five Western Democracies*, Beverly Hills 1979.
- Brand, Karl-Werner/Büsser, Detlef/Rucht, Dieter: *Aufbruch in eine andere Gesellschaft. Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik*, Frankfurt/M. 1986.
- Brüggemeier, Franz-Joseff/Engels, Jens Ivo (Hrsg.): *Natur- und Umweltschutz nach 1945*. Frankfurt a. M. 2005.
- Eith, Ulrich: „Nai hämmer gsait!“ – stilbildender ziviler Widerstand in Wyhl am Kaiserstuhl, in: Reinhold Weber (Hrsg.): *Aufbruch, Protest und Provokation. Die bewegten 70er- und 80er-Jahre in Baden-Württemberg*, Stuttgart 2013, S. 35–53.
- Eith, Ulrich: Wyhl und Stuttgart 21: Rechtssicherheit versus ziviler Widerstand – Eine demokratietheoretische Einordnung, in: *Landesgeschichte in Forschung und Unterricht* 9, 2013: Beiträge des Tages der Landesgeschichte in der Schule vom 24. Oktober 2012 in Donaueschingen, S. 35–44.
- Engels, Jens Ivo: *Geschichte und Heimat. Der Widerstand gegen das Kernkraftwerk Wyhl*, in: Kerstin Kretschmer (Hrsg.): *Wahrnehmung, Bewusstsein, Identifikation: Umweltprobleme und Umweltschutz als Triebfeder regionaler Entwicklung*, Freiberg 2003, S. 103–130.

- Hermann, Winni/Schwegler-Rohmeis, Wolfgang (Hrsg.): Grüner Weg durch schwarzes Land. 10 Jahre Grüne in Baden-Württemberg, Stuttgart 1989.
- Inglehart, Ronald: The Silent Revolution: Changing Values and Political Styles among Western Publics, Princeton 1977.
- Klages, Helmut/Gensicke, Thomas: Wertesynthese – funktional oder dysfunktional, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 58 (2), 2006, S. 332–351.
- Linse, Ulrich/Falter, Reinhard/Rucht, Dieter: Von der Bittschrift zur Platzbesetzung. Konflikte um technische Großprojekte. Laufenburg, Walchensee, Wyhl, Wackersdorf, Berlin 1988.
- Löser, Georg: Grenzüberschreitende Kooperation am Oberrhein. Die Badisch-Elsässischen Bürgerinitiativen, in: Kurt Hochstuhl (Hrsg.): Deutsche und Franzosen im zusammenwachsenden Europa 1945–2000, Stuttgart 2003, S. 105–156.
- Mende, Silke: „Nicht rechts, nicht links, sondern vorn“. Eine Geschichte der Gründungsgrünen, München 2011.
- Mende, Silke: Asterix im Musterlände? Zur Entstehung und Geschichte der baden-württembergischen Grünen, in: Reinhold Weber (Hrsg.): Aufbruch, Protest und Provokation. Die bewegten 70er- und 80er-Jahre in Baden-Württemberg, Stuttgart 2013, S. 55–73.
- Moßmann, Walter/Medienwerkstatt Freiburg BRD: S'Wespenäscht (Das Wespenest). Die Chronik von Wyhl 1970–1982, 1982 (Film, 110 Min.).
- Noelle-Neumann, Elisabeth/Petersen, Thomas: Zeitenwende – Der Wertewandel 30 Jahre später, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 29, 2001, S. 15–22.
- Nössler, Bernd/de Witt, Margret (Hrsg.): Wyhl. Kein Kernkraftwerk in Wyhl und auch sonst nirgends. Betroffene Bürger berichten, 2. Aufl. Freiburg i.Br. 1981.
- Raschke, Joachim: Die Grünen. Wie sie wurden, was sie sind, Hamburg 1993.
- Rucht, Dieter: Von Wyhl nach Gorleben. Bürger gegen Atomprogramm und nukleare Entsorgung, München 1980.
- „Wyhl – der Widerstand geht weiter“, hrsg. mit Unterstützung des BUND-Landesverbandes Baden-Württemberg, Freiburg i. Br. 1982.

Die kommunale Gebietsreform der 1970er-Jahre in Baden-Württemberg

Demokratiethoretisch gesehen reicht Mehrheit allein nicht aus: Regierungen, mehr noch Koalitionen bedürfen, um sich zu legitimieren, einer Rechtfertigung, eines „Projekts“. Ohne ein „Projekt“ lässt sich einer Koalition keine lange Zukunft prognostizieren; sie erscheint dann eher als Provisorium, bei dem die Partner auf Absprung sinnen. Das gilt insbesondere für Große Koalitionen, schalten sie doch in der parlamentarischen Demokratie das gebotene Widerspiel von Regierung und Opposition faktisch aus. Das gilt auch für die Große Koalition von CDU und SPD in Baden-Württemberg, die von 1966 bis 1972 das Land regierte. Ihr „Projekt“ hieß: kommunale Gebietsreform.

Eine Große Koalition als Akteur

Zu einer Großen Koalition aus CDU und SPD kam es hier, parallel zum Bund, nach einigem Hin-und-her-Taktieren der Parteien 1966, nachdem Kurt Georg Kiesinger als Bundeskanzler der Großen Koalition nach Bonn geholt worden war und die CDU-Landtagsfraktion den damaligen Innenminister Hans Filbinger zum neuen Ministerpräsidenten nominiert hatte. Das Angebot einer Großen Koalition sollte ein mögliches Bündnis von SPD und Liberalen verhindern, was auch gelang. Innenminister und Stellvertretender Ministerpräsident wurde der SPD-Politiker Walter Krause. Die Stolpersteine Konfessionsschule und konfessionelle Lehrerbildung in Württemberg-Hohenzollern waren zuvor in nahezu Minutenschnelle aus dem Weg geräumt worden, nicht nur in Hinblick auf die Machtfrage, sondern auch dank der Tatsache, dass beide Spitzenpolitiker aus Baden kamen, wo die christliche Gemeinschaftsschule bereits Tradition hatte. Positiv, als Projekt, wurde eine umfassende Verwaltungsreform verabredet, die das Vorhaben einer Großen Koalition rechtfertigen sollte. Eine solche politische Zielsetzung braucht schließlich eine große Mehrheit, um sich gegen die übermächtigen Interessen des Status quo, die einem solchen Vorhaben entgegenstehen, durchsetzen zu können. Die vorhergehenden großen Vorhaben der Neugründung

des Südweststaates, Verfassungsgebung, Schaffung eines umfassenden gemeinsamen Rechtsrahmens, waren zuvor erledigt worden, zumeist mit den breiten Mehrheiten von (nahezu) Allparteienregierungen, die bis 1960 Bestand hatten. Übrig geblieben war die Aufgabe eines einheitlichen Verwaltungsaufbaus, der zugleich eine Modernisierung sein sollte.



Innenminister Walter Krause (l.) erhält im Frühjahr 1970 das zweite Gutachten zur Verwaltungsreform von Heinz-Erich Junken und Anton Dichtel.

Der vorgefundene Verwaltungsaufbau galt als verbesserungsbedürftig

Grob gesehen, sah die Struktur der Verwaltungsorganisation im Südwesten als Erbe der Napoleonischen Zeit, in der Deutschlands Süden und Südwesten staatlich gänzlich neu geordnet worden war, wie folgt aus: An die Stelle hunderter weltlicher und geistlicher quasi souveräner Herrschaftsgebilde unter dem Dach des Heiligen Römischen Reiches traten als souveräne Mittelstaaten die Königreiche Bayern und Württemberg, das Großherzogtum Baden sowie die anachronistisch kleinen Gebilde Hohenzollern-Hechingen und Hohenzollern-Sigmaringen, die dann ab 1850 als preußische Landkreise im Rahmen eines Regierungsbezirks Sigmaringen weiterleben konnten. Die

interne Neuorganisation orientierte sich – in Bayern mehr, in Württemberg weniger, weil hier eher die altwürttembergische Oberamtsstruktur auf die neu erworbenen Gebiete ausgedehnt wurde – am französischen Vorbild und fasste die Oberämter in Württemberg zusätzlich zu Kreisen als Mittelbehörden (den heutigen Regierungsbezirken vergleichbar) zusammen. Nach französischem Beispiel wurden diese Mittelbehörden nach Naturgegebenheiten benannt: Neckar-, Jagst-, Donau- und Schwarzwaldkreis. Baden ist dadurch gekennzeichnet, dass die räumliche Struktur – anders als im „konservativeren“ Württemberg – beinahe permanent Veränderungen unterworfen war, auch als Antwort auf die Integrationsprobleme des neuen Großherzogtums Baden, das seinen Zuschnitt entlang des Rheins französischen Sicherheitsinteressen verdankte. Über mehr als ein Jahrhundert hinweg änderte sich wenig an dieser Grundkonstellation. Der vorgefundene Verwaltungsaufbau galt zweifellos als überholungsbedürftig. Eine mäßige Anpassung hatten die Nationalsozialisten 1938 in Württemberg vorgenommen, als etliche (allzu) kleine Oberämter aufgelöst wurden. Zudem wurde die Terminologie dem vorherrschenden Sprachgebrauch angepasst: Aus Oberämtern mit Oberamtmann an der Spitze wurden 1938 Landkreise mit Landräten. Die Gerichtsstruktur jedoch ist im Wesentlichen bis heute unverändert geblieben.

In der räumlichen Verwaltungsstruktur der 1960er-Jahre spiegelten sich die gewaltigen sozioökonomischen Umwälzungen der vorausgegangenen 150 Jahre kaum wider. Auch auf die Wanderungsbewegungen wurde so gut wie nicht reagiert. Zu einer vor allem durch die Industrialisierung verursachten großräumigen „Langfrist-Mobilität“ war der Zustrom der Heimatvertriebenen gekommen und schließlich zunehmend die „Auto-Mobilität“. All das zeitigte Probleme: Die vielen kleinen Gemeinden waren den Herausforderungen, die auf sie zukamen, kaum gewachsen, nicht zuletzt in der Infrastruktur. Auch die Ansprüche der Bürger an die Verwaltung hatten sich erhöht: beim Wohnen und Wohnumfeld, bei Bildungsangeboten, Kindergärten, Freizeiteinrichtungen, Gemeindehallen, Schwimmbäder, Aussegnungshallen auf den Friedhöfen usw. Insgesamt war dieses Mehr an Infrastruktur von den kleineren Gemeinden kaum zu leisten.

Der Gedanke an eine Gebietsreform lag nach 150 Jahren somit eigentlich nahe. Die Gründung des neuen Bundeslandes Baden-Württemberg schien die Chance zu bieten, einen für alle Teile gemeinsamen Verwaltungsneubau zu erstellen, auch im Sinne einer „zweiten inneren Landesgründung“. Dass damit auch eine Funktionalreform zu verbinden sei, lag ebenfalls nahe. Vorbild konnte auch Rheinland-Pfalz sein, wo der junge, tatendurstige Ministerpräsident Helmut Kohl (CDU) vormachte, dass zumindest eine

kommunale Gebietsreform auch unter den Bedingungen einer Demokratie möglich ist. Er wollte auf diese Weise das bis dato dominierende Image von Rheinland-Pfalz als verschlafenes, konservatives, kleines Bundesland positiv verändern – möglicherweise damals schon, um sich für höhere Aufgaben zu profilieren. Kohl hatte dabei eine eher sanfte Form der kommunalen Gebietsreform betrieben: Die kleinen Gemeinden blieben – ehrenamtlich verwaltet – weitgehend bestehen, wurden aber zusammengefasst zu Verbandsgemeinden mit einem hauptamtlichen Bürgermeister an der Spitze. Dieses Modell war bereits in den bis 1945 preußischen Teilen von Rheinland-Pfalz in Form des Amtes bzw. Amtsbürgermeisters erprobt worden. Kohl konnte dabei auf den geballten Sachverstand der in seinem Land angesiedelten Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer (heute Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften) zurückgreifen, mit Wissenschaftlern wie Roman Schnur und Frido Wagener, dessen Habilitationsschrift *Neubau der Verwaltung* auch für Baden-Württemberg grundlegend werden sollte.



Kommunalwahl 1973 in einem Wahlbüro in Sinsheim. Im Zuge der Verwaltungsreform wurde der bisherige Landkreis Sinsheim aufgelöst, Der nördliche Teil kam an den Rhein-Neckar-Kreis, der südliche an den Landkreis Heilbronn.

Der Mythos der Machbarkeit

Das ehrgeizige Vorhaben einer kommunalen Gebietsreform wurde begünstigt durch den damals vorherrschenden Mythos der Machbarkeit, was zunächst vor allem die Wirtschaftspolitik betraf: Sie griff in Deutschland auf das Konzept des britischen Wirtschaftswissenschaftlers John Maynard Keynes (1883–1946) zurück. Angesichts einer ersten „Wirtschaftskrise“ nach Jahrzehnten des wirtschaftlichen Aufstiegs wurde 1966 im Bund eine Große Koalition aus CDU/CSU und SPD gebildet, mit dem Wirtschaftsprofessor Karl Schiller (SPD) als Wirtschaftsminister, der nach dem Ende der Großen Koalition 1969 sein Machbarkeitspotenzial durch den Zugewinn des Finanzministeriums noch zu erhöhen wusste. Schaut man gleichzeitig nach Bonn und Stuttgart, fällt eine verfassungskonforme Parallelität auf: der Bund als inhaltlicher Politikformulierer (Wirtschaftspolitik, Verfassungsänderungen), das Land als Organisator und Modernisierer der Verwaltung. Der Bund benötigte für die erforderlichen Verfassungsänderungen eine Zweidrittelmehrheit, das Land brauchte eine große Mehrheit, um eine kommunale Gebietsreform auch gegen Widerstände durchsetzen zu können.

Für die kommunale Gebietsreform war die „Delle“ des Jahres 1966/67 im Konjunkturverlauf lediglich ein Anstoß unter vielen. Eine so umfassende Reform, die tief in die überkommene Verwaltungsorganisation eingreift, setzt eine *Reformbedürftigkeit* voraus, die allgemein bejaht wurde. Gleichzeitig aber sollte die Reform auch die *Reformfähigkeit* des demokratischen Systems demonstrieren. Insgesamt bestand in der Bundesrepublik Deutschland damals ein durchaus reformfreundliches Klima, ausgelöst nicht zuletzt durch die schlechteren Wirtschaftsdaten, die vor dem Hintergrund des anhaltenden Wirtschaftswachstums der vorangegangenen gut 15 Jahre als gefährliche Krise wahrgenommen wurden und die den Wunsch auch nach tiefer greifenden Eingriffen verstärkten, wenn nicht gar forderten. Auf Bundesebene schlug sich das u. a. in einer Fülle von Verfassungsänderungen nieder, in den Ländern, entsprechend ihrer Aufgabenzuteilung im Rahmen des Föderalismus, in Reformen der Bildung, aber eben auch in der Verwaltung.

Neben der Verwaltungsmodernisierung gab es ein zweites Motiv für die Gebietsreform: Das neue Bundesland sollte besser zusammenwachsen, nicht nur durch den gemeinsamen Rechtsrahmen, sondern auch durch eine Gebietsreform, die die alten Grenzen überwinden sollte, um das neue Land zu verklammern. Insbesondere hier ist das Wort von der „zweiten inneren Landesgründung“ angebracht. Baden, Württemberg und Hohenzollern sollten als Landesteile möglichst vergessen, zumindest irrelevant werden. Allerdings hat sich dies im Rückblick als Illusion erwiesen.



Bürgermeister und Bewohner aus den Gemeinden Wankheim, Mähringen und Immenhausen im Kreis Tübingen protestieren 1974 in Stuttgart gegen die Kreisreform.

Größere Verwaltungseinheiten galten als bessere Verwaltungseinheiten

Denkansatz und Konzept der Gebietsreform lassen sich auf einen einfachen Nenner bringen: Größere Verwaltungseinheiten sind bessere, leistungsfähigere Verwaltungseinheiten, weil sie Spezialisierung erlauben und durch höhere Fallzahlen den Erfahrungsschatz der Verwaltung vergrößern. Quantität schlägt also um in Qualität. Außerdem werde auch finanziell ein Ausgleich innerhalb der größeren Einheiten ermöglicht, zwischen Arm und Reich, ohne dass das Land immer ausgleichend eingreifen müsste. Größere Einheiten, das bedeutet zwangsläufig aber auch weniger Einheiten. Im Grunde können sie – nach dieser Logik – gar nicht groß genug sein. Da die Bildung größerer Einheiten immer auch das Ende der kleineren und der damit verbundenen Machtpositionen bedeutet, aber auch Identitätsverlust und ein Weniger an Demokratie und Partizipation mit sich bringt, ist mit Widerstand zu rechnen. Wie man diesen einschätzt, bewertet und berücksichtigt, ist eine politische Frage: Eine Partei wie die CDU, die ihre Stärke aus dem „platten Land“ bezieht, wird weniger radikale Schnitte machen wollen als eine Partei wie die SPD, die sich stärker an den Ballungsräumen und den

Städten ausrichtet und auch traditionell weniger Sensibilität für regionale politisch-kulturelle Besonderheiten aufweist. Persönliche Profile können hinzu kommen: Der in den Zeiten der Großen Koalition in Baden-Württemberg (1966–1972) von der SPD gestellte zuständige Innenminister Walter Krause war als Mathematiker und Naturwissenschaftler ein Mann der „rationalen“ Lösungen, der aber von der CDU mit Rücksicht auf ihre Klientel immer wieder ausgebremst werden musste. Das Ergebnis war ein Kompromiss, der bis heute hält.

Probleme in den Ballungsräumen – Probleme auf dem Land

Vor allem aber waren die Probleme der Ballungsräume mit ihrer erheblichen Sogwirkung von den darin befindlichen einzelnen Gemeinden kaum zu lösen; hier bedurfte es der Zusammenarbeit über die Gemeinde- und Kreisgrenzen hinweg. Das hätte sicherlich auch – zum Teil wenigstens – durch freiwillige Kooperation in Angriff genommen werden können, wie das früher im damaligen „industriellen Herz“ Deutschlands, im Ruhrgebiet, erfolgreich vorgeführt worden war, mit Ruhrtalsperrenverband (Trinkwasser), Emschergerossenschaft (Abwasser) und Ruhrsiedlungsverband (Raumordnung). Die Versorgung mit Wohnraum hatte hier weitgehend in der Hand von Unternehmen (Zechen, Krupp usw.) gelegen, die sich im Siedlungsbereich auch durchweg etwas einfallen ließen, wie beispielsweise die Aufnahme der Gartenstadtbewegung (die Krupp'sche Margaretenhöhe in Essen). Unternimmt man für Baden-Württemberg eine Bestandsaufnahme, bleibt zu konstatieren: Ein wirkungsvolles Konzept zur Bewältigung der Probleme der Verdichtungsräume mit ihrer Tendenz zur tintenfleckartigen ständigen Ausweitung fehlte.

Ganz anders zeigen sich die Probleme des „ländlichen Raumes“, der mit der allgemeinen Entwicklung nicht Schritt halten konnte. Hier steht die Politik vor dem Verfassungsgebot der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse. Vor allem litt und leidet der ländliche Raum unter der Abwanderung, die die Auslastung von möglicher Infrastruktur in Frage stellt. Hier erhoffte und erhofft man sich immer noch Chancen durch eine gezielte Landesplanung mit Entwicklungsachsen und einer Hierarchisierung von Gemeinden als Anbieter von Infrastruktur, gestuft nach Unterzentren, Mittel- und Oberzentren. Dem liegt ein Konzept zugrunde, das der Geograph und schwäbische Pfarrerssohn Walter Christaller (1893–1969) am Beispiel des deutschen Südwestens und unter Zugriff auf bestehende Strukturen, die zu einem großen Teil auf der hier vorhandenen Kleinstaaterei beruhten, entwickelt hatte: *Die zentralen Orte in Süddeutschland* (1933 erschienen). Was von

Christaller beschrieben und theoretisch erklärt worden war, sollte als Konzept für die Praxis realisiert werden.

Zentrale Orte – das Beispiel Villingen-Schwenningen

Die Gemeinde- und Kreisreform ist in diesem Kontext der Landesplanung zu verstehen. Der Zusammenschluss von Gemeinden und die Vergrößerung von Landkreisen sollten vor allem die Leistungsschwäche im ländlichen Raum beheben oder doch zumindest auszugleichen versuchen. Dabei ging man in Baden-Württemberg so weit, eigens Oberzentren mit dem höchstmöglichen Angebot an Infrastruktur (wie Hochschulen, Klinikum mit höchster Versorgungsstufe) zu schaffen. Als Beispiel dient hier Villingen-Schwenningen als neu geplantes Oberzentrum, das den Sog der bestehenden, gewachsenen Oberzentren Stuttgart, Tübingen-Reutlingen, Freiburg und Konstanz durch hochqualifizierte Angebote aufhalten sollte. Die aktuellen politischen Umstände waren günstig: Der Villingener Oberbürgermeister stand kurz vor dem Ruhestand, während der Schwenninger Oberbürgermeister noch jung, voller Tatendrang und zudem aus ähnlichem Holz geschnitzt war wie Innenminister Krause: Beide waren Technokraten und SPD-Mitglieder. Vor allem lockte das Land mit beträchtlichen finanziellen Hilfen, um die geplante Doppelstadt auf Oberzentrumsniveau zu hieven. Doch dabei ging man das Wagnis ein, dieses Oberzentrum über die bestehenden politisch-kulturellen (Baden bzw. Vorderösterreich im Falle Villingens – Altwürttemberg im Falle Schwenningens) und kirchlichen (Erzdiözese Freiburg – Bistum Rottenburg-Stuttgart; badische – württembergische evangelische Landeskirche) Grenzen hinweg zu konstruieren. Bis zum heutigen Tag scheint dieses Experiment nicht rundum gelungen. Die Stadt Villingen, eine Gründung des Adelsgeschlechts der Zähringer, planmäßig angelegt, dann österreichisch und katholisch, ist von hohem städtebaulichen Reiz. Schwenningen hingegen, ein altwürttembergisch-protestantisches Dorf, das durch den Fleiß seiner Bewohner zur Stadt aufgestiegen war, zeigt sich im Siedlungsbild mit Gewerbebetrieben und Wohnhäusern bunt (oder besser: grau) gemischt. Zwei Schwestern also, die eine schön, die andere fleißig, die sich traditionell den Rücken zukehren. Ein gemeinsames Rathaus gibt es bis heute nicht, wie überhaupt kein gemeinsames Stadtzentrum. Ein gemeinsames Stadtwappen ließ Jahrzehnte auf sich warten. Einen gemeinsamen Bahnhof gibt es nicht, man kann entweder nach „Villingen (Schwarzwald)“ oder nach „Schwenningen (Neckar)“ fahren. Die Telefonvorwahl ist unterschiedlich; gelesen werden in beiden Stadtbezirken unterschiedliche Tageszeitungen. Charakteristisch ist, dass man für das neue Oberzentrum

lediglich einen Doppelnamen fand: eine Bindestrichstadt in einem Bindestrichland. Kolportiert wird, man habe die neue Stadt nach dem damaligen Ministerpräsidenten der Zeit der Gemeindereform benennen wollen: „Filbingen“.



Die beiden Oberbürgermeister Gerhard Gebauer (l., Schwenningen) und Severin Kern (M., Villingen) mit dem neuen Ortsschild von Villingen-Schwenningen.

Halten wir also fest: Die Kernidee der regionalen Gebietsreform (Gemeinde- und Kreisreform) bestand demnach nicht primär darin, Geld einzusparen, sondern die innere Landesgründung zu befördern und vor allem die Leistung der öffentlichen Verwaltung zu verbessern – im Sinne von Effektivität (zielstrebig) und Effizienz (kostengünstig). Die politische Zielsetzung war das eine, die Realisierung und ihre Ergebnisse waren jedoch das andere. Dafür brauchte man Strategien, denn es gab etablierte Interessen, die sich zu Widerständen formierten, und es gab immer auch persönliche Einflussnahme, sogar in nicht unbeträchtlichem Sinne.

Strategien der kommunalen Gebietsreform

Wer ein solches Mammutverfahren beginnt, versichert sich der Volksmeinung. Danach konnte man davon ausgehen, dass aufgrund der Zuwanderung – nicht zuletzt auch von Heimatvertriebenen und Flüchtlingen – wie auch der insgesamt gestiegenen Mobilität die emotionale Bindung an die eigene Gemeinde, stärker noch an den Landkreis, abgenommen habe. Das wurde untermauert durch die in Auftrag gegebenen Meinungsumfragen, die die Reformbereitschaft der Bevölkerung in ihrer Mehrheit zeigten – solange es nicht die eigene Gemeinde oder den eigenen Landkreis betraf, wird man hinzufügen können. Doch selbst in den zur Auflösung anstehenden Kreisen überstieg die Zahl der Gegner der Kreisreform den Umfragen zufolge nicht mehr als 15 Prozent. So konnte man davon ausgehen, dass es zwar nach wie vor eine emotionale Bindung an die eigene Heimatgemeinde gebe, kaum aber ein entsprechendes Kreisbewusstsein. Der Vorsitzende des Sonderausschusses für Verwaltungsreform des Landtags von Baden-Württemberg Karl Schiess (CDU), damals selbst noch Landrat des zur Auflösung anstehenden Landkreises Überlingen, konstatierte: „Landkreise sind nicht besonders schützenswert.“ Die Schlussfolgerung daraus war, man solle mit der Kreisreform beginnen, eventueller Widerstand tobe sich hier bereits aus. Wenn man dann die Gemeindereform folgen lasse, könne man von einem Ermüdungseffekt ausgehen. Zudem kam es darauf an, dem Ganzen einen gefälligen, positiv besetzten Namen zu geben: „Gesetz zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung“. Bei den Gemeinden schaltete man noch eine Freiwilligkeitsphase vor, wobei ihnen finanzielle Belohnungen, im Volksmund „Abschlachtprämien“ genannt, versprochen wurden, die sich nach der Größe der neu entstehenden Gemeinde richteten – ein Anreiz, sich möglichst der nächstgrößten Gemeinde anzuschließen.

Zum Erfolg der kommunalen Gebietsreform, der Kreis- wie auch der Gemeindereform, trug wesentlich bei, dass sich die beiden Regierungsfraktio-

nen auf ein Verfahren sowohl für die Kreis- als auch die Gemeindereform geeinigt hatten: Lokale Abgeordnete durften im Falle ihres Wahlkreises im Landtag gegen den Regierungsentwurf stimmen, aber keine Koalitionen bilden. Das Verfahren funktionierte. Änderungen am Zuschnitt der geplanten neuen Kreise und der vorgesehenen Gemeinden waren nur im Vorfeld möglich, wo mächtige „Paten“ der Regierungsparteien ihren Einfluss geltend machen konnten. Das galt beispielsweise für die Landkreise Rottweil, Tuttlingen und den Bodenseekreis. Im zeitlichen Umfeld von Kreis- und Gemeindereform sind hier erstaunlich viele parteilose Bürgermeister in die „richtige“ Partei eingetreten, nicht zuletzt um ihre persönliche Zukunft zu sichern.

Die Ergebnisse der Kreisreform

Eine solche Freiwilligkeitsphase gab es bei dem Neuzuschnitt von Landkreisen nicht. Man glaubte darauf verzichten zu können, denn Menschen müssen verhältnismäßig selten aufs Landratsamt, sodass für den Einzelhandel vor Ort nur wenige Einbußen zu erwarten waren. Die Standortqualität des Einzelhandels hängt zumeist von ganz anderen Gegebenheiten ab, so etwa vom differenzierten Angebot, aber auch von der Einkaufsatmosphäre, die z. B. durch gelungene Stadtanierung geschaffen bzw. gefördert werden kann. Der Zentralitätsverlust der bisherigen Kreisstädte wurde immerhin von der Regierung zumeist großzügig ausgeglichen.

Die Kreisreform machte aus bislang bestehenden 63 Landkreisen 35. Die Zahl der Stadtkreise, in denen Gemeinde und Kreis zusammen fallen, blieb mit neun unverändert: Stuttgart, Mannheim, Heidelberg, Karlsruhe, Pforzheim, Baden-Baden, Freiburg, Heilbronn, Ulm. Als Voraussetzung für einen Stadtkreis gelten nach wie vor mindestens 100 000 Einwohner, was für Baden-Baden (nach den Eingemeindungen ca. 54 000 Einwohner) nicht zutrifft. Bei diesem Ausnahmefall war hilfreich, dass in der Zeit der kommunalen Gebietsreform der Baden-Badener CDU-Abgeordnete Camill Wurz Landtagspräsident war.

Von den bislang bestehenden Landkreisen blieben nur drei unverändert: Emmendingen, Göppingen und Heidenheim. Ansonsten nahm man, entsprechend dem Integrationsziel des Landes, auf überkommene Grenzziehungen wenig Rücksicht, so dass beispielsweise der neue Landkreis Sigmaringen sowohl badische, württembergische als auch hohenzollerische Gebiete umfasst. Dementsprechend wurden auch die Grenzen der bisherigen Regierungsbezirke, die sich exakt an den alten Landeszugehörigkeiten orientiert hatten, verändert. Folgerichtig konnten die Namen der Regie-

rungsbezirke sich nicht mehr auf die historische Landschaften beziehen: Sie wurden nunmehr nach dem Verwaltungssitz benannt – Stuttgart, Tübingen, Karlsruhe, Freiburg.

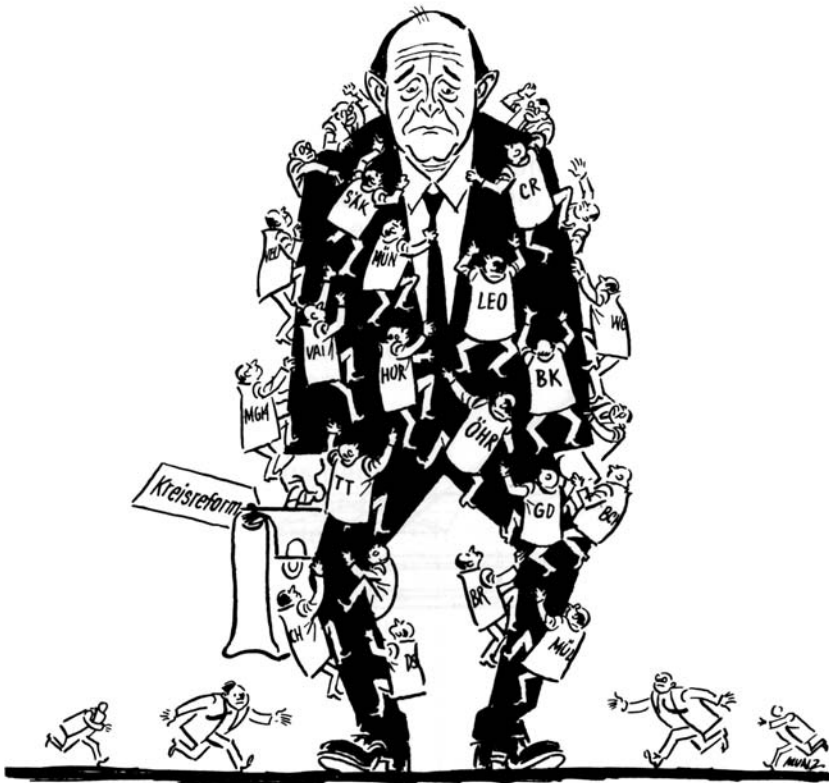




Diese neue Kreisstruktur war ein Kompromiss: Den Sozialdemokraten in der Koalition schwebte eine Struktur von zwölf Regionalkreisen vor, die in ihrer Kompetenzausstattung zugleich die vier Regierungspräsidien bzw. Regierungsbezirke überflüssig machen sollten. Vom Umfang her sollten sie in etwa identisch sein mit den heutigen zwölf Planungsregionen. Dass diese Vorstellungen von Seiten der SPD keine Realisierungschancen haben konnten, war Beobachtern von vornherein klar: Zu weit weg von den Bürgern wären dann die neuen Großkreise gewesen, selbst wenn man berücksichtigt, dass Landratsämter für den Alltag der Bürger von eher geringer Bedeu-

tung sind. Wahlen zu einer Bürgervertretung hätten dann wohl eine zu niedrige Beteiligung aufgewiesen, eine denkbare Direktwahl der Landräte ebenfalls. Die Landtagsabgeordneten in solchen großen Kreisen hätten in den Landräten eine ernsthafte Konkurrenz bekommen; sie hätten es mehr noch als heute mit Provinzfürsten zu tun gehabt. Deshalb war nicht zu erwarten, dass ein solches Vorhaben im Landtag je eine Mehrheit bekommen würde. Das gilt selbst für Regierungsmitglieder, denen eine solche Art von Großlandräten vermutlich ein Gräuel gewesen wäre.

Der Widerstand gegen die Kreisreform hielt sich insgesamt in Grenzen. Nur in jedem Einzelfall ergab sich Widerstand bzw. wurde dieser gezielt organisiert, in der Regel von Personen bzw. Personenkreisen, die einen Statusverlust oder wirtschaftliche Nachteile befürchteten. Immerhin gab es einen Versuch, mit Hilfe von Art. 43 der Landesverfassung die Kreisreform zu verhindern, indem mit einem Volksbegehren und anschließendem Volksentscheid der Landtag aufgelöst werden sollte. Das Volksbegehren, für das nach der damaligen Verfassungslage lediglich 200 000 Unterschriften erforderlich waren, kam zustande. Doch die Anforderung, dass im darauf folgenden Volksentscheid „die Mehrheit der Wahlberechtigten“ die Auflösung des Landtags verlangen muss, wurde nicht erfüllt. Aber sie war auch kaum zu erfüllen gewesen, denn selbst bei einer Stimmbeteiligung von 50 Prozent wäre die Mehrheit kaum zustande gekommen. Die Abstimmung fand am 19. September 1971 statt, als das Gesetz zur Kreisreform bereits verabschiedet war und die reguläre Wahl zum Landtag im April 1972 bereits bevorstand. Für das Volksbegehren kamen zwar rund 217 000 Unterschriften zusammen, doch an der nachfolgenden Abstimmung beteiligten sich lediglich 16 Prozent der Stimmberechtigten, von denen sich 45,6 Prozent gegen und 54,4 Prozent für die Landtagsauflösung aussprachen. Mithin votierten lediglich 8,6 Prozent der Stimmberechtigten für die vorzeitige Auflösung des Landtags. Damit war das Unternehmen grandios gescheitert. Nur in den von der Auflösung betroffenen Landkreisen stimmten die Abstimmungsberechtigten in nennenswerter Zahl für die Landtagsauflösung. Lediglich im (Alt-) Kreis Nürtingen gingen 59,8 Prozent zur Abstimmung und 92,9 Prozent stimmten für die Landtagsauflösung. Es war der einzige Kreis, in dem die Bedingungen zur Landtagsauflösung erfüllt worden wären. Hintergrund war hier eine Verstimmung, weil der Sonderausschuss des Landtags zur kommunalen Gebietsreform Esslingen zu Nürtingen schlagen wollte, das Plenum des Landtags aber in Dritter Lesung entsprechend der Regierungsvorlage Nürtingen zu Esslingen schlug.



Die Landkreise, die aufgelöst werden sollen, rücken dem Ministerpräsidenten zu Leibe – zweifellos unangenehm, wie man sieht. Doch er wird sie abschütteln. Karikatur von Eckart Munz in den „Stuttgarter Nachrichten“ (1971).

Träger der Initiative war eine „Liga für eine demokratische Verwaltungsreform e.V.“, die am Aschermittwoch 1971 in Stuttgart gegründet worden war. Die Mitgliedschaft bestand im Wesentlichen aus lokalen Honoratioren, insbesondere Bürgermeistern und Gemeinderäten. Präsident wurde Arthur Raither, der Präsident des Badischen Landwirtschaftlichen Hauptverbandes, dessen Hof in Neufrach im bisherigen Kreis Überlingen lag. Das Verbandsgebiet war identisch mit dem bisherigen Regierungsbezirk Freiburg, doch sein Hof würde künftig zum Regierungsbezirk Tübingen gehören. Das Vorhaben der „Liga“ war nichts weiter als eine Drohgebärde, hinter der keine ernsthafte Absicht zur Auflösung des Landtags stand. Es war der Aufstandsversuch des „platten Landes“, der sich aber lediglich auf die unmittelbar betroffenen Honoratioren stützen und damit letztlich nichts erreichen konnte.

Einige Landräte kämpften verbissen, wenngleich aussichtslos um ihre Zukunft – und waren damit die absehbaren Verlierer. Ein herausragendes Beispiel war der Altkreis Wangen im Allgäu, der als zu klein angesehen wurde und zum Nachbarkreis Ravensburg geschlagen werden sollte. Dessen Landrat Walter Münch war einerseits angesehen als eine herausragende, weitblickende Persönlichkeit, die ihre Kreisverwaltung gut führte. Doch andererseits gab er sich gerne als spöttischer, ironischer Volkstribun, der sich mit den „Herrschenden“ anlegte, seien es die Größen in seinem Landkreis (wie z. B. der hier stark vertretene Adel), oder seien es die Regierenden in Stuttgart. Er drohte gar mit dem Anschluss an das angrenzende Bayern, was in Stuttgart als „Landesverrat“ gewertet wurde. Eine Protestversammlung legte Landrat Münch symbolträchtig in die Zerlegungshalle des neu eröffneten Schlachthofs in Leutkirch. Das Größenargument konterte er mit den Worten: „Ein Zwei-Meter-Mann ist nicht unbedingt potenter als jemand, der nur einsfünfundsiebzig groß ist.“ Damit hatte er stets die Lacher auf seiner Seite, machte sich aber in der Landesregierung keine Freunde. Der langjährige Oberbürgermeister der bisherigen Kreisstadt Wangen, Jörg Leist, kommentierte das gegenüber dem Autor so: „Da sieht man, wohin die freche Gosch führt. In der Stunde der Not hat man keine Freunde!“

Bilanz der Gemeindereform

Weitaus heftiger als bei der Kreisreform gestaltete sich die Auseinandersetzung um die Gemeindereform, weil Gemeinden Heimat darstellen – mit stolzer, lang zurückreichender Tradition, mit symbolischer Verankerung in Kirche, Friedhof, Rathaus, Wirtshaus und Schule, nicht zuletzt mit Nachbarschaft, Vereinen, gemeinsamen Festen und Feiern. Aber auch hier hatte es längst Einbrüche gegeben, man denke nur an den Verlust von Schule und Pfarrhaus. Durch die Freigabe des Abstimmungsverhaltens im Landtag konnten die lokalen Abgeordneten immerhin das Gesicht wahren und bisweilen auch Modifizierungen erreichen. Aufhalten ließ sich die Gemeindereform nicht. Allerdings ist sie, verglichen mit den ursprünglichen Zielsetzungen und im Vergleich zu anderen Ländern – wie insbesondere zu Nordrhein-Westfalen –, eher moderat ausgefallen. Vor allem der ländliche Raum ist einigermaßen geschont worden, auch wenn die Zahl der Gemeinden von 3379 auf ein Drittel des Ausgangsbestandes geschrumpft ist: auf aktuell 1101 Gemeinden bei insgesamt 10,5 Millionen Einwohnern. Zum Vergleich: Nordrhein-Westfalen hat bei insgesamt rund 18 Millionen Einwohnern heute nur noch 396 selbstständige Gemeinden.



Faurndau soll eingemeindet werden. Dagegen wehren wir uns.

Denn eine Zwangs-Eingemeindung nach Göppingen
bedeutet für uns Faurndauer Bürger:

- Lange, umständliche Wege zur Verwaltung
- höhere Verwaltungskosten
- höhere Gewerbesteuer
- höheren Wasserpreis
- höhere Pro-Kopf-Verschuldung
- Preiserhöhung für Schülermonatskarten
- geringer Einfluß im Göppinger Gemeinderat
- geringer Einfluß im Kreistag

Das können wir nur verhindern, wenn wir alle
geschlossen gegen die Eingemeindung stimmen.

Machen Sie deshalb am 20. Mai
von Ihrem Bürgerrecht Gebrauch:
Gehen Sie zur Wahl.

Verantwortlich: Bürgerinitiative „Faurndau muß selbständig bleiben“

Plakat der Gemeinde Faurndau gegen die geplante Eingemeindung zu Göppingen aus dem Jahr 1975.



Auch noch mehr als 20 Jahren später bietet die Verwaltungsreform Anlass zu Protesten: Demonstration im Jahr 1992 von Einwohnern Kiebingens gegen die Eingemeindung zur Stadt Rottenburg.

Insgesamt ist Baden-Württemberg ein Land der mittleren und kleineren Gemeinden geblieben, auch nach der Gemeindereform, die am 1. Januar 1975 in Kraft getreten ist. 595 Gemeinden, also über der Hälfte, weisen weniger als 5000 Einwohner aus, und das, obwohl die ursprünglichen Planungen von einer Mindestgröße von 7000 Einwohnern ausgegangen sind. Immerhin leben heute in den Gemeinden bis 5000 Einwohner, dem jüngsten Zensus zufolge, 14,7 Prozent der Einwohner des Landes. Demgegenüber sind es in den neun Großstädten mit über 100 000 Einwohnern 19 Prozent, also lediglich jeder Fünfte. Ziemlich genau die Hälfte aller Menschen in Baden-Württemberg, 50,6 Prozent, ist demgegenüber in Gemeinden mit einer Größe bis 20 000 Einwohnern zu Hause.

Hinter diesen heutigen Zahlen verbirgt sich eine Vielzahl von Gemeinden im soziologischen Sinne. Denn auch als Teilorte größerer Gemeinden im politisch-verwaltungsrechtlichen Sinne sind sie nach wie vor lebendig – was ziemlich wörtlich zu verstehen ist, wenn man die große Zahl von Vereinen sieht, die nach wie vor ortsteilbezogen, das heißt nach wie vor ihrer ursprünglichen Gemeinde verpflichtet sind. Auch der anhaltende Streit um die Zusammenlegung von Freiwilligen Feuerwehren macht das deutlich, stellen die Feuerwehren doch so etwas wie den lokalen „Ur-Verein“ dar, den

es in nahezu jeder ursprünglichen Gemeinde gibt. Dorffeste, nicht nur, aber auch mit der lokalen Freiwilligen Feuerwehr künden von der Vitalität der ursprünglichen Gemeinden, die nach wie vor als Heimat angesehen werden. Auch wenn die Ursprungsgemeinde der Gemeindereform zum Opfer fiel, im Bewusstsein gibt es sie zumeist weiterhin.

In der Rückschau auf die kommunale Gebietsreform gilt es wahrzunehmen, welche neuen Möglichkeiten die moderne Kommunikations- und Informationstechnik, vor allem mithilfe des Internets, in der Zwischenzeit eröffnet hat. Die Bewertung ist durchaus doppeldeutig: Einerseits erlaubt die Digitalisierung der Gesellschaft auch kleineren Verwaltungseinheiten die Weiterexistenz. Andererseits sind aber auch größere Einheiten als die vor 40 Jahren geschaffenen technisch in der Lage, die „Kunden“ der Verwaltung aus größerer Entfernung via Netz zu bedienen. Das erste betrifft die Aufgabenerledigung, das zweite den Bürgerkontakt, der virtuell hergestellt werden kann. Vielleicht wird man Mittel und Wege finden können oder müssen, die neuen Möglichkeiten optimierend miteinander zu verknüpfen.

Literaturhinweise

- Grube, Walter: Vogteien, Ämter, Landkreise in Baden-Württemberg, Bd. 1: Geschichtliche Grundlagen, hrsg. vom Landkreistag Baden-Württemberg, Stuttgart 1975.
- Sannwald, Wolfgang (Hrsg.): Persilschein, Käferkauf und Abschlichtprämie : von Besatzern, Wirtschaftswunder und Reformen im Landkreis Tübingen, Tübingen 1998.
- Speidel, Hans: Verwaltungs- und Gebietsreform, in: Eugen Frick (Bearb.): Vogteien, Ämter, Landkreise in Baden-Württemberg, Bd. 2: Aufgabengebiete, hrsg. vom Landkreistag Baden-Württemberg, Stuttgart 1975, S. 7 – 56.
- Wagener, Frido: Neubau der Verwaltung (Schriften der Hochschule Speyer 41), Berlin 1969.
- Wehling, Rosemarie/Wehling, Hans-Georg: Gemeinde und Gemeindereform, in: Hans-Georg Wehling (Hrsg.): Kommunalpolitik, Hamburg 1975, S. 12 – 42.
- Wehling, Hans-Georg: Villingen-Schwenningen. Die Gebietsreform zu Beginn der 1970er-Jahre, in: Reinhold Weber/Peter Steinbach/Hans-Georg Wehling (Hrsg.): Baden-württembergische Erinnerungsorte, Stuttgart 2012, S. 562 – 571.

„Konservativ und fortschrittlich zugleich“¹ Baden-württembergische Bildungspolitik in den 1960er- und 1970er-Jahren

In der Geschichte der Bundesrepublik markieren die 1960er- und 1970er-Jahre nicht nur eine Phase tiefgreifender gesellschaftlicher, sozialer und politischer Umbrüche, sie umfassen zudem eine Zeit tiefgreifender und nachhaltiger Reformen auf Schul- und Hochschulebene. In allen Bundesländern kam es zudem zu einem massiven Ausbau bereits bestehender sowie zur Gründung neuer Bildungsinstitutionen.² Im Rahmen dieses Prozesses sollte das vergleichsweise junge, erst 1952 in Folge des Zusammenschlusses der Länder Württemberg-Baden, Württemberg-Hohenzollern und Baden neu gegründete Land Baden-Württemberg eine bundesweite Vorreiterrolle einnehmen.³

Die Initialzündung für diese Entwicklung war der sogenannte „Sputnikschock“ vom Oktober 1957. In Folge des erfolgreichen Starts des ersten künstlichen Erdsatelliten Sputnik 1 durch die Sowjetunion drohte der von den USA dominierte Westen im Konkurrenzkampf der Systeme gegenüber der Sowjetunion zurückzufallen.⁴ Bereits wenige Wochen vor dem Sputnikflug war es in der Bundesrepublik zur Gründung des Wissenschaftsrates gekommen, dessen Aufgabe bis heute darin besteht, die Bundes- und Landesregierungen in Fragen der inhaltlichen und strukturellen

1 Wilhelm Hahn: Ich stehe dazu. Erinnerungen eines Kultusministers, Stuttgart 1981, S. 102.

2 Allgemein hierzu vgl. Manfred Görtemaker: Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Von der Gründung bis zur Gegenwart, München 1999, S. 391–686; Edgar Wolfrum: Die geglückte Demokratie. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von ihren Anfängen bis zur Gegenwart, Stuttgart 2006, S. 187–326; Eckhart Conze: Die Suche nach Sicherheit. Eine Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von 1949 bis in die Gegenwart, München 2009, S. 331–462.

3 Klaus-Jürgen Matz: Kleine Geschichte des Landes Baden-Württemberg, Stuttgart 2010, S. 102–113.

4 Vgl. u. a. Robert A. Divine: The Sputnik Challenge, New York 1993; Paul Dickson: Sputnik – The Shock of the Century, New York 2001.

Entwicklung der Hochschulen, der Wissenschaft und der Forschung zu beraten.⁵ Im Jahr 1960 legte das neugeschaffene Beratungsgremium seine Empfehlungen zum Ausbau der wissenschaftlichen Einrichtungen vor, mit denen der Hochschulreformprozess in der Bundesrepublik eingeleitet wurde.⁶

Tatsächlich katapultierte der Sputnikschock das Thema Bildung und Wissenschaft schlagartig in den Vordergrund der gesellschaftspolitischen Diskurse.⁷ Speziell in dem an natürlichen Bodenschätzen armen Baden-Württemberg setzte sich über alle politischen Lager hinweg die Erkenntnis durch, das potenziell im Lande vorhandene geistige Kapital besser zu nutzen.⁸ Bedeutende bildungspolitische Schriften wie Georg Pichts Artikelserie über *Die deutsche Bildungskatastrophe* von 1964⁹ oder Ralf Dahrendorfs ein Jahr später erschienene Abhandlung *Bildung ist Bürgerrecht*¹⁰ sensibilisierten die Verantwortlichen in Politik und Gesellschaft für die Defizite des westdeutschen Bildungssystems im internationalen Vergleich. Speziell mit Blick auf die geringe Quote an Abiturienten sowie dem teilweise eklatanten Bildungsgefälle zwischen Stadt und Land wurden nun grundlegende Reformen im Schul- und Hochschulbereich gefordert.¹¹

5 Vgl. Hans Christian Röhl: Der Wissenschaftsrat. Kooperation zwischen Wissenschaft, Bund und Ländern und ihre rechtlichen Determinanten, Baden-Baden 1994; Andreas Stucke: Der Wissenschaftsrat, in: Svenja Falk u. a. (Hrsg.): Handbuch Politikberatung, Wiesbaden 2006, S. 248–254; Olaf Bartz: Der Wissenschaftsrat. Entwicklungslinien der Wissenschaftspolitik in der Bundesrepublik Deutschland 1957–2007, Stuttgart 2007.

6 Wissenschaftsrat: Empfehlungen des Wissenschaftsrat zum Ausbau der wissenschaftlichen Einrichtungen, Teil I: Wissenschaftliche Hochschulen, Tübingen 1960.

7 Grundlegend hierzu u. a. Stefan Paulus: Vorbild USA? Amerikanisierung von Universität und Wissenschaft in Westdeutschland 1945–1976, München 2010, S. 337–372.

8 Vgl. Helmut Frommer/Doris Knab: Bildungslandschaft Baden-Württemberg, in: Reinhold Weber/Hans-Georg Wehling (Hrsg.): Baden-Württemberg. Gesellschaft, Geschichte, Politik, Stuttgart 2006, S. 238–260, hier besonders S. 239–242; Matz, Kleine Geschichte (wie Anm. 3), S. 102–113.

9 Georg Picht: Die deutsche Bildungskatastrophe. Analyse und Dokumentationen, Freiburg i. Br. 1964.

10 Ralf Dahrendorf: Bildung ist Bürgerrecht. Plädoyer für eine aktive Bildungspolitik, Hamburg 1965.

11 Vgl. Matz, Kleine Geschichte (wie Anm. 3), S. 102–113.

Der Visionär: Kurt Georg Kiesinger

Unter den deutschen Ministerpräsidenten zeigte sich besonders der seit 1958 amtierende baden-württembergische Regierungschef Kurt Georg Kiesinger gegenüber bildungspolitischen Fragen offen, speziell mit Blick auf die Entwicklung des Hochschulwesens. Kiesinger hatte schon im September 1959 den Plan einer Universitätsneugründung aufgebracht, die dem deutschen Südwesten neue geistige, wissenschaftliche und damit letztlich auch wirtschaftliche Impulse bescheren sollte.¹²

Nach den Landtagswahlen von 1960 und der anschließenden Bildung einer kleinen „bürgerlichen“ Koalition von CDU und FDP/DVP nahm Kiesingers Neugründungsprojekt langsam Fahrt auf. In einem ersten Schritt kam es 1961 zur Einsetzung einer fünfköpfigen Kommission, die sich im Rahmen einer nur ein Jahr später dem Kabinett vorgelegten Denkschrift ganz im Sinne des Ministerpräsidenten für die Neugründung einer Universität in Konstanz, der Errichtung einer medizinischen Akademie in Ulm sowie den Ausbau der Wirtschaftshochschule Mannheim zur Universität aussprach.¹³

Bereits 1963 konnte die Regierung dem Landtag eine Denkschrift über die Errichtung von wissenschaftlichen Hochschulen in Baden-Württemberg vorlegen, der seinerseits am 27. Februar 1964 beschloss, in Konstanz eine dezidierte Reform- und damit Modelluniversität einzurichten.¹⁴ Dieses projektierte „Klein-Harvard am Bodensee“ sollte – im Unterschied zu zeitgleichen Neugründungen wie Bochum oder Regensburg – eine Universität neuen Typs darstellen, mit einem in erster Linie interdisziplinär und forschungsbezogenen Lehrangebot. Über die wissenschaftstheoretische Grundidee der Konstanzer Neugründung vermerkte einer ihrer geistigen Väter und ersten Professoren, der Soziologe Ralf Dahrendorf, in seiner Festrede anlässlich des 40-jährigen Gründungsjubiläum der Bodensee-Alma-Mater im Jahre 2007: „Die alten berufsbezogenen Fakultäten sollte es nicht mehr geben, und von der Philosophischen Fakultät sollten vor allem die mittlerweile erwachsen gewordenen [...] Kinder, also die Natur- und Sozialwissen-

12 Thomas Schnabel: Bildungspolitik in der Ära Kiesinger, in: Günter Buchstab/Philipp Gassert/Peter Thaddäus Lang (Hrsg.): Kurt Georg Kiesinger 1904–1988. Von Ebingen ins Kanzleramt, Freiburg i. Br. 2005, S. 341–369; Philipp Gassert: Kurt Georg Kiesinger 1904–1988. Kanzler zwischen den Zeiten, Stuttgart 2006, S. 353–358.

13 Schnabel, Bildungspolitik (wie Anm. 12), S. 358.

14 Denkschrift der Regierung über die Errichtung von wissenschaftlichen Hochschulen in Baden-Württemberg, Konstanz 1963.



Am 14. Juli 1965 wird Ministerpräsident Kurt Georg Kiesinger der Gründungsbericht der Universität Ulm vorgestellt. V. l. n. r.: Kultusminister Wilhelm Hahn, Prof. Dr. Ludwig Heilmeyer, der Ulmer Oberbürgermeister Theodor Pfizer, Hermann Müller und Kurt Georg Kiesinger.

schaften bleiben. [...]. Das Ganze war höchstens auf 3000 Studenten angelegt, wobei bereits Graduierten besonderes Interesse galt.“¹⁵

Neben dem von Kiesinger präferierten Konstanz hatte sich auch Ulm als Hochschulstandort ins Spiel gebracht. Einen gewichtigen Unterstützer fand die traditionsreiche Donaumetropole im Landesinnenminister Hans Filbinger, einem engen Vertrauten des damaligen Ulmer Oberbürgermeisters Theodor Pfizer.¹⁶ Für beide Hochschulen, Ulm wie Konstanz, wurden jeweils exzellent besetzte Gründungsausschüsse eingerichtet, die beiderseits im Sommer 1965 ihre Berichte vorlegten.¹⁷ Nur ein Jahr später, zu Beginn des

15 Ralf Dahrendorf: Gründungsideen und Entwicklungserfolge der Universität. Zum 40. Jahrestag der Universität Konstanz, Konstanz 2007, S. 8.

16 Wolf-Dieter Hepach: Die Universität Ulm. Lebendige Tradition, neue Horizonte, Ulm 2007, S. 23.

17 Die Universität Konstanz. Bericht des Gründungsausschuss, vorgelegt im Juni 1965, Konstanz 1965; Bericht des Gründungsausschusses über eine Medizinisch-Naturwissenschaftliche Hochschule in Ulm, Ulm 1965.



1966 ernannt Ministerpräsident Kiesinger den Soziologen Ralf Dahrendorf zum Professor an der neu gegründeten Universität Konstanz. Dahrendorf war zuvor bereits Mitglied des Gründungsausschusses gewesen und hatte die Landesregierung in Bildungsfragen beraten.

Wintersemesters 1966/67, konnte an der Universität Konstanz — freilich noch in Provisorien untergebracht — der Lehrbetrieb aufgenommen werden, ebenso ab 1967 an der Ulmer Neugründung, die noch im gleichen Jahr zur Universität aufgewertet wurde. Beide Universitäten sollten in den Folgejahren imposante Campusanlagen erhalten: Konstanz in einmaliger Panoramalage auf dem Gießberg oberhalb des Bodensees, und Ulm auf dem nordwestlich des Stadtzentrums gelegenen Oberen Eselsberg.¹⁸

¹⁸ Zu den jeweiligen Campus-Anlagen vgl. Klaus Oettinger/Helmut Weidhaus: Eine feste Burg der Wissenschaft. Neue Universität in einer alten Stadt Konstanz am Bodensee, Konstanz 1986, S. 40–59; Hepach, Die Universität Ulm (wie Anm. 16), S. 40–43.



Als Campus-Universität geplant, gilt Konstanz nicht nur in institutioneller, sondern auch in architektonischer Hinsicht als Reformuniversität. Die Anlage wurde – hier ein Luftbild aus dem Jahr 1984 – direkt am Bodensee ausgeführt.

Wie die ursprünglich als Medizinische Akademie konzipierte Ulmer Hochschule wurde auch die seit 1946 bestehende Wirtschaftshochschule Mannheim 1967 zur Universität aufgewertet und entsprechend ausgebaut. Gleiches gilt für die beiden ehemaligen Technischen Hochschulen in Karlsruhe und Stuttgart sowie die Landwirtschaftliche Hochschule in Hohenheim. Verfügte Baden-Württemberg also zu Beginn der Hochschulreformperiode um 1960 mit Heidelberg, Freiburg und Tübingen über lediglich drei Hochschulen im Universitätsrang, so hatte sich deren Zahl bis zum Ende des Jahrzehnts durch die beiden Neugründungen sowie der Aufwertung samt dem Ausbau der schon bestehenden Hochschulstandorte auf insgesamt neun Universitäten verdreifacht. Mit einem Schlag konnte Baden-Württemberg somit eines der dichtesten Universitätsnetze in der Bundesrepublik aufweisen.¹⁹

¹⁹ Schnabel, *Bildungspolitik* (wie Anm. 12), S. 358; Matz, *Kleine Geschichte* (wie Anm. 3), S. 102 – 104.

Bildungspolitische Entwicklungen unter Kultusminister Wilhelm Hahn

Der Expansionsprozess auf Hochschulebene war maßgeblich durch Ministerpräsident Kiesinger angestoßen worden, der bereits in seiner Regierungserklärung vom 25. Juni 1964 die Themen Bildungsreform und Ausbau des Bildungswesens an die Spitze seiner politischen Agenda für die kommende Legislaturperiode gestellt hatte.²⁰ Zur Seite stand ihm dabei eine Persönlichkeit, die während seiner 14-jährigen Amtszeit zu einem der bedeutendsten und zugleich einflussreichsten Bildungspolitiker der Bundesrepublik avancieren sollte: Der CDU-Bundestagsabgeordnete Wilhelm Hahn, evangelischer Theologe, Ordinarius und ehemaliger Rektor der Universität Heidelberg, war dem Werben des Ministerpräsidenten gefolgt und übernahm in der Nachfolge von Gerhard Storz das Kultusministerium im nunmehr dritten Kabinett Kiesinger.²¹ „An einem Frühlingstag im Mai 1964“, wie sich Hahn rückblickend erinnert, „wurde ich telefonisch zu Kurt Georg Kiesinger gebeten. [...] Kiesinger erklärte mir, er sei entschlossen, der Bildungspolitik in der nächsten Legislaturperiode die Priorität zu geben. Er wolle mich zum Kultusminister berufen und erwarte von mir, dass ich in Baden-Württemberg eine großangelegte, auf die Zukunft bezogene Bildungsreform einleite und das Land zum führenden Bundesland der Bildungsreform mache.“²² Bis zum 11. Mai 1978 und damit fast exakt bis zum Ende der Ära Filbinger sollte Hahn das Amt des Kultusministers bekleiden und während dieser Zeit die bildungspolitische Entwicklung Baden-Württembergs in den 1960er- und 1970er-Jahren nachhaltig beeinflussen.

Hahn und Kiesinger stimmten in der Analyse überein, dass eine nachhaltige Verbesserung der Chancengleichheit im Ausbildungswesen und damit eine Nivellierung des sozialen wie regionalen Bildungsgefälles in Baden-Württemberg allein auf dem Wege einer bildungspolitischen Gesamtkonzeption bewerkstelligt werden könne. Es ging also darum, wie es Hahn in seinen Erinnerungen formuliert, „das ganze Bildungswesen vom Kindergarten bis zur Universität, ja bis zur Erwachsenenbildung als Einheit zu begreifen“.²³ Um eine derartige Bildungspolitik aus einem Guss auch umzusetzen,

20 Regierungserklärung vom 25. Juni 1964, in: Kurt Georg Kiesinger: Stationen 1949–1969, Tübingen 1969, S. 144 f.

21 Eine umfassende wissenschaftliche Biographie zu Leben und Werk Wilhelm Hahns fehlt bislang. Einen knappen Einblick gewährt Ralf Dahrendorf: Wilhelm Hahn. Gesamtplan und Realpolitik, in: Ders.: Liberale und andere. Portraits, Stuttgart 1994, S. 255–276.

22 Hahn, Ich stehe dazu (wie Anm. 1), S. 100.

23 Ebd., S. 110.



Während seiner Amtszeit musste sich Wilhelm Hahn immer wieder mit Protesten Studierender auseinandersetzen, so wie hier während einer CDU-Versammlung in Heidelberg 1968, bei der Studenten die Mitbestimmung in universitären Gremien forderten.

berief Hahn noch 1964 nicht nur einen prominent besetzten Beirat zur Bildungsplanung, dem unter anderen Georg Picht und Ralf Dahrendorf angehörten, sondern richtete in seinem Ministerium zudem eine hervorragend ausgestattete Planungsabteilung ein, deren Aufgabe darin bestand, eine möglichst umfassende Bildungskonzeption für Baden-Württemberg zu erarbeiten. Neben dem bereits erwähnten Hochschulsektor richtete sich das Hauptaugenmerk beider Planungs- bzw. Beratungsgremien auf das Schulwesen im Lande. Bis 1973 wurden drei Schulentwicklungspläne vorgelegt und größtenteils umgesetzt: 1965/68 der Schulentwicklungsplan I für Grundschule, Hauptschule, Sonderschule, Realschule und Gymnasium, 1971 der Schulentwicklungsplan II für das berufliche Schulwesen und schließlich 1973 der Schulentwicklungsplan III, in dessen Zentrum erneut das Grundschulwesen stand.²⁴

Der baden-württembergische Schulkonflikt

Als besonders problematisch, ja nahezu als Minenfeld für die Landesregierung, sollte sich die Umsetzung des Schulentwicklungsplans I erweisen, da bis dato das Haupt- und Grundschulwesen entsprechend der Landesverfassung von 1952 in einem der vier Regierungsbezirke, nämlich in Württemberg-Hohenzollern, konfessionell organisiert war. Beim Zusammenschluss der Länder (Süd-)Baden, Württemberg-Hohenzollern und Württemberg-Baden 1952 war in Artikel 15, Absatz 1 und 2 der Landesverfassung diejenige Schulform, die in den jeweiligen Landesteilen bereits vorherrschte, garantiert worden. So existierten speziell in Südwürttemberg-Hohenzollern zahlreiche sehr kleine, für sich genommen kaum lebensfähige und überwiegend katholische Bekenntnisschulen, die der von der Landesregierung angestrebten Entwicklung hin zu einem ebenso effizienten wie modernen Schulsystem entgegenstanden. Das Gegenmodell hierzu bildete die vor allem in Baden gängige christliche Gemeinschafts- oder Simultanschule, nach deren Vorbild nun auch in Südwürttemberg konfessionell unterschiedlich ausgerichtete Klein- und Kleinstschulen zu größeren und von ihrem Bildungsangebot effizienteren Einheiten zusammengelegt werden sollten.²⁵

Während die evangelische Synode Württembergs relativ früh ihre Zustimmung zu den Plänen der Landesregierung signalisierte, formierte sich auf Seiten der katholischen Kirche in den beiden Diözesen Rottenburg und

²⁴ Frommer/Knab, Bildungslandschaft (wie Anm. 8), S. 240.

²⁵ Vgl. Schnabel, Bildungspolitik (wie Anm. 12), S. 343–346; Gassert, Kiesinger (wie Anm. 12), S. 438–442; Matz, Kleine Geschichte (wie Anm. 3), S. 106 f.

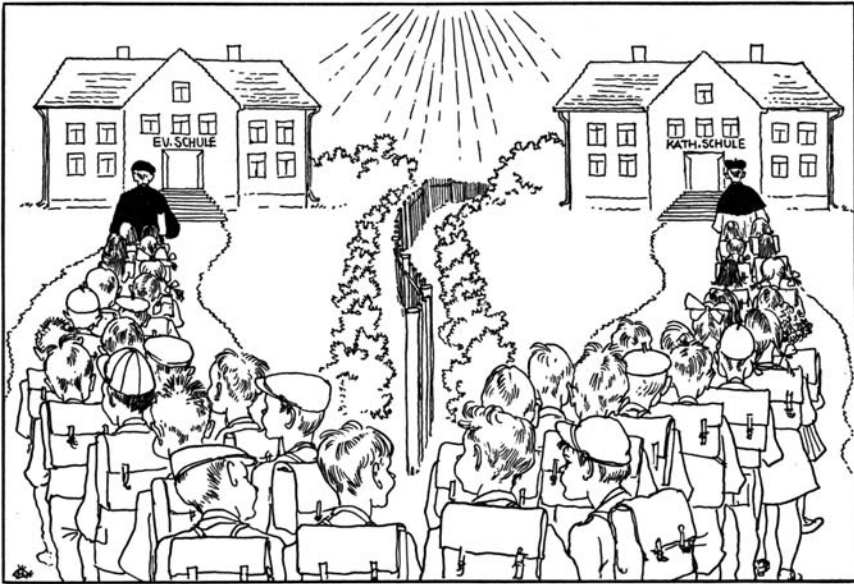
Freiburg teilweise erbitterter Widerstand. Durch die Auflösung der bestehenden Bekenntnisschulen befürchtete die katholische Kirche eine nachhaltige Schwächung ihres gesellschaftlichen Einflusses, was sie gegenüber Mitgliedern der CDU-Landtagsfraktion, insbesondere denjenigen aus dem südwestdeutschen Raum, deutlich zu machen verstand. Die für eine Einführung der christlichen Gemeinschaftsschule und der dafür vorausgehenden Verfassungsänderung notwendige Zweidrittelmehrheit im Stuttgarter Landtag schien aufgrund der kirchlichen Interventionen äußerst unsicher, obwohl sich sowohl Kiesingers Koalitionspartner FDP als auch die oppositionelle SPD dafür aussprachen. Der Ministerpräsident, der sich sonst gerne als Motor einer fortschrittlichen, aber zugleich konservativen Bildungspolitik sah, scheute den Konflikt mit der katholischen Kirche und der eigenen Partei.²⁶

Zusätzlich erschwert wurde die Lösung der Schulfrage in Baden-Württemberg durch die außenpolitische Dimension, die der Konflikt hatte. Im Verein mit den betroffenen Diözesen hatte sich auch der Heilige Stuhl in die Kontroverse um den Bestand der Bekenntnisschulen eingeschaltet und pochte mit Verweis auf die im Reichskonkordat von 1933 festgelegten Bestimmungen auf deren Fortbestand. Da umgekehrt die Bundesregierung das Reichskonkordat von 1933 als Garantie der vor 1937 im Deutschen Reich bestehenden Diözesanordnung betrachtete und sich damit gegen eine diskutierte Neuordnung der ehemaligen deutschen Bistümer in Polen berief, scheute Bonn einen sich an der südwestdeutschen Schulfrage entzündenden Konflikt mit der dortigen katholischen Kirche bzw. dem Vatikan.²⁷ Kiesinger, der in der Schulfrage sichtlich bemüht war, es möglichst allen Beteiligten recht zu machen, fand letztlich wohl gerade deshalb keine zufriedenstellende Lösung. „Mit Rücksicht auf die deutsche Frage“, so Kiesingers Biograph Philipp Gassert über dessen damalige Haltung, „dürfe das gute Verhältnis zum Vatikan nicht gestört werden. [...] In Kiesinger kämpfte daher nicht nur der Traditionalist mit dem Reformier, sondern auch der Bildungs- mit dem Außenpolitiker.“²⁸

26 Gassert, Kiesinger (wie Anm. 12), S. 439.

27 Zu dieser außenpolitischen Dimension der „Schulfrage“ vgl. Hahn, Ich stehe dazu (wie Anm. 1), S. 132 f.; Paul Feuchte: Baumeister der Einheit, in: Fred Ludwig Sepaintner (Hrsg.): Hans Filbinger. Aus neun Jahrzehnten, Leinfelden-Echterdingen 2003, S. 86–104; Schnabel: Bildungspolitik (wie Anm. 12), S. 343; Gassert, Kiesinger (wie Anm. 12), S. 400.

28 Gassert, Kiesinger (wie Anm. 12), S. 440.



Christliche Gemeinschaftsschule oder Bekenntnisschule?

*Laßt die Kindlein zu mir kommen!
„Freilich, freilich, dieses schon“,
sagen dazu manche Frommen
„— doch getrennt nach Konfession.“*

Karikatur von Fritz Meinhard in der „Stuttgarter Zeitung“ vom 24. September 1966, als neben der Schulfrage in Baden-Württemberg auch in anderen Bundesländern über die konfessionelle Prägung von Schulen diskutiert wurde.

Vom Schulkonflikt zum Schulkompromiss

Erst mit Kiesingers Wechsel nach Bonn als Nachfolger Ludwig Erhards im Amt des Bundeskanzlers kam im Dezember 1966 wieder Bewegung in den baden-württembergischen Schulkonflikt. Nach einer am 5. Dezember in der CDU-Fraktion stattgefundenen Kampfabstimmung zwischen dem bisherigen Landesinnenminister Hans Filbinger und Kultusminister Wilhelm Hahn, die der vier Jahre jüngere Filbinger mit 34 zu 25 Stimmen für sich entscheiden konnte, konnte sich der Freiburger Abgeordnete als designierter Ministerpräsident in Stellung bringen.²⁹ Die meisten politischen Beobachter gingen

²⁹ Vgl. Reinhold Weber/Hans-Georg Wehling: Geschichte Baden-Württembergs, München 2007, S. 117; Matz, Kleine Geschichte (wie Anm. 3), S. 108.

von einer Fortsetzung der bisherigen Koalition von CDU und FDP aus, allerdings machten sich einige Abgeordnete innerhalb der FDP-Fraktion, nicht zuletzt aufgrund weitgehender Übereinstimmungen in der Schulfrage, für eine Koalition mit der bislang oppositionellen SPD stark. Beide Parteien, SPD wie FDP, standen programmatisch für die Abschaffung der Bekenntnisschulen und für die Einführung der Gemeinschaftsschule. Am Abend des 12. Dezember 1966, die CDU hatte sich bereits für eine Fortsetzung der alten Koalition ausgesprochen, konnte sich die FDP auf ihrer Fraktionssitzung immer noch nicht zu einer Koalitionsaussage zu Gunsten der Christdemokraten entschließen. Im Gegenteil: Immer mehr Informationen schienen sich dahingehend zu verdichten, dass die Mehrheit der FDP-Fraktion entgegen dem Willen der bisherigen Kabinettsmitglieder auf ein Bündnis mit den Sozialdemokraten dränge.³⁰ „Als die Sache Spitz auf Knopf stand“, so Hahn über den weiteren dramatischen Verlauf dieses Abends, „entschlossen sich Filbinger und ich, mit der SPD Kontakt aufzunehmen. Die SPD griff sofort zu. In wenigen Minuten kam es zur Übereinstimmung, eine Regierung der Großen Koalition zu bilden. Filbinger ging in dieser Entscheidungsstunde um die Regierungsmacht sofort auf die Forderung der SPD in der Schulfrage ein. Dies entsprach dem Ziel, das ich seit langem verfolgte.“³¹

Der daraufhin mit der SPD vereinbarte Schulkompromiss sah vor, mit Hilfe der jetzt im Landtag vorhandenen Zweidrittelmehrheit die Gemeinschaftsschule auf Ebene der Grund- und Hauptschule in Südwürttemberg flächendeckend einzuführen. Lediglich auf Antrag, das heißt in erster Linie auf ausdrücklichen Wunsch der Eltern hin, sollte auch weiterhin die Möglichkeit bestehen, staatlich großzügig mitfinanzierte, gleichwohl konfessionell ausgerichtete Privatschulen einzurichten.³² Neben diesem aus einer elementaren politischen Drucksituation geborenen Schulkompromiss, zu dem Kiesinger wohl auch wegen seiner eigenen Herkunft aus Südwürttemberg im Unterschied zu dem aus Baden stammenden Filbinger nicht in der Lage gewesen war,³³ erhielten die Sozialdemokraten im ersten Kabinett Filbinger mit dem Innen-, Justiz-, Finanz- und Wirtschaftsressort vier der wichtigsten

30 Fred Ludwig Sepaintner: Die Lebensgeschichte, in: Ders. (Hrsg.): Hans Filbinger. Aus neun Jahrzehnten, Leinfelden-Echterdingen 2003, S. 43 f.

31 Hahn, Ich stehe dazu (wie Anm. 1), S. 131.

32 Ebd., S. 128–132; Feuchte: Baumeister der Einheit (wie Anm. 27), S. 81–104; Matz, Kleine Geschichte (wie Anm. 3), S. 107–113.

33 Zur Frage der regionalen Herkunft der am Schulkompromiss beteiligten Politiker vgl. Feuchte, Baumeister der Einheit (wie Anm. 27), S. 102.

Ministerien zugesprochen. Als traditionelles Schlüsselressort blieb der CDU allein das Kultusministerium unter Wilhelm Hahn.³⁴

Schul- und Hochschulpolitik in der Ära Filbinger

Die Lösung der seit geraumer Zeit schwelenden Schulfrage bzw. der zwischen CDU und SPD gefundene und am 8. Februar 1967 Gesetz gewordene Schulkompromiss markieren in gewisser Weise auch den Beginn der Ära Filbinger. War es zweifelsohne das Verdienst Kiesingers gewesen, durch eine humanistisch fundierte, gleichwohl visionäre Schul- und Hochschulpolitik seit den frühen 1960er-Jahren in Baden-Württemberg die Bildungsoffensive gemeinsam mit Kultusminister Hahn kraftvoll anzustoßen, galt es diese unter seinem Nachfolger mit finanziell weitaus schwierigeren Bedingungen einerseits behutsam voranzutreiben und andererseits zu konsolidieren. Dabei fungierte Hahn quasi als Garant bildungspolitischer Kontinuität. Einige Zahlen können das Ausmaß der damaligen Investitionen des Landes Baden-Württembergs in Bildung und Wissenschaft veranschaulichen: Während der Amtszeit Hahns, also zwischen 1964 und 1978, stieg der Etat des Kultusministeriums von rund 1,5 Milliarden D-Mark auf mehr als 7 Milliarden D-Mark pro Jahr.³⁵ Allein mit Blick auf den schulischen Sektor wurde in diesem Zeitraum die Zahl der Lehrer an den Schulen des Landes von 33 500 auf 81 000 mehr als verdoppelt, während die Zahl der Schüler spürbar aber moderat von 1,3 auf 1,7 Millionen anstieg. Die Zahl der Gymnasien vermehrte sich von 263 auf 357, die der beruflichen Gymnasien von 35 auf 134, die der Realschulen von 226 auf 401 und schließlich die der Sonderschulen von 164 auf 432. Hatten 1964 noch lediglich 8374 junge Baden-Württemberger das Abitur erfolgreich bestanden, waren es 14 Jahre später 24 320 Abiturienten.³⁶ Diese konnten ihre Ausbildungen in einer mittlerweile ebenfalls hervorragend ausgebauten Hochschullandschaft fortsetzen. Zudem wurde das Netz der Pädagogischen Hochschulen und Fachhochschulen erweitert, sowie mit der Berufsakademie eine damals in der Bundesrepublik völlig neue, äußerst praxisbezogene und berufsorientierte Ausbildungsinstitution als Alternative zum wissenschaftlichen Studium erfolgreich eingeführt.³⁷

34 Matz, Kleine Geschichte (wie Anm. 3), S. 109.

35 Vgl. die Zahlen bei Hahn, Ich stehe dazu (wie Anm. 1), S. 155.

36 Vgl. hierzu die Angaben bei Matz, Kleine Geschichte (wie Anm. 3), S. 106 f.

37 Hahn, Ich stehe dazu (wie Anm. 1), S. 237–240; Frommer/Knab, Bildungslandschaft (wie Anm. 8), S. 240 f.

Das Konzept der Berufsakademie (im Jahr 2009 in Duale Hochschule Baden-Württemberg umbenannt) war ein zentraler Bestandteil des von Hahn mit seinen Mitarbeitern 1968 für das berufliche Schulwesen konzipierten und ab 1971 umgesetzten Schulentwicklungsplans II, der seinerseits die logische Konsequenz aus dem in Folge des Schulentwicklungsplans I resultierenden Schüler- und Abiturientenanstieg war. Die wichtigsten Säulen des Schulentwicklungsplanes II waren die zumeist wirtschaftswissenschaftlich oder technisch ausgerichteten beruflichen Gymnasien, die insbesondere Realschülern eine Abiturperspektive eröffneten, das Berufskolleg als Weiterentwicklung der Berufsfachschule und schließlich die erwähnte Berufsakademie. Mit Letzterer wurde das sogenannte „Duale System“ auf die Hochschulebene übertragen. Fortan konnten berufsqualifizierende Studiengänge als attraktive Alternative zum klassischen Hochschulstudium auch im tertiären Bereich angeboten werden.³⁸ Die ersten Berufsakademien wurden 1974 in Mannheim und Stuttgart gegründet, weitere folgten in Villingen-Schwenningen (1975), Heidenheim (1976), Ravensburg (1978), Karlsruhe (1979), Mosbach (1980) und Lörrach (1981). Lobend hob Ministerpräsident Filbinger im Jahr der Gründung der ersten Berufsakademien die bildungspolitische Weitsicht seines Kultusministers hervor: „Schon vor einigen Jahren hat er [Wilhelm Hahn] als einer der ersten vor einer Überakademisierung unserer Gesellschaft gewarnt und das berufliche Schulwesen, vor allem die berufliche Vollzeitschule, in den Vordergrund gerückt. Er erkannte viel früher als andere, dass das Abitur keine Einbahnstraße zur Universität mehr sein darf, und schlug deshalb die Gründung von Berufsakademien vor.“³⁹ Tatsächlich lässt sich die vormalige Berufsakademie als eine der nachhaltigsten und zugleich erfolgreichsten institutionellen Gründungen der Ära Filbinger/Hahn bezeichnen.⁴⁰

Das Ende der Expansion

Trotz dieser im Großen und Ganzen höchst erfolgreichen Entwicklung geriet die von Kiesinger und Hahn angestoßene und von Filbinger zunächst auch fortgesetzte Bildungsoffensive gegen Ende der 1960er-Jahre allmählich

38 Zum Schulentwicklungsplan II und dem beruflichen Schul- und Hochschulwesen in Baden-Württemberg vgl. Hahn, Ich stehe dazu (wie Anm. 1), S. 237–240; Matz, Kleine Geschichte (wie Anm. 3), S. 107; Frommer/Knab, Bildungslandschaft (wie Anm. 8), S. 249.

39 Hans Filbinger: Baden-württembergische Kulturpolitik, in: Bildungspolitik mit Ziel und Maß. Wilhelm Hahn zu seinem zehnjährigen Wirken gewidmet. Mit Beiträgen von Hans Filbinger, Kurt Georg Kiesinger u. a., Stuttgart 1974, S. 19.

40 Hahn, Ich stehe dazu (wie Anm. 1), S. 237–240.



Mit der Gründung von Berufsakademien werden Abiturienten Alternativen zu den Universitäten eröffnet. Das Foto zeigt die Berufsakademie Ravensburg, aufgenommen in den 1990er-Jahren.

ins Stocken. Die Planungseuphorie der Anfangsjahre wich zunehmend einer gewissen Ernüchterung. Dies hatte zum einen finanzielle Gründe. Angesichts der sich verschlechternden Finanzlage hatte Ministerpräsident Filbinger bereits bei der feierlichen Grundsteinlegung für den Campus der Universität Ulm am 14. Juli 1969 allzu euphorische Zukunftserwartungen gedämpft und künftig zu größtmöglicher Sparsamkeit aufgerufen.⁴¹ Zwar bestand Konsens darüber, dass der Ausbau des Hochschulwesens im ganzen Land fortgesetzt werden sollte, aber eben mit finanziellem Augenmaß. Schließlich brach Mitte der 1970er-Jahre die wirtschaftliche Rezession auch in Baden-Württemberg voll durch. Die zurückgehenden Steuereinnahmen schmäleren auch hier spürbar den Landeshaushalt. „Es wird immer genauer geprüft werden müssen“, so Filbinger 1974, „was machbar ist und was nicht.“⁴²

Zwei Jahre später, die Landtagswahl von 1976 vor Augen, versuchte sich Filbinger durch ein rigoroses Sparprogramm zu profilieren, mit weitreichenden Konsequenzen für den mehr als ein Viertel des jährlichen Landeshaushalts umfassenden Etat des Kultusministers. Hunderte von Personalstellen sollten allein an den Universitäten und Hochschulen des Landes abgebaut werden. Und auch wenn Kultusminister Hahn die von ihm geforderten Einschnitte so weit wie möglich abzumildern versuchte, warf das von Filbinger initiierte Sparprogramm einen Schatten auf das Verhältnis des Ministerpräsidenten zu seinem langjährigen Kultusminister. Nichtsdestotrotz konnte Filbinger mit seinem angekündigten Sparkurs bei den Wählern punkten, wie der Ausbau der bereits vier Jahre zuvor erreichten absoluten Mehrheit von 52,9 Prozent auf 56,7 Prozent bei den Landtagswahlen 1976 eindrucksvoll bestätigte.⁴³ „Das Programm war insofern populär“, wie Hahn rückblickend in seinen 1981 erschienenen Erinnerungen vermerkt, „als nach dem langjährigen Ausbau der Universitäten mit dem Aufwand ungeheurer Summen und nach den jahrelangen Studentenunruhen die Stimmung der Bevölkerung sich gegen die Universitäten gerichtet hatte.“⁴⁴

Tatsächlich hatten zur bildungspolitischen Ernüchterung in Politik und Gesellschaft, insbesondere in einem tendenziell eher konservativ eingestellten Bundesland wie Baden-Württemberg, auch die studentischen Unruhen sowie die wachsende Politisierung der Studentenschaft um 1968 beigetragen. „Man stellte fest“, so Hahns Einschätzung, „dass – trotz der Anstren-

41 Hepach, Die Universität Ulm (wie Anm. 16), S. 40.

42 Filbinger, Baden-württembergische Kulturpolitik (wie Anm. 39), S. 24.

43 Matz, Kleine Geschichte (wie Anm. 3), S. 122 f.

44 Hahn, Ich stehe dazu (wie Anm. 1), S. 244.



Am 15. Juni 1971 demonstrieren mehr als 10 000 Studenten in Stuttgart gegen die Sparpläne der Landesregierung im Bildungsbereich.

gungen für die Jugend im Bildungswesen — die junge Generation nie frustrierter und mutloser in die Zukunft geblickt hatte. Sie wollte vom Staat und von der Gesellschaft nichts wissen und flüchtete sich in den Protest, in die Verweigerung [...].⁴⁵ Umgekehrt galt der ehemals als besonders fortschrittlich und innovativ bezeichnete Kultusminister einem Großteil der politisierten Studentenschaft als Vertreter einer erzkonservativen, ja nahezu reaktionären Hochschulpolitik. Ein Punkt, der sich als besonders konfliktreich erwies, war die Frage nach der rechtlichen Stellung der Universitäten und damit auch nach dem Mitspracherecht der Studenten in der universitären

⁴⁵ Ebd., S. 222.



Während der Protestjahre 1971/72 kommt es an der Universität Heidelberg immer wieder zu Auseinandersetzungen. So verhinderte eine am 6. Dezember 1972 um das Hochschulgebäude aufgestellte Polizeikette kurzerhand eine Vorlesung von Peter Brückner, der mit dem Vorwurf der Nähe zur RAF zuvor vom Dienst suspendiert worden war. Karikatur von Horst Busse in der „Rhein-Neckar-Zeitung“ vom 7. Dezember 1972.

Selbstverwaltung. Die Forderung nach der sogenannten „Drittelparität“ – damit gemeint war ein Mitbestimmungsmodell, das je zu einem Drittel paritätisch von Professoren, Assistenten und Studenten besetzte Entscheidungsgremien vorsah –, einem Lieblingsprojekt der studentischen 1968er-Bewegung, konnte von Hahn erfolgreich abgewehrt werden, mit der Folge, dass der über das neue Hochschulgesetz im März 1968 beratende Landtag von der Polizei gegen tausende demonstrierende Studenten abgeschirmt werden musste. An der noch jungen Reformuniversität Konstanz kam es in den Folgejahren über die Frage der universitären Grundordnung und des Mitspracherechts der Studenten- und Dozentenschaft zu derartig heftigen Verwerfungen zwischen der Universitätsleitung und dem Kultusministerium, dass sich Gründungsrektor Gerhard Hess 1972 genötigt sah, von seinem Amt zurückzutreten. Als sich daraufhin kein Konstanzer Professor dazu bereit er-

klärte, das Rektorenamt zu übernehmen, sah sich Kultusminister Hahn gezwungen, die Amtsgeschäfte vorübergehend einem von ihm berufenen Staatskommissar zu übertragen – ein Unikum in der jüngeren deutschen Universitätsgeschichte!⁴⁶

Mitunter die schwersten Auseinandersetzungen wurden in den frühen 1970er-Jahren an der altehrwürdigen Heidelberger Alma Mater ausgefochten. Neben der zeitweisen Besetzung des Rektorats und des Universitätsklinikums kam es auch zu offenen Morddrohungen gegen den Kultusminister. Im Winter 1971 explodierte gar eine Bombe in Hahns Garten. Ein Jahr später, am 6. Dezember 1972, verhinderte ein von Filbinger und Hahn gemeinsam angeordneter Polizeieinsatz mit über tausend Beamten die komplette Vereinnahmung der Heidelberger Universität durch die studentische Protestbewegung.⁴⁷

Schließlich wurde die harte Haltung Hahns in der Mitbestimmungsfrage durch ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 29. Mai 1973 bestätigt, das den qualifizierten Wissenschaftlern, sprich in erster Linie den Lehrstuhlinhabern, die Mehrheit in den universitären Gremien zusprach. Diese Rechtsauffassung, die wenige Wochen später auch in der Novelle des baden-württembergischen Hochschulgesetzes vom Juli 1973 vertreten wurde, sollte in den Folgejahren an den Hochschulen allmählich eine Phase der Beruhigung einleiten.⁴⁸

Der Bruch zwischen Filbinger und Hahn

Das Verhältnis des Ministerpräsidenten zu seinem Kultusminister wurde immer angespannter. In einer Hahn 1974 anlässlich seines zehnjährigen Amtsjubiläums sowie seines 65. Geburtstags gewidmeten Festschrift lobte Filbinger seinen Kultusminister zwar noch in den höchsten Tönen, allerdings wurde zwischen den Zeilen deutlich, dass die Prioritäten des Ministerpräsidenten künftig nicht mehr auf der Bildungspolitik liegen würden. „Die Bildungseuphorie der späten 1960er-Jahre“, wie Filbinger in seinem Festschriftbeitrag schrieb, „ist vorüber. Das Bildungswesen hat starke Konkurrenz bekommen. Man denke nur an den Umweltschutz oder an die Sozialpolitik. Die Zeiten utopischer und nicht finanzierbarer bildungspolitischer Vorstellungen sind vorüber.“⁴⁹ Und an anderer Stelle: „In den letzten zehn Jahren

46 Oettinger/Weidhase, Eine feste Burg der Wissenschaft (wie Anm. 18), S. 30–34.

47 Hahn, Ich stehe dazu (wie Anm. 1), S. 244–214.

48 Ebd., S. 220.

49 Filbinger, Baden-Württembergische Kulturpolitik (wie Anm. 39), S. 24.

ist in Baden-Württemberg eine erfolgreiche Bildungspolitik betrieben worden, die gekennzeichnet war durch eine außerordentliche Expansion, durch die Verbesserung der Bildungschancen für alle. [...]. Nunmehr sind wir an einem Punkt der Entwicklung angelangt, an dem eine gewisse Neuakzentuierung geboten erscheint.“⁵⁰



Das Verhältnis zwischen Ministerpräsident Filbinger und Kultusminister Hahn ist im November 1977 bereits deutlich abgekühlt, als beide einen Aufruf der Universität Karlsruhe veröffentlichen, nicht an studentischen Protesten gegen das geplante Hochschulgesetz teilzunehmen.

Nach Bekunden Hahns wurde seine Stellung innerhalb des Kabinetts, vor allem in Folge seines Widerstands gegen das von Filbinger 1975/76 eingeleitete Sparprogramm, immer schwächer. Filbinger, so schien es dem langgedienten Kultusminister, habe ihn in wachsendem Maße „als schwer zu lenken und zu selbstbewusst“⁵¹ empfunden. Der vorläufige Bruch zwischen beiden Männern war damit vorauszusehen und sollte nicht mehr lange auf sich warten lassen. Schon kurz nach den Landtagswahlen 1976 hatte Filbinger gegenüber Hahn eine Regierungsumbildung in absehbarer Zeit angekündigt. Schließlich offenbarte Filbinger seinem Kultusminister im Herbst

50 Ebd., S. 33.

51 Hahn, Ich stehe dazu (wie Anm. 1), S. 248.

1977, dass er dessen baldiges Ausscheiden aus dem Kabinett erwarte, um durch eine Umbildung jüngere Politiker wie den damaligen Fraktionsvorsitzenden Lothar Späth oder Filbingers persönlichen Referenten Gerhard Mayer-Vorfelder in die Regierung holen zu können. Ferner sollte nach den Plänen des Ministerpräsidenten das Kultusressort künftig in ein primär für Schulfragen zuständiges Kultus- sowie ein eigenständiges, sich mit Hochschul- und Forschungsbelangen beschäftigendes Wissenschaftsministerium aufgeteilt werden. Dieser anvisierte Ressortzuschnitt war ein schwerer Schlag gegen die bisherige Politik Hahns, da dies in den Augen des noch amtierenden Kultusministers das faktische Ende der von ihm gemeinsam mit Kiesinger begründeten Konzeption einer aufeinander abgestimmten Bildungspolitik aus einem Guss bedeutete.⁵² Hahn zeigte sich deshalb noch nicht gewillt, der Aufforderung des Ministerpräsidenten unverzüglich nachzukommen, und erst nach einem weiteren, diesmal unmissverständlichen Ultimatum Filbingers vom Januar 1978 gab der damals dienstälteste Kultusminister der Bundesrepublik seinen Rücktritt für den 11. Mai 1978 bekannt. Durchaus mit einem Anklang von Verbitterung bemerkte Hahn einige Jahre später über die Begleitumstände und Folgen seines erzwungen Rücktritts: „Mein Argument gegen eine sofortige Demission, das ich auch in der Fraktion vorbrachte, war, dass sie zu diesem Augenblick [...] aus politischen Gründen unserer Politik schweren Schaden zuführen müsse. [...]. Die Teilung in zwei Ministerien führte im Übrigen dazu, dass beide sich sehr schnell voneinander weg entwickelten und damit der Gedanke der Gesamtkonzeption faktisch aufgegeben war, wie überhaupt die Verwaltungsaufgabe nun an die Stelle der konzeptionellen Politik trat. Filbingers großer Irrtum war, dass er glaubte, seinen Führungsanspruch gegenüber den jungen nachdrängenden Kräften in der Fraktion dadurch beweisen zu müssen, dass er sich mit jüngeren Leuten im Kabinett umgab. Er handelte ohne Rücksicht auf die aktuelle politische und geistige Situation und ignorierte, dass er damit die hoffnungsvollen Ansätze einer neuen Bildungspolitik vor aller Augen zerstörte. Das Argument, das er mir gegenüber anbrachte, war, es sei am besten, mitten im Erfolg auszusteigen. Dies konnte jedoch niemanden überzeugen.“⁵³ Die Ironie der Geschichte wollte es, dass nur drei Monate nach Wilhelm Hahn Hans Filbinger selbst aus den bekannten Gründen unfreiwillig aus dem Amt des Ministerpräsidenten scheiden musste.

52 Ebd., S. 265. Ferner Matz: Kleine Geschichte (wie Anm. 3), S. 124.

53 Hahn, Ich stehe dazu (wie Anm. 1), S. 265 f.

Fazit

Die letzten Jahre der Ära Kiesinger sowie die Anfangsjahre der Ära Filbinger bescherten Baden-Württemberg einen bis dato noch nie dagewesenen Ausbau des Bildungswesens. Während Kiesinger hierbei vor allem die Rolle des tatkräftigen Visionärs und Initiators zufiel, führte Filbinger den von seinem Vorgänger auf den Weg gebrachten Reform- und Ausbauprozess fort und bemühte sich um dessen Konsolidierung. Um das Jahr 1970 lässt sich dann in weiten Teilen von Politik und Gesellschaft eine gewisse bildungspolitische Ernüchterung konstatieren, die bei Filbinger konkret dazu führte, neue politische Prioritäten zu setzen und den über geraume Zeit überproportional stark geförderten Bildungsbereich, speziell mit Blick auf die enormen Personalkosten, in seine Sparmaßnahmen miteinzubeziehen. Der große bildungspolitische Coup Filbingers war zweifelsohne der von ihm zwar primär machtpolitisch motivierte, gleichwohl pragmatisch und unideologisch zustande gebrachte Schulkompromiss von 1966/67, der einen durchaus wichtigen Beitrag zur Modernisierung des baden-württembergischen Schulwesens sowie zum Zusammenwachsen der einzelnen Landesteile leistete. Die eigentliche bildungspolitische Konstante, sowohl der ausgehenden Ära Kiesinger wie nahezu der gesamten Ära Filbinger, war jedoch Kultusminister Wilhelm Hahn, der hoch geachtete aber auch ebenso umstrittene progressiv-konservative Bildungspolitiker, der trotz aller Erfolge und Rückschläge im Laufe seiner Amtszeit stets von der Notwendigkeit einer bildungspolitischen Gesamtkonzeption für Baden-Württemberg überzeugt war.⁵⁴

54 Eine wissenschaftlich fundierte Rückschau auf die bildungsgeschichtlich für Baden-Württemberg so bedeutsamen 1960er- und 1970er-Jahre ist daher ohne eine tiefergehende Analyse der facettenreichen Persönlichkeit und des wissenschaftlichen wie politischen Wirkens des 1996 verstorbenen Wilhelm Hahn kaum zu leisten. Eine historisch-kritische Biographie zu ihm stellt allerdings noch ein Desiderat dar.

Die wirtschaftliche Entwicklung Baden-Württembergs in den 1970er-Jahren

Die 1970er-Jahre waren in ökonomischer Hinsicht ein ausgesprochen spannendes Jahrzehnt. So trafen das Ende des Währungssystems von Bretton Woods, die Ölpreiskrisen im Herbst 1973 und ab Frühjahr 1979 sowie massive Tarifkonflikte aufeinander, die dieses Jahrzehnt auch unter ökonomischen Gesichtspunkten ungewohnt turbulent gestalten. Bereits jedes einzelne dieser Ereignisse stellte einen exogenen Schock für die Wirtschaft dar. Diese Verschlechterung der Rahmenbedingungen beendete die lang anhaltende Phase des sogenannten „Wirtschaftswunders“, die seit den 1950er-Jahren von stetigem Wirtschaftswachstum und Vollbeschäftigung geprägt war.¹

In diesem Beitrag werden zunächst der Zusammenbruch des Bretton-Woods-Systems, die Ölpreiskrise und die Tarifstreitigkeiten mit Hilfe entsprechender Kennzahlen betrachtet. Anschließend werden jene Faktoren untersucht, die Baden-Württemberg krisenanfällig bzw. krisenfest gemacht haben könnten. Dabei richtet sich der Blick vergleichend auf Baden-Württemberg und die frühere Bundesrepublik. Gefragt wird, wie Baden-Württemberg von der Krise getroffen wurde und wie sich der deutsche Südwesten im Vergleich zum restlichen Bundesgebiet entwickelt hat. Es wird sich zeigen, dass Baden-Württemberg deutlich schwächer von der ersten und zweiten Ölpreiskrise getroffen wurde als die übrige Bundesrepublik. Unverzüglich drängt sich deshalb die Frage auf, welche Faktoren diese Krisenfestigkeit begünstigt haben. Um die kurzfristige wirtschaftliche Entwicklung in den 1970er-Jahren besser einordnen und verstehen zu können, ist es darüber hinaus sinnvoll, den Blick auch auf die langfristige bzw. mittelfristige Entwicklung zu richten. Aus diesem Grund werden in diesem Beitrag auch die 1960er- und 1980er-Jahre berücksichtigt.

¹ Vgl. zusammenfassend Anselm Doering-Manteuffel/Lutz Raphael: Nach dem Boom. Perspektiven auf die Zeitgeschichte. 3. Aufl. Göttingen 2012.

Die Ausgangslage

Das Ende des Bretton-Woods-Systems

Den ersten hier betrachteten exogenen Schock stellte der Zusammenbruch des Systems fester Wechselkurse von Bretton Woods dar.² Im Zuge des Vietnamkrieges, den die USA durch eine Erhöhung der Geldmenge finanzierten, nahm die weltweit verfügbare Menge an US-Dollar zu. Die Folge war, dass die Deutsche Bundesbank intervenieren musste, um den fixen Wechselkurs zwischen D-Mark und US-Dollar zu gewährleisten und somit US-Dollar gegen D-Mark aufkaufte. Hierdurch weitete sich das Angebot an D-Mark aus, was zu einer Inflation führte. Im Frühjahr 1971 wurde die D-Mark vorübergehend aus dem Bretton-Woods-System herausgenommen und die Deutsche Bundesbank ging zu flexiblen Wechselkursen über. Die Folge war eine starke Aufwertung der D-Mark gegenüber dem US-Dollar. Von Dezember 1971 bis Anfang 1973 kehrte Deutschland noch einmal zum System von Bretton Woods zurück. Eine Spekulationswelle brachte dann im März 1973 den endgültigen Ausstieg der Bundesrepublik aus dem Währungssystem. Die D-Mark wertete infolgedessen gegenüber dem US-Dollar weiter auf.

Durch diese Aufwertung wurden auf der einen Seite die deutschen Exporte im Ausland verteuert, wodurch sich die Wettbewerbsfähigkeit der exportorientierten deutschen Wirtschaft verschlechterte. Auf der anderen Seite verbilligten sich die Importe, da die in US-Dollar gehandelten Waren nun für weniger D-Mark erworben werden konnten. Ferner nutzte die Deutsche Bundesbank nach dem endgültigen Ende des Bretton-Woods-Systems 1973 ihre gewonnene Freiheit und verfolgte bis Ende 1974 eine kontraktive Geldpolitik, um durch eine Verknappung der Geldmenge die Inflation in den Griff zu bekommen. Die Folge dieser Geldpolitik waren hohe Zinsen, die das Wirtschaftswachstum wiederum bremsen.

Die erste Ölpreiskrise 1973

Einen weiteren exogenen Schock stellte die Ölpreiskrise im Herbst 1973 dar.³ Ab Oktober 1973 kam es zu einer unerwartet starken Erhöhung des

2 Dieses internationale Währungssystem wurde nach dem Urlaubsort Bretton Woods in New Hampshire in den USA benannt, in dem sich 1944 die Vertreter der Teilnehmerstaaten getroffen hatten, um die Grundlagen des Währungssystems zu beschließen.

3 Vgl. Mark Spoerer/Jochen Streb: Neue Deutsche Wirtschaftsgeschichte des 20. Jahrhunderts, Oldenburg 2013, S. 220 ff.

Ölpreises, die aufgrund einer Drosselung der Erdölförderung durch die OAPEC (Organisation der arabischen Erdöl exportierenden Länder) hervorgerufen wurde. Der Anlass für diese Drosselung war der Jom-Kippur-Krieg (6. bis 26. Oktober 1973) zwischen Israel und den arabischen Staaten. Die arabischen Staaten wollten die westlichen erdölabhängigen Industrienationen unter Druck setzen, damit diese Länder ihre pro-israelische Einstellung änderten. Die Preiserhöhung war ebenfalls eine Reaktion auf den bereits erwähnten Wertverlust des US-Dollars, mit dem weltweit Erdölprodukte bezahlt wurden. Der Wertverlust des US-Dollars bedeutete für die erdölexportierenden Staaten sinkende Einnahmen.



Die Ölkrise fördert nicht selten die Kreativität der Betroffenen: So erleben alternative Kraftstoffe einen vorübergehenden Aufschwung, wie hier bei einem „Adler-Diplomat“ von 1936, der mit Holz und Torf betrieben wurde.

Für die Unternehmen in den Industrieländern stellte der stark gestiegene Ölpreis einen Angebotsschock dar. Durch den höheren Preis für Erdöl stiegen die Produktionskosten der Unternehmer, die wiederum über gestiegene Absatzpreise an die Konsumenten weitergegeben wurden. Die Nachfrage nach Rohöl war kurzfristig unflexibel, da die Unternehmer nicht durch den Ersatz des Öls durch andere Energieträger auf die gestiegenen Preise reagie-

ren konnten. Erst langfristig konnte mithilfe neuer Technologien energieeffizientere Maschinen eingesetzt werden oder auf andere Energielieferanten (z. B. Atomenergie oder Wind- und Wasserkraft) zurückgegriffen werden.



Im November 1972 kommt es vielerorts, so wie hier in Stuttgart, aufgrund des Benzinmangels zu geschlossenen Tankstellen.

Die Folge war, dass aufgrund der gestiegenen Absatzpreise, der Verknappung des Produktionsfaktors Energie sowie des Rückgangs der Kaufkraft weniger Waren verkauft wurden. Diese Entwicklung führte schließlich dazu, dass Arbeitskräfte entlassen wurden und somit die Arbeitslosigkeit zunahm. Dieses Phänomen wird als Stagflation bezeichnet. Das Wort setzt sich zusammen aus Stagnation (= stagnierendes Wirtschaftswachstum) und Inflation (= steigende Preise). Für die Ökonomen der damaligen Zeit war diese Entwicklung neuartig, war man doch daran gewöhnt, dass die Preise im wirtschaftlichen Aufschwung anstiegen und in der Rezession sanken. Ebenfalls neu war der gleichzeitige Anstieg der Arbeitslosenzahlen und des Preisniveaus.

Als Antwort auf die Ölpreiskrise und die damit gestiegenen Preise für Treibstoff und Rohöl wurde von der Bundesregierung das sogenannte Ener-

giesicherungsgesetz vom 9. November 1973 erlassen. Es sah ein Fahrverbot an vier Sonntagen sowie eine Geschwindigkeitsbegrenzung von 100 km/h an allen anderen Tagen auf deutschen Autobahnen vor. Durch diese Maßnahmen sollte der Treibstoffverbrauch reduziert werden. Am 25. November 1973 galt das erste Fahrverbot für Motorfahrzeuge.



Am 9. Dezember 1973, dem dritten autofreien Sonntag, ruft der Schwäbische Albverein mit großer Resonanz zum Wandern auf der A 81 auf.

Infolge des Ölpreisanstiegs ging das Wirtschaftswachstum, gemessen mithilfe des realen Bruttoinlandsproduktes (BIP), zurück (vgl. Abb. 1). Dieser Einbruch war für die deutsche Bevölkerung dramatisch, da man an ausgesprochen hohe Wachstumsraten in der Zeit des „Wirtschaftswunders“ der 1950er- und 1960er-Jahre gewöhnt war. Abgesehen von der Rezession 1967 waren die Wachstumsraten in den 1960er-Jahren mit bis zu 10 Prozent in Baden-Württemberg vergleichsweise hoch gewesen. Die Wirtschaft Baden-Württembergs wuchs zudem in den meisten Jahren stärker als im Bundesgebiet. Der Einbruch des Wirtschaftswachstums war dann in den Jahren 1974 und 1975 in Baden-Württemberg jedoch ungewohnt stärker als in der Bundesrepublik. Im Frühjahr 1979 kam es abermals zu einem Anstieg der Rohölpreise. Die Folgen waren die gleichen wie bei der ersten Ölpreiskrise. Demgegenüber hatte die zweite Ölpreiskrise einen weniger starken Einbruch des Wirtschaftswachstums in Baden-Württemberg zur Folge als im Bundesgebiet.

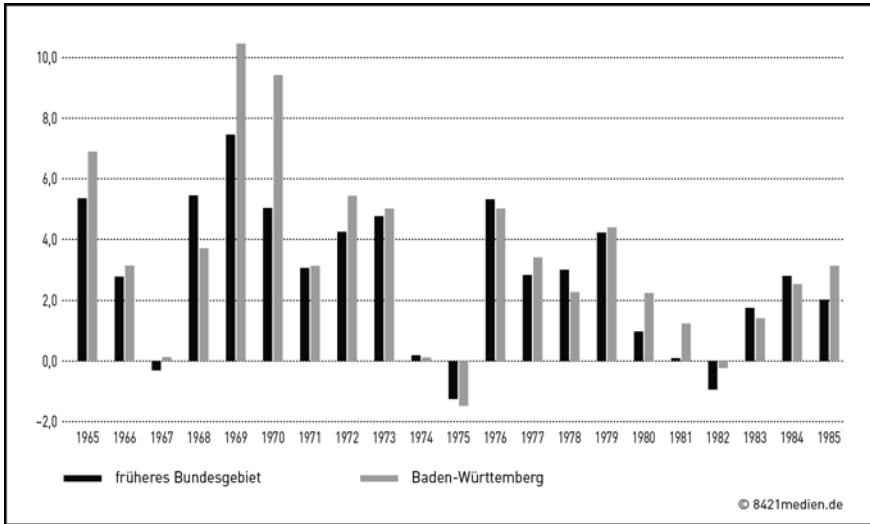


Abb. 1: Wachstum des realen Bruttoinlandsproduktes der Bundesrepublik Deutschland und Baden-Württembergs (1965–1985, in %)

Quelle: Eigene Berechnungen auf der Basis von Daten des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg und des Statistischen Bundesamtes sowie Albrecht Ritschl/Mark Spoerer: Das Bruttosozialprodukt in Deutschland nach den amtlichen Volkseinkommens- und Sozialproduktstatistiken 1901–1995, in: *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte* 1997/2, S. 53/54.

Mit dem Rückgang des Wirtschaftswachstums nahm die Arbeitslosigkeit (gemessen als der Anteil der Arbeitslosen an den abhängig zivilen Erwerbspersonen) zu (vgl. Abb. 2). Sie stieg nach einer Phase der Voll- bzw. Überbeschäftigung in den 1960er-Jahren stufenweise in den 1970er- und 1980er-Jahren an. Im Jahr 1975 wurden ungewöhnlich hohe Quoten von 3,5 Prozent in Baden-Württemberg und 4,7 Prozent im gesamten Bundesgebiet erreicht. Für Ökonomen war – wie bereits erwähnt – dieses gleichzeitige Auftreten von rückläufigem Wirtschaftswachstum und Inflation sowie einer Zunahme der Arbeitslosigkeit eine neuartige Entwicklung. Zum anderen war ungewöhnlich, dass die Arbeitslosenquote nach der Krise nicht wieder auf das niedrige Vorkrisenniveau zurückging, sondern eine sogenannte Sockelarbeitslosigkeit bestehen blieb. Der Frage, wie es Baden-Württemberg geschafft hat, trotz des stärkeren Einbruchs des Wirtschaftswachstums eine geringere Arbeitslosenquote als im Bundesgebiet zu realisieren, wird später noch nachgegangen werden. Zuvor aber gilt es, noch auf den dritten exogenen Schock der damaligen Zeit einzugehen.

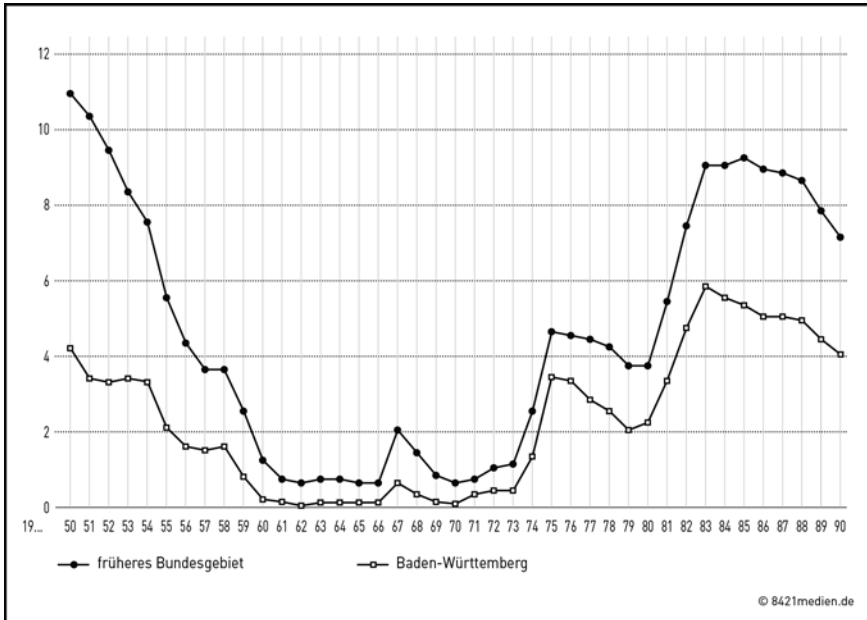


Abb. 2: Arbeitslosenquote in der Bundesrepublik Deutschland und Baden-Württemberg (1960–1988, in %)

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit und Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Lohnerhöhungen

Nach der Zeit des „Wirtschaftswunders“, die durch eine moderate Entwicklung der Löhne geprägt war, kam es zu Beginn der 1970er-Jahre zu starken Lohnerhöhungen. Hierdurch stiegen die Arbeitskosten auf Unternehmerseite an und es kam zu einer weiteren Verschlechterung der Rahmenbedingungen. Bereits 1970 wurden im öffentlichen Dienst die Löhne um 8 Prozent und in der Stahlindustrie um 13,5 Prozent erhöht. In Baden-Württemberg erreichte Willi Bleicher als Leiter des Bezirks Stuttgart der IG Metall im Jahr 1970 eine 12,2-prozentige Lohnerhöhung. 1971 erkämpft er dann zwar nicht die geforderten 11 Prozent, doch wurden die Löhne um 7,5 Prozent erhöht und eine Einmalzahlung von 180 Mark netto vereinbart.⁴

⁴ Vgl. Hermann Abmayr: Wir brauchen kein Denkmal. Willi Bleicher: Der Arbeiterführer und seine Erben, Stuttgart 1992, S. 126–129.



Tarifverhandlungen während des Metallerstreiks 1971. Im Vordergrund für die Arbeitnehmerseite IG Metall-Bezirksleiter Willi Bleicher (l.) und Bezirkssekretär Franz Steinkühler (r.), im Hintergrund für die Arbeitgeberseite Audi-NSU-Vorstand Viktor Frankenberger (M.) und der Daimler-Vorstand und spätere Arbeitgeberpräsident Hanns Martin Schleyer (2. v. r.).

In der Folge forderten 1974 in Westdeutschland die Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV) und die Deutsche Postgewerkschaft (DPG) eine 15-prozentige Lohnerhöhung sowie die Deutsche Angestelltengewerkschaft (DAG) 14 Prozent. Nach einem dreitägigen Streik der Müllwerker und Straßenbahner 1974 einigten sich Gewerkschaftsführer Heinz Kluncker aus Stuttgart und Innenminister Hans-Dietrich Genscher auf eine Lohnerhöhung von 11 Prozent. Ein zentraler Grund für die Lohnforderungen war insbesondere die zunehmende Inflation, die den realen Lohn sinken ließ. Die Forderung der Arbeitnehmer nach höheren Löhnen war demnach verständlich, allerdings war auch absehbar, dass die Preise in einer Phase des wirtschaftlichen Abschwungs steigen würden, was wiederum die Ablehnung höherer Löhne durch die Arbeitgeber nachvollziehbar macht.

Zur baden-württembergischen Krisenfestigkeit

Somit kam es zu Beginn der 1970er-Jahre in dreierlei Hinsicht zu einer Verschlechterung der Rahmenbedingungen. Welchen Einfluss jedes einzelne

dieser Ereignisse auf die baden-württembergische Wirtschaft hatte, kann im Rahmen dieses Beitrags nicht endgültig beantwortet werden. Im Folgenden werden aber jene Aspekte betrachtet, die Baden-Württemberg insbesondere krisenfest bzw. krisenanfällig gemacht haben könnten.

Abhängigkeit von Energie

Entscheidend für den Einfluss steigender Ölpreise auf die wirtschaftliche Lage ist, ob die Wirtschaft einer Region stark von diesem Energieträger abhängig ist. Nutzen die Unternehmen einer Region ausschließlich oder zu großen Teilen Erdöl als Energielieferant, dann hat eine starke Erhöhung der Ölpreise bzw. eine Verringerung des Angebots an Rohöl einen stärkeren Effekt, als wenn die Unternehmen die Produktion leicht auf einen anderen Energieträger (z. B. Wind- und Wasserkraft bzw. Atomkraft) umstellen können oder diesen alternativen Energieträger bereits nutzen. Hierbei spielt die Branchenstruktur einer Region eine entscheidende Rolle. So benötigt beispielsweise die chemische Industrie Rohöl als Produktionsfaktor und ist demnach besonders abhängig vom Rohölangebot. Auf der anderen Seite ist der Absatz in der Automobilindustrie eng damit verbunden, wie sich die Treibstoffpreise entwickeln. Steigen die Treibstoffpreise, dann hat dies negative Auswirkungen auf den Automobilabsatz.

Die Hauptenergieträger in Baden-Württemberg waren bis zum Ende der 1980er-Jahre Mineralöle. Zu diesen aus Erdöl gewonnen Ölen zählen Kraftstoffe wie Benzin, Diesel und Kerosin sowie Heizöl und Schmieröle. Im Jahr 1973 wurde der maximale Anteil an Mineralöl als Primärenergielieferant erreicht. Anschließend nahm die Bedeutung des Mineralöls immer weiter ab. Jedoch wies Baden-Württemberg mit einem Anteil von 75 Prozent im Jahr 1973 einen deutlich höheren Mineralölanteil beim Primärenergieverbrauch auf als die gesamte Bundesrepublik, die zum damaligen Zeitpunkt ihren Primärenergieverbrauch zu 55 Prozent aus Mineralöl deckte. Demgegenüber nutzte die Bundesrepublik einen größeren Anteil an Stein- und Braunkohle als Energielieferanten. Zudem gewann die Kernenergie mit der ersten Ölpreiskrise rasch an Bedeutung.⁵

5 Vgl. Statistisches Landesamt Baden-Württemberg: Energiebilanzen für Baden-Württemberg, Stand 12. November 2013, in: www.statistik.baden-wuerttemberg.de/umweltVerkehr/Landesdaten/#EB (zuletzt geprüft: 7.7.2014) sowie Statistisches Bundesamt: Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen, in: www.ag-energiebilanzen.de/DE/daten-und-fakten/zeitreihen-bis-1989/zeitreihen-bis-1989.html (zuletzt geprüft: 7.7.2014).



Der baden-württembergische Ministerpräsident Lothar Späth 1980 vor dem Atomkraftwerk Obrigheim. Neben Obrigheim wurden in den 1970er- und 1980er-Jahren für Baden-Württemberg in Karlsruhe, Neckarwestheim und Philippsburg Kernkraftwerke gebaut.

Energieintensität

Neben dieser starken Abhängigkeit von Erdöl — gerade im Fall von Baden-Württemberg — ist insbesondere von Bedeutung, wie energieintensiv die Industrie einer Region produziert. Dabei zeigt sich, dass die Produktion im Zeitraum von 1965 bis 1990 in Baden-Württemberg deutlich weniger energieintensiv war als in der gesamten Bundesrepublik. Zudem hat die Energieintensität in diesem Zeitraum insgesamt abgenommen.⁶ Diese Beobachtung kann zwei Ursachen haben. Zum einen konnte die Industrie in Baden-Württemberg energieeffizienter produzieren, da sie möglicherweise modernere und energiesparende Maschinen besaß als andere Regionen in der Bundesrepublik. Auf der anderen Seite kann die höhere Energieintensität der Bundesrepublik auf der unterschiedlichen Wirtschaftsstruktur beruhen, so dass in anderen Teilen der Bundesrepublik, beispielsweise in der Schwerindus-

⁶ Eigene Berechnungen auf Basis von: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Energiebilanzen (wie Anm. 5) und Quelle Abb. 1.

trie in Nordrhein-Westfalen, deutlich mehr Energie benötigt wurde als etwa im Maschinenbau oder in der Elektrotechnik in Baden-Württemberg.

Industriestruktur

Ein Blick auf die Industriestruktur in Baden-Württemberg (vgl. Tab. 1) zeigt, dass seit 1970 die Branchen der Investitionsgüterindustrie – namentlich Maschinenbau, Straßenfahrzeugbau (mit Reparatur von Kraftfahrzeugen) und die Elektrotechnik – das Verarbeitende Gewerbe, gemessen mit Hilfe der Beschäftigtenanteile, dominierten. Die einst bedeutende Textilindustrie hat demgegenüber seit den 1960er-Jahren stark an Bedeutung eingebüßt.

Tab. 1: Beschäftigtenanteile ausgewählter Branchen in Baden-Württemberg 1950–1990 (in %)

Branche	1950	1960	1970	1980	1990
Maschinenbau	12,4	16,1	16,5	17,5	19,0
Straßenfahrzeugbau	7,1	8,4	10,8	14,1	15,5
Elektrotechnik	8,2	13,6	15,8	16,4	17,3
Feinmechanik, Optik, Uhren	4,7	4,9	4,7	4,3	3,4
Eisen-, Blech-, Metallwaren	6,2	5,1	4,2	4,3	4,7
Herstellung chem. Erzeugnisse	3,5	3,2	4,0	4,2	4,7
Textilgewerbe	17,3	12,1	9,4	6,7	4,1
Zusammen	59,4	63,4	65,4	67,5	68,7

Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Hinsichtlich der Ölpreiskrise stellt sich also die Frage, welchen Einfluss die Verteuerung des Erdöls insbesondere auf die beschäftigungsstarken Branchen – wie Maschinenbau, Straßenfahrzeugbau und Elektrotechnik – in Baden-Württemberg hatte. Die beiden Branchen Maschinenbau und Elektrotechnik gelten als wenig energieintensiv und wurden demnach nicht übermäßig stark von der Ölpreiskrise getroffen. Im Falle der Automobilindustrie stellte das Rohöl zusätzlich ein Komplementärgut zum Auto dar. Der Kauf eines Autos war (und ist) an den Erwerb von Benzin oder Diesel gekoppelt, deren Preise ebenfalls stark anstiegen und somit den Autokauf unattraktiv machten. Daher lohnt ein Blick auf die Frage, wie der größte Automobilbauer Baden-Württembergs, die Daimler-Benz AG, die Krise gemeistert hat.

Die Daimler-Benz AG und die Krise

Die Daimler-Benz AG war auch in den 1970er-Jahren das größte Unternehmen Baden-Württembergs. Im innerdeutschen Vergleich kam sie gut durch die Krise. Zwar sank der Inlandsabsatz um 4,4 Prozent, doch konnte der Auslandsumsatz mit 25,4 Prozent gesteigert werden. Die Zahl der Beschäftigten ging von 1973 bis 1975 lediglich um 4080 Mitarbeiter zurück. Hierzu waren jedoch weder Entlassungen noch Kurzarbeit oder Abfindungen nötig, da es sich um die übliche Mitarbeiterfluktuation handelte. Jene Mitarbeiter, die das Unternehmen verließen, wurden in der Krise nicht ersetzt.⁷

Tab. 2: Wachstumsraten der Produktion von Pkw und Kombi 1970–1985 (in %)

Jahr	Daimler-Benz AG	Bundesgebiet
1970	9,2	6,5
1971	1,4	4,8
1972	13,9	-4,7
1973	2,4	3,6
1974	2,5	-22,2
1975	3,0	2,4
1976	5,8	22,0
1977	8,3	6,9
1978	-2,0	2,6
1979	7,4	1,1
1980	1,7	-10,5
1981	2,8	1,6
1982	3,9	5,1
1983	3,9	3,1
1984	0,4	-2,3
1985	13,2	9,9

Quelle: Daimler-Benz AG Stuttgart (1980 und 1985), Geschäftsbericht und Jahresabschluss.

⁷ Vgl. Elfriede Grunow-Osswald: Wirtschaftskrisen – Wendepunkte für den Konzern? Daimler-Benz 1960–1985, München 2013, S. 94 f.; sowie Daimler-Benz AG: Jahresbericht, Stuttgart 1980, S. 84.



Deutsche und ausländische Arbeitskräfte beim gemeinsamen Streik an den Daimler-Werken in Sindelfingen 1978.

Als Grund für die Krisenfestigkeit des Unternehmens wird genannt, dass es seine Produktionskapazitäten langfristig plante, somit in der Hochkonjunktur mit längeren Lieferzeiten arbeitete und in der Krise bereits bestellte Fahrzeuge fertigte und auslieferte.⁸ Auch unterlag die Produktion von PKW und Kombi der Daimler-Benz AG weitaus geringeren Schwankungen als die Produktion dieser Fahrzeugtypen im übrigen Bundesgebiet, wie Tabelle 2 verdeutlicht. Diese stetige Entwicklung der Daimler-Benz AG hatte dementsprechend auch positive Auswirkungen auf die zahlreichen Zulieferer in der Region. Die baden-württembergische Automobilindustrie schien somit trotz ihrer Abhängigkeit vom Rohöl stabilisierend auf die Wirtschaft Baden-Württembergs in den 1970er-Jahren gewirkt zu haben.

Wettbewerbsfähigkeit: Arbeitsproduktivität, „Gastarbeiter“, Innovationsfähigkeit und Außenhandel

Neben der direkten Abhängigkeit vom Energielieferanten Erdöl spielte auch die Wettbewerbsfähigkeit der baden-württembergischen Wirtschaft eine entscheidende Rolle bei der Überwindung der Krise. Dabei wurde die

⁸ Vgl. Gottlieb Daimlers Selige Erben; in: Die ZEIT vom 8.8.1975.

Wettbewerbsfähigkeit auf unterschiedliche Weise beeinflusst. Die Aufwertung der D-Mark machte nicht nur die baden-württembergischen Exporte auf dem Weltmarkt teurer – vor dieses Problem war die gesamte deutsche Wirtschaft gestellt. Auch die Lohnerhöhungen waren ein gesamtdeutsches Phänomen. Allerdings wirken sich Lohnerhöhungen erst dann negativ auf die Wettbewerbsfähigkeit aus, wenn die Arbeitsproduktivität nicht im gleichen Maße gesteigert werden kann. Betrachten wir somit im Folgenden, wie sich die Arbeitsproduktivität im Vergleich zu den Löhnen entwickelt hat.

Bei einem Vergleich des Wachstums der Erwerbstätigenproduktivität, des Arbeitnehmerentgelts je Arbeitnehmer⁹ sowie der Lohnstückkosten¹⁰ fällt auf, dass das starke Wachstum des Arbeitnehmerentgelts je Arbeitnehmer insbesondere zu Beginn der 1970er Jahre auf die zunehmenden Lohnforderungen zurückgeführt werden kann.¹¹ Die Erwerbstätigenproduktivität, die sich aus dem Verhältnis vom realen Bruttoinlandsprodukt zu Erwerbstätigen ergibt, wuchs mit deutlich niedrigeren Raten, wodurch die Lohnstückkosten entsprechend in die Höhe getrieben wurden. Darüber hinaus zeigt sich aber, dass die Erwerbstätigenproduktivität in Baden-Württemberg stets höher war als im gesamten Bundesgebiet.¹² Die Lohnstückkosten lagen somit in Baden-Württemberg stets unterhalb der Lohnstückkosten in der Bundesrepublik, wodurch Baden-Württemberg trotz gleich hoher Arbeitnehmerentgelte wie im übrigen Bundesgebiet günstiger produzieren konnte und

9 „Das Arbeitnehmerentgelt (Inland) umfasst sämtliche Geld- und Sachleistungen, die den innerhalb eines Wirtschaftsgebietes beschäftigten Arbeitnehmern aus den Arbeits- oder Dienstverhältnissen zugeflossen sind. Das Arbeitnehmerentgelt setzt sich zusammen aus den Bruttolöhnen und -gehältern sowie den tatsächlichen und unterstellten Sozialbeiträgen der Arbeitgeber.“ Siehe www.statistik.sachsen-anhalt.de/apps/StrukturKompass/indikator/zeitreihe/65 (zuletzt geprüft: 7.7.2014).

10 Lohnstückkosten werden gesamtwirtschaftlich definiert als „die Relation zwischen Arbeitnehmerentgelt je beschäftigten Arbeitnehmer zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) in konstanten Preisen je Erwerbstätigen.“ Siehe Gabler Wirtschaftslexikon, Stichwort: Lohnstückkosten, online unter <http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Archiv/139312/lohnstueckkosten-v4.html> (zuletzt geprüft: 7.7.2014).

11 Eigene Berechnungen auf Basis der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Länder (Dezember 2007), Rückrechnung 1970 bis 1991, in: www.vgrdl.de/Arbeitskreis_VGR/ergebnisse.asp (zuletzt geprüft: 7.7.2014) sowie Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (Hrsg.): Jahresgutachten 1997/98. Wachstum, Beschäftigung, Währungsunion – Orientierungen für die Zukunft, Stuttgart 1997.

12 Ebd.

folglich wettbewerbsfähiger war. Somit verwundert es nicht, dass dieses Bundesland vergleichsweise leicht die Krise der 1970er-Jahre überwinden konnte.

Eine weitere Besonderheit des Arbeitsmarktes der damaligen Zeit stellen die „Gastarbeiter“ dar, die ursprünglich als konjunktureller Puffer ins Land geholt worden waren. In den 1960er-Jahren befand sich der Arbeitsmarkt trotz Vollbeschäftigung nicht im Gleichgewicht. Vielmehr lag Überbeschäftigung vor, d. h. es waren mehr freie Stellen gemeldet als Erwerbspersonen Arbeit suchten. Diese Phase der Überbeschäftigung dauerte von 1959 bis 1973. Mit dem Jahr 1975 überstieg dann erstmals seit Mitte der 1950er-Jahre die Anzahl der Arbeitslosen die gemeldeten Stellen wieder deutlich.¹³

Mit dem starken Rückgang der Arbeitslosenzahlen kam es seit dem Ende der 1950er-Jahre zu einer Zuwanderung von Arbeitskräften aus den sogenannten Anwerbestaaten, zu denen insbesondere Italien, Spanien, Griechenland, Türkei, Portugal und Jugoslawien zählten.¹⁴ Im Dezember 1955 war das erste Anwerbeabkommen mit Italien geschlossen worden. Die ausländischen Arbeitskräfte sollten die Lücke zwischen der inländischen Arbeitsnachfrage und dem inländischen Arbeitsangebot schließen, die speziell in den industriellen Zentren der Bundesrepublik herrschte. Abbildung 3 gibt einen Überblick über die Entwicklung der beschäftigten ausländischen Arbeitnehmer in den Bundesländern Baden-Württemberg, Bayern, Hessen und Nordrhein-Westfalen.

Die Anzahl der beschäftigten ausländischen Arbeitnehmer wurde zur besseren Vergleichbarkeit zusätzlich auf die Anzahl der Erwerbstätigen in den jeweiligen Bundesländern bezogen. Auffallend ist dabei, dass in den 1960er-Jahren in der Phase der Vollbeschäftigung der Anteil der ausländischen Arbeitnehmer stark anstieg. Die Rezession von 1966/67 ist durch einen deutlichen Rückgang des Anteils der ausländischen Arbeitnehmer zu erkennen. Der Anteil der ausländischen Arbeitnehmer ist in den vier Bundesländern bis 1973, dem Jahr des Anwerbestopps, stark gestiegen. Anschließend sank er jedoch nur leicht, da die ausländischen Arbeitnehmer größtenteils nicht – wie anfangs geplant – in ihre Heimatländer zurückkehrten, sondern sich langfristig in der Bundesrepublik niederließen. Unter den betrachteten Bundesländern hatte Baden-Württemberg mit 13,5 Prozent den höchsten

13 Vgl. Statistisches Landesamt Baden-Württemberg: Lange Reihen Baden-Württemberg, CD-ROM, Stuttgart 2006.

14 Die Anzahl der Arbeitskräfte aus den afrikanischen Anwerbestaaten Marokko und Tunesien war vergleichsweise gering.

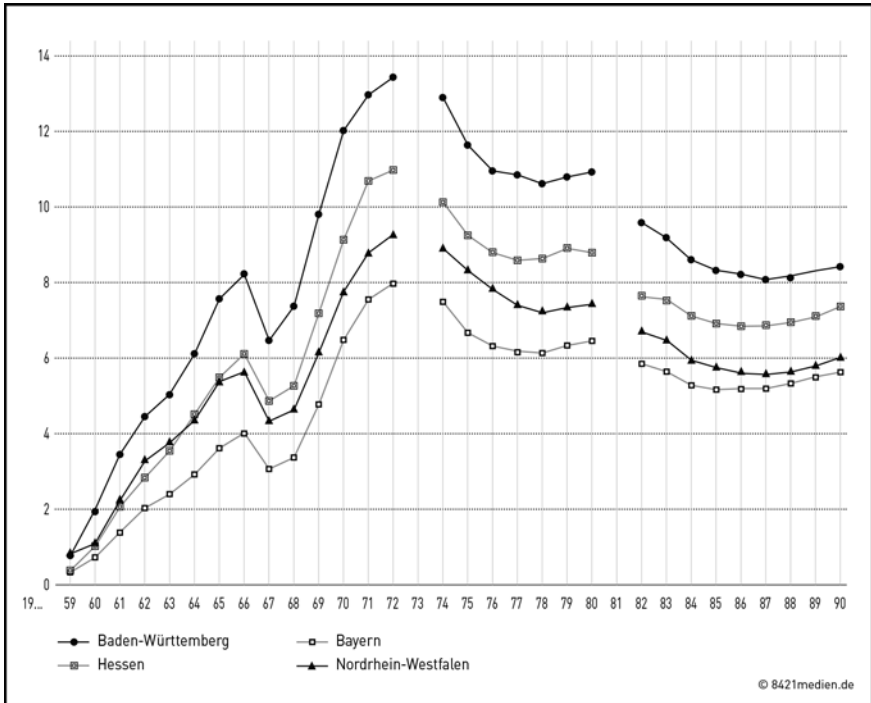


Abb. 3: Anteil ausländischer Beschäftigter an den Erwerbstätigen in Baden-Württemberg, Bayern, Hessen und Nordrhein-Westfalen (in %)

Quelle: Eigene Berechnungen auf der Basis von Daten des Statistischen Bundesamts. Für die Jahre 1973 und 1981 liegen keine Angaben vor.

Anteil der beschäftigten ausländischen Arbeitnehmer an allen Erwerbstätigen im Jahr 1972. Aber auch Hessen und Nordrhein-Westfalen waren Bundesländer, die einen vergleichsweise großen Zustrom an „Gastarbeitern“ verzeichnen konnten.

Diese Zahlen verdeutlichen, dass die „Gastarbeiter“ mehr als nur ein zeitlich begrenzter konjunktureller Puffer waren. Sie haben langfristig die Erwerbstätigenstruktur der Bundesländer verändert. Ihre Wirkung auf die wirtschaftliche Entwicklung ist dabei nicht eindeutig zu beschreiben. Auf der einen Seite haben sie die Arbeitskräftelücke in der Zeit des „Wirtschaftswunders“ geschlossen und somit eine höhere Kapazitätsauslastung ermöglicht. Auf der anderen Seite schienen die „Gastarbeiter“ weniger Humankapital als die übrigen Erwerbstätigen besessen zu haben. So lag die Facharbeiterquote bei lediglich 14 Prozent im Vergleich zu 40 Prozent bei der gesamten Arbeiterschaft in der Bundesrepublik. Zudem waren die Aufstiegschancen von ungelernten

ausländischen Arbeitern zum Facharbeiter mit drei Prozent vergleichsweise gering.¹⁵ Somit haben die „Gastarbeiter“ möglicherweise das durchschnittliche Humankapital in den Bundesländern verringert. Darüber hinaus haben sie eventuell produktivitätssteigernde Kapitalinvestitionen gemindert, die ohne die „Gastarbeiter“ dringend notwendig und aufgrund der Knappheit des Produktionsfaktors Arbeit auch rentabel gewesen wären. Sie hätten langfristig die Produktivität der Bundesländer steigern können. Diesen Überlegungen steht jedoch die wirtschaftliche Entwicklung von Baden-Württemberg, aber auch diejenige von Hessen entgegen, denn beide Länder mit den größten Anteilen an beschäftigten ausländischen Arbeitnehmern unter den deutschen Flächenländern zählen bis heute zu den erfolgreichsten Bundesländern. Diesem Erwerbstätigenkreis einen durchweg negativen Einfluss auf die langfristige wirtschaftliche Entwicklung eines Landes zu attestieren, wäre also nicht gerechtfertigt.

Die kurzfristige Wirkung der „Gastarbeiter“ in der Krise der 1970er-Jahre ist ebenfalls schwer abzuschätzen. Zwar wurden nach 1973 keine weiteren Arbeiter angeworben, aber die meisten von ihnen blieben in Deutschland und erfüllten eben nicht die Aufgabe eines konjunkturellen Puffers. Inwiefern sie den Arbeitsmarkt der 1970er-Jahre be- bzw. entlasteten, kann an dieser Stelle nicht gesagt werden.

Die langfristige Entwicklung einer Region ist ebenfalls entscheidend dafür, wie rasch sie sich von einem Konjunktureenbruch erholen kann. Als entscheidende Determinante des langfristigen Wirtschaftswachstums kann die Innovationsfähigkeit einer Region gesehen werden. Die Modelle der sogenannten neuen Wachstumstheorie zeigen, dass der technische Fortschritt (ein Synonym für Innovationen) die treibende Kraft für das langfristige Wirtschaftswachstum industrialisierter Regionen ist.¹⁶ Es stellt sich somit die Frage, wie es um die baden-württembergische Innovationskraft in den 1970er-Jahren bestellt war.

Ein häufig verwendeter Indikator für die Innovationsfähigkeit eines Unternehmens oder einer Region sind die angemeldeten oder gewährten Paten-

15 Vgl. Werner Abelshauser: Die Deutsche Wirtschaftsgeschichte. Von 1945 bis zur Gegenwart. 2. Aufl. München 2011, S. 324.

16 Vgl. Hans-Rimbert Hemmer/Andreas Lorenz: Grundlagen der Wachstumsempirie, München 2004, S. 63 f.; Gene Grossman/Elhanan Helpman: Innovation and Growth in the Global Economy, Massachusetts 1991; Alfred Maußner/Rainer Klump: Wachstumstheorie, Berlin 1996, S. 256–262; Paul Romer: Endogenous Technological Change, in: Journal of Political Economy 98 (5), 1990, S. 71–102; sowie Knut Koschatzky: Räumliche Aspekte im Innovationsprozess: Ein Beitrag zur neuen Wirtschaftsgeographie aus Sicht der regionalen Innovationsforschung, Münster 2001, S. 70 f.

te.¹⁷ Patente schützen eine technische Erfindung und geben dem Erfinder (bzw. Anmelder) das Recht, diese Erfindung für einen bestimmten Zeitraum allein zu nutzen. In diesem Beitrag werden gewährte Patente anstelle von lediglich angemeldeten Patenten betrachtet. Der Vorteil des Indikators „gewährte Patente“ ist, dass diese Patente einer Untersuchung durch das Patent- und Markenamt in München unterzogen wurden. Der Patentprüfer stellt dabei sicher, dass die Erfindung den Kriterien Neuheit, gewerbliche Anwendbarkeit und erfinderische Tätigkeit genügt.

Aufgrund fehlender Patentdaten auf Bundesländerebene in den 1960er- und 1970er-Jahren wird hier eine Stichprobe verwendet, die der Datenbank des Deutschen Patent- und Markenamtes *DEPATISnet* entnommen wurde und sich auf die westdeutschen Bundesländer bezieht.¹⁸ Wird die Betrachtung auf die Länder Baden-Württemberg, Bayern, Hessen und Nordrhein-Westfalen beschränkt, dann wird deutlich, dass die Anzahl der gewährten Patente bezogen auf die Bevölkerung zunächst bis Ende der 1960er-Jahre zurückging und anschließend in den betrachteten Bundesländern anstieg.¹⁹ In den 1980er-Jahren war die Anzahl der gewährten Patente dann wieder leicht rückläufig. Auffallend ist, dass seit Anfang der 1970er-Jahre die meisten Patente in Baden-Württemberg gewährt wurden. Dabei ist zu beachten, dass die ausgewählten Vergleichsregionen Bayern und Hessen ebenfalls zu den Spitzenreitern hinsichtlich der Innovationsfähigkeit in der Bundesrepublik zählten. Demnach kann vermutet werden, dass Baden-Württemberg durch seine hohe Innovationskraft auch besonders wettbewerbsfähig war und somit die Verschlechterung der Rahmenbedingungen in den 1970er-Jahren vergleichsweise gut ausgleichen konnte.

Einen häufig verwendeten Indikator zur internationalen Wettbewerbsfähigkeit stellt auch die Exportquote eines Landes dar. Sie wird gemessen mit Hilfe der Exporte im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen. Seit Beginn der 1960er-Jahre lag die Exportquote Baden-Württembergs stets über der Exportquote der Bundesrepublik, wobei die Quoten jeweils im Trend zunahmen.²⁰ Baden-Württemberg schien somit wettbe-

17 Für eine kritische Diskussion vgl. Zvi Griliches: Patent Statistics as Economic Indicators: A Survey, in: Journal of Economic Literature 28 (4), 1990, S. 1661 – 1707.

18 Für eine ausführliche Beschreibung dieser Stichprobe vgl. Nicole Waidlein: Ursachen der persistenten Produktivitätsunterschiede zwischen den westdeutschen Bundesländern, Frankfurt a. M. 2013, S. 154 – 160.

19 Vgl. Ebd., Tabelle 82, S. 294 im Anhang.

20 Vgl. Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Lange Reihen Baden-Württemberg (wie Anm. 13).

werbsfähiger als die gesamte Bundesrepublik zu sein, da ein größerer Anteil der produzierten Güter im Ausland verkauft werden konnte. Auf der anderen Seite war Baden-Württemberg aber auch stärker abhängig von der Weltwirtschaft als die gesamte Bundesrepublik.

Ferner fällt auf, dass die Aufwertung der D-Mark, wie sie in den 1970er-Jahren stattgefunden hat, dem Erfolg auf dem Weltmarkt keinen Abbruch getan hat, weder in Baden-Württemberg noch in der gesamten Bundesrepublik. Obwohl die westdeutschen Produkte mit der Aufwertung der D-Mark für die ausländischen Käufer teurer wurden, wurden sie weiterhin nachgefragt. Dies ist ein Hinweis dafür, dass die Produkte qualitativ hochwertig waren und ein Preisanstieg somit wenig Einfluss auf die Nachfrage hatte.

Zudem verdeutlicht Tabelle 3, dass die Exportquoten in den bedeutendsten Branchen Baden-Württembergs seit den 1960er-Jahren zugenommen haben. Die Branchen Maschinenbau, Straßenfahrzeugbau und Elektrotechnik hatten die höchsten Beschäftigtenanteil im Betrachtungszeitraum und bereits 1970 Exportquoten von 36,3 Prozent, 32,6 Prozent und 21,1 Prozent. Demnach waren die beschäftigungsstarken Branchen auch international wettbewerbsfähig, was wiederum einen positiven Einfluss auf den Absatz, die Produktion und die Beschäftigung hatte.

Tab. 3: Exportquoten ausgewählter Branchen in Baden-Württemberg 1960–1990 (in %)

Branche	1960	1970	1980	1990
Maschinenbau	30,2	36,3	42,1	43,7
Straßenfahrzeugbau	33,2	32,6	39,4	43,8
Elektrotechnik	16,2	21,1	28,3	31,2
Feinmechanik, Optik, Uhren	36,3	32,2	33,7	40,5
Eisen-, Blech-, Metallwaren	14,8	18,0	20,7	25,7
Herstellung chemischer Erzeugnisse	10,7	18,7	26,1	35,4
Büromaschinen, EDV-Geräte und EDV-Einrichtungen	0	60,2	60,6	63,1
Textilgewerbe	6,9	11,8	17,9	25,8

Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Zusammenfassung

Die 1970er-Jahre starteten mit einer deutlichen Verschlechterung der ökonomischen Rahmenbedingungen, die durch das Ende des Währungssystems von Bretton Woods, die erste Ölpreiskrise 1973 sowie starke Lohnerhöhungen hervorgerufen wurden. Auffallend war zunächst der vergleichsweise starke Einbruch des Wirtschaftswachstums Baden-Württembergs in den Jahren 1974 und 1975 – bei einer geringeren Arbeitslosigkeit im Vergleich zur Bundesrepublik.

Es drängt sich die Frage auf, welche Faktoren Baden-Württemberg möglicherweise krisenfest bzw. krisenanfällig gemacht haben. Zur Beantwortung dieser Frage wurden die Abhängigkeit von Energie, die Industriestruktur sowie die Wettbewerbsfähigkeit des Landes im Zeitraum von 1960 bis 1990 betrachtet. Hinsichtlich der Abhängigkeit von Energie hat sich gezeigt, dass der Anteil an Mineralöl als Primärenergieträger in Baden-Württemberg zwar höher als im Bundesgebiet war, jedoch konnte die baden-württembergische Industrie bereits in den 1970er-Jahren mit einer geringeren Energieintensität bzw. höheren Energieeffizienz produzieren. In diesem Zusammenhang spielte die Industriestruktur eine wichtige Rolle. Baden-Württemberg war geprägt von drei Branchen der Investitionsgüterindustrie: Maschinenbau, Straßenfahrzeugbau und Elektrotechnik. Insbesondere die Automobilindustrie – dominiert von der Daimler-Benz AG – wirkte krisenfestigend, da ihre langfristig geplanten Produktionskapazitäten zu geringeren Produktions- und Beschäftigungsschwankungen führten als dies bei anderen Unternehmen der Branche üblich war. Ferner waren der Maschinenbau und die Elektrotechnik zwei Branchen, die nicht überdurchschnittlich energieintensiv produzierten. Des Weiteren hatten die Lohnerhöhungen in Baden-Württemberg einen geringeren Effekt auf die Wettbewerbsfähigkeit als im restlichen Bundesgebiet, da die baden-württembergische Industrie über eine höhere Arbeitsproduktivität und somit über geringere Lohnstückkosten verfügte. Hinzu kam die starke Innovationsfähigkeit, die Baden-Württemberg auf dem Weltmarkt besonders wettbewerbsfähig machte. Diesen außenwirtschaftlichen Erfolg zeigt auch die überdurchschnittliche Exportquote, die trotz der Aufwertung der D-Mark zunahm und zu jedem Zeitpunkt oberhalb der Exportquote der Bundesrepublik Deutschland lag. Die Betrachtung der ausgewählten Kennzahlen hat gezeigt, dass es keinesfalls verwunderlich ist, dass Baden-Württemberg rasch und vergleichsweise unbeschadet durch die Krise der 1970er-Jahre gekommen ist.

Ausländerpolitik in den 1970er-Jahren: „freiwillige Rotation“ und „Rückkehrprinzip“

Es war ein Paukenschlag in der Ausländerpolitik. Bei einem Jugoslawienbesuch verkündete Ministerpräsident Hans Filbinger im Oktober 1973 in einem Rundfunkinterview sein Rotationsprinzip mit folgenden Worten: „[...] das beste System mit den Gastarbeitern besteht darin – und zwar im beiderseitigen Interesse –, dass nach einiger Zeit, vielleicht nach drei Jahren, die Gastarbeiter wieder nach Hause zurückkehren zu ihren Familien, oder, sofern sie die Familien dabei haben, diese mit nach Hause nehmen und dass sie dann ersetzt werden durch neue und junge Gastarbeiter, die dann zu uns kommen. Wir nennen dieses System ein rollierendes System [...]“.¹

Der Ministerpräsident schaltete sich damit in die ausländerpolitische Diskussion in Baden-Württemberg ein, wo die Landtagsfraktionen seit Monaten einen Wettstreit um ein „Gastarbeiter-Konzept“ führten. In vielen Zeitungsinterviews wurde Filbinger immer wieder danach gefragt, wie sein Vorschlag mit dem Rotationsprinzip genau umgesetzt werden sollte – auf freiwilliger Basis oder mit Zwang. So machte Filbinger in einem längeren Interview mit den *Stuttgarter Nachrichten* deutlich, dass die Rotation auf freiwilliger Basis erfolgen sollte; an ein „zwangsweises Abschieben“ sei nicht gedacht. Hans Filbinger sagte: „Ich weiß aus Erfahrung, wie hart es ist, wenn man Zwangsmaßnahmen durchführen musste.“²

In Jugoslawien, mit dem Deutschland 1968 ein Anwerbeabkommen abgeschlossen hatte, wurde der Vorschlag des baden-württembergischen Ministerpräsidenten „sichtlich kühl“ aufgenommen. Auch in Baden-Württemberg stieß das Rotationsprinzip auf eine breite Ablehnungsfront. So wandte sich die Junge Union Baden-Württemberg gegen den Vorschlag, da er alle not-

1 Südfunk 1. Chronik Baden-Württemberg vom 3.11.1973; zu weiteren Quellen siehe: Karl-Heinz Meier-Braun: „Freiwillige Rotation“ – Ausländerpolitik am Beispiel der baden-württembergischen Landesregierung, München 1979; ders.: Integration und Rückkehr? Zur Ausländerpolitik des Bundes und der Länder, insbesondere Baden Württembergs, Mainz/München 1988.

2 Stuttgarter Nachrichten vom 10.11.1973.



Ein typisches Bild in der südwestdeutschen Textilindustrie der 1970er-Jahre: „Gastarbeiterinnen“ bei der Textilfirma EGERIA in Tübingen.

wendigen Bemühungen zur Eingliederung verhindere. Die SPD-Landtagsfraktion lehnte die Idee in Übereinstimmung mit den Gewerkschaften als „unüberlegt und inhuman“ ab. Die FDP bezeichnete die Äußerungen Filbinners gar als „unmenschlich“.

Noch ein Jahr zuvor hatte die baden-württembergische Landesregierung selbst bei der Beantwortung einer Parlamentsanfrage geschrieben: „Weder ein temporärer Ausländerstopp noch eine Kontingentierung des künftigen Zuwachses an Ausländerbeschäftigten, etwa nach dem System der Plafonierung wie in der Schweiz, könnten als befriedigende Lösung angesehen werden, da dadurch das notwendige Wirtschaftswachstum beeinträchtigt werden könnte.“³ Auch ein Rotationsprinzip wurde zu diesem Zeitpunkt noch strikt abgelehnt: „Ebenso wenig kann das diskutierte System der ‚Rotation‘ der Ausländerbeschäftigung auf seine inhumanen Auswirkungen empfohlen werden.“⁴ Inzwischen hatte bundesweit eine Diskussion über die Vor- und Nachteile der Ausländerbeschäftigung eingesetzt, bei der sich Hans Fil-

3 Landtag von Baden Württemberg: Drucksache 6/1018 vom 27.11.1972.

4 Ebd.

binger mit seinem Rotationsvorschlag einmischte und damit eine führende Rolle übernahm. Schon vor der Jugoslawienreise hatte die Landesregierung eine gewisse Kehrtwende vollzogen und bei der Beantwortung einer Großen Anfrage der CDU-Landtagsfraktion den Begriff der „freiwilligen Rotation“ eingeführt.⁵

Altes Rotationsprinzip

Eigentlich war die Idee der Rotation alles andere als neu. Die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitnehmer hatte sie 1970 in die Diskussion gebracht. Allerdings war dieser Vorstoß keineswegs repräsentativ für die Industrie in der Bundesrepublik, die daran interessiert war, eingearbeitete ausländische Arbeitskräfte nicht gleich wieder nach Hause zu schicken, sondern sie angesichts des herrschenden Arbeitskräftemangels in Deutschland im Land zu behalten. So war die ursprünglich sogar im Anwerbeabkommen mit Italien aus dem Jahre 1955 vorgesehene Gültigkeit des Arbeitsvertrages auf „längstens ein Jahr“ schon bald wieder aufgehoben worden. Das gleiche galt für die Aufenthaltserlaubnis für türkische Arbeitskräfte aus dem Abkommen von 1961, die nicht über zwei Jahre hinaus erteilt werden sollte.

Im Prinzip reicht der Rotationsgedanke bis weit ins Kaiserreich zurück, bis zur Beschäftigung von Saisonarbeitskräften: „Im Kern beinhaltete dieser Vorschlag eine Wiederaufnahme der Grundgedanken der preußischen Karenzzeitbestimmungen aus der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg, die ebenfalls, jedoch aus vorwiegend ‚nationalpolitischen‘ und weniger aus wirtschaftlichen Gründen, den Daueraufenthalt von ausländischen Arbeitern verhindern sollten.“⁶ Damals sollten durch dieses verschärfte Rotationsprinzip die Auslandspolen und -italiener gezwungen werden, während der winterlichen Sperrfrist auszureisen. Außerdem wurde der Familiennachzug verboten, was eine dauerhafte Niederlassung verhindern sollte.⁷

Alles in allem knüpfte die Bundesrepublik mit den Anwerbeabkommen – 1960 mit Spanien und Griechenland, 1965 mit Tunesien und 1963 mit Marokko – an die Tradition der Ausländerpolitik vor dem Zweiten Welt-

5 Landtag von Baden-Württemberg: Drucksache 6/3280 vom 21.9.1973.

6 Ulrich Herbert: Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland. Saisonarbeiter, Zwangsarbeiter, Gastarbeiter, Flüchtlinge. München 2001, S. 227.

7 Cord Pagenstecher: Die ungewollte Einwanderung. Rotationsprinzip und Rückkehrerwartung in der deutschen Ausländerpolitik, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 46 (12), 1995, S. 718–737, hier S. 721.

krieg an. Die Ausländerbeschäftigung wurde als vorübergehendes Phänomen angesehen. Es wurde fest davon ausgegangen, dass die ausländischen Arbeitskräfte über kurz oder lang wieder heimkehren würden. „Die Bundesrepublik ist kein Einwanderungsland“ – das war das Motto der Ausländerpolitik von Bund und Ländern zwischen 1955 und 1973. Ausländerpolitik war demzufolge letztlich Arbeitsmarktpolitik. Dabei wurde Deutschland faktisch bereits in diesen frühen Jahren zum Einwanderungsland: Bis 1973 waren 14 Millionen ausländische Arbeitskräfte nach Deutschland gekommen. 11 Millionen hatten im gleichen Zeitraum das Land wieder verlassen. In Baden-Württemberg stieg die Zahl der Ausländer ab 1955 innerhalb von einem Jahrzehnt von 60 000 auf rund eine halbe Million an. Bereits 1970 wurde dem 500 000sten Arbeitnehmer, der nach Baden-Württemberg kam, ein großer Bahnhof bereitet. Den 31-jährigen Zvonimir Kanjir aus Kroatien erwarteten in Stuttgart ein großes Begrüßungskomitee und als Willkommensgeschenk ein Kofferradio.⁸

Längst zeichnete sich ein Daueraufenthalt für viele „Gastarbeiter“ ab, die Familien gegründet hatten und deren Aufenthaltsstatus sich verfestigt hatte. Für eine große Anzahl dieser Arbeiter galt bereits ab 1968 als Staatsangehörige aus EWG-Staaten die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit. Die Realität eines Einwanderungslandes wurde aber von der Politik weiterhin nicht zur Kenntnis genommen und die Lebenslüge vom „Nicht-Einwanderungsland“ aufrechterhalten. Vielmehr rückten Ideen, wie man die Ausländerzahlen verringern könnte, in den Brennpunkt und schlugen sich schließlich in konkrete Maßnahmen nieder, so im Anwerbestopp für ausländische Arbeitskräfte, der am 23. November 1973 von der Bundesregierung unter Willy Brandt (SPD) verhängt wurde. Kurz vor dem tatsächlichen Anwerbestopp hatte Ministerpräsident Hans Filbinger seine Idee mit der Beschränkung der Ausländerbeschäftigung nochmals in einem Interview bekräftigt: „Es ist deshalb notwendig, dass man dafür sorgt, dass durch Rotation die Familien nicht massiert aus dem Ausland zu uns kommen, weil wir anderenfalls einen Nachfragestau nach Wohnraum haben würden, der nicht befriedigt werden könnte.“⁹

8 Vgl. Karl-Heinz Meier-Braun: Einwanderungsland Baden-Württemberg. Am 5. August 1970 kommt der 500 000ste „Gastarbeiter“ ins Land, in: Reinhold Weber/Peter Steinbach/Hans-Georg Wehling (Hrsg.): Baden-württembergische Erinnerungsorte, Stuttgart 2012, S. 276–285.

9 Stuttgarter Nachrichten vom 10.11.1973.



Der Familiennachzug von „Gastarbeitern“ verändert auch das Gesicht der Schulklassen im Land: Das Foto zeigt eine Karlsruher Schulklasse mit Kindern von jugoslawischen Arbeitsmigranten im Jahr 1973.

Das Rotationsprinzip beschäftigte Anfang 1974 wieder den baden-württembergischen Landtag. Der Sozialausschuss verabschiedete den Antrag an die Landesregierung, „aus grundsätzlichen menschlichen und sozialen Erwägungen keine durch staatliche Maßnahmen erzwungene ‚Rotation‘ der ausländischen Arbeitnehmer in Betracht zu ziehen“.¹⁰ Unterdessen sprach sich Ministerpräsident Filbinger erneut für einen begrenzten Aufenthalt von ausländischen Arbeitnehmern aus. Bei der Beantwortung einer weiteren Landtagsanfrage bekräftigte das Arbeitsministerium: „Freiwillige Rotation bleibt das Konzept der Landesregierung.“¹¹ Unter der Leitlinie „Kein Einwanderungsland“ entwickelte die Landesregierung ihr „Rotationsprinzip“ zum „Rückkehrprinzip“. Hans Filbinger versuchte, mit seinen Vorschlägen bundesweit Einfluss zu nehmen, indem er beispielsweise in einem Fernschreiben an die Regierungschefs der Länder und an das Bundeskanzleramt betonte, es solle darauf hingewirkt werden, dass die türkischen Arbeitskräfte nach Ablauf einer bestimmten Arbeits- und Lebensphase in Europa wieder in ihre Heimat zurückkehren. Dabei sei auf die freiwillige Rückkehrbereit-

10 Landtag von Baden-Württemberg: Drucksache 6/4580 vom 3.4.1974.

11 Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Sozialordnung Baden Württemberg: Pressemitteilung vom 1.7.1974.

schaft abzustellen. Hier zeigt sich auch schon früh, dass Ausländerpolitik dazu benutzt wurde (und wird), um sich bundesweit einen Namen zu machen. Filbinger dürfte dieses Mittel bewusst eingesetzt haben, um sich – auch gegen seinen „Konkurrenten“ Franz Josef Strauß – als Law-and-order-Mann zu profilieren und die Meinungsführerschaft im konservativen Lager zu übernehmen.

Denkschrift

1975 veröffentlichte die Landesregierung eine *Denkschrift über ausländische Arbeitnehmer in Baden-Württemberg*,¹² die der *Staatsanzeiger* als „die sorgfältigste Untersuchung der Probleme ausländischer Arbeitnehmer und ihrer Familien, die bislang in einem Bundesland vorgelegt wurde“, bezeichnete.¹³ In der Denkschrift wurde betont, die Ausländerpolitik sei bis vor Kurzem nichts anderes gewesen als Beschäftigungspolitik im Interesse der Wirtschaft. Darüber hinaus wurde bestätigt, dass die Ausländerpolitik in gewissem Sinne gescheitert sei: „Die Ausländerpolitik in der Bundesrepublik, die bisher einen praktisch ungebremsten Zustrom von Ausländern zuließ und von dem Grundsatz ihrer Eingliederung in Betrieb und Gesellschaft ausging, hat es trotz großer materieller und ideeller Anstrengungen seitens der öffentlichen Hand, der freien Träger und der Arbeitgeber nicht vermocht, das Ziel einer befriedigenden Eingliederung dieser Ausländer in die Gesellschaft der Bundesrepublik zu erreichen.“¹⁴ Die Denkschrift beschäftigte sich eingehend mit den Vor- und Nachteilen der Ausländerbeschäftigung, wobei diese Bilanz bald negativ war – ganz im Gegensatz zu vielen Untersuchungen, wonach allein zwischen 1960 und 1970 rund 2,3 Millionen Deutsche vor allem wegen der Ausländerbeschäftigung mit einem „Fahrstuhleffekt“ den Aufstieg von Arbeiter in Angestelltenpositionen geschafft hatten.¹⁵ Nach Angaben des Bundesarbeitsministeriums aus dem Jahr 1976 ermöglichten die ausländischen Arbeitnehmer unter Wahrung eines starken Wirtschaftswachstums eine deutliche Verringerung der Arbeitszeit der Deutschen.

12 Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Sozialordnung Baden Württemberg: *Denkschrift über ausländische Arbeitnehmer in Baden-Württemberg*, Stuttgart 1975.

13 *Staatsanzeiger* 6/75 vom 22.1.1975.

14 *Denkschrift über ausländische Arbeitnehmer* (wie Anm. 12), S. 38.

15 Vgl. dazu z. B. die Studien von Friedrich Heckmann (www.efms.uni-bamberg.de, zuletzt geprüft: 7.7.2014).



Während des Metallstreiks 1971 drücken „Gastarbeiter“ vor einem Bosch-Werk in Stuttgart ihre Solidarität mit den Streikenden aus.



Die christlichen Kirchen suchten 1970 mit diesem Plakat Ehrenamtliche für die Hausaufgabenbetreuung ausländischer Kinder.

Vor allem warnte Ministerpräsident Hans Filbinger bei der Vorstellung der Denkschrift vor dem „sozialen Konfliktstoff“, der aus der Ausländerbeschäftigung entstanden sei. Eine „Neukonzeption der Ausländerbeschäftigung“, in deren Mittelpunkt das Rückwanderungsprinzip stehe, wurde in der Denkschrift vorgestellt. In Zukunft müsse die Forderung der freiwilligen Rückkehr nach höchstens fünfjährigem Aufenthalt in den Vordergrund rücken. Klar und deutlich hielt die Denkschrift fest: „Die bisherige Praxis der faktischen Einwanderung bei gleichzeitig fehlenden klaren Zielvorstellungen über die Aufenthaltsdauer der Ausländer hat offensichtlich in eine Sackgasse geführt.“¹⁶ Die Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Baden-Württemberg stellte nach der Veröffentlichung der Denkschrift die Frage, ob das Rückkehrprinzip nicht doch das alte Rotationsmodell sei und kritisierte die Beschränkung der Aufenthaltsdauer auf fünf Jahre. Die Kirchen bemängelten ferner, dass keine Ausländer mit schulpflichtigen Kindern angeworben werden sollen: „Die Kirchen verkennen nicht, dass auf dem Gebiet des Schulunterrichts der ausländischen Kinder die wohl schwierigsten Probleme der Ausländerbeschäftigung liegen. Es erscheint [...] jedoch untragbar, dass das Recht auf Familie – eines der fundamentalsten Rechte des Menschen – durch eine Regelung beeinträchtigt wird, die Arbeitskräfte überwiegend unter dem Gesichtspunkt der geringsten Belastung für die Infrastruktur auswählt.“¹⁷ Schließlich wiesen die Kirchen darauf hin, dass die in der Denkschrift aufgezählten Beratungs- und Freizeiteinrichtungen für Ausländer größtenteils von den Kirchen und ihren Wohlfahrtsverbänden getragen und mit kirchlichen Mitteln finanziert würden.

Regionalsteuerung

Als einen wichtigen Grundsatz künftiger Ausländerpolitik nennt die Denkschrift die Regionalsteuerung. Nicht zuletzt aufgrund von Vorschlägen aus Baden-Württemberg wurde ab dem 1. April 1975 der Zuzug ausländischer Arbeitnehmer in sogenannte überlastete Siedlungsgebiete begrenzt.¹⁸ Ministerpräsident Filbinger unterstrich bei einer Pressekonferenz vor der Einfüh-

16 Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Sozialordnung Baden Württemberg, Denkschrift (wie Anm. 12), S. 50.

17 Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Baden-Württemberg: Stellungnahme zur Denkschrift „Ausländische Arbeitnehmer in Baden-Württemberg“, o. O. 1975.

18 Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung (Hrsg.): Sozialpolitische Informationen vom 24.3.1975, Jg. IX/6: „Zuzug ausländischer Arbeitnehmer in Ballungsgebiete“.

rung der Maßnahme, dass Bund und Länder sich dabei einen Vorschlag Baden-Württembergs zu eigen gemacht hätten.¹⁹ Von der Maßnahme waren in Nordrhein-Westfalen eine Region, in Hessen vier, in Bayern zehn und in Baden-Württemberg zwölf Regionen betroffen. Kriterium für ein überlastetes Siedlungsgebiet war der Anteil der ausländischen Bevölkerung an der Wohnbevölkerung in Kreisen bzw. kreisfreien Städten an einem bundeseinheitlich festgelegten Stichtag. Die Gebiete wurden automatisch zum „überlasteten Siedlungsgebiet“, wenn der Anteil der Ausländer an der Bevölkerung am Stichtag 12 Prozent erreichte oder darüber lag. Daneben gab es noch „Kann-Zonen“, bei denen es den Ländern überlassen war, auch andere Regionen zu überlasteten Siedlungsgebieten zu erklären. Schon bald meldeten von der Regionalsteuerung betroffene Städte und Regionen Kritik an der Maßnahme an. Der Regionalverband Mittlerer Neckar, in dessen Bereich Ballungsgebiete mit hohem Ausländeranteil lagen, bezeichnete die Einführung der Regionalsteuerung als einen „Eingriff in die Substanz“²⁰ und schrieb an den Ministerpräsidenten. Schließlich wurde die Maßnahme nach zwei Jahren aufgehoben, vor allem auch weil die betroffenen Regionen über Arbeitskräftemangel klagten und sich bei der Landesregierung für die Aufhebung der Sperre einsetzten. Alles in allem ging in der Zeit der Zuzugssperre der Anteil der ausländischen Wohnbevölkerung an der Gesamtbevölkerung in diesen Gebieten kaum zurück, nämlich um 0,9 Prozent. Fast genauso hoch – 0,8 Prozent – war der Rückgang im Landesdurchschnitt, also auch in den Gebieten ohne Regionalsteuerung. Insgesamt verringerte sich die Ausländerbeschäftigung konjunkturbedingt geringfügig. Trotzdem bezeichnete Ministerpräsident Filbinger die Maßnahme in einem Rundfunkinterview als Erfolg, was von einer umfangreichen Öffentlichkeitsarbeit begleitet wurde.²¹ Insgesamt gelang es der Landesregierung in jenen Jahren, ihre Ausländerpolitik geradezu als „Erfolgsschlager“ in den Medien zu platzieren. So wurde die Aufhebung der Zuzugssperre sogar noch als Forderung Baden-Württembergs an die Bundesregierung und die anderen Länder in der Öffentlichkeit dargestellt.

19 Staatsanzeiger 98/74 vom 7.12.1974.

20 Regionalverband Mittlerer Neckar: Bericht über die Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer in der Region mittlerer Neckar, Stuttgart 30.4.1975.

21 „Der aktuelle Bericht“, Sendung im 2. Programm des Süddeutschen Rundfunks am 17.9.1977, 19.30 Uhr.

Der 10000. Ausländer in Freiburg

Vor wenigen Tagen konnte das Amt für öffentliche Ordnung den zehntausendsten ausländischen Mitbürger in Freiburg begrüßen. Es war der 17jährige italienische Arbeiter Roberto Rossi (Mitte). Der Leiter des Amts für öffentliche Ordnung, Dr. Greß (zweiter von links), ehrte Rossi im Beisein des italienischen Vizekonsuls Dr. Carvi (zweiter von rechts) mit Blumen und einem Bildband. An der Feier nahm auch der stellvertretende Leiter des Amts für öffentliche Ordnung, Brugger (rechts), teil.

Foto: J. Wihler



Die „Badische Zeitung“ berichtet 1971 über Roberto Rossi, der als der 10 000ste „Gastarbeiter“ in Freiburg empfangen wird.

Rückkehrprämien

Bereits im Februar 1975 begann die Landesregierung damit, die in der Denkschrift angekündigten finanziellen Rückkehrmaßnahmen für Ausländer in Angriff zu nehmen. Ministerpräsident Filbinger forderte die Bundesregierung auf, den Ausländern durch finanzielle Hilfen die Rückkehr in die Heimat zu erleichtern. Die bisherige Politik der Bundesregierung würde zwangsläufig zu einer Einwanderung führen, „weil die Aufenthaltsdauer in das Belieben der Ausländer selbst gestellt werde“.²² Im Jahre 1975 stand die Ausländerpolitik der Landesregierung ganz im Zeichen der Rückkehrmaßnahmen. Damit verbunden war eine ähnliche Politisierung der Ausländerfrage wie 1973, was mit den bevorstehenden Landtagswahlen zusammenhing. Die erste Gelegenheit für die Landesregierung, die Rückkehrpläne zu verwirklichen, bot sich im April 1975 im Zuge der Sanierungspläne des Volkswagenwerkes, wovon die Region Franken mit der Firma Audi NSU²³ betroffen war. Die Landesregierung hatte dazu ein Hilfsprogramm zur Sicherung der Wirtschaftsstruktur und von Arbeitsplätzen ausgearbeitet. Im Rahmen dieses Programms wurden den ausländischen Arbeitnehmern aus Nicht-EG-Staaten Rückkehrprämien gezahlt. Ministerpräsident Filbinger schlug im Ministerrat vor, die Rückkehrprämien von acht auf 16 Millionen

²² Stuttgarter Nachrichten vom 15.2.1975.

²³ Stuttgarter Zeitung, Esslinger Zeitung und Schwarzwälder Bote vom 26.4.1975.

D-Mark zu erhöhen. In diesem Zusammenhang sollte geprüft werden, ob diese Leistungen des Landes nicht vom Bund zurückgezahlt werden könnten. Filbinger regte an, eine entsprechende Bundesratsinitiative vorzubereiten. Die Minister – mit Ausnahme des Finanzministers – stimmten diesen Vorschlägen zu.

Im Hinblick auf die kommenden Landtagswahlen geriet der Vorschlag in die parteipolitischen Auseinandersetzungen. Der damalige FDP-Landesvorsitzende Martin Bangemann kritisierte die Vorschläge als „reichlich kurzsichtig und bequem“.²⁴ Der DGB-Landesvorsitzende Günter Erlewein sagte nach mehrtägigen Gesprächen mit Gewerkschaften in Jugoslawien, er verurteile jeden Versuch, in „der augenblicklichen Situation ausländische Arbeitnehmer mit administrativen Tricks oder finanziellen Ködern wie Rückkehrprämien in ihre Heimat abzudrängen“.²⁵ Der Gesetzentwurf der Landesregierung wurde am 17. Oktober 1975 vom Bundesrat angenommen und als Initiativantrag im Bundestag eingebracht. Der Haushaltsausschuss des Bundestages lehnte jedoch den Entwurf Baden-Württembergs am 11. März 1976 ab. Bis Ende 1975 hatte die Landesregierung im Raum Heilbronn 14,4 Millionen D-Mark Rückkehrprämien an ausländische Arbeitnehmer gezahlt. Durchschnittlich erhielten die 1872 Ausländer, die die Maßnahme in Anspruch nahmen, eine Prämie von 7700 Mark. Filbinger setzte seine Bemühungen fort, die Rückkehrprämien auf Bundesebene einzuführen. Kritisiert wurde dabei auch seine Idee, mit dem Abbau der Ausländerbeschäftigung einen Beitrag zur Beseitigung der Jugendarbeitslosigkeit zu leisten. Der damalige Präsident des Landesarbeitsamtes Karl-Otto Fritze sprach von einer theoretisch-politischen Forderung, die in ihrem finanziellen Umfang „unrealistisch“ sei.²⁶ In einem Interview mit dem *Spiegel* erläuterte Ministerpräsident Hans Filbinger im Februar 1976 seine ausländerpolitischen Vorstellungen.²⁷ Die Interviewer fragten, ob Filbinger mit der Parole „Gastarbeiter raus“ auf Stimmenfang für die Landtagswahl in Baden-Württemberg am 4. April gehen würde. Umfragen hätten ergeben, dass jeder zweite Bundesbürger glaube, die rund 2,1 Millionen ausländischen Arbeiter in der Bundesrepublik seien Schuld an den rund 1,3 Millionen deutschen Arbeitslosen; jeder zweite deutsche Arbeitnehmer fürchte ausländische Konkurrenz. Filbinger antwortete: „Keineswegs sollen ausländische Arbeitnehmer gegen

24 Deutsche Presse-Agentur (dpa) vom 6.5.1975.

25 Deutscher Gewerkschaftsbund Landesbezirk Baden-Württemberg: Pressemitteilung Nr. 28 vom 18.6.1975.

26 Stuttgarter Zeitung vom 17.2.1976.

27 Der Spiegel Nr. 9 vom 23.2.1976.

deutsche Arbeitslose aufgerechnet oder ausgespielt werden. Dass jedoch abwandernde Gastarbeiter Arbeitsplätze freimachen, liegt doch wohl auf der Hand.²⁸ Zwischen den ausländerpolitischen Vorstellungen der Regierung Filbinger und dem Meinungsspektrum der deutschen Bevölkerung zur Ausländerfrage bestanden in der Tat Parallelen,²⁹ wie Meinungsumfragen und Studien aus jener Zeit belegen. Kurz vor den Landtagswahlen vereinbarte das Staatsministerium einen Beitrag von Ministerpräsident Filbinger unter der Rubrik *Prominente Politiker schreiben für Bild* in der *Bildzeitung*.³⁰ Darin wurde behauptet, viele Arbeitsplätze der Ausländer seien auch für Deutsche attraktiv und interessant. Auch in den folgenden Wochen sprach die Landesregierung davon, dass frei werdende Arbeitsplätze ausländischer Arbeitnehmer in zunehmendem Maß von Deutschen besetzt würden. Die Landesregierung sah darin erste Erfolge ihrer konsequenten Ausländerpolitik, die eine sinnvolle und humane Begrenzung der Ausländerbeschäftigung zum Ziel habe. Von der Begrenzung verspreche sich die Landesregierung einen wichtigen Beitrag zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit.

Die Opposition im Landtag kritisierte die Rückkehrprämien als „teuren Wahlkampfspeck“. Auf jeden Fall stärkten die Prämien das Bild einer erfolgreichen Ausländerpolitik der Landesregierung. Außerdem wurde der Eindruck erweckt, durch die Rückkehrprämien zur Lösung der Krise bei Audi NSU beigetragen zu haben. Die Bundesratsinitiative und ein „Rückkehrmodell“ für Jugoslawen trugen weiter zum positiven Image dieser Politik bei. In einer Regierungserklärung vom 15. Juni 1976 kündigte Filbinger weitere Initiativen zur Rückkehrförderung an. Ministerialdirigent Reinhold Staib, für Ausländerfragen im Arbeitsministerium zuständig, sagte: „Wir fühlen uns in dieser Geschichte durch die praktischen Erfahrungen bei Audi NSU bestärkt, wo wir das Ding mit 16 Millionen Mark gemacht und etwa 2000 Leute mit durchschnittlich 8000 Mark rausgeschafft haben.“³¹ In der Realität konnte der Arbeitskräftebedarf bei Audi NSU aber schon 1976 nicht mehr ohne zusätzliche ausländische Arbeitnehmer gedeckt werden. Es dauerte nicht mehr lange, bis die Firma wieder so viele ausländische Arbeitnehmer aus Nicht-EG-Staaten beschäftigt hatte, wie 1975 mit Rückkehrprämien durch die Landesregierung heimgeschickt worden waren.

28 Ebd.

29 M. Wieduwilt/H. W. Jürgens: Einstellungen der deutschen Bevölkerung und der ausländischen Arbeitnehmer, in: Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.): *Integration ausländischer Arbeitnehmer*, Bonn 1977.

30 *Bildzeitung* vom 18.3.1976.

31 *Stuttgarter Zeitung* vom 1.10.1977.



1975 streiken deutsche und ausländische Arbeitskräfte gemeinsam gegen den geplanten Stellenabbau des Audi-Werkes in Neckarsulm.

Später Erfolg?

Die Rückkehrpolitik von Hans Filbinger setzte sich Jahre danach in gewisser Weise doch noch auf Bundesebene durch. Die Regierung Helmut Kohl (CDU) führte 1982/83 zur Begründung ihrer Begrenzungs politik fast wortwörtlich die gleiche Argumentation an, wie sie etwa zehn Jahre zuvor in der Denkschrift aus Baden-Württemberg formuliert worden war. Auch die damals vorgeschlagenen und teilweise in Angriff genommenen Rückkehrmaßnahmen wurden von der Bundesregierung in die Tat umgesetzt – allerdings auch ohne den gewünschten Erfolg. Das Ziel, die Ausländerzahlen entscheidend zu verringern, wurde ebenfalls nicht erreicht. Während der Regierungszeit von Helmut Kohl verdoppelte sich die Zahl der Ausländer in Deutschland sogar. Es zeigte sich ähnlich wie früher in Baden-Württemberg, dass Deutschland längst zum Einwanderungsland geworden war und dass sich das Rad der Geschichte nicht mehr zurückdrehen ließ. Auch die Absicht des Altkanzlers aus dem Jahre 1982, die jetzt erst bekannt wurde,³² die Hälfte der in der Bundesrepublik lebenden Türken zurück in ihr Herkunftsland zu schicken, erwies sich als Illusion.

32 Spiegel Online vom 1.8.2013 und 2.8.2013.

Wolfgang Schäuble (CDU) versuchte gewissermaßen, die ausländerpolitischen Vorstellungen von Filbinger zu rehabilitieren, indem er als Bundesinnenminister im Jahre 2006 sagte: „Als [...] der baden-württembergische Ministerpräsident Hans Filbinger [...] vom Rotationsprinzip sprach, galt das als Verstoß gegen die Regeln politischer Korrektheit. Heute wiederum steht im Bericht der *Global Commission on International Migration*, dass zeitweilige Migration eine der wichtigsten Entwicklungsmotoren in einer globalisierten Welt sei. Auch so verändern sich die Dinge.“³³ In der Tat hatte die *Global Commission*, die vom früheren UN-Generalsekretär Kofi Annan eingesetzt worden war, in ihrem Bericht sorgfältig geplante, zeitlich befristete Migrationsprogramme in Erwägung gezogen, um den wirtschaftlichen Erfordernissen sowohl der Herkunfts- als auch der Zielländer zu begegnen.³⁴ Es entstand das Schlagwort von der „zirkulären Migration“.

In diesem Zusammenhang sorgte im Oktober 2006 ein Strategiepapier für Aufmerksamkeit, das Nicolas Sarkozy und Wolfgang Schäuble ihren Amtskollegen bei einem informellen Treffen der Innenminister der sechs größten EU-Staaten vorlegten. Mit dieser „deutsch-französischen Initiative für eine neue europäische Migrationspolitik“ wurde die „zirkuläre Migration“ in erster Linie als Konzept zur Steuerung der legalen Migration und Eindämmung der irregulären Zuwanderung von Drittstaaten vorgestellt.³⁵ Bei der *Weltkommission für Internationale Migration* dagegen war dies Teil einer Gesamtstrategie in der Migrationspolitik, die mit Entwicklungspolitik verbunden werden sollte und die nicht mit dem Rotationsprinzip gleichzusetzen ist. Die Kritik an der „zirkulären Migration“ ähnelt den Einwürfen, die gegen das Rotationsprinzip Jahre zuvor ins Feld geführt worden waren. Es würden sich die Fehler der alten „Gastarbeiter“-Politik wiederholen. Die „zirkuläre Migration“ sei nichts anderes als neuer Wein in alten Schläuchen und eben doch ein verkapptes Rotationsprinzip. Auch bei einer vorübergehenden Einwanderung seien Integrationsmaßnahmen notwendig. Man müsse aus der Geschichte der „Gastarbeiter“-Einwanderung lernen und nicht die gleichen Fehler machen wie früher. Wolfgang Schäuble musste sich in diesem Zusammenhang sogar Kritik aus den eigenen Reihen

33 Das Bundesministerium des Innern informiert, 1.8.2006.

34 Global Commission on International Migration (GCIM): Migration in einer interdependenten Welt: Neue Handlungsprinzipien. Bericht der Weltkommission für Internationale Migration 2005, S. 16 f.

35 Mediendienst Integration: Ein Kommen und Gehen, vom 18.6.2013, Online unter <http://mediendienst-integration.de/artikel/das-konzept-der-zukunft.html> (zuletzt geprüft: 7.7.2014).

von CDU und CSU gefallen lassen.³⁶ So sagte Wolfgang Bosbach, stellvertretender Unionsfraktionschef im Bundestag: „Kaum eine Zuwanderung ist so dauerhaft wie die temporäre.“³⁷

Einwanderungsland!

Rückblickend hat Hans Filbinger mit seinem Rotationsprinzip die Ausländerpolitik vor allem in den Jahren 1973 bis 1978 bundesweit mitgeprägt. Sein Verdienst war es sicher, auf die Probleme der Ausländerbeschäftigung hingewiesen und die Einwanderung als langfristigen Prozess erkannt zu haben. Allerdings wurden daraus die falschen Konsequenzen gezogen und keine Integrationspolitik in Angriff genommen. Im Hinblick auf die Landtagswahlen wurde die Ausländerpolitik – nicht nur in Baden-Württemberg – auch zum Machterwerb und Machterhalt eingesetzt. Einer beunruhigten Wählerschaft führte diese Politik sozusagen konsequentes Handeln in der (Ausländer-)Beschäftigungspolitik gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten vor, was besonders im Landtagswahlkampf 1975/76 eine wichtige Rolle spielte. Im Kern ging es Filbinger darum, die Ausländerzahlen entscheidend zu verringern, was sich aber selbst durch restriktive Maßnahmen – später auch auf Bundesebene – nicht verwirklichen ließ.

Filbingers Amtsnachfolger Lothar Späth (CDU) überraschte 1979 die Öffentlichkeit mit dem Satz: „Wir sind Einwanderungsland.“³⁸ In der Ausländerpolitik hatte sich für kurze Zeit von 1979 bis 1980 der Wind gedreht. Plötzlich standen Integrationskonzepte bundesweit im Mittelpunkt der Ausländerpolitik, in die sich Späth mit Ideen von Integration einschaltete. Ab 1981 setzte dann aber plötzlich wieder ein Rennen um eine Begrenzungs politik ein, ganz im Sinne der restriktiven Maßnahmen Filbingers. Es sollte noch drei Jahrzehnte dauern, bis Deutschland endlich seine Rolle als Einwanderungsland akzeptierte, ein Zuwanderungs- und Integrationsgesetz auf den Weg brachte und damit die lange vorherrschenden, restriktiven Ideen in der Ausländerpolitik wie das Rotationsprinzip Filbingers endgültig zu Grabe trug.

36 Stuttgarter Zeitung vom 28.10.2006.

37 Die Welt vom 22.12.2006.

38 Stuttgarter Zeitung vom 7.4.1979.

Literaturhinweise

- Bade, Klaus J.: Kritik und Gewalt. Sarrazin-Debatte, „Islamkritik“ und Terror in der Einwanderungsgesellschaft, Schwalbach/Ts. 2013.
- Berlinghoff, Marcel: Das Ende der „Gastarbeit“. Europäische Anwerbestopp 1970 – 1974, Paderborn 2013.
- Frech, Siegfried/Meier-Braun, Karl-Heinz (Hrsg.): Die offene Gesellschaft – Zuwanderung und Integration, Schwalbach/Ts. 2007.
- Herbert, Ulrich: Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland. Saisonarbeiter, Zwangsarbeiter, Gastarbeiter, Flüchtlinge, München 2001.
- Meier-Braun, Karl-Heinz: „Freiwillige Rotation“ – Ausländerpolitik am Beispiel der baden-württembergischen Landesregierung, München 1979.
- Meier-Braun, Karl-Heinz: Integration und Rückkehr? Zur Ausländerpolitik des Bundes und der Länder, insbesondere Baden Württembergs, Mainz/München 1988.
- Meier-Braun, Karl-Heinz/Weber, Reinhold (Hrsg.): Kulturelle Vielfalt. Baden-Württemberg als Einwanderungsland, Stuttgart 2005.
- Meier-Braun, Karl-Heinz/Weber, Reinhold: Kleine Geschichte der Ein- und Auswanderung in Baden-Württemberg, Leinfelden-Echterdingen 2009.
- Meier-Braun, Karl-Heinz: Einwanderungsland Baden-Württemberg. Am 5. August 1970 kommt der 500 000ste „Gastarbeiter“ ins Land, in: Reinhold Weber/Peter Steinbach/Hans-Georg Wehling (Hrsg.): Baden-württembergische Erinnerungsorte, Stuttgart 2012, S. 276 – 285.
- Meier-Braun, Karl-Heinz/Weber, Reinhold (Hrsg.): Deutschland Einwanderungsland. Begriffe – Fakten – Kontroversen, Stuttgart 2013.
- Meier-Braun, Karl-Heinz: Deutschland, Einwanderungsland, 2. Aufl., Frankfurt a. M. 2003.
- Oltmer, Jochen/Kreinenbrink, Axel/Díaz, Carlos Sanz (Hrsg.): Das „Gastarbeiter“-System. Arbeitsmigration und ihre Folgen in der Bundesrepublik Deutschland und Westeuropa, München 2012.
- Pagenstecher, Cord: Die ungewollte Einwanderung. Rotationsprinzip und Rückkehrerwartung in der deutschen Ausländerpolitik, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 46 (12), 1995, S. 718 – 737.
- Schönwälder, Karen: Einwanderung und ethnische Pluralität. Politische Entscheidungen und öffentliche Debatten in Großbritannien und der Bundesrepublik von den 1950er bis zu den 1970er Jahren, Essen 2001.

Terroristische Gewalt und demokratische Gesellschaft – die Rote Armee Fraktion (RAF)

Wie können terroristische Anschläge verhindert werden, ohne dass die freiheitliche Demokratie dabei aufs Spiel gesetzt wird? Muss man in Zeiten eines „gefühlten Ausnahmezustandes“ bis an die Grenzen des Rechtsstaates gehen, wie Bundeskanzler Helmut Schmidt 1975 forderte, oder ist es besser, so der Appell von Walter Scheel und Erhard Eppler im Oktober 1977, dem „tödlichen Gift des Terrorismus“ eine möglichst freie Gesellschaftsordnung entgegenzusetzen?¹ Die Debatte über das Spannungsverhältnis zwischen der Sicherheit für alle Bürger und dem Schutz individueller Grundrechte beschäftigte die Öffentlichkeit nicht nur in den 1970er-Jahren. Die Diskussion wird nach terroristischen Anschlägen stets mit Vehemenz geführt. Angesichts des NSA-Überwachungsskandals ist sie seit Juni 2013 Thema von Leitartikeln und politischen Essays. Aufrufe von Schriftstellern und Rechtsanwälten wandten sich gegen den „Angriff auf den demokratischen Rechtsstaat“ durch Geheimdienste, die digitale Kommunikationsdaten auswerten. Gleichwohl beklagte der frühere Innenminister Gerhart Baum am 25. September 2013 in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*, dass Bürger vor 30 Jahren viel engagierter gegen die Verletzung von Grundrechten protestiert hätten. War die Bevölkerung damals tatsächlich wachsamer gegenüber Eingriffen in die Privatsphäre?

1 Zur „gefühlten existentiellen Bedrohung“ als Ausgangspunkt von Sicherheitspolitik: Markus Lammert: *Securitization in der Bundesrepublik und Frankreich*. Vortrag im Institut für Zeitgeschichte, München, 9.11.2012. Der Tagungsband erscheint 2014: Johannes Hürter (Hrsg.): *Terrorismusbekämpfung in Westeuropa. Demokratie und Sicherheit in den 1970er und 1980er Jahren*, München 2014. Vgl. Regierungserklärung von Helmut Schmidt: Deutscher Bundestag. Stenographischer Bericht. 168. Sitzung, 25.4.1975, S. 11784; Walter Scheel: *Wir bitten um Vergebung*, 25.10.1977, in: Ders.: *Die Zukunft der Freiheit. Vom Denken und Handeln in unserer Demokratie*, Düsseldorf, Wien 1979, S. 13–25, hier S. 24; Rede von Erhard Eppler: Landtag von Baden-Württemberg. Protokoll über die 33. Sitzung vom 19.10.1977, S. 2054–2059.

In diesem Beitrag wird erörtert, wie Staat und Gesellschaft im deutschen Südwesten in den 1970er-Jahren auf die Herausforderung durch die terroristische Vereinigung Rote Armee Fraktion (RAF) reagierten. Baden-Württemberg war zwischen 1972 und 1981 von den Gewaltaktionen der RAF besonders betroffen. Ein Bericht des Landeskriminalamts Baden-Württemberg sprach im Februar 1982 sogar vom „bevorzugten Operationsgebiet“ der RAF.² Die Auseinandersetzung über die angemessene Antwort auf terroristische Gewalt bewegte die Gesellschaft. Sie stand im Mittelpunkt mehrerer Landtagsdebatten, wurde von den Medien aufgegriffen und von Bürgern auf der Straße und in den Familien geführt.

Der Beitrag geht kurz auf die Anschläge und Ziele der Roten Armee Fraktion ein und befasst sich dann mit der Strategie staatlicher Behörden auf Bundes- und Landesebene. Im dritten Teil wird die Vielfalt gesellschaftlicher Reaktionen vorgestellt. Dabei ist von besonderem Interesse, welche Vorstellungen von Demokratie und Rechtsstaat Politiker und Bürger in der Diskussion über die Gewalt der RAF vertraten. Wie beurteilten sie die Einschränkung von Grundrechten als staatliche Maßnahme im Kampf gegen Terrorismus?

Anschläge und Ziele der RAF

Zunächst erfolgt ein knapper Überblick über die Aktionen der Roten Armee Fraktion, die als Herausforderung des demokratischen Rechtsstaates und der freiheitlichen Gesellschaft gewertet werden. Peter Waldmann zufolge sind unter Terrorismus „planmäßig vorbereitete, schockierende Gewaltanschläge gegen eine politische Ordnung aus dem Untergrund zu verstehen. Sie sollen vor allem Unsicherheit und Schrecken verbreiten, daneben aber auch Sympathie und Unterstützungsbereitschaft erzeugen“.³ Die Verbre-

2 Hauptstaatsarchiv Stuttgart (HStAS) EA 2/306 Bü 11: Bericht des Landeskriminalamts, 2.2.1982.

3 Peter Waldmann: Terrorismus. Provokation der Macht, 2. vollst. überarb. Aufl. Hamburg 2005, S. 12; vgl. Klaus Weinbauer/Jörg Requate: Terrorismus als Kommunikationsprozess: Eskalation und Deeskalation politischer Gewalt in Europa seit dem 19. Jahrhundert, in: Dies. (Hrsg.): Gewalt ohne Ausweg? Terrorismus als Kommunikationsprozess in Europa seit dem 19. Jahrhundert, Frankfurt a. M./New York 2012, S. 11–47, hier S. 15; Klaus Weinbauer: Terrorismus in der Bundesrepublik der Siebzigerjahre. Aspekte einer Sozial- und Kulturgeschichte der Inneren Sicherheit, in: Archiv für Sozialgeschichte (AFS) 44, 2004, S. 219–242, hier S. 221.

chen terroristischer Gruppen werden auch als symbolische und „kommunikative Akte“ interpretiert.⁴

Die RAF bezeichnete ihre Taten als Teil des weltweiten Krieges gegen den US-Imperialismus. Sie sah sich als Verbündete von Guerillaorganisationen und militanten Gruppen wie dem Vietcong oder den Weathermen. Zu ihren Alliierten zählte die RAF Befreiungsbewegungen gegen Diktaturen in Südamerika ebenso wie palästinensische Kampfgruppen, von denen sich RAF-Mitglieder in Trainingslagern in Jordanien und im Südjemen ausbilden ließen. Am Ende des Guerillakrieges sollte ein kommunistisches System stehen, die „Diktatur des Proletariats“ – so die Schriften der RAF.⁵ Es handelte sich nicht um „anarchistische Gewalttäter“, wie die Fahndungsplakate des Bundeskriminalamts von 1972 titelten.

Insgesamt ermordete die Rote Armee Fraktion von ihrer Gründung im Mai 1970 bis zu ihrer Auflösung im April 1998 mindestens 34 Menschen. Anschlagsorte und Opfer der RAF im Südwesten vermitteln schon ohne genauere Kenntnis der Motive der Attentäter einen Teil ihrer politischen Botschaft.⁶ Der Sprengstoffanschlag der RAF vom 24. Mai 1972 zielte gegen das Hauptquartier der US-Armee in Europa. Den Campbell Barracks in Heidelberg wurde im Vietnamkrieg eine wichtige Rolle bei der Koordinierung der Luftangriffe auf die vietnamesische Bevölkerung zugeschrieben. Die drei To-

4 Klaus Weinbauer/Jörg Requate: Einleitung: Die Herausforderung des Linksterrorismus, in: Klaus Weinbauer/Jörg Requate/Heinz-Gerhard Haupt (Hrsg.): Terrorismus in der Bundesrepublik. Medien, Staat und Subkulturen in den 1970er Jahren, Frankfurt a. M./New York 2006, S. 9–32, hier S. 14–16, 24; Gabriele Metzler: Konfrontation und Kommunikation. Demokratischer Staat und linke Gewalt in der Bundesrepublik und den USA in den 1970er Jahren, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte (VfZ) 60 (2), 2012, S. 249–277, hier S. 250–255 und S. 276; Weinbauer/Requate, Terrorismus als Kommunikationsprozess (wie Anm. 3), S. 11–15; Peter Waldmann: Thesen: Terrorismus und Kommunikation, in: Klaus Weinbauer/Jörg Requate (Hrsg.): Gewalt ohne Ausweg? Terrorismus als Kommunikationsprozess in Europa seit dem 19. Jahrhundert, Frankfurt a. M./New York 2012, S. 49–61; Beatrice de Graaf: Terroristen vor Gericht: Terrorismusprozesse als kommunikative Fortsetzung des Kampfes um Recht und Gerechtigkeit, in: Klaus Weinbauer/Jörg Requate (Hrsg.): Gewalt ohne Ausweg? Terrorismus als Kommunikationsprozess in Europa seit dem 19. Jahrhundert, Frankfurt a. M./New York 2012, S. 281–298, hier S. 286–287.

5 Vgl. ID-Verlag (Hrsg.): Rote Armee Fraktion. Texte und Materialien zur Geschichte der RAF, Berlin 1997, S. 24–144; Metzler, Konfrontation und Kommunikation (wie Anm. 4), S. 255–256.

6 Vgl. Sabrina Müller: Gewalttaten, in: Haus der Geschichte Baden-Württemberg (Hrsg.): RAF – Terror im Südwesten, Stuttgart 2013, S. 22–33.

Anarchistische Gewalttäter

– Baader/Meinhof-Bande –

Wegen Beteiligung an Morden, Sprengstoffverbrechen, Banküberfällen und anderen Straftaten werden steckbrieflich gesucht:



Meinhof, Ulrike,
7. 10. 34 Oldenburg



Baader, Andreas Bernd,
6. 5. 43 München



Ensslin, Gudrun,
15. 8. 40 Bartholomae



Meins, Holger Klein,
26. 10. 41 Hamburg



Raspe, Jan-Carl,
24. 7. 44 Seefeld



Stachewiak, Ilse,
17. 5. 54 Frankfurt/M.



Jänschke, Klaus,
6. 9. 47 Mannheim



Augustin, Ronald,
20. 11. 49 Amsterdam



Braun, Bernhard,
25. 2. 46 Berlin



Binders, Ralf,
27. 8. 48 Berlin



Bars, Ingeborg,
2. 7. 48 Berlin



Möller, Ingeborg,
13. 5. 47 Bielefeld



Mohaupt, Brigitte,
24. 6. 49 Rheinsberg



Achterath, Axel,
15. 4. 35 Hannover



Hammerschmidt, Kerstin,
14. 12. 43 Danzig



Koser, Rosemarie,
24. 8. 47 Ebersberg



Hauser, Siegfried,
24. 1. 52 Selb/Bayern



Brockmann, Heinz,
1. 3. 48 Göttersloh



Fichter, Albert,
18. 12. 44 Stuttgart

Für Hinweise, die zur Ergreifung der Gesuchten führen, sind insgesamt **100 000 DM** Belohnung ausgesetzt, die nicht für Beamte bestimmt sind, zu deren Berufspflichten die Verfolgung strafbarer Handlungen gehört. Die Zuerkennung und die Verteilung erfolgen unter **Ausschluß des Rechtsweges**.

Mitteilungen, die auf Wunsch **vertraulich** behandelt werden, nehmen entgegen:

Bundeskriminalamt – Abteilung Sicherungsgruppe –
53 Bonn-Bad Godesberg, Friedrich-Ebert-Straße 1 – Telefon: 02229 / 53001
oder jede Polizeidienststelle

Vorsicht! Diese Gewalttäter machen von der Schußwaffe rücksichtslos Gebrauch!

Mit Tausenden Exemplaren dieses Plakats fahndete das Bundeskriminalamt 1972 nach Mitgliedern der terroristischen Vereinigung RAF. Der Begriff „Bande“ war bei Juristen umstritten. Die Bilder der bereits verhafteten Personen wurden durchgestrichen.

desopfer Clyde Bonner, Charles Peck und Ronald Woodward waren Angehörige der US-Armee. Sie befanden sich bei der Explosion der ersten Autobombe zufällig in der Nähe des Parkplatzes.

Als Teil des „Kampfes gegen den US-Imperialismus“ galt zudem das Attentat gegen den kommandierenden General Frederick Kroesen vom 15. September 1981. Kroesen wurde von den Geschossen einer Panzerfaust nur knapp verfehlt, als sein Dienstfahrzeug am frühen Morgen an einer Ampel in der Heidelberger Innenstadt hielt.

Die Tötung von Polizisten entsprach ebenfalls dem Feindbild der RAF. Polizeibeamte waren Vertreter des staatlichen Herrschaftsapparates der Bundesrepublik, der laut dem „Konzept Stadtguerilla“ vom April 1971 zerstört werden sollte. Zu den zwölf Morden an Polizei- und Zollbeamten kamen zahlreiche Mordversuche hinzu. So wurden die jungen Polizisten Wolfgang Seliger und Uwe Jacobs bei einer Ausweiskontrolle in Singen am 3. Mai 1977 von Günter Sonnenberg und Verena Becker durch mehrere Schüsse verletzt.

Im Kontext dieses Feindbildes war auch die Justiz ein „kriegführendes Instrument“ des Staates gegen die Guerilla.⁷ Sie war verantwortlich für Ermittlungen, Haftbedingungen und Strafprozesse. Im Visier der RAF befanden sich die obersten Justizbehörden des Bundes in Karlsruhe und Vertreter der Bundesanwaltschaft. Davon zeugen der Autobombenanschlag auf den Bundesrichter Wolfgang Buddenberg vom 15. Mai 1972, bei dem seine Frau verletzt wurde, die Ermordung von Generalbundesanwalt Siegfried Buback und seinen Begleitern Wolfgang Göbel und Georg Wurster am 7. April 1977 sowie der versuchte Raketenwerferanschlag auf die Bundesanwaltschaft vom 25. August 1977.

Auf die Freipressung der in der Justizvollzugsanstalt Stuttgart-Stammheim inhaftierten Urheber der Bombenattentate von 1972 und weiterer RAF-Gefangener schließlich zielte die Entführung des Arbeitgeberpräsidenten Hanns Martin Schleyer vom 5. September 1977, bei der seine vier Begleiter ermordet wurden: der Fahrer Heinz Marcisz aus Köln sowie die Stuttgarter Polizeibeamten Reinhold Brändle, Roland Pieler und Helmut Ulmer.

Die Reaktion des Staates auf die Anschläge der RAF

Trotz des Anspruchs der RAF, als kriegführende Partei und Stadtguerilla das politische System der Bundesrepublik Deutschland zu zerstören, waren ihre

⁷ Staatsarchiv Ludwigsburg (StAL) EL 48/5 Bü 29: Bekennerschreiben zum Attentat auf Generalbundesanwalt Buback, April 1977.



Im Hauptquartier der US-Armee explodieren am 24. Mai 1972 zwei Autobomben. Wegen dieses Sprengstoffanschlags mit drei Opfern findet der Prozess gegen die mutmaßlichen Täter in Baden-Württemberg statt.

Anschläge zwar eine Herausforderung des Staates und seines Gewaltmonopols. Die Morde konnten die staatlichen Strukturen aber nicht gefährden. Sie waren eine „revolutionäre Initiative“, wie es im „Konzept Stadtguerilla“ heißt, und keine Revolution. Peter Waldmann hat die Funktion terroristischer Gewaltverbrechen mit dem Begriff „Provokation der Macht“ treffend bezeichnet.⁸ Ähnlich formulierte es Bundeskanzler Helmut Schmidt, als er nach der Entführung Hanns Martin Schleyers am 5. September 1977 im Fernsehen von der „blutigen Provokation in Köln“ sprach.

⁸ Waldmann, Terrorismus (wie Anm. 3); vgl. Weinbauer/Requate, Terrorismus als Kommunikationsprozess (wie Anm. 3), S. 13; Johannes Hürter: Anti-Terrorismus-Politik. Ein deutsch-italienischer Vergleich 1969–1982, in: VfZ 57 (3), 2009, S. 328–348, hier S. 346 (Provokationsstrategie); Reinhold Weber: Provokation mit Gewalt: Der Terror der Roten Armee Fraktion, in: Ders. (Hrsg.): Aufbruch, Protest und Provokation. Die bewegten 70er- und 80er-Jahre in Baden-Württemberg, Darmstadt 2013, S. 9–31, hier S. 10–12.

Wie die neuere Kulturgeschichte der „Inneren Sicherheit“ hervorhebt, reagierten die staatlichen Organe auf diese Provokation ebenfalls mit einer Kommunikationsstrategie, nämlich mit der Demonstration von Stärke und der Betonung des staatlichen Gewaltmonopols, und zwar sowohl auf Bundes- und Landesebene als auch innerhalb der Kommunen.⁹ Diese Gegenstrategie hat verschiedene Komponenten. Zunächst eine rhetorische, die sich zum Beispiel in den Sprachbildern in Politikerreden wie den Traueransprachen nach Anschlägen und in den Debatten im baden-württembergischen Landtag offenbart. Die Kommunikationsstrategie manifestiert sich zudem in der Inszenierung staatlicher Macht im öffentlichen Raum. Die justizielle Verfolgung mutmaßlicher Gewalttäter und ihrer Befürworter ist als dritte Komponente zu nennen.

Zu den Sprachbildern der Politiker: Ministerpräsident Hans Filbinger hielt im Herbst 1977 mehrere Reden über die Herausforderung des Staates durch die RAF. Zu diesen zählt auch die Ansprache bei der Trauerfeier am 10. September für die drei Polizeibeamten aus Baden-Württemberg, die bei der Entführung von Hanns Martin Schleyer ermordet worden waren. Vor den Angehörigen der Opfer sagte Filbinger über die Ziele der Terroristen: „Sie wollen unseren Staat als schwächliche Einrichtung verächtlich machen, sein Selbstbewusstsein soll in Frage gestellt und das Vertrauen der Bürger in seine Ordnungskraft – es soll gestört werden. Dieses Ziel werden die Terroristen nicht erreichen, wenn wir ihnen als Staat und Volk entschlossen die Stirn bieten.“¹⁰ In den Reden des Ministerpräsidenten erscheint der demokratische Staat als Wesen mit persönlichen Zügen, das sich auf seine Abwehrkraft besinnen müsse: „Ein Gemeinwesen kann sich aufraffen und Front machen gegen den zerstörerischen Wahnwitz von Terroristen.“¹¹ Bei seiner

9 Zur Kulturgeschichte der Inneren Sicherheit: Metzler, Konfrontation und Kommunikation (wie Anm. 4), S. 261–265 (Sprechakte, Bilderstrategien); Weinbauer, Terrorismus (wie Anm. 3), S. 223 (Sprachbilder, Dramatisierungsmuster); ders.: „Staat zeigen“. Die polizeiliche Bekämpfung des Terrorismus in der Bundesrepublik bis Anfang der 1980er Jahre, in: Wolfgang Kraushaar (Hrsg.): Die RAF und der linke Terrorismus, Hamburg 2006, Bd. 2, S. 932–947, hier S. 947; Hürter, Anti-Terrorismus-Politik (wie Anm. 8), S. 336–339.

10 Aufnahme des Süddeutschen Rundfunks (SDR) von der Rede Filbingers: Trauerfeier für die Opfer der Schleyer-Entführung, 10.9.1977. Vgl. Nicolas Büchse: Von Staatsbürgern und Protestbürgern. Der Deutsche Herbst und die Veränderung der politischen Kultur in der Bundesrepublik, in: Habbo Knoch (Hrsg.): Bürgersinn mit Weltgefühl. Politische Moral und solidarischer Protest in den sechziger und siebziger Jahren, Göttingen 2007, S. 311–332, hier S. 318.

11 Ebd.

Werbung für einen starken Staat deutete Filbinger in der Regierungserklärung vom 10. November 1977 auch den Slogan der SPD „Mehr Demokratie wagen“ um: „Mehr Demokratie wagen, heißt daher zuvörderst, sich zu einer Demokratie bekennen, die wehrhaft und die selbstbewußt ist.“¹²

Hans Filbinger zeichnete das Bild einer schutzbedürftigen Gesellschaft, die sich einen handlungsfähigen Staat wünscht: „Unsere Bürger rücken zusammen in diesen Tagen einer unerhörten Herausforderung. Sie scharen sich um diesen Staat, der ihr Staat ist.“¹³ Zugleich forderte er die Bevölkerung auf, dem Staat im Kampf gegen die RAF beizustehen: „Jeder kann dazu beitragen, das Geschwür des Terrorismus auszuschneiden.“¹⁴

In der Diskussion über geeignete Maßnahmen gegen terroristische Anschläge wurde im baden-württembergischen Landtag auch diskutiert, ob der Eingriff in Grundrechte zulässig sei. Hier bietet vor allem das Protokoll der Landtagsdebatte vom 24. März 1977 über die Abhöraffäre in der Justizvollzugsanstalt Stuttgart-Stammheim eine wichtige Quelle für die unterschiedlichen Positionen. Innenminister Karl Schiess und Justizminister Traugott Bender hatten entschieden, Gespräche der Angeklagten mit ihren Anwälten vom 25. April bis 9. Mai 1975 und vom 6. Dezember 1976 bis 21. Januar 1977 abhören zu lassen, weil sie sich davon Informationen über geplante Anschläge erhofften. In der Auseinandersetzung im Landtag plädierten Politiker der CDU für die Priorität von Sicherheit gegenüber der Wahrung von Grundrechten. Der Schutz des vertraulich gesprochenen Wortes zwischen Angeklagten und Anwälten sei niedriger zu bewerten als das Leben unschuldiger Bürger. So betonte der Abgeordnete Lothar Gaa: „Wir sind der Überzeugung, daß das Recht auf das gesprochene Wort einen geringeren Wert hat als das auf Leben, auf Freiheit und auf körperliche Unversehrtheit.“¹⁵ Hans Filbinger, der dem Staat in „Grenzsituationen“ das Recht zusprach, „um des Wohlergehens seiner Bürger willen auch in Einzelrechte bewusst einzugreifen“, bemühte in der Sitzung des Landesparlamentarischen Ausschusses der CDU am 26. März ein Zitat von Theodor Eschenburg: „Ich habe lieber bei anderen eine Wanze als selber entführt oder umge-

12 Landtag von Baden-Württemberg. Protokoll über die 36. Sitzung vom 10.11.1977, S. 2244.

13 Landtag von Baden-Württemberg. Protokoll über die 33. Sitzung vom 19.10.1977, S. 2051.

14 SDR: Trauerfeier für die Opfer der Schleyer-Entführung, 10.9.1977 (wie Anm. 10).

15 Landtag von Baden-Württemberg. Protokoll über die 24. Sitzung vom 24.3.1977, S. 1480; vgl. S. 1440, 1443–1444. Zum „Lauschzeitraum“: HStAS EA 4/414 Bü 1.

bracht zu werden.“¹⁶ Bedenken gegen die Verletzung von Grundrechten versuchten Filbinger und andere CDU-Abgeordnete mit den Formeln „Bürgerfreiheit und rechtsstaatliche Autorität bedingen sich vielmehr gegenseitig“ und „Ohne Sicherheit gibt es keine Freiheit“ auszuräumen.¹⁷ Der Begriff der Freiheit wurde gedanklich mit dem Grundrecht auf körperliche Unversehrtheit verknüpft. Heiner Geißler schrieb gar vom „Menschenrecht auf persönliche Sicherheit“.¹⁸

Die Konzeption einer wehrhaften Demokratie, in der notfalls auch Grundrechte eingeschränkt werden können, war verbunden mit einer steten Kritik der CDU-Landesregierung an der sozialliberalen Koalition in Bonn. Ein „Offensivkonzept zur Bekämpfung des anarchistischen Terrorismus“ vom April 1975, das Vertreter der Innenministerien von Baden-Württemberg, Bayern, Rheinland-Pfalz, Saarland und Schleswig-Holstein ausgearbeitet hatten, warf SPD und FDP vor, mit dem von ihnen geschaffenen „Klima fehlgeleiteter Liberalität“ die Entstehung von Terrorismus befördert zu haben.¹⁹ Auf dem Offenburger Parteitag vom 21. Oktober 1977 monierte Filbinger zudem, SPD und FDP hätten zu wenig gegen Ideologien der Neuen Linken unternommen, die den Staat diskreditierten.²⁰ Der Ministerpräsident forderte die „geistig-sittliche Erneuerung unseres Volkes“, blieb aber bei der Beschreibung der „geistig-moralischen Krise“ sehr vage: „Es ist auch der Punkt erreicht, wo es ein Ende haben muss mit dem uferlosen Gewährenlassen und dem standpunktlosen Tolerieren. Mode, Feigheit und Verantwor-

16 Generallandesarchiv Karlsruhe (GLA) M I B 2 (6): Rede von Hans Filbinger, S. 7–8.

17 Landtag von Baden-Württemberg. Protokoll über die 24. Sitzung vom 24.3.1977, S. 1441; vgl. GLA M I B 2 (6) Pressemitteilung des CDU Landesverbandes Baden-Württemberg, 25.3.1977: Redeauszüge zum Thema „Sicherheitstechnische Maßnahmen der Polizei in Stammheim“; Rede des neuen Justizministers Guntram Palm: Landtag von Baden-Württemberg. Protokoll über die 45. Sitzung vom 16.3.1978, S. 2961. Vgl. Büchse, Von Staatsbürgern und Protestbürgern (wie Anm. 10), S. 315.

18 Vgl. die Rede von Lothar Späth: Landtag von Baden-Württemberg. Protokoll über die 24. Sitzung vom 24.3.1977, S. 1455; Heiner Geißler: Terrorismus als geistige und politische Herausforderung, in: Ders. (Hrsg.): Der Weg in die Gewalt. Geistige und gesellschaftliche Ursachen des Terrorismus und seine Folgen, München/Wien 1978, S. 13–21, hier S. 15.

19 HStAS EA 2/306 Bü 26.

20 Archiv für Christlich-Demokratische Politik (ACDP), 03-024-007/3 Pressedienst der CDU: Rede von Hans Filbinger, 21.10.1977, S. 6–8. Vgl. Büchse, Von Staatsbürgern und Protestbürgern (wie Anm. 10), S. 316–317.

tungslosigkeit haben diese Haltungen möglich gemacht. Sie gehen der geistigen und sittlichen Substanz dieses Staates und seiner Bürger ans Mark.“²¹

Der Fraktionsvorsitzende der CDU im Landtag, Lothar Späth, profilierte sich in diesen Debatten nicht mit einer liberaleren Haltung als Filbinger. Dies blieb dem Stuttgarter Oberbürgermeister Manfred Rommel überlassen, der auf dem Parteitag in Offenburg am 21. Oktober 1977 im Gegensatz zum Ministerpräsidenten für den „Weg der Toleranz“ plädierte und Freiräume für Künstler forderte.²²

Das Konzept der „Inneren Sicherheit“, das die sozialliberale Koalition in Bonn entwickelt hatte, impliziert ebenfalls eine enge Wechselbeziehung zwischen der Garantie von Sicherheit und der Verwirklichung von Freiheitsrechten.²³ Gleichwohl kritisierten Vertreter von SPD und FDP im baden-württembergischen Landtag das Modell einer wehrhaften Demokratie, in der Grundrechten ein niedrigerer Rang eingeräumt wird als dem Anspruch der Bürger auf Sicherheit. Der ehemalige Justizminister Rudolf Schieler (SPD) sah die Gefahr, dass die „Erosion unseres Rechtsstaates“ befördert werde, wenn der Eingriff in Grundrechte zulässig sei. Es dürfe „keine Kumpanei der Demokraten geben, beim Abbau von demokratischen Freiheiten, bei der Aushöhlung von grundlegenden Rechtsstaatsprinzipien mitzuwirken“.²⁴ Die geringste Verletzung von Grundrechten beschädige den Rechtsstaat und schwäche das Vertrauen der Bürger in den Staat – so die Argumentation der Landtagsopposition.

Erhard Eppler plädierte in seinen Reden vom 19. Oktober und 10. November 1977 für eine Gesellschaft, die sich in freier Diskussion – angetrieben durch Kritik – neue Perspektiven erarbeite. Dies sei das Gegenmodell zu einer Gesellschaft, die Terroristen wünschten: vor Angst erstarrt und durch Verdächtigungen gelähmt. Die Politiker sollten darin wetteifern, Freiheit zu verwirklichen und erlebbar zu machen: „Wir müssen jeden Tag beweisen, daß wir eine dynamische, eine offene, eine wandlungsfähige und eine re-

21 SDR: Trauerfeier für die Opfer der Schleyer-Entführung, 10.9.1977 (wie Anm. 10). Hans Filbinger variierte das Zitat in seiner Rede vom 21.10.1977.

22 Badische Zeitung vom 22.10.1977; Stuttgarter Zeitung vom 24.10.1977.

23 Vgl. Stephan Scheiper: Innere Sicherheit. Politische Anti-Terror-Konzepte in der Bundesrepublik Deutschland während der 1970er Jahre, Paderborn 2010; Hürter, Anti-Terrorismus-Politik (wie Anm. 8), S. 334–340; zu den Semantiken der Sicherheitspolitik: Achim Saupe: „Innere Sicherheit“ und „law and order“. Vortrag im Institut für Zeitgeschichte, München, vom 9.11.2012.

24 Landtag von Baden-Württemberg. Protokoll über die 24. Sitzung vom 24.3.1977, S. 1462–1467.

formfähige Gesellschaft sind. Denn eben das ist es, was die Terroristen be-
streiten.“²⁵

Trotz der Unterschiede in den Vorstellungen von CDU- und SPD-Politikern: Der Beschwörung der „wehrhaften Demokratie“, die sich der terroristischen Herausforderung stellt, entsprachen seit 1972 die Inszenierung staatlicher Macht durch die größten Fahndungsaktionen seit Kriegsende und die Präsenz der Polizei im öffentlichen Raum. Diese Maßnahmen sollten – interpretiert man Filbingers Satz um – den Staat als starke Einrichtung zeigen, seine Schutzfunktion demonstrieren und dadurch das Vertrauen der Bürger in seine Ordnungskraft festigen.²⁶ So hieß es auch im „Offensivkonzept“ der CDU-regierten Länder vom April 1975, der Staat müsse „durch die Art seiner Selbstdarstellung verlorene Autorität zurückgewinnen“.²⁷



Neben Großfahndungen nach Terroristen gab es in den 1970er-Jahren zahlreiche Fahrzeugkontrollen wie hier in Stuttgart.

Die Großfahndungen mit so poetischen Namen wie „Aktion Wasserschlag“ und „Aktion Frühlingssturm“ wurden vom Bundeskriminalamt in Kooperation mit den Ländern zunächst bundesweit organisiert. Sie sahen Polizei-

25 Landtag von Baden-Württemberg. Protokoll über die 33. Sitzung vom 19.10.1977, S. 2055; vgl. Protokoll über die 36. Sitzung vom 10.11.1977, S. 2254–2255.

26 Vgl. Weinbauer/Requate, Herausforderung (wie Anm. 4), S. 21.

27 HStAS EA 2/306 Bü 26.

kontrollen auf Flughäfen, Bahnhöfen und Straßen vor. Alle verfügbaren Hubschrauber wurden eingesetzt, um Polizeieinheiten auf verschiedene Autobahnausfahrten und Verkehrsknotenpunkte zu verteilen. Nachdem sich der neu geschaffene „Bundesfahndungstag“ unter Federführung des BKA am 15. April 1975 als wenig effektiv erwiesen hatte, wurden diese Maßnahmen auf ein Konzept des Landeskriminalamts Baden-Württemberg hin durch regionale Großfahndungen abgelöst. Sie konzentrierten sich bis Anfang der 1980er-Jahre auf den deutschen Südwesten.²⁸

Die starke öffentliche Präsenz der Polizei und die vielfältigen Fahndungsmaßnahmen waren verbunden mit einer Neuorganisation des Bundeskriminalamts und des Polizeiapparates in den Ländern. Die Polizei in Baden-Württemberg wurde zwischen 1973 und 1978 um 3246 Stellen aufgestockt. Zum Vergleich: Während der Großen Koalition auf Landesebene von 1966 bis 1972 hatte es 843 neue Stellen gegeben. Ab 1972 wurden auch in Baden-Württemberg Sondereinheiten der Polizei gebildet, die bei speziellen Kontrollen, Durchsuchungen und Verhaftungen eingesetzt werden sollten. Es entstanden Mobile Einsatzkommandos (MEK) und Spezialeinsatzkommandos (SEK). Viel bekannter ist bis heute allerdings die GSG (Grenzschutzgruppe) 9, die 1972 beim Bundesgrenzschutz gebildet wurde.²⁹

Bombendrohungen und die Staatsakte für die Opfer nach Anschlägen der RAF wurden für den Aufmarsch unterschiedlicher polizeilicher und auch militärischer Verbände genutzt. Zwei Beispiele aus dem Südwesten: Eine

28 HStAS EA 2/306 Bü 11; vgl. Weinhauer, „Staat zeigen“ (wie Anm. 9), S. 938; Metzler, Konfrontation und Kommunikation (wie Anm. 4), S. 264–265; Michael Sturm: „Dazwischen gibt es nichts“. „Bewaffneter Kampf“ und Terrorismusbekämpfung in der Bundesrepublik am Beginn der 1970er Jahre, in: *sowi* 32, 2003, H. 2, S. 47–59, hier S. 57–58; Sabrina Müller: Gewaltmonopol, in: *Haus der Geschichte Baden-Württemberg* (Hrsg.): *RAF – Terror im Südwesten*, Stuttgart 2013, S. 48–61.

29 Klaus Weinhauer: Zwischen „Partisanenkampf“ und „Kommissar Computer“: Polizei und Linksterrorismus in der Bundesrepublik bis Anfang der 1980er Jahre, in: Klaus Weinhauer/Jörg Requate/Heinz-Gerhard Haupt (Hrsg.): *Terrorismus in der Bundesrepublik. Medien, Staat und Subkulturen in den 1970er Jahren*, Frankfurt a. M./New York 2006, S. 244–270, hier S. 246–249; ders., „Staat zeigen“ (wie Anm. 9), S. 935; Landtag von Baden-Württemberg. Protokoll über die 36. Sitzung vom 10.11.1977, S. 2264, 2291–2292; Die Polizei-Zeitung Baden-Württemberg 1977, Nr. 6; Alfred Stümper: Mobile Einsatzkommandos im Lande Baden-Württemberg, in: *Kriminalistik* 26 (6), 1972, S. 277–279; ders.: Die Grenzschutzgruppe 9 (GSG 9) und die Länderpolizeien, in: *Kriminalistik* 28 (2), 1974, S. 49–51.

„Rote Armee Fraktion Baden-Württemberg“ hatte in mehreren Briefen für den 2. Juni 1972 die Explosion von drei Autobomben angekündigt. Der Text las sich wie eine Parodie der RAF-Schriften: „Das Los ist auf Stuttgart gefallen. Warnung! Am 2. Juni genau zwischen 13 und 14 Uhr werden unsere RAF Pionier Sprengexperten in den Straßen Stuttgarts 3 Autos als Bomben explodieren lassen.“³⁰ Obwohl das BKA von einer Fälschung ausging, gab es an diesem Freitag in Stuttgart umfassende Polizeikontrollen, auch zur Stärkung des Sicherheitsgefühls der Bürger. Schon am frühen Morgen wurden Einfahrtsstraßen kontrolliert. Hundertschaften der Polizei überprüften Autofahrer und hielten Spiegel unter verdächtige Fahrzeuge. Journalisten sichteten Bereitschaftspolizisten in „feldgrauen Kampfanzügen“. Ein Brautpaar musste den Kofferraum seines geschmückten Mercedes öffnen und die Hochzeitsgeschenke kontrollieren lassen.³¹

Während des Staatsaktes nach dem Attentat auf Generalbundesanwalt Siegfried Buback spielte sich vor der evangelischen Stadtkirche in Karlsruhe am 13. April 1977 folgende Szene ab, die der Korrespondent der Nachrichtenagentur *Reuters* schilderte: „In hohem Tempo rasten 13 helle Mercedes-Limousinen vor das Kirchenportal. Gleichzeitig wurden sämtliche Türen aufgestoßen, junge Männer in grünen Kampfanzügen und schwarzen Stiefeln sprangen aus den Wagen, bauten sich breitbeinig um ein Auto in der Kolonnenmitte auf, rissen ihre Maschinenpistolen hoch und hielten die Umstehenden mit dem Finger am Abzug in Schach.“ Aus dem Wagen stieg Bundesinnenminister Werner Maihofer. Passanten erinnerten sich gegenseitig an Szenen aus der Verfilmung des Romans 1984 von George Orwell.³² Als „James-Bondismus“ kritisierte der FDP-Abgeordnete Klaus Rösch im Landtag von Baden-Württemberg solche Auftritte.³³ Rösch beobachtete Anfang November 1977, wie 15 Polizeibeamte mit Maschinenpistolen in einen Zug stürmten. Ein Polizist hätte dann mit gezogener Waffe von einem Mädchen den Ausweis verlangt.

30 Stuttgarter Zeitung vom 29.5.1972.

31 Stuttgarter Nachrichten vom 2.6.1972; Die Welt vom 3.6.1972; Stuttgarter Zeitung vom 3.6.1972; Südwest Presse vom 3.6.1972.

32 Stuttgarter Zeitung vom 14.4.1977; Badische Zeitung vom 14.4.1977.

33 Landtag von Baden-Württemberg. Protokoll über die 36. Sitzung vom 10.11.1977, S. 2295.



Der Staatsakt für den ermordeten Generalbundesanwalt Siegfried Buback vor der evangelischen Stadtkirche in Karlsruhe am 13. April 1977 wird von einem Großaufgebot von Polizei, Bundesgrenzschutz und Verbänden der Bundeswehr begleitet.



Bei der Trauerfeier in der Stadtkirche sprechen Bundeskanzler Helmut Schmidt, Bundesjustizminister Hans-Jochen Vogel und Ministerpräsident Hans Filbinger.



Nach der Entführung von Hanns Martin Schleyer wird auch in Karlsruhe nach den Tätern gefahndet. Auf dem Plakat sind auch Unbeteiligte wie der Stuttgarter Rechtsanwalt Jörg Lang abgebildet.

Zur Kommunikationsstrategie des Staates zählten Hunderttausende von Fahndungsplakaten, mit denen die mutmaßlichen Gewalttäter der RAF gesucht wurden. Sie dienten vorrangig dazu, die terroristische Bedrohung im Alltag stets gegenwärtig zu machen und sollten die Bevölkerung dazu bewegen, der Polizei zu helfen. Die Plakate beförderten Verdächtigungen und Misstrauen, führten aber wegen der veralteten Photographien oft zu Verwechslungen und selten zu Verhaftungen. Sie regten die Bildung einer „Fahndungsgemeinschaft“ zwischen Ermittlern und Bürgern an und vertieften damit die Kluft zwischen der Gesellschaft und Anhängern der RAF.³⁴ Entsprechend hieß es im „Offensivkonzept zur Bekämpfung des anarchistischen Terrorismus“: „Der Staat kann seine Ordnungsfunktion nur dann entschlossen wahrnehmen, wenn es gelingt, den Bürger innerlich wieder enger mit unserem Staat zu verbinden.“³⁵

34 Vgl. Metzler, Konfrontation und Kommunikation (wie Anm. 4), S. 272–273; Weinbauer, „Staat zeigen“ (wie Anm. 9), S. 942; ders.: Linksterrorismus der 1970er Jahre. Ein Literaturbericht zur Bundesrepublik Deutschland und zu Italien, in: Johannes Hürter/Gian Enrico Rusconi (Hrsg.): Die bleiernen Jahre. Staat und Terrorismus in der Bundesrepublik Deutschland und Italien 1969–1982, München 2010, S. 117–125, hier S. 123–124.

Zur Verstärkung von Trennlinien zwischen einer radikalen Minderheit und der übrigen Gesellschaft dienten auch die Änderungen der Strafgesetze in den 1970er- Jahren. Die §§ 88a, 129a, 130a und 131 stellten nicht nur die Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung unter Strafe, sondern auch die Werbung für deren Ziele sowie die Befürwortung und Verherrlichung von Gewalt.³⁶

Obwohl die sozialliberale Koalition beim Erlass der „Anti-Terror-Gesetze“ sehr weit ging, kritisierten Baden-Württemberg und Bayern im Bundesrat unermüdlich, dass die Regierungsparteien nicht die „notwendigen gesetzlichen Voraussetzungen zu einer wirksamen Bekämpfung des Terrorismus“ schafften.³⁷ Noch am 30. September 1977 forderten sie im Bundesrat die Legalisierung der Überwachung von Gesprächen der RAF-Anwälte mit ihren Mandanten.

Ob die Strafrechtsreformen und die Änderungen der Strafprozessordnung die Grenzen zumindest des materiellen Rechtsstaates nicht überschritten, ist weiterhin Gegenstand von Forschungsdebatten. So trat die Kontaktsperre für die inhaftierten RAF-Mitglieder schon kurz nach der Entführung von Hanns Martin Schleyer in Kraft, obwohl das entsprechende Gesetz erst am 30. September 1977 im Bundesrat angenommen wurde.³⁸ Kaum lösbare

35 HStAS EA 2/306 Bü 26.

36 Zur gesellschaftlichen Bedeutung der Strafgesetzgebung: Stephan Scheiper: Der Wandel staatlicher Herrschaft in den 1960er/70er Jahren, in: Klaus Weinhauer/Jörg Requate/Heinz-Gerhard Haupt (Hrsg.): Terrorismus in der Bundesrepublik. Medien, Staat und Subkulturen in den 1970er Jahren, Frankfurt a. M./New York 2006, S. 188–216, hier, S. 204–206; ders.: Innere Sicherheit (wie Anm. 23), S. 372–378; Metzler, Konfrontation und Kommunikation (wie Anm. 4), S. 270–271. Vgl. die zahlreichen Ermittlungsverfahren wegen Verstoßes gegen § 129a: GLA 309 (Staatsanwaltschaft Karlsruhe); StAL EL 302 II (Staatsanwaltschaft beim Oberlandesgericht Stuttgart).

37 Bundesrat. Bericht über die 438. Sitzung, 29.7.1976, S. 385; Bericht über die 449. Sitzung, 30.9.1977, S. 229–233.

38 Vgl. unter anderem Wolfgang Kraushaar: Der nicht erklärte Ausnahmezustand. Staatliches Handeln während des sogenannten Deutschen Herbstes, in: Ders. (Hrsg.): Die RAF und der linke Terrorismus, Hamburg 2006, Bd. 2, S. 1011–1025, hier S. 1015–1017; Uwe Wesel: Strafverfahren, Menschenwürde und Rechtsstaatsprinzip. Versuch einer Bilanz der RAF-Prozesse, in: Ebd., S. 1048–1057; Volker Friedrich Drecktrah (Hrsg.): Die RAF und die Justiz. Nachwirkungen des „Deutschen Herbstes“, München 2010; Hürter, Anti-Terrorismus-Politik (wie Anm. 8), S. 338–339; Weinhauer, Terrorismus (wie Anm. 3), S. 227.



DEN KNAST GEMEINSAM BEKÄMPFEN! GEGEN FOLTER HELFE RECHTSMITTEL NICHT: HUNGERSTREIK!

Vom 9.2.73, 8 Uhr bis 12.2.73, 20 Uhr schlossen sich einige Rechtsanwälte, das IZRU und andere politische Organisationen dem Kampf der politischen Häftlinge gegen die Isolation als Folter mit einem gemeinsamen Hungerstreik an.

ERKLÄRUNG

In der BRD gibt es politische Gefangene, zum großen Teil werden Sie über Jahre in totaler Isolation gehalten, die mit den von der Justiz angegebenen Zwecken der Haft, Flucht und "Verdunklung" zu verhindern, nicht zu begründen ist, sondern objektiv abzuleit auf die Auslöschung des Lebens der Gefangenen. Dies offensichtliche Ziel kann zwar am Widerstand der politischen Häftlinge scheitern - ein großer Teil von ihnen befindet sich seit dem 17. 1. 73, also seit drei Wochen, im Hungerstreik -, das Scheitern der Strategie der Justiz, die auf die Zerstörung der Subjekte gerichtet ist, nimmt jedoch den besonderen Haftmaßnahmen nicht ihren Charakter: sie sind Folter.

Die Existenz von Folter in der BRD ist Ausdruck des schleichenden Faschismus der sich in das Gewand der Rechtmäßigkeit zu hüllen sucht. Die Verabschiedung der Notstandsgesetze, die Aufgabenerweiterung für Polizei und Bundesgrenzschutz, die Verschärfung des Haft-

rechts und die Einübung der Bevölkerung in die Duldung von Polizeiterror sind erst durch den bewußten Protest als der neue Faschismus entlarvt worden, der heute existiert.

Als Verteidiger, die mit der Abwendung von Rechtsbrüchen an den Gefangenen beschäftigt sind, müssen wir angesichts der Tatsache, daß Beschwerden offensichtlich nicht wirken, unserer Pflicht zum Widerstand nachkommen. Dem dient der Hungerstreik, der von Freitag, dem 9. 2. 73, 8 Uhr bis Montag, den 12. 2. 73, 20 Uhr vor dem Gebäude des Bundesgerichtshofs in Karlsruhe angesetzt ist.

Unsere Erfahrung ist: Gegen Folter helfen Rechtsmittel nicht. Unsere Forderung ist: Aufhebung der Isolation als Folter für die politischen Häftlinge in der BRD.

Rechtsanwälte Becker, Bergmann, Lang, Casel, Croissant, Demski, Groenewold.
Karlsruhe, den 9. 2. 73

15. 3. 73

INHALTSVERZEICHNIS

- S.1 Erklärung der Rechtsanwälte zum Hungerstreik.
- S.2 Politische Gefangenschaft
 - Die Eigentumsfrage überall zur Hauptfrage machen
- S.3
 - Die bürgerliche Innerlichkeit in Not.
- S.4 Wie sich der BGH vom Volk isoliert.
- S.5 Warum der BGH ein brauner Gangsterhaufen ist.
- S.6
 - Der Neue Faschismus
 - BGH und Psychiatrie in krimineller Vereinigung
- S.7
 - Der BGH als Kommando zentrale für Foltermaßnahmen
- S.8 Deutscher Anwaltsverein
 - Wer an dem Kampf gegen die Folter keinen "Geschmack" finden kann, dem schmeckt die Folter.
- S.9 Das Volk haßt die Justiz!
- S.10 Die Aufhebung der Isolation ist eine praktische Frage.
- S.11 Ruhe in den Amtsstuben ist tödlich.
- S.12 Strafkraft gegen Gefängnispsychiater.

In Heidelberg fordern 1973 zahlreiche Flugschriften bessere Haftbedingungen für die RAF-Gefangenen. Komitees protestieren gegen „Isolationsfolter“.

Probleme für die Justiz erzeugten die Hungerstreikaktionen, mit denen die RAF-Gefangenen seit 1973 gegen ihre Haftbedingungen protestierten. Ließen Justizminister, Richter oder Anstaltsärzte zu, dass sich ein Gefangener zu Tode hungerte, galten sie als „Mörder“. Führt sie Zwangsernährungen durch, so wurde dies in der Propaganda der RAF und ihrer Anwälte ebenso wie die Isolationshaft als „Folter“ bezeichnet.³⁹

Mit den Hungerstreikerklärungen der RAF-Gefangenen und dem Beginn des Prozesses gegen Andreas Baader, Gudrun Ensslin, Ulrike Meinhof und Jan-Carl Raspe im Mai 1975 in Stuttgart-Stammheim wurden Gefängnisse und Gerichtssäle zum eigenen politischen Aktionsfeld der RAF.⁴⁰ Obwohl in der JVA Köln-Ossendorf weitaus strengere Haftbedingungen herrschten als in der Stuttgarter Justizvollzugsanstalt, entwickelte sich der Trakt aus Gefängnis und Mehrzweckgebäude in Stammheim zur Chiffre für die Reaktion des Staates auf die terroristische Gewalt. Die „Festung Stammheim“ – so

39 Vgl. HStAS EA 4/413 Bü 60; GLA 330 Zugang 2002-83 Nr. 11: Flugblatt „Der Kampf gegen die Vernichtungshaft“, August 1977; Folter in der BRD. Zur Situation der Politischen Gefangenen. Kursbuch 32, Berlin, August 1973.

40 Vgl. zu diesem Themenkomplex das inzwischen abgeschlossene Dissertationsprojekt von Sabine Bergstermann: Terrorismus, Recht und Freiheit – Die JVA Stuttgart-Stammheim als Ort und Symbol der Auseinandersetzung zwischen Staat und RAF; dies.: Von „Isolationsfolter“ und „Vernichtungshaft“. Der Rekurs auf die NS-Diktatur als zentrales Element der Kommunikationsstrategie der ‚ersten Generation‘ der RAF, in: Jahrbuch für Politik und Geschichte 2, 2011, S. 109–124; Michael Sontheimer: Stammheim. Die Gefangenen der Roten Armee Fraktion in der Justizvollzugsanstalt Stuttgart, in: Andreas Magdanz: Stammheim. Eine Gebäudemongrafie, Ostfildern 2012, S. 8–125; Martin Jander: Isolation. Zu den Haftbedingungen der RAF-Gefangenen, in: Wolfgang Kraushaar (Hrsg.): Die RAF und der linke Terrorismus, Hamburg 2006, Bd. 2, S. 973–993; ders.: Isolation oder Isolationsfolter. Die Auseinandersetzung um die Haftbedingungen der RAF-Häftlinge, in: Nicole Colin/Beatrice de Graaf/Jacco Pekelder/Joachim Umlauf (Hrsg.): Der „Deutsche Herbst“ und die RAF in Politik, Medien und Kunst. Nationale und internationale Perspektiven, Bielefeld 2008, S. 141–155; Michael März: Linker Protest nach dem Deutschen Herbst. Eine Geschichte des linken Spektrums im Schatten des ‚starken Staates‘, 1977–1979, Bielefeld 2012, S. 136–162; Sabrina Müller: Vollzug, in: Haus der Geschichte Baden-Württemberg (Hrsg.): RAF – Terror im Südwesten, Stuttgart 2013, S. 62–77; Thomas Schnabel: Was macht Stammheim zu „Stammheim“? Die Provokation des Staates durch die RAF, in: Reinhold Weber/Peter Steinbach/Hans-Georg Wehling (Hrsg.): Baden-württembergische Erinnerungsorte, Stuttgart 2012, S. 583–595; Weber, Provokation (wie Anm. 8), S. 16–22; Metzler, Konfrontation und Kommunikation (wie Anm. 4), S. 265; Graaf, Terroristen vor Gericht (wie Anm. 4), S. 293.



Der Komplex aus dem einstigen Reformgefängnis und dem neuerrichteten Mehrzweckgebäude erscheint wie ein Hochsicherheitstrakt. Diese Perspektive fanden die Pressefotographen 1975 auf einem Feldweg an der Ostseite des Geländes.

die ZEIT vom 16. Mai 1975 – war die ideale Projektionsfläche. Sie steht bis heute im Mittelpunkt der Medien, obwohl Astrid Proll und Ulrike Meinhof in der Isolationshaft in Köln erkrankten und Holger Meins am 9. November 1974 im Hungerstreik in der JVA Wittlich starb. Zur medialen Fokussierung auf „Stammheim“ trugen die Presse- und Fernsehbilder von 20 RAF-Prozessen in Stuttgart ebenso bei wie der Suizid der Untersuchungshäftlinge Ulrike Meinhof (9. Mai 1976), Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Jan-Carl Raspe (18. Oktober 1977).

Die Reaktion der Gesellschaft auf die terroristische Gewalt

Vor diesem Hintergrund erörtert der dritte Teil des Beitrags, wie die Bevölkerung auf die terroristische Herausforderung reagierte. Eine Minderheit ließ sich von den Appellen der RAF-Gefangenen und den Vorwürfen von „Isolationsfolter“ und „Vernichtungshaft“ mobilisieren. Schüler und Studenten aus Karlsruhe, Stuttgart und Heidelberg entwickelten sich ab 1973 von Demonstranten für bessere Haftbedingungen zu den Tätern von 1977, die Gewalttaten zur Freipressung der Gefangenen begingen oder diese Aktionen unterstützten.⁴¹ Zu diesem Kreis von rund 30 Personen zählten beispielsweise Stefan Wisniewski, Sieglinde Hofmann, Willy Peter Stoll, Christian Klar,

Günter Sonnenberg, Knut Folkerts, Adelheid Schulz, Angelika Speitel und Elisabeth von Dyck.

Wie die Lebensläufe von Christian Klar und Willy Peter Stoll dokumentieren, begann diese Radikalisierung mit legalen Aktionen: Demonstrationen und Sitzstreiks vor dem Bundesgerichtshof in Karlsruhe. Die Besetzung des Hamburger Büros von *amnesty international* am 30. Oktober 1974 durch Mitglieder der „Komitees gegen Isolationsfolter“ war schon eine Regelverletzung, die zur vorübergehenden Festnahme der Aktivisten führte. Der Hungertod des RAF-Häftlings Holger Meins am 9. November 1974 verstärkte bei vielen jungen Bürgern die Bereitschaft, Gewaltaktionen der RAF zu unterstützen.



Nach dem Tod von Holger Meins werden Parolen an Gerichte, Gefängnisse und Kirchen geschrieben. Die Polizei nimmt dieses Bild am 16. November 1974 an der Bernharduskirche in Karlsruhe auf.

41 Vgl. GLA 330 Zugang 2002-83, Nr. 11 und Nr. 32; Tobias Wunschik: Baader-Meinhofs Kinder. Die zweite Generation der RAF, Opladen 1997, S. 171–233; Bergstermann, „Isolationsfolter“ (wie Anm. 40), S. 119–121; Sabrina Müller: Proteste gegen Isolationshaft, in: Haus der Geschichte Baden-Württemberg (Hrsg.): RAF – Terror im Südwesten, Stuttgart 2013, S. 84–95.

Studiert man die Umfragen des Instituts für Demoskopie in Allensbach in den 1970er-Jahren, so stand dem kleinen Kreis von Anhängern der RAF eine Mehrheit der Bevölkerung gegenüber, die im Umgang mit politischen Gewalttätern härtere Strafen, auch die Todesstrafe, forderte. So hieß es schon in einem Leserbrief in der *Schwäbischen Zeitung* vom 2. Juni 1972: „Demokratie ist für normale Bürger gut und schön, für diese hinterhältigen Verbrecher aber vollkommen unzulänglich in der Bekämpfung und dem Strafmaß.“ Ein Schwerkriegsbeschädigter aus Breisach beklagte in einem Brief an den Justizminister Traugott Bender am 11. Juni 1975 den laxen Umgang des Staates mit den Gewalttättern: „Was haben wir heute für Zustände, ist das die innerliche Sicherheit, wenn man keine Stunde sicher ist um von der Brut überfallen zu werden [...] Die heutigen Gesetze, sind ja nicht mehr wie diese wie früher, wo man Gauner und Verbrecher scharf verurteilen sollten, nein diese werden noch gezüchtet, das wissen diese ganz genau.“⁴²

Zu den Umfragen des Allensbacher Instituts: Auf die Frage „Sind Sie grundsätzlich für oder gegen die Todesstrafe?“ sprachen sich im Februar 1977 immerhin 45 Prozent der Befragten für die Todesstrafe aus. Die Einführung der Todesstrafe speziell für Terroristen befürworteten im August 1976 – also noch vor den Attentaten von 1977 – sogar 55 Prozent. Im Februar 1978 votierten 71 Prozent der Befragten für schärfere Gesetze, um den Terrorismus wirksamer bekämpfen zu können.⁴³

Der überwiegende Teil der befragten Bürger schien auch bereit, die Einschränkung von Grundrechten zu Gunsten von staatlichen Sicherheitsmaßnahmen hinzunehmen. Als das Institut für Demoskopie die Frage stellte „Wenn zur Bekämpfung der Terroristen der Einfluß von Staat und Polizei verstärkt werden muß – würden Sie eine Einschränkung Ihrer persönlichen Rechte durch Maßnahmen wie Überwachung und Hausdurchsuchung hinnehmen, oder würden Sie das ablehnen?“ bewegte sich die Zahl der Befürworter bei rund zwei Dritteln der Befragten. Im Mai 1975 waren es 69 Prozent, im Mai 1977 noch 62 Prozent.⁴⁴

Wendet man sich von diesen Statistiken ab und sucht nach gesellschaftlichen Reaktionen auf die Rote Armee Fraktion, die sich beschreiben, aber kaum quantifizieren lassen, so findet sich eine Vielfalt von Verhaltenswei-

42 HStAS EA 4/413 Bü 8.

43 Elisabeth Noelle-Neumann (Hrsg.): Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 1976–1977, Wien 1977, S. 74–75; Elisabeth Noelle-Neumann/Edgar Piel (Hrsg.): Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 1978–1983, München 1983, S. 322.

44 Noelle-Neumann/Piel, Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 1978 (wie Anm. 43), S. 321. Vgl. Büchse, Von Staatsbürgern und Protestbürgern (wie Anm. 10), S. 315.

sen. Sie reichen von Denunziationen verdächtiger Personen bis hin zu Demonstrationen gegen terroristische Gewalt. Nach Anschlägen gab es zahlreiche Bürger, die die Polizei durch Hinweise auf verdächtige Personen und Fahrzeuge unterstützen wollten. Die Anzeigen, die in den sogenannten Spurenakten der Sonderkommissionen dokumentiert sind, waren häufig durch Streitigkeiten zwischen Nachbarn motiviert. Verdächtig erschienen Mieter, die nachts Musik hörten, tagsüber die Rollläden nicht aufzogen, Besuch aus anderen Städten erhielten oder wie Hippies aussahen. So vermerkte ein Kriminalbeamter aus Karlsruhe im Sommer 1972, nachdem ihm ein verdächtiges Auto gemeldet worden war: „Allein die Tatsache, dass die Fahrzeuginsassen Gammlertypen waren, ist nicht für einen Verdacht der Zugehörigkeit zur Baader-Meinhof-Bande ausreichend.“⁴⁵

In Presse- und Polizeiberichten finden sich mehrere Hinweise, dass Bürger zustimmend auf Fahndungsmaßnahmen reagierten, Kontrollen in Zügen begrüßten, Polizeihubschraubern zuwinkten oder Polizeiwachen Kaffee und Kuchen brachten. Solche Verhaltensweisen belegen laut Klaus Weinbauer das verstärkte „Wir-Gefühl“, mit dem sich die Gesellschaft in den 1970er-Jahren von Anhängern der RAF abgegrenzt habe.⁴⁶

Die kollektive Zurückweisung terroristischer Gewalt manifestierte sich im Jahr 1977 vor allem in den Trauer- und Schweigemärschen nach Attentaten. Tausende von Bürgern folgten am 16. April in Karlsruhe und am 10. September in Stuttgart dem Aufruf von Landtag, Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden, durch diese Trauerkundgebungen ihre Verbundenheit mit dem demokratischen Rechtsstaat auszudrücken. Die Demonstrationen wurden zwar von politischen Vereinigungen organisiert. Filmdokumente und Presseberichte belegen aber, dass sich viele Passanten den Zügen spontan anschlossen.

Das Mitgefühl der Bürger mit den Familien der Opfer der RAF offenbarte sich zudem in den Hunderten von Briefen, die Waltrude Schleyer im Herbst 1977 nach der Entführung ihres Mannes und der Ermordung seiner Begleiter erhielt. Zu den Absendern zählten Politiker, Unternehmer und Freunde ebenso wie zahlreiche Bürgerinnen und Bürger, die das Ehepaar Schleyer nicht persönlich kannten. So schrieb ein Stuttgarter Mitglied der Jungen Union vier Tage nach der Entführung an Frau Schleyer: „Eine starke innere Unruhe, die Hilflosigkeit und das bewegende Mitgefühl für Sie, Ihre Familie und die Angehörigen der ermordeten Begleiter Ihres Mannes schien uns ver-

45 GLA 330 Zugang 2002-83 Nr. 23–28; GLA 334 Zugang 1988-26 Nr. 20–32.

46 Weinbauer, Linksterrorismus (wie Anm. 34), S. 124; ders., „Staat zeigen“ (wie Anm. 9), S. 943.



8000 Bürger nehmen am 10. September 1977 am Trauermarsch in Stuttgart teil.

pflichtend, noch in derselben Nacht Flugblätter zu drucken, mit denen wir bereits am nächsten Morgen alle demokratisch gesinnten Mitbürger aufrufen, gemeinsam gegen diese Gewalt anzutreten.“⁴⁷

Wie sehr die lange Geiselhaft die Menschen bewegte, schilderte eine Frau aus Hattenhofen in einem Brief vom 12. Oktober an Frau Schleyer: „Seien Sie versichert, daß man nicht über den ‚Fall Schleyer‘ hinweg zur Tagesordnung übergeht. Nach wie vor sind alle Kreise der Bevölkerung tief betroffen. Man diskutiert im Freundes- und Bekanntenkreis ebenso wie ‚auf der Straße‘, man hört nach wie vor jede Nachrichtensendung und wartet mit Ihnen auf die erlösende Meldung [...]. Wir können auch als Außenstehende die Qualen dieser Wochen nachempfinden und wünschen für Sie alle, daß diese entsetzliche Zeit zuende sein möge.“⁴⁸

47 Wirtschaftsarchiv Baden-Württemberg (WABW) Y 430, Nachlass Schleyer: Brief vom 9.9.1977. Vgl. auch die Auswahl von Briefen in: Heinrich Basilius Streithofen: Briefe an die Familie Schleyer. Bekenntnis und Verpflichtung, Stuttgart 1978.

48 WABW Y 430, Nachlass Schleyer: Brief vom 12.10.1977.

Trotz des „imaginierten Ausnahmezustandes“, ⁴⁹ der mit terroristischen Gewalttaten einhergeht, gab es aber sowohl nach den Bombenanschlägen der RAF im Mai 1972 als auch in der erhitzten Atmosphäre im Herbst 1977 viele jüngere und ältere Bürger, die befürchteten, dass die gesellschaftlichen und staatlichen Reaktionen auf die terroristische Herausforderung zu einer Einschränkung von Grundrechten und zum Abbau des Rechtsstaates führen könnten. Diese Zeugnisse belegen, dass die Bürger, die sich laut Hans Filbinger „um den Staat scharen“, ihre Spielräume in der Demokratie sehr viel selbstbewusster ausloteten und bewahren wollten.

Als für den 2. Juni 1972 ein Bombenanschlag in Stuttgart angedroht worden war, trafen sich 20 Schüler von Stuttgarter Gymnasien in einem Café, um eine Erklärung zur terroristischen Gewalt abzugeben, die dann in der *Stuttgarter Zeitung* erschien: „Wir verurteilen die Androhung und Anwendung von Gewalt als Mittel der Politik. Wir haben erkannt, daß durch Gewalt eine Minderheit über eine Mehrheit Macht gewinnt. Wir verstehen zwar die Erregung der Bevölkerung über die Ereignisse dieser Tage, fordern aber unsere Mitbürger auf, nicht nach neuer Gewalt zu rufen: Ein ‚starker Mann‘ zum Beispiel würde uns nicht gegen die Gewalt schützen, sondern mit Gewalt unterdrücken.“ Eine geeignete Reaktion auf die terroristische Herausforderung sahen die Schüler vielmehr in der Mitarbeit „an der Fortentwicklung der Demokratie“. ⁵⁰ Sie votierten für eine offene, reformfreudige Gesellschaft als bestem Gegenmodell zur terroristischen Gewalt.

Im Deutschen Herbst 1977 mahnten Bürger, Grundrechte nicht zu verletzen und Freiräume aufrecht zu erhalten. Es ist bekannt, dass der Intendant des Württembergischen Staatstheaters Claus Peymann im September 1977 von zahlreichen Bürgern kritisiert und bedroht wurde, weil er einen Spendenaufruf von Ilse Ensslin für die Zahnbehandlung von „politischen Gefangenen“ am Schwarzen Brett des Staatstheaters ausgehängt hatte. Weniger bekannt sind die vielen Solidaritätserklärungen, die Peymann von Bürgern erhielt, nachdem er von Kultusminister Wilhelm Hahn und von Lothar Späth für sein Verhalten heftig kritisiert worden war. ⁵¹ Der Allgemeine Studentenausschuss der Universität Konstanz erklärte sich am 20. September „solidarisch gegen die Kräfte in Baden-Württemberg und in der BRD, die z. Zt. zum gezielten Großangriff trommeln, der sich gegen alle Künstler, Intellektuelle, Professoren und Studenten richtet, die sich gegen die herrschende Mentalität wenden, damit kritisches Verstehen unterdrückt wird

49 Metzler, Konfrontation und Kommunikation (wie Anm. 4), S. 269.

50 *Stuttgarter Zeitung* vom 3.6.1972.

51 StAL EL 221/5 Bü 369–370, Bü 374, Bü 376, Bü 384, Bü 422.

und um humanitäre Akte als Vorwand zu nehmen, eine pogromähnliche Situation herzustellen“. Die Studenten befürchteten, dass „jegliche Ansätze autonomen Denkens und Handelns [...] durch radikale Einschüchterungen ausgelöscht werden“ sollten.⁵²

Ein Schüler des Theodor-Heuss-Gymnasiums in Mühlacker sammelte Unterschriften für Claus Peymann und schrieb, es hätte sich gezeigt, dass es noch Leute gebe, „denen etwas an freiheitlichen Grundwerten und Grundrechten liegt. Denn wenn diese CDU-Hetzen so weitergehen, so werden wir bald unseren Rechtsstaat noch ganz verlieren“.⁵³

Philipp Gassert vergleicht Hans Filbinger in seinem Beitrag mit dem amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan.⁵⁴ Hinweise auf das Vorbild amerikanischer Politiker finden sich auch in Peymanns Briefesammlung. Drei Bürger aus Bad Cannstatt warfen Lothar Späth vor: „Sie machen jetzt auf Viele den Eindruck, als wollten Sie sich nunmehr als schwäbischer ‚McCarthy‘ profilieren.“⁵⁵

Solche kritischen Bürgerstimmen wurden nach dem Herbst 1977 in der Öffentlichkeit lauter und sie gewannen auch mehr Raum in den Medien.⁵⁶ Der *Spiegel*, der im September 1977 noch vom „Killer-Krieg gegen den Staat“ gesprochen und eine Serie über die sogenannten Sympathisanten abgedruckt hatte, fragte am 5. Dezember 1977: „Wird der Rechtsstaat abgebaut?“. Trotz der terroristischen Bedrohung blieb die Gesellschaft wachsam gegenüber der Unterdrückung von Grundrechten. Anschläge der RAF konnten das bürgerschaftliche Engagement ebenso wenig lähmen wie Großfahndungen, Hausdurchsuchungen und Verdächtigungen dies vermochten. Das „Erstarken der Neuen Sozialen Bewegungen“ Ende der 1970er-Jahre ist indes nicht als „Produkt des Deutschen Herbstes“ (Nicolas Büchse) zu bewerten.⁵⁷ Die gewaltfreie basisdemokratische Protestkultur, die im Südwesten schon

52 StAL EL 221/5 Bü 369.

53 StAL EL 221/5 Bü 374: Brief vom 22.9.1977.

54 Vgl. den Beitrag von Philipp Gassert in diesem Band.

55 StAL EL 221/5 Bü 374: Brief an Lothar Späth vom 19.9.1977.

56 Vgl. Hürter, Anti-Terrorismus-Politik (wie Anm. 8), S. 347–348; Weinbauer, Terrorismus (wie Anm. 3), S. 239–240; ders., Polizei (wie Anm. 29), S. 261–266; ders., „Staat zeigen“ (wie Anm. 9), S. 945–946; ders., Linksterrorismus (wie Anm. 34), S. 124–125; ders.: Terrorismus und Kommunikation: Forschungsstand und -perspektiven zum bundesdeutschen Linksterrorismus der 1970er Jahre, in: Nicole Colin u. a. (Hrsg.): Der „Deutsche Herbst“ und die RAF in Politik, Medien und Kunst. Nationale und internationale Perspektiven, Bielefeld 2008, S. 109–123, hier S. 119–123; März, Linker Protest (wie Anm. 40), S. 130–133.

57 Büchse, Von Staatsbürgern und Protestbürgern (wie Anm. 10), S. 328–330.



„Spiegel“-Titel im Dezember 1977. Der „Stern“ veröffentlichte 1978 das Buch „SOS-Freiheit in Deutschland“.

in der Anti-Atomkraft-Bewegung in Wyhl zum Ausdruck kam, hatte eine Massenbasis. Die Vorstellung, durch politische Appelle und zivilen Ungehorsam Regierungen zum Umdenken bewegen zu können, fand Anhänger quer durch alle sozialen Gruppen und Generationen. 1983 war nicht nur das Jahr der größten Friedensdemonstrationen in der Geschichte der Bundesrepublik. 1983 verhinderten Bürgerproteste auch die geplante Volkszählung. Ein gesellschaftliches Engagement gegen die staatliche Sammlung privater Daten, das heute tatsächlich kaum mehr vorstellbar ist.

Vergangenheit, die nicht vergeht...? Überlegungen zur Auseinandersetzung mit dem individuellen Verhalten in der NS-Zeit in der Bundesrepublik Deutschland

Die öffentliche Auseinandersetzungen, die in Deutschland nach der Befreiung von der nationalsozialistischen Herrschaft das Bild deutscher Zeitgeschichte in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts prägten, lassen sich nicht nur als eine Konstante der politischen Kulturgeschichte der Nachkriegszeit begreifen.¹ Sie prägte nicht nur beide deutschen Staaten, sondern kann komplexe Verschränkungen und Verwerfungen der öffentlichen Diskussionen über die „Bewältigung der Vergangenheit“ und das Handeln und Verhalten des Individuums im NS-Staat erklären. Zeithistorische und geschichtspolitische Kontroversen entzündeten sich an Persönlichkeiten der untergegangenen Regime, vor allem in postdiktatorischen Epochen. Vergangenheitspolitische Kontroversen werden dann zugespitzt auf Persönlichkeiten, die eine geradezu repräsentative Bedeutung zugesprochen bekommen. Einige Namen sogenannter „Belasteter“ dienen dabei gleichsam als Beleg verfehlter oder ausgebliebener Auseinandersetzung des Einzelnen mit der Vergangenheit: Theodor Oberländer,² Heinrich Lübke,³ Hans Globke,⁴ Kurt Georg Kiesinger⁵

1 Vgl. Hermann Glaser: *Kulturgeschichte der Bundesrepublik Deutschland*, Bd. 1: *Zwischen Kapitulation und Währungsreform 1945–1948*, München 1985; ders.: *Kulturgeschichte der Bundesrepublik Deutschland*, Bd. 2: *Zwischen Grundgesetz und Großer Koalition 1949–1967*, München 1986.

2 Philipp-Christian Wachs: *Der Fall Oberländer (1905–1998). Ein Lehrstück deutscher Geschichte*, Frankfurt a. M. 2000; ders.: *Die Inszenierung eines Schauprozesses – das Verfahren gegen Theodor Oberländer vor dem Obersten Gericht der DDR*, Berlin 2001.

3 Rudolf Morsey: *Heinrich Lübke. Eine politische Biographie*, Paderborn 1996.

4 Erik Lommatzsch: *Hans Globke (1898–1973). Beamter im Dritten Reich und Staatssekretär Adenauers*, Frankfurt a. M. 2009; Klaus Gotto (Hrsg.): *Der Staatssekretär Adenauers. Persönlichkeit und politisches Wirken Hans Globkes*, Stuttgart 1980; Jürgen Bevers: *Der Mann hinter Adenauer. Hans Globkes Aufstieg vom NS-Juristen zur Grauen Eminenz der Bonner Republik*, Berlin 2009.

5 Philipp Gassert: *Kurt Georg Kiesinger 1904–1988. Kanzler zwischen den Zeiten*, München 2006.

und Hans Filbinger dienten nicht zuletzt der geschichtspolitisch geprägten Symbolisierung politisch fehlgelaufener und selbstreflexiver zeithistorischer Reflexion.

Dabei muss bedacht werden, dass nachlebende Mitläufer, Angepasste, nicht selten Geschichtsvergessene über individuelle Verhaltensweisen von Zeitgenossen urteilten. Sie zielten nicht auf die Würdigung einer Gesamtpersönlichkeit, sondern stellten ein Ereignis, ein Versagen, eine nicht selten auf eine Tatsache reduzierte „Schuld“ in den Mittelpunkt und fällten von diesem punktuellen Verhalten her ein Gesamturteil über eine Persönlichkeit. Unberücksichtigt blieben dabei Gesamtwürdigungen von Lebensleistungen, Kontexte, Interessen, auch Verzerrungen und Reduktionen von Bewertungen.

Der Historiker kam dabei nicht selten in eine prekäre Lage. Bis heute bekennt er sich zum Diktum Rankes, es käme darauf an, Geschichte darzustellen, wie sie „eigentlich gewesen“. Unter dem Eindruck öffentlicher Diskussionen ist der Historiker allzu schnell bereit, die Aufforderung des französischen Historikers Marc Bloch in den Hintergrund zu drängen: „Ein Wort ist es: verstehen.“ Der Historiker sollte niemals Protagonist eines historischen Gerichtsverfahrens sein, weil er sich von einem nach Indizien suchenden Staatsanwalt unterscheidet. Er muss vielmehr Verteidiger, Staatsanwalt und Richter in einer Person sein, um im Bild zu bleiben. Und vielleicht kommt die Funktion des Vollzugsbeamten sogar noch hinzu.

In diesem Sinne wird in diesem Beitrag versucht, die an anderer Stelle in diesem Buch⁶ behandelte Auseinandersetzung mit der Kontroverse über Hans Filbingers Verhalten in den 1940er-Jahren in einen größeren Zusammenhang einzuordnen. Bewertungen des ehemaligen Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg beziehen sich auf die Ereignisse vom Mai 1945, die dann in den Angriffen Rolf Hochhuths unter einer ganz gegenwartsorientierten Perspektive kulminierten, den Rücktritt Filbingers einleiteten, vielleicht aber auch sein kritikwürdiges Beharren im Ranke'schen Sinne verständlich machen. Denn immer wird der Mensch nach Angriffen auf seine Person zu der Persönlichkeit, die am Ende bewertet wird. Dies gilt für Filbinger umso mehr, als sein Einsatz für eine neokonservative Einrichtung in Weikersheim und die Ansprache eines seiner Nachfolger bei der Trauerfeier für Filbinger Teil dieser Auseinandersetzung waren und blieben.

6 Vgl. den Beitrag von Erik Lommatzsch in diesem Band.

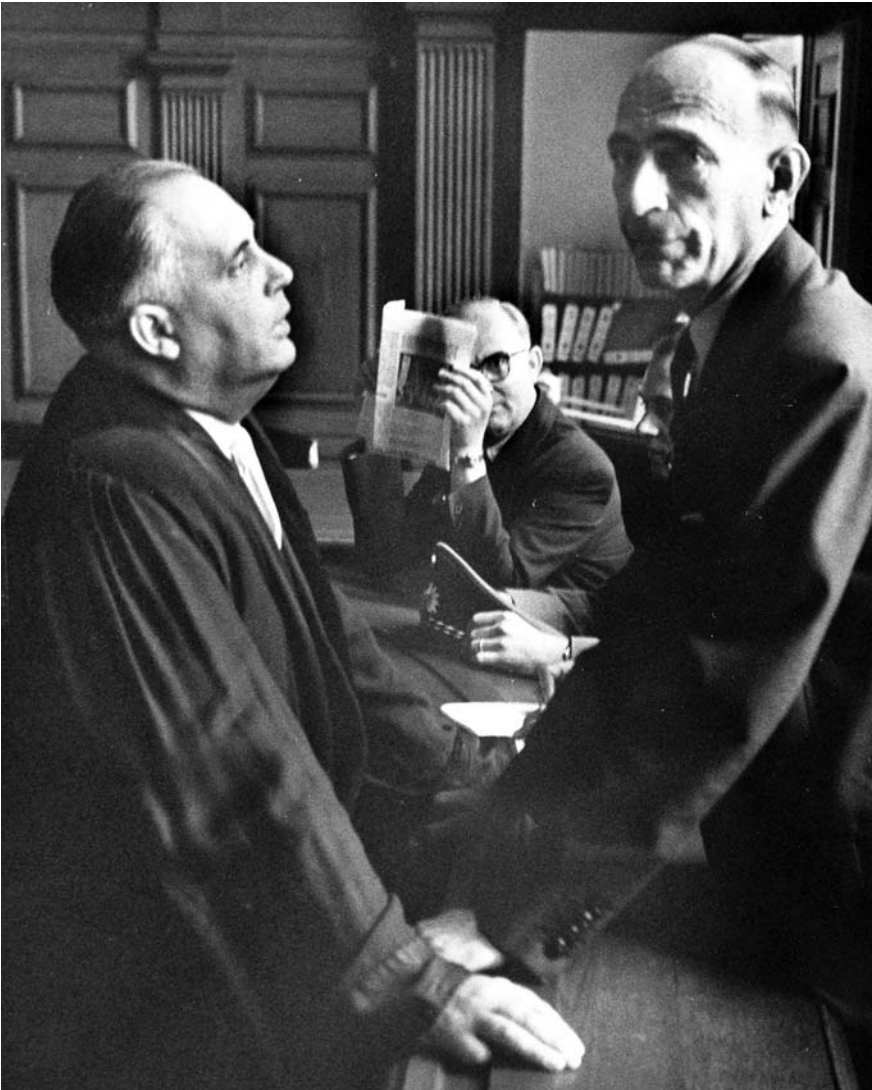


Protest gegen die Tätigkeit Hans Globkes als Staatssekretär des Bundeskanzleramtes beim Staatsbesuch Konrad Adenauers in Israel 1966.

Verändertes Interesse an der Zeitgeschichte

Seit den 1970er-Jahren haben sich Akzente der öffentlichen Debatte über Vergangenheit, individuelle Verstrickung und moralische Bewertungen verschoben, nicht zuletzt, weil nicht mehr führende Politiker, sondern zunehmend ganze Berufsgruppen, Industrielle, Institutionen oder Funktionsträger des Systems in den kritischen Blick der Öffentlichkeit gerückt wurden. Entschädigungen der Zwangsarbeiter berührten Unternehmen, aber auch Institutionen, die – wie Kirchen, Krankenhäuser oder Universitäten – Zwangsarbeiter angefordert oder sogar Häftlinge als billige Arbeitskräfte missbraucht hatten.

Exemplarisch lassen sich etwa die Diskussionen über das Auswärtige Amt deuten. Weitere institutionengeschichtliche und -kritische Untersuchungen über den Bundesnachrichtendienst, das Bundeskriminalamt, Bundes- und Länderministerien – in bisher einmaliger Breite am Beispiel wichtiger Ministerien des Landes Baden-Württemberg – werden in den nächsten Jahren folgen. Dieses Interesse spiegelt nicht nur den breiteren Zugang zu Quellen, sondern die große Aufmerksamkeit, die inzwischen die personalisierbare Kontinuitätsproblematik genießt. Deutlich wird dabei auch, dass sich im Lauf der



Der Angeklagte Werner Hersmann (r.) mit dem Rechtsanwalt Rudolf Aschenauer (l.) im Ulmer Einsatzgruppenprozess 1958. Insgesamt stehen in Ulm zehn ehemalige Angehörige des SS-Einsatzkommandos „Tilsit“ vor Gericht.

Jahrzehnte nicht nur die Quellenzugänge, sondern auch die politisch-moralischen Beurteilungsgründe und Beurteilungsmaßstäbe verändert haben.

Niemals aber ging es in den 1950er- und 1960er-Jahren allein um die öffentliche Wahrnehmung und die konfliktbeladene Auseinandersetzung mit

systembedingtem Fehlverhalten, sondern immer war die geschichtspolitische Kontroverse auch Teil eines Systemkonflikts zwischen den beiden deutschen Staaten. Für die DDR-Regierung war die Bundesrepublik zugleich ein kapitalistischer und post- bzw. kryptofaschistischer Staat. Für die Bonner Regierung war der SED-Staat eine „zweite deutsche Diktatur“. Die Verknüpfung der deutsch-deutschen Auseinandersetzungen mit zeitgeschichtlichen Verstrickungen führender deutscher Politiker bestimmt bis heute auch das landläufige Urteil über den baden-württembergischen Ministerpräsidenten Filbinger. Wird dessen Name genannt, so werden geradezu reflexartig Zitate in der Erinnerung aufgerufen, die sein Bild prägen und auch verzeichnen. Denn Filbinger steht für eine zeithistorische „Affäre“⁷ und damit für mehr als nur das individuelle Unvermögen, sich mit den zeitgeschichtlichen Belastungen des eigenen Lebens auseinanderzusetzen.

Die nicht selten als „deutsche Besonderheit“ bezeichnete besondere Form der Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Epoche und ihren Folgen hatte eine spezifische Dynamik und wurde dabei ganz entscheidend von Faktoren beeinflusst, die das Ergebnis von externen und innergesellschaftlichen politischen Interventionen und Faktoren waren. Zwar gab es immer politische Kräfte, die bis in die 1960er-Jahre hinein die Beendigung einer Auseinandersetzung mit der „jüngsten deutschen Vergangenheit“ als Ziel proklamierten und einen „Schlussstrich“ verlangten, weil sie in der Auseinandersetzung mit der deutschen Zeitgeschichte eine Art „Selbsterfleischung“ und „Nestbeschmutzung“ sahen. Immer aber artikulierten sich ebenso entschieden politische Kräfte, die auf eine Fortsetzung der Auseinandersetzung mit der Vergangenheit drängten.

Die Erklärung dieser Auseinandersetzung stand viele Jahrzehnte im Schatten der Frage, ob es angesichts der nationalsozialistischen Gewaltverbrechen überhaupt eine angemessene oder abschließende „Bewältigung“ der Vergangenheit geben könnte. Dabei herrschten Argumente vor, die Einflüsse der politischen Psychologie oder der politischen Ethik spiegelten. Moralische Argumente standen neben pädagogischen, und entsprechend vielfältig waren die geschichtspolitischen und politisch-pädagogischen Interpretationen. Immer wieder wurde auch der Begriff der „Vergangenheitsbewältigung“ kritisiert. Es könne, so hieß es, keine „Abarbeitung“ und keine „Erledigung“ dieser Vergangenheit geben, so wie man bei einer Bestandsaufnahme im Warenlager Bestände abhake und Fehlbestände abschreibe.

7 Wolfram Wette (Hrsg.): Filbinger — eine deutsche Karriere, Springe 2006.

Dabei wurde übersehen, dass in der geschichtspolitischen Debatte die Verwendung dieses Begriffs keineswegs auf Endgültigkeit zielte, sondern einen Prozess beschreiben sollte, der viele Synonyme besaß: „Aufarbeitung“, „Auseinandersetzung“, „Bearbeitung“. Entscheidender als diese Diskussion war, dass nur selten die politischen Bedingungsfaktoren einer Auseinandersetzung mit der deutschen Vergangenheit in der Geschichte der Bundesrepublik in den Blick gerückt wurden: Neben der Geschichte der NS-Strafverfahren blieben Fragen ausgeblendet, die den Zusammenhang zwischen geschichtspolitischen Debatten und der politischen Kultur herausarbeiten wollten. Immer handelte es sich bei der Auseinandersetzung mit der Vergangenheit um eine politische Diskussion. Dies macht auch die entscheidende Bedeutung der „öffentlichen“ und der „veröffentlichten“ Meinung deutlich, denn in dieser „Arena“ wurden immer wieder vergangenheitspolitische Kontroversen zugespitzt, um einer Verdrängung, einer Amnesie oder einer „beschwiegenen Schuld“ (Gesine Schwan) entgegenzuwirken.

Alte Tage – neue Zeiten

Unbestritten ist, dass die Konfrontation der Nachlebenden mit der Vergangenheit viele Dimensionen hat. Sie spiegeln eine Fülle von Erfahrungen, von Verantwortungsbereichen, von Schuld der Beteiligten, vom Leiden der Opfer, von Selbstverleugnung der Verantwortlichen, der Mitläufer, der Täter. Die Betonung der vielfältigen zeitgeschichtlichen Erfahrungen der Zeitgenossen, die sich in der Regel als Opfer, viel seltener als Verantwortliche und noch seltener als „Täter“ empfunden hatten, diente seit dem Untergang des NS-Staates oftmals der Selbstentlastung vieler Deutscher durch eine Relativierung ihrer und anderer Leidenserfahrungen.

Immer wieder wurden nach 1945 in den Debatten über die Folgen der NS-Zeit nationalsozialistische Gewaltverbrechen in Beziehung zu den kollektiven Leidenserfahrungen der Deutschen im Zeitalter der Flucht, der Vertreibung und der deutschen Teilung gesetzt, die diese während des Krieges, in der Gefangenschaft, bei Bombenangriffen oder im Zusammenhang mit Flucht und Vertreibung sowie mit der deutschen Teilung gemacht hätten. Nicht selten verwies man dabei auch auf die „Kriegsverbrechen“ ehemaliger deutscher Kriegsgegner, um den Vorwurf schuldhafter Verstrickung als Kennzeichen der deutschen Vergangenheit zu relativieren. Deshalb wurde lange Zeit geradezu geflissentlich übersehen, dass die NS-Führung langfristig einen Rassen- und Weltanschauungskrieg vorbereitet hatte, der nicht zuletzt ethnische Verschiebungen ganzer Volksgruppen ermöglichen sollte und durch die Dezimierung von slawischen „Untermenschen“ und vor al-



Schläge als symbolischer Akt: Der Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger wird, kurz nachdem er zuvor von Beate Klarsfeld geohrfeigt worden war, versorgt.

lem der europäischen Juden von vornherein massenhafte Vernichtung ganzer Völker oder ethnischer Gruppen ins Kalkül zog.⁸

Unbezweifelbar ist, dass sich die vielfach geforderten und durch demokratiepolitische Befragungen sehr evident anmutenden, bereits früh erkennbaren Tendenzen zum Verdrängen und Vergessen nach 1945 in der deutschen Gesellschaft nicht durchgesetzt haben. Durch die Auseinandersetzung mit der Wirklichkeit des nationalsozialistischen Unrechts- und Rassenstaates veränderten sich im Laufe der Zeit Argumente, Empfindlichkeiten und Wahrnehmungen. Diese Veränderungen in den Bevölkerungsstimmungen, die sich besonders nach dem Auschwitz-Prozess und den Verjährungsdebatten verstärkten, sind zu berücksichtigen, wenn zeitgeschichtliche Epochen – etwa die 1950er-, 1960er- oder 1970er-Jahre – verglichen werden.

Umakzentuierungen in der öffentlichen Wahrnehmung beeinflussen politisch-moralische Bewertungen. Nichts hat dies so deutlich werden lassen

⁸ Vgl. Christopher Browning: Der Weg zur „Endlösung“, Bonn 1998; Christian Gerlach: Krieg, Ernährung, Völkermord: Forschungen zur deutschen Vernichtungspolitik im Zweiten Weltkrieg, Hamburg 1998.

wie die Diskussion über Hans Filbinger, der sich vor 1945 verhalten hat wie viele seiner Zeitgenossen und der nach dem Untergang des NS-Systems wie mancher seiner Mitbürger mit den neuen Rahmenbedingungen einer vergangenheitspolitischen Neuakzentuierung nicht auf eine Weise klar kam, die es ihm ermöglicht hätte, die sich zuspitzenden und gegen ihn gerichteten publizistischen Attacken zu parieren. So stellt sich die Frage, ob er nicht auch ein Opfer seiner mehr als unbeholfenen Reaktionen auf schwere Anschuldigungen der Presse und von Rolf Hochhuth geworden ist.

Auch wenn immer wieder Skandalisierungen von fehllaufenden Diskussionen über die Vergangenheit den Eindruck bestärkten, die „Vergangenheitspolitik“ der Deutschen sei mehr als defizitär, so ist doch nicht zu bestreiten, dass in nur wenigen Gesellschaften ähnlich intensiv und konflikthaft über die jüngste Vergangenheit gestritten wurde wie in der deutschen. Dies war zum einen das Ergebnis einer bisher für unglaublich gehaltenen zeitgeschichtlichen Entwicklung, die als „Zivilisationsbruch“ bezeichnet und mit der Zerstörung der Weimarer Republik und der raschen Konsolidierung der nationalsozialistischen Diktatur verbunden wurde. Im Laufe der 1960er- und 1970er-Jahre rückten die Kriegserfahrungen der deutschen Bevölkerung weitgehend in den Hintergrund,⁹ denn sie wurden zunächst durch den Zweiten Weltkrieg, der zu dieser Zeit noch nicht konsequent als Rassen- und Weltanschauungskrieg gedeutet und rezipiert wurde, relativiert, solange dessen eigentliches Kriegsziel – die Ermordung der europäischen Juden – noch nicht anerkannt wurde.

Die Konfrontation mit dem Völkermord an den europäischen Juden, mit den Opfern der „Euthanasie“-Aktionen, mit den Verbrechen an sowjetischen Kriegsgefangenen und schließlich mit der Tatsache von nationalsozialistischen Justizverbrechen ließ sich nicht allein mit Methoden und Darstellungsformen der Geschichtswissenschaft bewältigen, sondern verlangte viele und ganz unterschiedliche Zugänge. Interpretatorische Deutungsentwürfe großer Reichweite – von der „Dialektik der Aufklärung“ (Adorno und Horkheimer) bis zur „Verspätung der Nation“ (Plessner) – konkurrierten so unvermeidlich mit Alltagserklärungen, in denen sich individuelle Erfahrungen brachen und die sich nur langsam zu einem pluralistischen Geschichtsbild fügten.

9 Eine Wende wurde mit der Diskussion über das Berliner Zentrum Vertreibungen sowie mit den Büchern von Jörg Friedrich: *Der Brand: Deutschland im Bombenkrieg 1940 – 1945*, München 2002 und ders.: *Brandstätten. Der Anblick des Bombenkriegs*, München 2003 bewirkt. Seitdem setzte die sich verstärkende Debatte über die Deutschen als Opfer ein.

Kritische Reflexionen über kollektives Fehlverhalten

Nicht allein Verdrängungsprozesse sind allerdings zu konstatieren, sondern in der stärker auf Akteure der Geschichtspolitik gerichteten Forschung rückten zunehmend die Modalitäten der öffentlichen Erinnerung in den Blick, vor allem, wenn nach den Rahmenbedingungen und publizistischen Kontexten einer kritischen Auseinandersetzung mit Anpassung und Folgebereitschaft gefragt wurde. Dabei wurde der zeitgeschichtliche Kontext als Resonanzboden für eine ständige Auseinandersetzung mit der Vergangenheit begriffen. Die Frage nach den Möglichkeiten des eigenen Verhaltens angesichts der Zumutungen des Systems schwächte öffentliche Verurteilungen ab, konnte aber auch eine nicht nur kritische, sondern dezidierte Moralisierung des angeblichen Fehlverhaltens nach sich ziehen. Sie steigerte sich mit der Entstehung einer medial vermittelten Empörungskultur und verstärkte nicht selten den Trend zum politischen Pharisäertum.



Bei einer Pressekonferenz 1965 gibt der damalige Leiter der Zentralen Stelle für die Verfolgung nationalsozialistischer Verbrechen in Ludwigsburg, Erwin Schüle, zu, seit 1933 Mitglied der SA und seit 1937 Mitglied der NSDAP gewesen zu sein. V. r. n. l.: Erwin Schüle, Justizminister Wolfgang Haußmann und der Vorsitzende der Landespressekonferenz Heinz Stabe.

Ohne die Massenmedien wäre diese Entwicklung nicht erklärbar. Das zeigte auch die Auseinandersetzung mit Hans Filbinger. Zugleich stellt sich damit aber ein grundlegendes Problem. Wenn die Deutschen angeblich eine breite und fatale Neigung zur Verdrängung auszeichnete, wenn sie die *Unfähigkeit zu trauern* (Alexander und Margarete Mitscherlich) prägte, dann ist es umso erstaunlicher, dass sich Massenmedien vor allem seit den 1960er-Jahren dieser Neigung zur Verdrängung widersetzen und Themen in die publizistisch verschärften öffentlichen Kontroversen über die Zeitgeschichte einführen, die – oberflächlich gesehen – ihre Marktchancen in den 1950er-Jahren nicht verbessert hätten. Denn in den 1950er-Jahren bestimmten Autoren wie Paul Carell¹⁰ oder Heinz G. Konsalik¹¹ sowie Begriffe wie „Kriegsverbrechen“ die Wahrnehmungen, ganz zu schweigen von den millionenfach verbreiteten *Landser*-Heften. In der deutschen Publizistik waren viele Journalisten tätig, die aus den Propagandakompanien der Wehrmacht hervorgegangen waren.

Die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit in Deutschland blieb fast zwanzig Jahre nach 1945 immer umstritten und politisch umkämpft. Dabei sind ganz unterschiedliche Rahmenbedingungen geschichtspolitischer Auseinandersetzungen zu unterscheiden, die von ganz verschiedenen Akteuren – heute spricht man plakativ von Tätern und Opfern – im Kampf um Erinnern und Vergessen geführt wurden.¹² Sie alle bedienten sich der Öffentlichkeit und damit der Massenmedien. Dies unterschied die Debatten über die Vergangenheit nach 1945 von den historischen Kontroversen, die in den Jahrzehnten nach der Reichsgründung und während des Kaiserreichs geführt wurden. Damals waren vor allem kleine Funktionseliten beteiligt, an führender Stelle Historiker, die eine tausendjährige deutsche Geschichte in die „Bismarck’sche Reichseinigung“ münden ließen. Ihr wichtigstes Medium war die historische Gesamtdarstellung.

Einen Bruch bekam dieses national verengte Geschichtsbild mit dem Ende des Ersten Weltkrieges. Erstmals schien der Bestand der Nation gefährdet, denn mit dem Friedensschluss von Versailles wurde zugleich über die Abtretung von Landesteilen an Belgien, Frankreich, Dänemark und Polen entschieden. Die Auseinandersetzung mit der Geschichte wurde vor allem im Zusam-

10 Wigbert Benz: Paul Carell. Ribbentrops Pressechef Paul Karl Schmidt vor und nach 1945, Berlin 2005.

11 Matthias Harder: Erfahrung Krieg. Zur Darstellung des Zweiten Weltkrieges in den Romanen von Heinz G. Konsalik. Mit einer Bibliographie der deutschsprachigen Veröffentlichungen des Autors (1953–1996), Würzburg 1999.

12 Dazu grundlegend Harald Weinrich: *Lethe: Kunst und Kritik des Vergessens*, München 1997.

menhang mit der Kriegsschuldfrage zum Politikum, das auch die Massenpresse prägte. In der politisch-kulturell parzellierten deutschen Gesellschaft, die in Milieus zerfiel, bildete sich kein einheitliches Geschichtsbild heraus. Das gelang erst den Nationalsozialisten, indem sie ihre Gegner mundtot machten und deren Geschichtsdeutungen und Zeitdiagnosen aus ihren Medien verbannten, andererseits aber Methoden der Geschichtspolitik entfalteten und sich dabei insbesondere der neuen Medien bedienten. Ob es sich um die Feier von Luthers Geburtstag, die Beschwörung Preußens und Friedrichs II. oder Stadtjubiläen handelte – in den Medien wurden solche Ereignisse im Sinne einer historischen Sinngebung angeblicher geschichtlicher „Missionen“ gefeiert. Geschichtsdeutung diente der nationalen Identifikation, nicht aber der kritischen Selbstbefragung. Auch eine Jubiläumshistorie breitete sich in diesem Zusammenhang aus. Ihr Kennzeichen war die retrospektive Konstruktion der Vergangenheit auf ihre Entwicklung zur Gegenwart hin.

Nach 1945 wurde diese präsentistische Deutung von Vergangenheit grundlegend verändert, denn das Reich Hitlers erschien nun als Folge historischer Fehlentwicklungen deutscher Geschichte seit der Reformationszeit und schien auf den Endpunkt Auschwitz zugelaufen zu sein. Eine Vielzahl von grundlegenden zeitdiagnostischen Deutungen prägte den Büchermarkt und wurde bald als „Umerziehungsliteratur“ interpretiert. Die Kontroversen lagen auch weiterhin zu großen Teilen in der Hand einzelner Publizisten und Historiker – erst die Ergebnisse dieser keineswegs unumstrittenen Deutungen fanden ihren Niederschlag in den sich ausbildenden Massenmedien. Nach 1945 fanden die Auseinandersetzungen um die Inhalte und Ziele der „Vergangenheitsbewältigung“ vor allem in den Medien statt, denn mit ihnen ließ sich die öffentliche Meinung beeinflussen. Dies hatte in einer zunehmend demoskopisch beeinflussten Politik Auswirkungen für die politische Praxis.

In der Tat sind politische Kontroversen in modernen Demokratien immer medial vermittelt. Aber sie sind keineswegs allein das Produkt von Medien, deren Besitzer und Journalisten wegen ihrer Zugangsmöglichkeiten zum Markt der Meinungen in der Lage sind, öffentliche Großdebatten anzustoßen. Die Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Zeit entsprach durchaus einem tiefen Bedürfnis vieler Zeitgenossen. Allerdings wurde die Richtung dieser „Abarbeitung“ an der Vergangenheit entscheidend durch die Massenmedien und von denen, die Zugang zu ihnen fanden, geprägt. Vergangenheitsbewältigung bedeutete dabei keineswegs allein die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit, sondern vor allem mit der Geschichte der lebenden Generationen. Dies verstärkte geschichtspolitisch zugespitzte Auseinandersetzungen zwischen Alterskohorten und nahm nicht selten Formen eines vehement ausgetragenen politischen Generationenkonfliktes

an. Er berührte immer, keineswegs nur im Umkreis des Jahres 1968, die Geschichte der nationalsozialistischen Zeit.

Dies war die Folge tiefer Einschnitte in die Lebensgeschichte vieler, die zum zweiten Male im 20. Jahrhundert die Erfahrung einer tieferen kategorialen Prägung ganzer Bevölkerungsteile und Altersgruppen durch politische Umbrüche machten. Verfolgung, Kriegserfahrungen, Gefangenschaft, schließlich Flucht und Vertreibung berührten direkt oder indirekt jeden, und auch die Reaktionen in den verfolgten und unterdrückten Völkern konnten jederzeit – und sei es bei einer Urlaubsreise – ganz individuelle Konfrontationen mit der deutschen Vergangenheit nach sich ziehen. Aber nicht nur, weil kein Zeitgenosse dieser Vergangenheit entkam, hatte man sich ihr zu stellen. Die Auseinandersetzung entsprach auch einem komplex gelagerten Bedürfnis, Verantwortung für den verfehlten Lauf der deutschen Geschichte zu empfinden, zu bekennen und als Herausforderung politischer Selbstkorrektur anzunehmen. Wer dabei zögerte, fand sich bald auf der medialen Anklagebank wieder.

Geschichtspolitik und deutsche Teilung

Die Konsequenzen waren aber ebenso vielfältig wie widersprüchlich, nicht zuletzt wegen der deutschen Teilung. Denn beide deutschen Staaten, die 1949 entstanden waren, beriefen sich auf ihren Anspruch, einen Bruch mit der zeitgeschichtlichen Vergangenheit zu verkörpern. Für die DDR-Führung barg die „bürgerliche Gesellschaft“ den Keim einer neuen Faschisierung, während die Regierung der Bundesrepublik die totalitären Mobilisierungsmuster der SED als Beleg nahm. Beide Regierungen waren nicht bereit, der jeweils anderen Seite zuzubilligen, dass es sich um eine jeweilige „postfaschistische“ oder „postnationalsozialistische“ Neuordnung handelte. Dieser Wunsch drückte sich zum einen in den beiden deutschen Verfassungen, vor allem aber in den zeitgeschichtlichen Kontroversen aus, die zunehmend den jeweils anderen deutschen Staat in die Kontinuität der verfehlten deutschen Geschichte zu rücken suchten. Lebensgeschichtliche Kontinuitäten sollten die Legitimität des jeweils anderen Deutschland in Frage stellen. Deshalb publizierte die Regierung der DDR Farbbücher – das *Braunbuch*¹³ ak-

13 Nationalrat der Nationalen Front des Demokratischen Deutschland. Dokumentationszentrum der Staatlichen Archivverwaltung der DDR (Hrsg.): *Braunbuch. Kriegs- und Naziverbrecher in der Bundesrepublik und in West-Berlin: Staat, Wirtschaft, Verwaltung, Armee, Justiz, Wissenschaft, Berlin (Ost) 1965*. Eine dritte Auflage erschien bereits 1968.

zentuierte Lebensläufe, die durch die nationalsozialistische Zeit geprägt waren, das *Graubuch*¹⁴ rückte die Bundesrepublik in den Umkreis des Neonazismus.

Für die DDR-Führung handelte es sich bei der „Bonner Regierung“ wegen ihres Anspruchs, völkerrechtlich in der Kontinuität des Deutschen Reiches zu stehen, um eine Nachfolgeregierung des NS-Staates. Die Orientierung an den Normen des Verfassungsstaates wurde als Ausdruck einer Kontinuität bürgerlicher Herrschaft gedeutet, die auf der Verteidigung einer liberalen Eigentumsordnung beruhte und wegen ihrer „kapitalistischen Grundorientierung“ den Keim eines potenziellen und angeblich jederzeit aktivierbaren neuen Faschismus in sich trug. Immer wieder verwies die DDR-Regierung auf die Rolle ehemaliger Nationalsozialisten in der westdeutschen Verwaltung, Justiz und Bundeswehr. Von der anderen Seite wurde die DDR-Führung unter Hinweis auf die Totalitarismustheorie mit dem NS-Staat verglichen. Die Politisierung des Alltags, die Durchstaatlichung der ostdeutschen Gesellschaft, aber auch das Erscheinungsbild von Mobilisierungs- und Propagandakampagnen erinnerten fatal an die Massenbewegung in der nationalsozialistischen Zeit. In den Massenmedien der beiden deutschen Staaten wurde so jeweils ein Bild der verfehlten Bewältigung der Vergangenheit im jeweils anderen deutschen Staat gezeichnet.

Eines der häufigsten Argumente der Gegner einer jeden Auseinandersetzung mit der deutschen Zeitgeschichte war überdies die Überzeugung, dabei handele es sich um einen Ausdruck der Siegerjustiz. Kaum bekannt war, dass bereits den Angehörigen des Widerstands nicht zweifelhaft gewesen war, dass ihre deutschen Landsleute mit den Folgen nationalsozialistischer Politik konfrontiert werden müssten. Dies konnte auf eine wirkungsvolle Weise nur das Ergebnis einer schnellen, schlagartigen und wirksamen Aufklärung großer Bevölkerungskreise sein. Ohne Massenmedien war dies nicht denkbar. Deutlich wird dies an dem Versuch der Verschwörer im Umkreis von Stauffenberg, unmittelbar nach dem Anschlag auf Hitler in der Wolfsschanze und im Zusammenhang mit dem Umsturzversuch vom 20. Juli 1944 das Berliner Haus des Rundfunks und die Anlagen des Reichssenders in Königswusterhausen zu besetzen und die Deutschen über die angeblich im Namen der Deutschen begangenen und die deutsche Nation moralisch belastenden Verbrechen aufzuklären. Die Regimegegner waren überzeugt davon,

14 Nationalrat der Nationalen Front des Demokratischen Deutschland (Hrsg.): *Graubuch. Expansionspolitik und Neonazismus in Westdeutschland. Hintergründe, Ziele, Methoden*, Berlin (Ost) 1967.

Die Wahrheit über Oberländer!

1

Personalakten
des
Oberländer, Theodor

12 Militärvverhältnisse
Leutnant der Reserve
im Inf. Regt. Nr. 1

14 Mitgliedschaft
in nationalen Verbänden
früher: Bund Oberland
Einnahme am 9. Nov.
1923, Inhaber des
grünen Dauerauswei-
ses Nr. 419, früher
Deutsch-völkischer
Trutzbund u. a.

16 Politische Betätigung
1933-1937 Leiter des
Landesverbandes Ost-
preußen des VDA
1934-1937 Leiter des
Bundes Deutscher Osten
1933-1937 Gauamts-
leiter der NSDAP Gau
Ostpreußen

Also ist erwiesen:

- Oberländer steht nicht erst 1933 zur Nahtzeit, er war aus-
gezeichnet als besonders früher Gefolgsmann Hitler.
- Oberländer gehörte mit Hitler zum 2. Reich. 1933 in Weim-
ar, 1934 in Berlin, die Nazis organisierten sich
rührte sich erst, gegen die Nationalen Kräfte gelangt
zu haben.
- Oberländer trat sich schon in jungen Jahren aktiv in so-
zialistischen, antisemitischen Organisationen, die aus
Jugendverbänden, Nationalsozialisten aus der 14. und der 15.
den Nationalen befanden.
- Oberländer leistete aktiven Dienst in der 1. Schützen-Brigade
1933, der Division des deutschen Militärs nach 1933.
- Oberländer ist seit seiner Schulzeit ein begeisterter, begeist-
eter und treuer Anhänger des imperialistischen Kampfes nach dem
Osten. Er beiläufig sich schon 1933 mit Spies.

Blitzkarriere als Nazi-Ostexperte

Am 30. Januar 1933 erhielt Hitler in Deutschland die Macht und ernannte zum
unverwundlichen Diktator. Seit der Oberländer große der gesamten Nationalsozial-
istischen und Sozialistischen zu unterstützen in Deutschland, insbesondere
auf den Reichsbank, geschickt wurde, begann die beispiellose Karriere
Oberländers. Er erlangte in rascher Folge die höchsten Funktionen und wird als
Ostexperte und Günstling der Nazis schen. 1934 mit 30 Jahren Reichsleiter

Öffentlich ausgestellte Unterlagen über die NS-Vergangenheit Theodor Oberländers in Ost-Berlin. Neben Oberländer werden in der DDR gegen weitere prominente Persönlichkeiten der Bundesrepublik in Abwesenheit Schauprozesse geführt.

dass der Abfall der Bevölkerung von der NS-Regierung bei Kenntnis aller Verbrechen nicht einmal mehr eine Frage der Zeit sei.

Alternativen zur Anpassung

Die Absicht der Verschwörer, sich mit dem Umsturz auch einen Zugang zu den Massenmedien zu schaffen, spiegelte ein grundsätzliches Problem: In einer totalitären Diktatur gibt es keinen von den Machthabern unkontrollierten Zugang zu den Medien. Er lässt sich nur gewaltsam schaffen. Eine Alternative ist die Erzeugung einer kleineren Öffentlichkeit. Deshalb versuchten Regimegegner, durch Flugblätter eine begrenzte Teilöffentlichkeit zu schaffen. Zunehmend rückte in ihnen die Auseinandersetzung mit den nationalsozialistischen Gewaltverbrechen in den Vordergrund. Deutlich lässt sich dies an ganz unterschiedlich orientierten Widerstandsgruppen zeigen. In den Flugblättern der „Weißen Rose“ wird deutlich, mit welcher Verzweiflung man die Öffentlichkeit aufzurütteln suchte. Die Mitglieder dieser oppositionellen Gruppe vervielfältigten Flugblätter und versandten sie tausendfach per Post, in der Hoffnung, eine aufklärende Wirkung mit entsprechenden Folgen für das politische Verhalten zu erzielen. Die Verbrechen im Osten wurden aber nicht nur hier, sondern auch in den Flugblättern der Widerstandsgruppe um Arvid Harnack und Harro Schulze-Boysen angesprochen. Einen ganz anderen Weg zur Öffentlichkeit wählte Clemens August Graf von Galen, der Bischof von Münster. Er nutze seine ganz spezifischen Möglichkeiten aus, um eine – wiederum extrem begrenzte – Öffentlichkeit herzustellen. Seine Predigten erreichten Hunderte und Tausende seiner Gemeindemitglieder und lenkten den Blick auf das Verbrechen der Ermordung von Geisteskranken. Diese Predigten wurden immer wieder abgeschrieben und tausendfach als Flugblätter verteilt.

Die Beispiele machen deutlich, welche Bedeutung die öffentliche Diskussionsmöglichkeit für die Auseinandersetzung mit den Verbrechen der Nationalsozialisten hatte. Was bis zur militärischen Niederlage der deutschen Wehrmacht und dem Ende des NS-Staates die Sache einzelner Menschen und das Ergebnis ihres Mutes ein lebensbedrohendes Risiko darstellte, wurde nach der Befreiung vom Nationalsozialismus zur Selbstverständlichkeit. Denn nun wurde in den Medien das „Gesicht des Dritten Reiches“ ungeschminkt gezeichnet. Dazu bediente man sich verschiedener Medien, vom Theater – *Draußen vor der Tür* von Wolfgang Borchert wäre hier zu erwähnen – über das Hörspiel – Günter Eich wirkte hier bahnbrechend – bis zu den Filmen eines Wolfgang Staudte oder den Romanen von Wolfgang

Koeppen (*Das Treibhaus*), Heinrich Böll (*Gruppenbild mit Dame*), Hermann Lenz (*Der russische Regenbogen*) oder Siegfried Lenz (*Heimatismuseum*).

Es ging bei der politisch relevanten Auseinandersetzung um die Vergangenheit vorrangig aber nicht um künstlerische Inszenierung, sondern um eine publizistisch vermittelte und deshalb auch politisch folgenreiche Debatte. Sie setzte früh ein. Besonders heftig war bereits im Sommer 1945 die Auseinandersetzung über die Bedeutung der Emigration geführt worden, die Thomas Mann herausforderte und die den Schriftsteller Frank Thiess reagieren ließ. Hier wurde nicht nur ein aggressiver Ton hörbar, der dann durchgehalten wurde, sondern es wurde auch eine Art der Argumentation sichtbar, die sich aus der Mischung von Einzelimpuls und publizistischer Debatte ergab. Aus dieser Mischung erklärt sich vielleicht, was Hannah Arendt bei einem frühen Besuch im Nachkriegsdeutschland beobachtete: die Neigung der Deutschen, historische Tatsachen in Meinung zu verwandeln.

Historische Erinnerung und humane Orientierung

Neben der Möglichkeit zur öffentlichen Auseinandersetzung bestimmte allerdings nach 1945 ein weiteres Problem die Annäherung der Deutschen an die nationalsozialistische Wirklichkeit. Diese war stark beeinflusst durch die Bereitschaft der Zeitgenossen, eine wie auch immer formulierte Verantwortung für das unbezweifelbar Geschehene zu tragen. Es ging dabei um die Frage nach der eigenen Verantwortung und damit auch um die „Schuld“.¹⁵

Sie nicht nur zu beantworten, sondern die Antwort auszuhalten hatte allerdings die Einsicht in die Wirklichkeit des NS-Staates zur Voraussetzung. Das war ein großes Thema der frühen Auseinandersetzung mit der damals als „jüngste Vergangenheit“ bezeichneten Zeitgeschichte. Karl Jaspers hatte es früh angeschlagen, als er im Wintersemester 1945/46 in seiner ersten Universitätsvorlesung nach 1945 über die *Geistige Situation in Deutschland* eine sehr folgenreiche Differenzierung vorschlug. Er unterschied die „kriminelle Schuld“ von der „politischen Schuld“, diese von der „moralischen Schuld“ und reflektierte abschließend über die „metaphysische Schuld“.¹⁶ „Kriminelle Schuld“ ergebe sich aus dem Verstoß gegen Gesetze und überantwortete Tä-

15 Vgl. Gesine Schwan: *Schuld und Politik. Die zerstörerische Macht des Schweigens*, Frankfurt a. M. 1997.

16 Karl Jaspers: *Die Schuldfrage* (zuerst Heidelberg 1946), seitdem zahlreiche Auflagen.

ter und Tat dem staatlichen Gericht. „Politische Schuld“ folge aus dem Handeln von Staatsmännern und Staatsbürgern.

Weil jeder Bürger für die Art und Weise verantwortlich sei, wie er regiert werde, werde er wie die verantwortlichen Politiker auch einer Instanz ausgeliefert, die entscheidend durch den Willen der politischen Sieger geprägt werde. Dies bedeutete keineswegs eine Auslieferung an die Siegerjustiz, im Gegenteil: Politische Klugheit könne durchaus zur „Mäßigung von Gewalt und Willkür“ führen. „Moralische Schuld“ bezöge sich auf die Verantwortung des Individuums für seine Handlungen. Niemals gelte deshalb, dass Befehl schlicht Befehl sei. Vielmehr bliebe ein Verbrechen auch dann ein individuell zu verantwortendes Verbrechen, wenn es befohlen worden sei. Die Verantwortung für individuelle Handlungen müsse jeder tragen. Instanz für die Feststellung moralischer Schuld sei deshalb das eigene Gewissen. Die „metaphysische Schuld“ resultiere aus der umfassenden Mitverantwortung des Menschen für „alles Unrecht und alle Ungerechtigkeit“ in der Welt, Instanz sei in diesem Fall „Gott allein“.



Karl Jaspers während einer Vorlesung im Jahr 1946 an der Universität Heidelberg.

In dieser Unterscheidung wurden erstmals komplexe Dimensionen der Auseinandersetzung des Einzelnen, der deutschen Nachkriegsgesellschaft und auch der „Weltöffentlichkeit“ mit der Verantwortung des Einzelnen für Verbrechen angesprochen, welche die deutsche Gesellschaft nach 1945 nicht mehr

losließen. Immer ging es um die Klärung des Verhältnisses zwischen individueller Verantwortung und kollektiver Schuld, um Sühne und Wiedergutmachung, um Neuanfang und Orientierung an der Vergangenheit. Zugleich ging es auch um das Urteil der deutschen Nachbarstaaten über Deutschland und seine Aussicht auf eine erfolgreiche Rückkehr in den Kreis der zivilisierten Nationen. Damit war bald nur zu offensichtlich, dass sich die Auseinandersetzung mit Schuld und Verantwortung nicht privat, sondern nur in Form einer öffentlichen Kontroverse führen ließ. Denn die Rückkehr Deutschlands in den Kreis zivilisierter Nationen setzte eine breite Auseinandersetzung mit der Vergangenheit und ein Bekenntnis zur „Verantwortungsgemeinschaft“ voraus, die erstmals von Theodor Heuss zur Grundlage eines neuen kollektiven bzw. „nationalen“ Verhältnisses zur Geschichte gemacht wurde.

Alle weiteren Diskussionen über die Verantwortung des Individuums und der postdiktatorischen Gesellschaft für die Vergangenheit berührten eine dieser Dimensionen und waren zugleich darauf angewiesen, dass – trotz des Bekenntnisses zur individuellen Entscheidung – diese Auseinandersetzung öffentlich geführt wurde. Nur das Medium konnte noch unterschiedlich sein. Der erfolgreiche, in viele Auflagen gehende und nicht selten triviale Erfolgsroman eines Konsalik stand neben dem Spielfilm, seit der Mitte der 1950er-Jahre die Fernsehdokumentation neben dem in hunderttausend Exemplaren verbreiteten Sachbuch, die Zeitungsberichte über NS-Prozesse in den Tageszeitungen neben den Essays der Wochenzeitungen und der Nachrichtenmagazine. Denn nur die Massenmedien waren in der Lage, kontroverse Themen so in den öffentlichen Debatten zu platzieren, dass sie weithin wahrgenommen wurden und die Menschen bis in die Familien hinein bewegten.

Der Hinweis auf die Geschichte des Widerstands macht deutlich, dass die Bemühung um die „Vergangenheitsbewältigung“, die man auch „Auseinandersetzung mit der Vergangenheit“ oder „Aufarbeitung der NS-Zeit“ nannte, insoweit keineswegs Ausdruck der Siegerwillkür oder Folge des deutschen „Selbsthasses“ war. Sie entsprang vielmehr einem ganz ursprünglichen Willen des Widerstandes und der Regimegegnerschaft im Exil, aber auch der Neigung der Zeitgenossen, die sich gegen „Verdränger“ und „moralisch Anspruchslose“ (Theodor Heuss) abgrenzten.¹⁷

17 Vgl. zu Theodor Heuss' Rede zur Einweihung des Mahnmals im Konzentrationslager Bergen-Belsen, die geradezu als „stilbildend für die rhetorische Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus“ gilt: Ulrich Baumgärtner: Schuld oder Scham? Theodor Heuss' Gedenkrede in Bergen-Belsen 1952, in: Praxis Geschichte 6, 2007, S. 34–37, hier S. 35.



Bundespräsident Theodor Heuss (Mitte links) und der Präsident des Jüdischen Weltkongresses Nahum Goldmann (Mitte rechts) am 30. November 1952 während der Einweihung der Gedenkstätte Bergen-Belsen.

Durch die deutsche Niederlage hatten sich die Rahmenbedingungen politischer Kommunikation entscheidend verändert. Die Nationalsozialisten hatten den Rundfunk zu ihrem politischen Massenkommunikationsmittel gemacht und die Zeitungen weitgehend gleichgeschaltet. Zeitschriften, die einen größeren Spielraum für die freie Meinungsäußerung boten, waren der Papierknappheit zum Opfer gefallen. Wenige Monate nach dem „Untergang“ des NS-Staates erschienen Zeitschriften wenn nicht in hoher Auflage, so doch in großer Vielfalt. Die Alliierten lizenzierten auch rasch unbelastete Verleger und gestatteten ihnen die Publikation von Regionalzeitungen, die sich nicht selten einen überregionalen Markt öffnen konnten. Nun wurde möglich, was vor 1945 undenkbar schien. In vielfältiger Weise wurde die Frage erörtert, wie sich das Scheitern der Weimarer Republik und die problemlose und rasche Konsolidierung der nationalsozialistischen Diktatur erklären ließen. Dies mündete in selbstkritische Reflexionen und in Versuche, neue Grundlagen eines zugleich politischen und humanistisch orientierten Bürgertums zu begründen.

Die Stunde Null – eine Frage der Bereitschaft zur Umorientierung

Die geringe Auflage vieler Zeitschriften macht es schwer, die Reichweite mancher Diskussionen und Resolutionen zu bestimmen. Die Breite der Zugänge, die Konsequenz ist allerdings unübersehbar. In einem Fall knüpften Herausgeber an Erfahrungen an, die sie bereits in der amerikanischen Gefangenschaft sammeln konnten: Die Zeitschrift *Der Ruf* hatte sich zunächst an deutsche Kriegsgefangene in den USA gerichtet. Andere Zeitschriften – etwa *Hochland* – knüpften an die letzten während des Krieges erschienenen Ausgaben an. Wichtig wurden aber Neugründungen wie die *Frankfurter Hefte*, später die *Neue Gesellschaft*, die *Sammlung*, *Ost und West*, der *Merkur* oder die *Universitas*.

Diese Hefte wurden zu den wichtigsten Foren einer deutschen Auseinandersetzung mit der Vergangenheit, vor allem mit der Frage nach dem Scheitern der Weimarer Demokratie, nach der Entrechtung des Menschen und seine individuelle Verfolgung, nach der moralischen Neubesinnung und den Wurzeln des *SS-Staates* (Eugen Kogon). Publizisten, die den 1950er-Jahren intellektuelle Konturen gaben, nahmen an den frühen Bemühungen um ein deutsches Geschichtsverständnis teil: Im Herbst 1945 erschien etwa der erste Beitrag aus dem *Wörterbuch des Unmenschen* aus der Feder von Dolf Sternberger. Karl Jaspers, Walter Dirks, Eugen Kogon wurden zu Meinungsbildnern ebenso wie die großen und einflussreichen Kommentatoren und Chefredakteure. Im Unterschied zu den Jahren vor 1945 funktionierte aber

der Informationsaustausch gut. So wurde etwa das Stuttgarter Schuldbekennnis¹⁸ der Evangelischen Kirche vielerorts gelesen, diskutiert und auch abgedruckt.

Aber es ging bei den Diskussionen über angebliche „Verstrickungen“ in die Verbrechen der NS-Zeit nicht allein um die Befähigung zur Selbstkritik und die Überprüfung von Fehlhaltungen einzelner Angehöriger von politischen oder beruflichen Eliten. Denn die gravierendste Herausforderung war die Konfrontation mit den nationalsozialistischen Gewaltverbrechen selbst, mit der Zeitzeugenschaft und der „Verstrickung“ in vergangene und Jahrzehnte später diametral anders bewertete Zeitströmungen. Nun ging es um Anpassung und Folgebereitschaft, Zivilcourage, Widerständigkeit und Widerstand – dies vor allem in Kenntnis der nationalsozialistischen „Makroverbrechen“¹⁹ Es dauerte, bis die Bereitschaft gewachsen war, sich einzugehen, von den vor 1945 erfolgten Übergriffen gewusst zu haben, jedenfalls mehr, als die Nebel des Schweigens suggeriert hatten.

Innerhalb der Regimegegnerschaft waren die nationalsozialistischen Gewaltverbrechen niemals ein Geheimnis gewesen,²⁰ wie man sich das später einreden wollte. Deshalb war innerhalb des Kreisauer Kreises bereits im Frühjahr 1943 erörtert worden, wie mit den „Schändern des Rechts“²¹ zu verfahren sei. Wo das Strafrecht die Möglichkeit bot, sollten die Verantwortlichen zu Verantwortung gezogen werden. Diese Position stand ganz im Einklang mit der Moskauer Erklärung der Alliierten vom 30. Oktober 1943, die den NS-Gewalttätern bewusst machte, dass sie an den Orten ihrer Untaten bestraft werden würden. Dieses Prinzip stand dem deutschen Strafrecht entgegen, dessen Mordparagraph durch die Nationalsozialisten in den 1940er-Jahren verschärft wurde. Allerdings wurde damit zugleich die Auseinandersetzung um Begleitumstände wie „Heimtücke“, moralische Bewertungen wie „niedere Gesinnung“ und subjektive Befindlichkeiten wie Bereitschaft zu Exzessen aus Gründen der persönlichen Befriedigung eröffnet.

18 Gerhard Besier/Gerhard Sauter: Wie Christen ihre Schuld bekennen. Die Stuttgarter Erklärung 1945, Göttingen 1985; Armin Boyens: Das Stuttgarter Schuldbekennnis vom 19. Oktober 1945 – Entstehung und Bedeutung; in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 19 (1971), S. 374–397.

19 Herbert Jäger: Makrokriminalität: Studien zur Kriminalität kollektiver Gewalt, Frankfurt a. M. 1989.

20 Hans Mommsen: Das NS-Regime und die Auslöschung des Judentums in Europa, Göttingen 2014, S. 204 ff.

21 Peter Steinbach: NS-Prozesse nach 1945: Auseinandersetzung mit der Vergangenheit – Konfrontation mit der Wirklichkeit, in: Dachauer Hefte 13 (3), 1997, S. 3–26.

Überraschend ist, dass die Mitglieder des Kreisauer Kreises unabhängig von den strafrechtlichen Möglichkeiten auch über eine öffentliche Auseinandersetzung nachdachten. Wo Täter nicht strafrechtlich zu belangen seien, sollten sie öffentlich geächtet werden. Man erwog sogar den Gedanken, gegen sie die „Reichsacht“ zu verhängen. Diese Verschränkung von strafrechtlicher und öffentlich-moralischer Ahndung war das Ergebnis einer öffentlichen Auseinandersetzung mit Verantwortlichen nationalsozialistischer Politik bereits in der NS-Zeit.



Politische Gesittung in der Konfrontation mit der entfesselten Macht: Der ehemalige württembergische Staatspräsident Eugen Bolz 1944 vor dem Volksgerichtshof.

Die nationalsozialistischen Gewaltverbrechen wurden in ihrem ganzen Ausmaß nach dem Untergang des NS-Systems rasch erkannt und delegitimierten den NS-Staat endgültig. Rechtfertigen ließ sich das System Hitlers nicht mehr. Allein um eine Erklärung seiner Entstehung und eine moralische Entlastung der Zeitgenossen konnte es gehen. Neben der individuellen Erklärung des Verhaltens stand so immer auch die Reaktion auf kollektive Erklärungs- und Entlastungszwänge.

Die Vielzahl selbstkritischer Klärungsversuche ist beeindruckend. Manche zeithistorischen Kontroversen waren damit verbunden. So wurde über das Verhalten des Bundespräsidenten Theodor Heuss bei seiner Abstimmung über das „Ermächtigungsgesetz“ oder das Verhalten der Bischö-

fe und des Vatikans bei Abschluss des Konkordats von 1933 gestritten. Heftiger wurden diese Kontroversen, wenn sie führende Politiker betrafen. Im Laufe der Zeit weitete sich die Kritik auch auf Unternehmer und Unternehmen auf. Ganze Berufsgruppen – wie Ärzte oder Juristen – wurden kritisch beleuchtet. In allen Debatten spiegelte sich nicht nur die allgemeine Auseinandersetzung mit der NS-Zeit, sondern auch die Veränderung der Beurteilungskriterien im Zeitverlauf. Je länger das Ende des NS-Staates zurücklag, desto häufiger wurden moralische Verurteilungsgründe beschworen.

So wurden die individuellen Entlastungsbestrebungen, die die Auseinandersetzung über Säuberungsversuche,²² Fragebogenaktionen und Entnazifizierungsverfahren²³ geprägt hatten und den Ausgangspunkt einer Verklärung markierten, die Norbert Frei in seiner Studie über „Vergangenheitspolitik“²⁴ untersuchen konnte, ganz entscheidend durch die ethische und moralische Konfrontation mit den nationalsozialistischen Verbrechenskomplexen korrigiert. Die Verantwortung lag zunächst bei den Alliierten, auch wenn sie sich der Mitwirkung unbelasteter Deutschen bedienten. In den frühen 1950er-Jahren drängten Verwaltungsinitiativen auf eine Beendigung der Entnazifizierungsverfahren und weiteten sich rasch im Sinne der Integrationsforderungen von Beamten – eine Folge der Regelung von Art. 131 GG²⁵ – aus. Die Diskussionen über Sinn, Grenzen und Kosten der Integration ehemaliger nationalsozialistischer Funktionsträger – zur Symbolfigur wurde dabei Hans Globke, der 1935 als Verwaltungsjurist die Nürnberger Gesetze kommentiert hatte und in der Mitte der 1950er-Jahre Adenauers Kanzleramt leitete – wurden öffentlich geführt und begleiteten die Entwicklung der Bundesrepublik bis weit in die 1960er-Jahre hinein.

Zeitgeschichte und politische Skandalisierung

Unter Druck geriet die Bundesrepublik dabei durch Erwartungen der westlichen Alliierten, aber auch durch die Angriffe der osteuropäischen Staaten

22 Klaus-Dietmar Henke/Hans Woller (Hrsg.): Politische Säuberung in Europa. Die Abrechnung mit Faschismus und Kollaboration nach dem Zweiten Weltkrieg, München 1991.

23 Lutz Niethammer: Die Mitläuferfabrik: Die Entnazifizierung am Beispiel Bayerns. Unveränderte Neuaufl., Bonn 1982.

24 Norbert Frei: Vergangenheitspolitik: Die Anfänge der Bundesrepublik Deutschland und die NS-Vergangenheit, München 1996, neue Aufl. 2012.

25 Gesetz zur Regelung der Rechtsverhältnisse der unter Artikel 131 des Grundgesetzes fallenden Personen vom 11. Mai 1951.

und insbesondere der DDR, die immer wieder zu beweisen suchten, dass sich die westdeutsche Gesellschaft in enger Verknüpfung mit den Strukturen und Wertvorstellungen der NS-Gesellschaft entwickelt hätte. Belegend wurde immer wieder auf die Funktion angeblich führender ehemaliger „Nazis“ in der bundesrepublikanischen Verwaltung und Justiz verwiesen. Dadurch wurde erreicht, dass die Tatsache des demokratischen „Neuanfangs“ in der Bundesrepublik Deutschland bezweifelt wurde.

Einzelne Funktionsträger wurden öffentlich angegriffen, nicht wenige – wie der fälschlich angegriffene Bundesminister Theodor Oberländer – geradezu in den Massenmedien für den parlamentarischen „Abschuss“ präpariert. Dabei wirkte sich nicht zuletzt auch der Einfluss der DDR-Führung auf die westdeutsche Publizistik aus, die nicht das Ergebnis einer direkten Einflussnahme als vielmehr einer publizistischen Thematisierungsstrategie war. Denn immer wieder wurden gezielt belastende Dokumente veröffentlicht, wenn ein Politiker gewisse Positionen erreicht hatte. Farbbücher wie das *Braunbuch* und das *Graubuch* sollten die Bundesrepublik in die Kontinuität des nationalsozialistischen Staates rücken. Die Nachwirkung dieser Kontroversen war erstaunlich und blieb nicht selten bis in die 1980er- und 1990er-Jahre spürbar. Möglicherweise erklärt sich aus der Nachwirkung dieser Debatten die gegenwärtig zu beobachtende verstärkte Bemühung, personelle Kontinuitäten innerhalb von Ministerien und Behörden zu erforschen.

Übersehen wurde dabei, dass es in der Bundesrepublik immer den Willen gab, die Last der nationalsozialistischen Zeit zu tragen. Diese Bereitschaft zur „kollektiven Verantwortung“ (Theodor Heuss) musste gegen verbreitete Tendenzen des kollektiven Verdrängens und Vergessens, auch des „Beschweigens“ (Gesine Schwan) durchgesetzt werden. Gegen die demoskopisch manifestierte Neigung zum „Schlussstrich“ anzugehen, war nicht ohne Risiko und für die Akteure des Erinnerns nicht selten ebenso mühsam wie riskant. Denn in der deutschen Gesellschaft machte sich in den 1950er-Jahren ein „Gnadenfieber“ breit, das auf einen Schlussstrich drängte. Die Vertreter des „Schlussstrichgedankens“, die Anhänger einer breiten Amnestie, scheiterten und konnten die Verlängerung und schließlich Aufhebung der Verjährung von Mord in den Debatten 1965, 1969 und 1979 nicht verhindern. Dass dieser politische Kampf kein parteiischer Richtungsstreit war, sondern eine politische Gewissenfrage berührte, hatte sich auch darin gezeigt, dass im Bundestag der Fraktionszwang aufgehoben wurde.

Konservative Publizisten wie Paul Sethe, Sebastian Haffner oder Hans Habe traten für eine aktive Auseinandersetzung mit der Vergangenheit ebenso ein wie linksliberale Publizisten. Wichtig war, dass aus den Massenmedien heraus Verwaltungsinitiativen oder politische Vorstöße gebremst werden konn-



Kultusminister für wenige Tage: Leonard Schlüter 1955 auf der Frankfurter Buchmesse. Als Verleger gibt Schlüter zahlreiche Schriften ehemaliger Nationalsozialisten heraus, wie etwa auch das Werk „Volk ohne Raum“ von Hans Grimm.

ten, die immer wieder auf eine Entschärfung der Auseinandersetzungen über individuelles Verhalten in der nationalsozialistischen Zeit zielten. Nicht selten waren Erfolge derjenigen, die die deutsche Gesellschaft mit ihrer Vergangenheit konfrontierten, das Ergebnis massenhafter Proteste. In der Tat hatten sich weitaus die meisten politischen Massenproteste der 1950er-Jahre gegen Bestrebungen gerichtet, die als rechtsextremistisch eingestuft werden müssen und in Verbindung zum Nationalsozialismus gesetzt werden können. Besonders wirkungsvoll waren Mitte der 1950er-Jahre Proteste gegen den niedersächsischen Kultusminister Leonhard Schlüter, den Göttinger Studenten angeführt hatten.²⁶ Schlüter musste 1956 zurücktreten.²⁷

26 Anja C. Baukloh: Antinationalsozialistische Proteste in der Bundesrepublik der fünfziger Jahre: Die öffentliche Auseinandersetzung um den „Fall Schlüter“, Dipl. Arbeit FU Berlin 1997.

27 Heinz-Georg Marten: Der niedersächsische Ministersturz. Proteste und Widerstand der Georg-August-Universität Göttingen gegen den Kultusminister Schlüter im Jahre 1955, Göttingen 1987.

Resonanzboden Massenmedien

Wenn also aus dem Verwaltungsapparat oder aus den politischen Vertretungsorganen heraus Initiativen erfolgten, die eine „Bewältigung“ der Vergangenheit zum Ziel haben sollten, so waren sie immer auf die Unterstützung in der Öffentlichkeit angewiesen. Im Umkehrschluss bedeutete dies aber auch, dass öffentliche Debatten zum Entzug möglicher Unterstützung führen konnten. Dies machte die Massenmedien zunehmend zum wichtigsten Faktor jeder Auseinandersetzung mit der Vergangenheit auf der öffentlichen Bühne. Deutlich wurde dies während der ersten großen deutschen Verjährungsdebatte 1965, als entscheidende Impulse entweder von Publizisten ausgingen oder in den Massenmedien die notwendige Resonanz fanden. Zwar führten diese Debatten nicht selten in die Irre, und in entscheidenden Fällen nahmen die Massenmedien wichtige „Wächterfunktionen“, die sie immer wieder beschworen, nicht wahr. Debatten, die mit Unterstützung der Massenmedien große Resonanz fanden, wurde aber niemals in die Leere geführt. Eine der wichtigsten Taktiken der Politiker, die einen Schlussstrich ziehen wollten, war deshalb der Versuch, Zeit durch Verlangsamung von Entscheidungsprozessen oder gar die Verschleppung von Verfahren zu gewinnen. Ernst Achenbach, der dem rechtsliberalen Naumann-Kreis nahestand, hatte einmal betont, wie „leicht“ eine Verschleppung zu erreichen sei.²⁸

Bestimmend für die Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Zeit waren aber weniger die parteiinternen Debatten, sondern die öffentlichen Kontroversen, die in den Massenmedien geführt wurden und von dort aus in den Bereich politischer Auseinandersetzungen zurückstrahlten. Dabei zeigte sich, dass es verschiedene Ebenen der Auseinandersetzung mit der Vergangenheit gab.

Die *erste Ebene* wurde durch die Auseinandersetzung mit den Folgen der Entnazifizierung bestimmt. Sie bezog sich auf den Versuch, die Folgen der alliierten Entnazifizierungsmaßnahmen zu korrigieren. Hier urteilte die Öffentlichkeit vergleichsweise mild. Vergangenheitsbewältigung zielte in diesem Zusammenhang vor allem, wie Norbert Frei formulierte, auf eine „Bewältigung der Vergangenheitsbewältigung“.²⁹ Deshalb spricht der Zeit-

28 Vgl. http://de.wikipedia.org/wiki/Ernst_Achenbach (zuletzt geprüft: 2.3.2014). Achenbach sollte nach einer Untersuchung seines Verhaltens sogar aus der FDP ausgeschlossen werden, konnte sich aber bis weit in die 1970er-Jahre als Mitglied der FDP-Bundestagsfraktion halten. Vgl. auch Ulrich Herbert: Best. Biographische Studien über Radikalismus, Weltanschauung und Vernunft 1903–1989. 3. Aufl., Bonn 1996, S. 449 ff.

29 Norbert Frei, Vergangenheitspolitik (wie Anm. 24).

historiker Norbert Frei ganz bewusst von „Vergangenheitspolitik“ und grenzt diese von der intellektuellen Auseinandersetzung mit der zeitgeschichtlichen Erfahrung und dem Kampf um die Erinnerung ab.

Die *zweite Ebene* bezieht sich auf die intellektuelle Auseinandersetzung mit der NS-Zeit. Sie spiegelt das Erschrecken über die Folgen nationalsozialistischer Politik. Eigentlich kam dieser Schock nicht überraschend, denn diejenigen, die sehend durch das „Dritte Reich“ gegangen waren, wussten sicher, dass die Deutschen die politisch-moralische Verantwortung für das Geschehene – sowohl das Getane wie das Zugelassene und das Unterlassene – zu übernehmen hätten. Viele Verfolgungsmaßnahmen der Nationalsozialisten hatten sich nach 1933 vor den Augen aller abgespielt. Nun wurden die Folgen der Verfolgung und Ausgrenzung, der Arisierung und der Deportierung unausweichlich deutlich.

Zunächst waren die Kommunisten verfolgt worden. In den Februar und Märztagen 1933 kam es zunehmend zu Übergriffen gegenüber Andersdenkenden. Im April 1933 schreckten der Boykott jüdischer Geschäfte und die Entlassung angeblich politischer Beamter. Vier Wochen später wurden Gewerkschaftsführer verfolgt. Zu dieser Zeit waren schon an verschiedenen Orten Konzentrationslager eingerichtet worden. Im Sommer des gleichen Jahres wurden immer wieder politische Gegner verhaftet, wenig später begannen die ersten großen Strafverfahren. Die Terrorisierung des Andersdenkenden durch Entrechtung, Inhaftierung oder Verschleppung bedurfte der öffentlichen Resonanz, um eine abschreckende und einschüchternde Wirkung zu entfalten. Insofern ist in einem totalitären System der Terror immer auf Öffentlichkeit angewiesen.

Auch die Institutionalisierung von Ungleichheit und die Benachteiligung von Bevölkerungsgruppen erfolgten im öffentlichen Raum. „Mensch ist nicht gleich Mensch, Recht ist nicht gleich Recht“, so hatten die Nationalsozialisten verkündet und damit das Prinzip des Rechtsstaats verletzt. Weder das „Gesetz zur Verhütung des erbkranken Nachwuchses“ vom Sommer 1933 noch die „Nürnberger Gesetze“ vom Herbst 1935 waren geheim, sondern zielten wie der Verfolgungsterror ganz bewusst auf Öffentlichkeit. Auch die Prozesse gegen Regimegegner fanden nicht insgeheim statt, sondern wiesen viele Elemente von öffentlichen Schauprozessen auf. Die Forcierung der Emigration – der faktischen „Vertreibung“ Andersdenkender – wurde öffentlich kommentiert und mündete in die öffentlich bekannt gemachte und juristisch verbräunte Ausbürgerung. Bei der Ankündigung wichtiger rassenpolitischer Entscheidungen wandte sich die NS-Führung nicht selten an die Weltöffentlichkeit.

Auf der *dritten Ebene* rücken die Konsequenzen nationalsozialistischer Rassenpolitik zunehmend in den Blick. Nun entwickelte sich mit der Scheidung in Opfer und Täter ein empathisches Gefühl, die Bereitschaft, die Verfolgungen und Unterdrückungen, die Leiden und Verbrechen aus der Perspektive derjenigen zu sehen und zu bewerten, die der reinen Willkür ausgesetzt waren. Diese Bereitschaft zum Blick- und auch Rollenwechsel entstand allerdings erst mit der Befreiung von der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft, zielte aber auch rasch auf theatralische Inszenierung von Sühnebereitschaft, Verantwortung und Schuldbekennnissen.

Untaten rückten nicht nur vor das Auge der überlebenden Deutschen, sie traten ganz spürbar in das Bewusstsein der Zeitgenossen und verstärkten eine Neigung, sich auf Appelle zur „Umkehr“, zur schonungslosen Wahrnehmung der Schreckensnachrichten einzulassen: über die Ermordung Behinderter und psychisch Kranker, die Ermordung von Juden durch Einsatzgruppen, über das Massensterben sowjetischer Kriegsgefangener und schließlich sogar über Deportationen in den sicheren Tod. Mit der Wirklichkeit von Konzentrations- und Vernichtungslagern, in denen Menschen getötet und Leichname vernichtet worden waren, wurden die Deutschen bereits in den Wochen des Kriegsendes konfrontiert, nachdem alliierte Truppen Konzentrationslager wie Bergen-Belsen, Flossenbürg, Mauthausen, Buchenwald und Dachau befreit hatten. Durch die dritte Reflexionsebene, die Reden, Filme und auch literarische und künstlerische Verarbeitungsformen als Resonanzraum nutzte, wurde nach der Verantwortung der Täter gefragt. Dies erklärt die Bereitschaft, auch die NS-Strafverfahren als Ebene der Konfrontation mit der zeitgeschichtlichen Realität der NS-Zeit anzunehmen.

Die Schreckensbilder relativierten die Kriegsfolgen, unter denen die Deutschen zu leiden hatten. Kriegsgefangenschaft, Vertreibung, Ausbombung und Zusammenbruch der öffentlichen Versorgung beschäftigten nun vor allem die Deutschen selbst. Mit der Einsicht in die Konsequenzen nationalsozialistischer Gewaltherrschaft wurde rasch die Problematik der Wiedergutmachung verknüpft. Die Alliierten hatten den Deutschen nicht die Konfrontation mit dem Schrecken erspart, weil sie der kollektiven Flucht in das Selbstmitleid entgegentreten wollten. Die Siegermächte orientierten sich dabei nicht selten an ganz spezifischen Erklärungsversuchen, die auch ihre Auseinandersetzung mit den NS-Verbrechen und der „Schuld“ bzw. der Verantwortung der Deutschen bestimmten.³⁰

30 Vgl. allg. Ulrich Brochhagen: Nach Nürnberg: Vergangenheitsbewältigung und Westintegration in der Ära Adenauer, Hamburg 1994.

Wachsende Einsicht in Schuld und Verantwortung

Für die Briten waren die Deutschen weitgehend beeinflusst durch eine kriminelle Führungsschicht, die zur Verantwortung gezogen werden sollte. Die Amerikaner hingen eher der Überzeugung an, die Deutschen hätten noch keine ausreichende politische Reife für die Demokratie entwickelt. Sie seien deshalb ebenso umzuerziehen wie überhaupt wieder zu erziehen – der Begriff der *Re-education* ließ beide Deutungen zu. Die sowjetische Militäradministration orientierte sich an der sowjetischen Marxismustheorie und rechtfertigte unter Hinweis auf sie tiefe Eingriffe in die Sozialstrukturen: Enteignungen und Internierungen wurden als Ausdruck einer angeblich konsequent betriebenen „Ausrottung faschistischer Wurzeln“ gerechtfertigt. Zugleich wurde die antifaschistische Gemeinsamkeit beschworen. Unvermeidlich setzte die selbstkritische Auseinandersetzung mit der deutschen Geschichte voraus, dass die deutsche Geschichte als ein sich nicht selten über Jahrhunderte erstreckender Irrweg – von Luther über Friedrich den Großen, Wagner und Nietzsche zu Hitler – gedeutet wurde. Im Laufe der Jahrzehnte wurde diese verengte Deutung einer angeblich konsequent fehl-laufenden deutschen Geschichte korrigiert. So entwickelte sich langsam eine Perspektive, die weiße und schwarze Stränge der Vergangenheit in den Blick nehmen wollte.

Ausgangspunkt der frühesten Auseinandersetzungen mit der Vergangenheit war allerdings nicht der *Irrweg* (Heinz Abusch)³¹ der deutschen Nation, sondern die *deutsche Katastrophe* (Friedrich Meinecke).³² Dies meinte nicht immer die deutschen Gewaltverbrechen, sondern die Zerstörung des deutschen Nationalstaates. Erst als sich die Überzeugung durchsetzte, mit den Verbrechen auch die moralische Substanz der Nation vernichtet zu haben, war die Voraussetzung für die innere Bereitschaft geschaffen, sich mit deutschen Verstrickungen und deutscher Schuld zu beschäftigen.

Die Alliierten konfrontierten die Deutschen nicht nur unmittelbar und unverzüglich, sondern auch umfassend mit den Verbrechen der Nationalsozialisten. Amerikanische Kameralente hatten in den befreiten Konzentrationslagern die Schreckensbilder festgehalten und auf diese Weise das Material gesichert, das wenig später die Grundlage für den Dokumentarfilm

31 Heinz Abusch: *Der Irrweg einer Nation: Ein Beitrag zum Verständnis deutscher Geschichte*, Berlin (Ost) 1960 (Neuausgabe), zuerst 1947.

32 Friedrich Meinecke: *Die deutsche Katastrophe*, zuerst Wiesbaden 1946 und seitdem mehrere Neuauflagen.

*Todesmühlen*³³ wurde. Die Einwohner in den unmittelbar den Lagern benachbarten Ortschaften wurden zu den Toten geführt und über die Lagerverhältnisse unterrichtet. Sie mussten die Leichen bestatten oder wurden zu Aufräumarbeiten gezwungen. Diese Tätigkeit wurde wiederum gefilmt. So wurde die Verbindung zwischen Verbrechen und Sühneleistung hergestellt und eines der wichtigsten Themen der Nachkriegszeit angeschlagen. Es war nicht allein wichtig, was sichtbar gemacht wurde, sondern auch, was nicht – zumindest zunächst – thematisiert werden durfte.

Dazu gehörte die Erinnerung an den Widerstand, der nur gewürdigt werden konnte vor dem Hintergrund der breiten Anpassung. Widerstand machte deutlich, dass es eine Verhaltensalternative zum Gehorsam gab und öffnete das Interesse an Handlungsspielräumen. Die ersten großen Darstellungen des Widerstands erschienen in Schweizer Verlagen. Erst 1948 konnte die seitdem immer wieder aufgelegte Darstellung von Hans Rothfels über die *Deutsche Opposition gegen Hitler* erscheinen. Wenig später traten dieser Darstellung andere zur Seite, verbreitet in hoher Auflage und begünstigt durch ein neues Massenmedium: die Taschenbuchreihen der 1950er-Jahre. Sie veränderten vor allem das Bild des NS-Staates in den Köpfen der Jüngeren. Besonders wirkungsmächtig waren *Offiziere gegen Hitler* von Fabian von Schlabrendorff, das *Tagebuch der Anne Frank*, insbesondere die Quellensammlung über den Nationalsozialismus von Walter Hofer. Auch Publikationen wie *Der Verrat im 20. Jahrhundert* von Margret Boveri wurden als Taschenbücher verlegt und fanden Tausende junger Leser. Damit trat ein Generationsbruch in der Auseinandersetzung mit der Vergangenheit ein.

Mit der Identifikation mit dem Widerstand änderten sich die zeithistorischen Bewertungskriterien. Entnazifizierung und Fragebögen wurden nun neu bedeutet – als Ansatz einer selbstkritischen Auseinandersetzung mit der individuellen Verstrickung in das NS-System. Die literarische Verarbeitung dieses *Fragebogens* durch Ernst von Salomon wurde nicht nur deshalb zu einem Nachkriegsbestseller der Mitläufergesellschaft, sondern entzündete zugleich ganz andere Reaktionen, wie die Romane von Günther Grass oder ein Jahrzehnt später der zum Klassiker der Sozialpsychologie gewordene Versuch über *Die Unfähigkeit zu trauern* des Ehepaares Mitscherlich zeigen.

Die Einstufung durch Spruchkammern in eine Gruppe der Verantwortlichkeit konnte nicht mehr nur verschiedene Sanktionen nach sich ziehen, von der Internierung über das Berufsverbot bis zur Verhängung einer Geldstrafe,

33 Brewster S. Chamberlin: *Todesmühlen*. Ein früher Versuch zur Massen-„Umerziehung“ im besetzten Deutschland, 1945–1946, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 29, 1981, S. 420–436.

Wessen Schuld?



1



2



3



4

Amerikanische Truppen, die auf ihrem raschen Vormarsch durch Deutschland die berühmten Konzentrationslager der Nazis überrannten, stießen immer wieder auf Greueltaten, die in ihrem Sadismus und ihrer planmäßigen Ausführung die Herzen der ganzen Menschheit aufwühlten.

Mit teuflischer Grausamkeit sind Hunderttausende von Menschen gefoltert, zu Tode geprügelt, lebendig verbrannt oder vergast worden. Hierfür wurden Beweise gefunden, die durch eine Fülle von Aussagen der noch überlebenden Insassen erhärtet werden. Auch die Lagerwachen haben im Verhör eingestanden, an diesen Bestialitäten beteiligt gewesen zu sein.

In den Vernichtungslagern von Sachsenhausen, Buchenwald, Auschwitz, Celle, Ohrdruf, Dachau, Kislau, Vaihingen und vielen anderen sind nicht nur Männer, sondern auch Frauen, Greise und sogar Kinder den durch Rassendünkel entmenschten Hitler-Henkern zum Opfer gefallen. Die Schuld der Gemarterten bestand darin, Russen, Polen, Juden, Franzosen oder Tschechen gewesen zu sein. Andere wurden deshalb gefoltert, weil sie sich zu den einfachsten Idealen der menschlichen Freiheit und der menschlichen Würde bekannten.

Die nebenstehenden Lichtbilder wurden von amerikanischen Heeresberichterstattern sofort nach der Befreiung des KZ Landsberg am Lech aufgenommen.

Es gibt da nichts wegzuleugnen.

Es gibt keine Sühne für die Verbrechen, welche die Nationalsozialisten und ihre Henkersknechte auf sich geladen haben.

Das Gefühl einer ungeheuren Schuld muß alle Gewissen in Deutschland aufs tiefste erschüttern.

BILD 1: Die verbrannten Leichen von jüdischen Insassen vor den schwelenden Trümmern ihrer Hütten.

BILD 2: Die verängstigten Überreste von jüdischen Gefangenen, die von den zurückweichenden Lagerwachen in der Aushilfe ihrer Leugnerhüte gelassen wurden. Die Opfer wurden bei lebendigem Leibe verbrannt.

BILD 3: Gefangene, die während ihrer Inhaftierung im Landsberger Konzentrationslager den Hungerliden erlitten.

BILD 4: Leichenhügel, die von den Nazis nach dem Rückzug in Brand gesteckt wurden.

Konfrontation mit dem „Menschheitsverbrechen“: Aufklärungsplakat aus der US-amerikanischen Besatzungszone über die NS-Verbrechen (1945).

sondern wurde kritisch reflektiert und faktisch häufig durch die öffentliche Debatte und Bewertung revidiert. Kennzeichen dieser Entnazifizierung war der Versuch, individuelle Verantwortung zu begründen – allerdings in einem kollektiven Akt der Auseinandersetzung und Klärung. Einen ganz anderen Weg schlugen die Alliierten mit der strafrechtlichen Ahnung von Verbrechen ein. Prozesse gegen Wachmannschaften von Bergen-Belsen oder Dachau konfrontierten die Deutschen mit den Straftaten, die in den Konzentrationslagern von Wachmannschaften begangen worden waren. Handlungsspielräume vermengten sich mit konkreten Taten, diese mit der Einbindung in Institutionen oder die Anwesenheit an Orten, an denen Verbrechen begangen worden waren.

Besondere Aufmerksamkeit erregte auf lange Sicht nicht nur der Prozess gegen die nationalsozialistischen „Hauptkriegsverbrecher“ in Nürnberg. Das Militärtribunal war bereits vor dem Ende des Krieges vorbereitet worden und stand unter der gemeinsamen Verantwortung der großen Siegermächte, markiert historisch aber nur einen Ausgangspunkt. Die Nürnberger Prozesse sollten nicht nur Verbrechen ahnden, sondern auch die Augen öffnen. Die Gerichtsberichterstattung konfrontierte die Deutschen deshalb nicht nur mit einer verdrängten, übersehenen oder vergessenen Wirklichkeit, sondern erzwang Stellungnahmen. Insofern verhinderten die Verfahren, dass sich die Mehrheit der Deutschen in dem Gefühl abwandte, Zeugen der Siegerjustiz zu sein.

Reaktionen der Öffentlichkeit auf bewusst gemachte Verbrechenskomplesse seit den 1950er-Jahren führten zu einer Schärfung der Wahrnehmung, auch zur wachsenden Bereitschaft einer politisch-moralischen und ethischen Auseinandersetzung, nicht zuletzt auch zur zeitgeschichtlich reflektierten „humanen Orientierung“. Medienereignisse zielten nicht nur auf eine intensive Auseinandersetzung mit der Zeitgeschichte, sondern verbanden zeitgeschichtliche Erfahrung mit politischem Bewusstsein. Vergangenheit sollte nicht vergehen, um als Menetekel einer ständigen Verpflichtung zur Orientierung auf Menschenwürde zu dienen.

Geschichtspolitische Skandale und Kontroversen

Skandalisierung lenkte den kritischen Blick auf die Bedeutung staatlicher Institutionen, politisch-kultureller Eliten oder einzelner Persönlichkeiten und deren Verhalten vor 1945 und im Zuge der Nachkriegsauseinandersetzung mit Wiedergutmachung, Vergangenheitsbewältigung, mit Strafverfahren und parlamentarische Diskussionen. Entscheidend wurden Filme zeitgeschichtlichen Inhalts zur Bewertung politischen Verhaltens. Sie beförderten immer wieder das Interesse an der jüngsten Vergangenheit, das geradezu

wellenförmig wuchs – bis zu den jüngsten medial vermittelten Kontroversen, die als „Historikerstreit“ (1986/87), „Goldhagen-Debatte“ (1996) oder „Walser-Bubis-Kontroverse“ (1998) bezeichnet werden.

Die Massenmedien aber nur als ein wichtiges Instrument zur Erzeugung von politischen Emotionen oder auch zum kollektiven Stimmungswandel zu bewerten, griffe zu kurz, denn Aufmerksamkeit finden sie nicht zuletzt durch Skandalisierung von Zuständen und Verhalten. Die wichtigsten Mittler publizistischer Debatten waren allerdings die 1945/46 in großer Zahl erscheinenden Kulturzeitschriften. Teilweise wählten ihre Herausgeber programmatische Titel, nur vereinzelt begnügten sie sich mit ganz unverbindlichen Bezeichnungen. *Ost und West*, *Die Sammlung*, *Der Ruf* und *Die Wandlung* finden sich auf der einen, *Frankfurter Hefte*, *Merkur*, *Universitas* auf der anderen Seite. Herausgeber und Mitarbeiter wollten zur Neuorientierung der Zeitgenossen beitragen; deshalb werden nicht nur Beschreibungen der nationalsozialistischen Zeit veröffentlicht, sondern auch viele Selbstreflexionen und moralische Selbstprüfungen. In den 1950er-Jahren galten die Illustrierten geradezu als Leitmedium und bestimmten das Geschichtsbild entscheidend mit, ohne es jedoch derart zu prägen, dass selbstkritische Reflexionen – wie 1977/78 nach der Ausstrahlung des Fernsehfilms *Holocaust* – erleichtert wurden.

Bestimmend blieben weiterhin auch die Radioanstalten. Sie nahmen sich vielfach, selbst in Hörspielen, vor allem aber in Essays dieses Themas an. Allerdings ist immer spürbar, dass es sich nur um die Bemühung eines Teiles der Redakteure handelt. Manche von ihnen mussten nach 1933 emigrieren und kehrten nach Deutschland zurück. Zu diesen zählte etwa Hans Habe, auch Axel Eggebrecht. Andere hatten präzise Erinnerungen an Widerstand und Verfolgung, wie Erik Reger. Manche beeinflussten zunächst vom Ausland die deutschen Diskussionen und kehrten erst Mitte der 1950er-Jahre nach Berlin zurück. Zu ihnen zählte Sebastian Haffner. Gemeinsam ist ihnen der Versuch, die Vergangenheit nicht ruhen zu lassen, ohne sie sensationell aufzubereiten. Die Genannten stehen gegen die Reihe von Journalisten, die während der nationalsozialistischen Zeit in Deutschland publiziert oder gar als Kriegsberichterstatter gewirkt hatten. Sie fanden einen wichtigen Resonanzboden mit den sich rasch in hohe Auflagen bewegenden Illustrierten, die sich einen heftigen Kampf um die Lesergunst lieferten und deshalb im Unterschied zum öffentlich-rechtlich verankerten Rundfunk auf die Interessen, Prägunen und Erwartungen der Massenleserschaft eingehen mussten.

In den Illustrierten findet sich deshalb kaum eine kritische Auseinandersetzung mit der deutschen Vergangenheit. Keine der großen Illustrierten verzichtete auf Serien über Krieg und Gefangenschaft, Bombenkrieg und



Ein Film als Anstoß, das Schweigen zu brechen: Meryl Streep als Inga Helms-Weiss in einer Szene aus dem US-Mehrteiler „Holocaust“ aus dem Jahr 1977.

Flucht, und aus manchen Serien entwickelten sich erfolgreiche historische Sachbücher. Aber es war augenscheinlich, dass hier vor allem die Leidenserfahrungen der Deutschen selbst angesprochen wurden. Zunehmend wurden aber Geschichten jener Mitverantwortlichen thematisiert, die sich lange Zeit als Mitläufer entlastet hatten und wieder auf eine Verwendung in der Verwaltung oder in der Justiz, später auch in der Bundeswehr der Bundesrepublik Deutschland drängten.

Erklärungsbedürfnis ist vor diesem Hintergrund allerdings die Tatsache, dass die kritische Auseinandersetzung mit der Geschichte der nationalsozialistischen Zeit geradezu unbeirrbar gegen manifest werdende demoskopische Neigungen zum „Vergessen“, gegen Interventionen von Interessengruppen, gegen die Beeinflussungsversuche von Angehörigen der Ministerialbürokratie und der Parlamente in den 1950er-Jahren fortgesetzt wurde. Akteure der Auseinandersetzung mit der strafrechtlich relevanten Dimension der NS-Zeit waren Fritz Bauer, Robert M. W. Kempner, schließlich die Staatsanwälte der 1958 gegründeten „Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Verfolgung nationalsozialistischer Gewaltverbrechen“ in Ludwigsburg. So ist es falsch, wenn immer wieder betont wird, mit der Entnazifizierung sei die Auseinandersetzung mit der NS-Zeit bald nach der Gründung der Bundesrepublik beendet worden. Denn die strafrechtliche Ahndung der Übergriffe der Bevölkerung und nicht nur von Nationalsozialisten gegen Juden bei dem Novemberpogrom, der Mitwirkung mancher Ärzte an der Ermordung von Kranken, denen der „Lebenswert“ abgesprochen wurde, schließlich gegen Polizeibedienstete, die an den Massenmorden der Einsatzgruppen beteiligt waren, wie in dem Ulmer Einsatzgruppenprozess 1958, schärften weiterhin das kollektive moralische Empfindungsvermögen.

Die Forderung, einen Schlussstrich zu ziehen, wurde zwar in den 1950er-Jahren vielfach und überdeutlich artikuliert, vielleicht, weil liberale Gesellschaften sich auch nach Systemumbrüchen aus der historischen Kontinuität begründen und politisch-moralisch legitimieren. Dies bedeutet konkret, dass jeder überlebende Zeitgenosse nach antitotalitären Systemumbrüchen die Gelegenheit zur selbstkritischen Auseinandersetzung mit seinem Verhalten bekommt. Ihm wird unterstellt, dass er aus dem Rückblick Konsequenzen zu ziehen mag, weil er sein Verhalten und auch sein Fehlverhalten selbstkritisch und grundsätzlich reflektieren kann. Er bekommt nach einem Systemwechsel eine neue politische Chance. Sie wurde Theodor Heuss trotz seiner Befürwortung des „Ermächtigungsgesetzes“ ebenso wie Herbert Wehner nach seinem Wechsel von der KPD zur SPD eingeräumt. Auch der Neuaufbau der Bundeswehr und vieler Behörden wäre ohne das Vertrauen in eine Selbstkritik und Verhaltenskorrektur Beteiligter gar nicht möglich gewesen.

Erinnerung und Gedenken

Wichtig wurde dabei, dass sich das öffentliche Gedenken und die Erinnerung auf zeitgeschichtliche Herausforderungen bezogen, dass gewisserma-

ßen eine moralische Korrektur nachvollziehbar und glaubhaft wurde. Das setzte zum einen eine quälende Selbstbefragung voraus. Wo diese kritische Auseinandersetzung ausblieb, setzte Kritik an und konnte sogar eine ganz eigene Dynamik entfalten. Dies erfuhren Publizisten wie Werner Höfer, dies bestimmte das Urteil über Historiker wie Theodor Schieder, Werner Conze oder Hans Rothfels, über Politiker oder Wissenschaftler wie jüngst Theodor Eschenburg. Nicht übersehen werden darf bei der Bewertung der Persönlichkeit der Kontext der kritischen Bewertungen, der berühmte „Zeitgeist“.

Erinnerung und Gedenken haben ebenso ihre Entwicklung durchgemacht wie wissenschaftliche Fragestellungen und Urteile. Rückten in der öffentlichen Diskussion um 1950 noch die Sorge um die deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion in den Mittelpunkt und steigerte sich schließlich zu einem öffentlichen Schweigeprotest am 9. Mai 1950, den man zum „Tag der Treue“ erklärte, so bedeutet dies nicht, dass es unbeirrbar Nationalsozialisten waren, die das Klima jener Tage bestimmten. Vielmehr belegt dies, dass es den damaligen Zeitgenossen noch nicht gelungen war, Distanz gegenüber ihrer Lebensgeschichte aufzubauen, die mit der erst fünf Jahre vergangenen Geschichte der NS-Zeit verbunden blieb. Es diskreditiert auch nicht die deutschen Bemühungen, wenn betont wird, dass eine entscheidende Korrektur dieses Trends Folge des Drucks oder auch der Erwartungen des Auslands war, die sich auf die Rückkehr der Deutschen und ihres Staates in der Kreis der zivilisierten Nationen richtete. Überlebende und europäische Regierungen erwarteten zunehmend vernehmbarer, dass die bundesdeutsche Regierung die Verantwortung für die deutsche Geschichte übernehme. Diese Bereitschaft stellte eine wichtige Voraussetzung für die Rückkehr der Bundesrepublik Deutschland in den Kreis der europäischen Nationen dar und berührte nachhaltig das historisch-politische Selbstverständnis der Deutschen.

Bemerkenswert war dabei nicht nur die ständige Thematisierung der „Vergangenheit“. Denn angesichts der zahlreichen, bis dahin nicht vorstellbaren und ganz Europa berührenden Verbrechen, die während der nationalsozialistischen Zeit begangen worden waren, konnte es kaum möglich sein, dem Schatten der Vergangenheit zu entkommen, sondern es wirkten sich auch Ereignisse aus, die im Zeitverlauf in das Bewusstsein der Zeitgenossen gehoben wurden. Dies ließ sich erstmals an der Inszenierung eines „politisch“ und zugleich auch historisch orientierten Strafverfahrens beobachten, das der damalige Braunschweiger Generalstaatsanwalt Fritz Bauer gegen einen führenden Funktionär der rechtsextremistischen Sozialistischen Reichspartei (SRP) einleitete. Otto Ernst Remer, der maßgeblich zur Niederschla-

gung des Umsturzversuches am 20. Juli 1944 beigetragen hatte, hatte Angehörige der Widerstandskämpfer verbal bedroht. Bauer wollte das gegen ihn eingeleitete Strafverfahren nutzen, um den Deutschen die Bedeutung des Widerstands bewusst zu machen. Über diesen Prozess wurde in der Presse viel berichtet. Aber es dauerte, bis seine Feststellung, ein verratenes Volk lasse sich nicht verraten, der wahre Verräter sei Hitler, das politische Urteil über die NS-Zeit bestimmte.



Gegen Geschichtsklitterei und Neonationalsozialismus: Otto Ernst Remer (M.) im Gespräch mit seinen Anwälten Josef Wehage (l.) und Erwin Noack (r.) am Landgericht Braunschweig, wo er 1952 wegen der Beleidigung der Widerstandsgruppe des 20. Juli angeklagt war.

So schrecklich die nationalsozialistischen Gewaltverbrechen waren und so sehr sie sich trotz aller Verdrängungsbemühungen und auch -leistungen in das Bewusstsein der Beteiligten eingebrannt hatten, so unbestreitbar ist, dass sich die ständige Auseinandersetzung in der deutschen Nachkriegsgesellschaft keineswegs von selbst erklärt. „Im Hause des Henkers spreche man nicht vom Strick“, hatte Theodor W. Adorno in den 1950er-Jahren formuliert. Dabei hatte er übersehen, dass in Deutschland zunehmend kritisch und schließlich geradezu schonungslos, zumindest partiell, und ausführlich

über die Verbrechen diskutiert wurde. Wenn immer wieder stereotyp die angebliche deutsche *Unfähigkeit zu trauern* beklagt wurde, so bedeutete dies keineswegs, dass die deutsche Nachkriegsgesellschaft teilnahmslos die Folgen ihrer Geschichte hinnahm. Wenn dies so gewesen wäre, dann hätten die zahlreichen Klagen über die angebliche selbstquälerische Auseinandersetzung — man sprach sogar von deutschem „Selbsthass“ — mit der Vergangenheit keine Berechtigung gehabt. Gerade in rechten politischen Kreisen machte man die Art der Deutschen, sich mit ihrer zeitgeschichtlichen Vergangenheit auseinanderzusetzen, zum Thema und sprach von „deutschem Selbsthass“, von einer Unterwerfung unter die Sieger, von verlorenem „Nationalstolz“.

Dies geschah weniger in der unmittelbaren Auseinandersetzung, als in einem komplexen, entscheidend durch NS-Strafverfahren und Medien vermittelten und gestalteten Prozess, der erst spät durch Gedenkveranstaltungen, Ausstellungen, Lehrpläne gestaltet und auch gesteuert und beeinflusst wurde. Es waren nun die Massenmedien, die immer wieder den Blick auf die Verbrechen lenkten, die Intellektuellen, Politikern, Beteiligten ein Bühnengaben, aber auch durch die ihnen zur Verfügung stehenden Möglichkeiten Lesern, Zuschauern und Zuhörern einen Eindruck von der Wirklichkeit der Gewaltverbrechen vermittelten. Aber es waren auch Medien, die Menschen an den Pranger stellten und das öffentliche Urteil nachhaltig bestimmten, die dann mehr oder weniger hilflose Reaktionen der Betroffenen evozierten und zugleich auch vergessen ließen, dass zuweilen der Mensch seiner Zeit ähnlicher ist als seinem Vater. In diesem Sinne lässt sich auch die Debatte über den baden-württembergischen Ministerpräsidenten Hans Filbinger relativieren, zugleich aber auch verstehen. Denn auch er wurde zu einem guten Teil durch Angriffe zu dem, als der er wahrgenommen wurde, von einer Gesellschaft, die umso sicherer urteilte, je weiter das Kriegsende, das Datum 8. Mai 1945, im Zug der Generationen durch die Zeit in die Ferne gerückt schien.

- Archiv Soziale Bewegungen, Freiburg i. Br. 125
- Archiv Grünes Gedächtnis, Berlin 26
- Badische Fraueninitiative, Frauengruppe Freiburg (abgedr. in Margot Poppenhusen [Hrsg.]: Viel bewegt – nichts verrückt? 20 Jahre Frauenbewegung in Freiburg, 1972 – 1992, Freiburg 1992) 97, 105
- Badischer Verlag, Archiv Badische Zeitung 209
- Duale Hochschule Baden-Württemberg 171
- Haus der Geschichte Baden-Württemberg 220, 233
- Horst Rudel, Stuttgart 227
- Landesarchiv Baden-Württemberg, Generallandesarchiv Karlsruhe 222 (309 Heidelberg Nr. 109), 236 (330 Zugang 1983-2 Nr. 2 TA 3286/74 Negativ 26)
- Landesarchiv Baden-Württemberg, Hauptstaatsarchiv Stuttgart 22 (J 153 Nr. 444), 33 (J 153 Nr. 336), 40 (J 153 Nr. 269), 61 (J 153 Nr. 281), 153 (J 153 Nr. 542)
- Landesarchiv Baden-Württemberg, Staatsarchiv Freiburg 128 (W 134 Nr. 099572e, Sammlung Willy Pragher)
- Landesmedienzentrum Baden-Württemberg 48, 55, 69, 133, 162, 266, 275
- Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (Kartographie: Volker Schniepp, Heidelberg) 148, 149
- Manfred Grohe, Kirchentellinsfurt 90, 142, 200
- picture alliance 29, 31, 38, 44, 50, 53, 57, 60, 61, 63, 64, 65, 66, 74, 76, 80, 82, 83, 96, 103, 114, 118, 122, 123, 130, 138, 140, 160, 161, 164, 173, 176, 182, 183, 186, 191, 205, 212, 247, 253, 258, 263, 269, 278
- Polizeihistorischer Verein Stuttgart e. V. 239
- Rainer Mozer, Rottenburg 154
- Rhein-Neckar-Zeitung, Heidelberg 174 (Karikatur: Horst Busse)
- SPIEGEL-Verlag, Hamburg 242
- Stadtarchiv Freiburg i. Br. 37 (Badische Zeitung vom 19.3.1976), 109
- Stadtarchiv Karlsruhe 102 (8/BA Schlesiger A34_131_5_13), 203 (8/BA Schlesiger A25_141_5_43), 230 (8/BA Schlesiger A33_110_6_16 und 8/BA Schlesiger A33_110_3_07), 231 (B001 A34_131_5_13)
- Stadtarchiv Mannheim – Institut für Stadtgeschichte 206 (PK 12172)

Stadtarchiv Villingen-Schwenningen 145
Stuttgarter Nachrichten 151 (Karikatur: Eckart Munz)
Stuttgarter Zeitung 167 (Karikatur: Fritz Meinhard)
Süddeutsche Zeitung Photo 121, 235
SÜDWEST PRESSE Ulm 248 (Foto: Simon Resch)
ullstein bild 32, 107, 126, 181, 188, 251, 281
Universitätsarchiv Heidelberg 261 (Pos I 01502)

Bieschke, Anne, M. A., geb. 1986, ist wissenschaftliche Hilfskraft am Lehrstuhl für Zeitgeschichte der Universität Mannheim und arbeitet dort an ihrer Dissertation zur westdeutschen Frauenfriedensbewegung in den 1970er- und 1980er-Jahren.

Eith, Ulrich, Prof. Dr., geb. 1960, ist Direktor des Studienhauses Wiesneck – Institut für politische Bildung Baden-Württemberg e.V. in Buchenbach und Professor für Wissenschaftliche Politik an der Universität Freiburg.

Gassert, Philipp, Prof. Dr., geb. 1965, ist Inhaber des Lehrstuhls für Zeitgeschichte an der Universität Mannheim und Leiter der Forschungsstelle für die Geschichte des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus im deutschen Südwesten.

Hausen, Maike, B. A., geb. 1989, ist freie Mitarbeiterin der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg und studiert im Masterstudien-gang an der Eberhard Karls Universität Tübingen.

Lommatzsch, Erik, Dr., geb. 1974, ist akademischer Mitarbeiter am Lehrstuhl für Zeitgeschichte der Universität Mannheim, wo er an einer Habilita-tionsschrift über Hans Filbinger arbeitet.

Meier-Braun, Karl-Heinz, Prof. Dr., geb. 1950, ist hauptamtlicher Integrations-beauftragter beim Südwestrundfunk in Stuttgart und Honorarprofessor für Politikwissenschaft an der Eberhard Karls Universität Tübingen. Er ist Vorstandsmitglied im Rat für Migration (RfM).

Müller, Sabrina, Dr., geb. 1963, ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Haus der Geschichte Baden-Württemberg. Als Kuratorin konzipiert sie Ausstel-lungen zu zeithistorischen Themen: Ulmer Einsatzgruppenprozess 1958, NATO-Doppelbeschluss, Integration von Heimatvertriebenen, Rote Armee Fraktion.

Paulus, Stefan, Dr., geb. 1973, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Neuere und Neueste Geschichte der Universität Augsburg, wo er an einer Habilitationsschrift zu Otto Meissner arbeitet.

Steinbach, Peter, Prof. Dr., geb. 1948, ist wissenschaftlicher Leiter der Gedenk-stätte Deutscher Widerstand in Berlin. Bis 2013 war er Professor für Neu-

ere und Neueste Geschichte am Historischen Institut der Universität Mannheim.

Waidlein, Nicole, Dr., geb. 1981, ist Geschäftsführerin des Forschungszentrums Innovation und Dienstleistung (FZID) an der Universität Hohenheim sowie Referentin des Prodekans für Forschung und wissenschaftlichen Nachwuchs der Fakultät für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften an der Universität Hohenheim.

Weber, Reinhold, Prof. Dr., geb. 1969, betreut bei der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg u. a. die wissenschaftliche Buchreihe „Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs“. Er lehrt am Seminar für Zeitgeschichte der Eberhard Karls Universität Tübingen und ist ordentliches Mitglied der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg.

Wehling, Hans-Georg, Prof. Dr., geb. 1938, lehrt am Institut für Politikwissenschaft der Eberhard Karls Universität Tübingen. Als langjähriger Abteilungsleiter der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg hat er die Buchreihe „Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs“ gegründet.